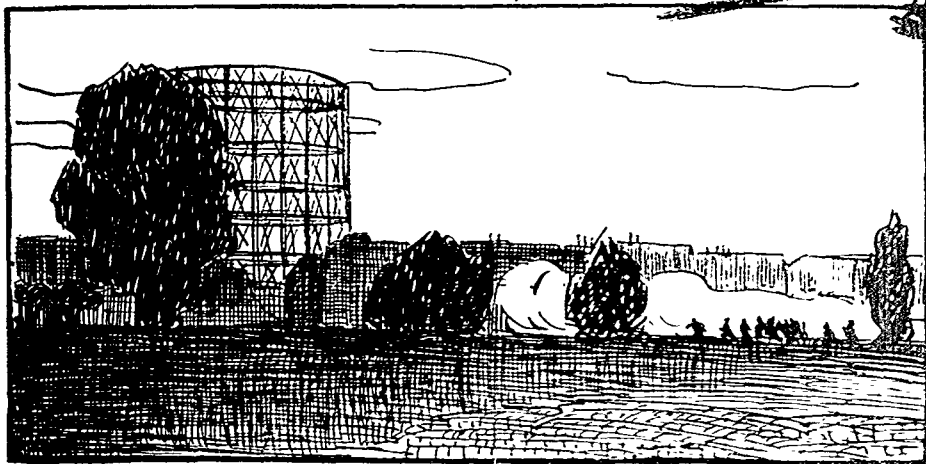




18. bis 20. Heft / 11. September 1913

WILHELM SCHRÖDER · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG 1913

IN Schatten senkt sich auf die Verhandlungen des diesjährigen Parteitags. Wir alle müssen uns erst in den Gedanken einer Sozialdemokratie ohne Bebel hineinfinden. Er, der namentlich auf Parteitag eine Geltung von gewaltiger Wucht besaß, hat seinen Mund für immer geschlossen; und niemand ist in der deutschen Sozialdemokratie, dessen Worte im Meinungsstreit auch nur annähernd das Gewicht der seinigen besaßen. Wer Bebel auf seiner Seite hatte, hatte viel. Allerdings nicht alles. Denn wie die wachsende Bedeutung der als revisionistisch abgestempelten Anschauungen, die 1903 ja resolutionsgerecht erledigt wurden, der Welt zeigt, war es auch diesem hervorragenden Führer nicht möglich der Zeitentwicklung andere Richtungen zu weisen als die nun einmal geschichtlich notwendig geworden waren; und es bleibt ein Ehrenzeichen von Bebels Weitblick und Einsicht, daß er in den letzten Jahren seines Lebens auch mit der *revisionistischen Gefahr* sich brüderlich abzufinden wußte und den Gedanken nicht von sich wies, daß neue Zeiten auch neue Wege zum Ziel gebahnt sehen wollen.

Es wäre viel gewonnen, wenn diese Einsicht ein Erbe der Partei würde. Denn vorläufig kommt man um das Geständnis nicht herum, daß weite Kreise der Parteigenossen ihren Ärger über des Lebens Ungemach gar zu gern auf einen zur Hand stehenden Prügelknaben abladen möchten. Bekanntlich hat der diesjährige Bericht des Parteivorstands in manchen wichtigen Stücken einen Stillstand in der Organisationsentwicklung feststellen müssen. Die Mitgliederzahl stieg vom 1. Juli des vorigen Jahres bis zum 31. März dieses Jahres von 970 112 auf 982 850, also nur um ein geringes; es kommt hinzu, daß das Hauptkontingent zum Mitgliederzuwachs die Frauen stellen, die um 10 744 zugenommen haben. Die Parteipresse hat sogar an Abonnenten verloren, ihre Zahl ist in den genannten 9 Monaten von 1 478 042 auf 1 465 212 zurückgegangen. Andererseits hat gerade die grimmig

verfolgte Jugendbewegung einen Aufschwung genommen; die Zahl der Abonnenten der *Arbeiterjugend* stieg von 80 086 auf 89 400. Ebenso war die Arbeit des Bildungsausschusses der Partei von Erfolg. Und als ein gutes Zeichen kann es betrachtet werden, daß auch die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter wiederum beträchtlich zugenommen hat. Voriges Jahr gab es deren in 470 Städten 2531 und in 2680 Landgemeinden 7593, hinzu kommen noch in 50 Städten 104 Magistratsmitglieder und in 157 Landgemeinden 204 Gemeindegewählten. Am Schluß dieses Geschäftsjahrs wurden in 509 Städten 2753 und in 2973 Landgemeinden 8928 sozialdemokratische Vertreter gezählt sowie in 65 Städten 133 Magistratsvertreter und in 120 Landgemeinden 187 Mitglieder des Gemeindevorstands. Sozialdemokratische Landtagsabgeordnete gab es am 31. März dieses Jahres 228, gegen 223 am 1. Juli 1912.

Trotz der zuletzt angeführten erfreulichen Zahlen und trotz der Tatsache, daß es keine politische Organisation im Reich gibt, die auch nur annähernd die Stärke der sozialdemokratischen aufzuweisen hätte, kommt man über die Tatsache des Stillstands der Entwicklung nicht hinweg. Gar manche Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß man es hier nur mit einer temporären Erscheinung zu tun hat; der Umstand, daß in großen Parteiorten vorläufig eine gewisse Sättigung eingetreten sein mag, die Tatsache, daß nach einem mächtigen Aufschwung wie dem des Reichstagswahljahrs 1912 eine Art Erschlaffung eintritt, die durch die Geschäftskrisis dieses Jahres noch vermehrt wurde: das sind Erklärungen, die verständigen Leuten vollauf genügen sollten. Nichts spricht dafür, daß der politische und wirtschaftliche Untergrund, dem die Sozialdemokratie bis dahin ihr Wachstum zu danken hatte, eine andere Beschaffenheit erlangt hat, und alle verständigen Gegner der Partei hüten sich denn auch von neuem die so oft getäuschte Prognose vom Rückgang der Sozialdemokratie zu verkünden.

Aber was die Gegner nicht zu behaupten wagen, trompeten etliche Parteigenossen mit einer gewissen Genugtuung in die Welt hinaus. Da ist die *Schwäbische Tagwacht*, die nicht gerade zur Freude aller württembergischen Parteigenossen seit geraumer Zeit wenigstens im politischen Teil mächtig radikal redigiert wird. Sofort, nachdem der Bericht des Vorstands Ende Juli erschienen war, hatte dieses Parteiorgan auch seine Erklärung für den Rückgang zur Hand. Die Partei stagniere äußerlich auch deshalb, weil sie innerlich, taktisch auf einem toten Punkt angelangt sei. Das Ruhen des preußischen Wahlrechtskampfs, die Dämpfungspolitik, die zum rein opportunistischen Kampf gegen die Militärvorlage geführt habe: das seien auch Marksteine jener Wegstrecke, die in der Niederung verlaufe. Kleinmütig zaudere die Partei vor den Aufgaben, die das eisenklirrende Zeitalter des Imperialismus ihr stelle. Daher der Stillstand. Wie die unentwegte Schwabenhauptstadt einige Monate vorher der Reichstagsfraktion in der Angelegenheit der Deckungsfragen ein deutliches *Quos ego!* zugerufen hatte, so war auch in diesem Fall der Wächter brav auf dem Posten. Etliche andere Blätter radikalen Schlages fanden gleichfalls, daß die selben opportunistischen Sünden, denen nach solcher Rechnung im vorigen Jahr ein enormer Aufschwung hätte gedankt werden müssen, sich bitter gerächt hätten. Diesem und jenem Parteigenossen, der bis dahin Gott einen guten Mann hatte sein lassen, schlug nach solchen Vorhaltungen sehr erheblich das Ge-

wissen. War er gar noch Reichstagsabgeordneter, um so schlimmer. Die Trompete des Gerichts ertönte, und bald regnete es an allen Ecken und Enden Referate, Resolutionen, die an dem Verhalten der Reichstagsfraktion in der Militär- und Deckungsfrage kein gutes Haar ließen. Es war kein sehr erhebendes Schauspiel, daß ganz besonders laut in diesem Konzert des Unwillens die Stimme einiger Mitglieder der selben Reichstagsfraktion erscholl, in der man sich nach allem, was bis dahin bekannt geworden war und was später in dem am 22. August herausgegebenen Fraktionsbericht bestätigt wurde, vor der Abstimmung über die Wehr- und Deckungsvorlagen zwar gründlich, aber doch durchaus sachlich über die der Arbeiterschaft vorteilhafteste Taktik unterhalten hatte. Aber nun fegte der Sturm dahin, und glücklich derjenige, der sein Haupt noch eben in Sicherheit bringen konnte.

Das Gewitter tobte sich aus, und erst allmählich traten in Versammlungen maßgebender Parteiorte Stimmen hervor, die die Haltung der Fraktion zu würdigen wußten und die Abstimmungen ausdrücklich guthießen. Aber der Eindruck, daß zahlreiche Parteigenossen auf dem Parteitag eine gründliche Kopfwäsche an der Fraktion für erforderlich hielten, war nicht mehr zu verwischen. Ich brauche nicht auseinanderzusetzen, warum die Reichstagsfraktion, wenn sie im Interesse der Arbeiterschaft handeln wollte, für die Besitz- und Wehrsteuer stimmen mußte, und warum die so scharf verlangte Obstruktion bei der Beratung der Militärvorlage eine Unmöglichkeit war. In dieser Zeitschrift wie auch in der parteigenössischen Tagespresse sind so überzeugende Gründe dafür ins Feld geführt worden, daß ein jeder, der sachlichen Betrachtungen neben der prinzipiellen Standfestigkeit einigen Raum gönnt, der Fraktion Gerechtigkeit widerfahren lassen könnte. Und es scheint denn ja auch, daß die Entrüstung sich schon wieder legen wird. Auch bei früheren Anlässen, so noch im vorigen Jahr in der Erörterung über die Dämpfungstaktik, konnte man ja ähnliches beobachten: anfänglich gaben zahlreiche Perücken beträchtlichen Staub von sich, und als man in Chemnitz versammelt war, kam man verhältnismäßig leicht über den Berg hinweg.

Nun hat es wenig Zweck Moralpredigten zu halten und den Parteigenossen auseinanderzusetzen, daß in solchen Fällen weniger mehr wäre, und es nach außen hin einen entschieden bessern Eindruck machte, wenn man, nach der alten Schriftstellerregel, vom Superlativ einen möglichst bescheidenen Gebrauch machte. Es ist nun einmal Herkommen in unseren Reihen starke Farbe aufzutragen, einander mit heftigen Worten zu regalieren und sich am Ende doch der parteigenössischen Pflicht gemäß brüderlich die Hand zu schütteln. Weiter darf man bei der Betrachtung der gegenwärtigen Sachlage nicht außer acht lassen, daß die sozialdemokratische Partei seit einigen Jahren ihre Stellung auf dem Operationsfeld verändert hat, daß sie sich, wenn man ein anderes Wort für die selbe Sache wählen will, in einer Krisis befindet. Der Zwang positiv die Geschicke des Vaterlands zu beeinflussen macht sich immer stärker geltend und erfordert nun einmal eine von der Tradition immer schärfer sich abhebende Haltung zu den verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Da können denn bei dem konservativen, sich nur langsam von dem üblichen emanzipierenden Charakter der parteigenössischen Massen Hemmungen nicht ausbleiben. Es kommt

hinzu, daß die preußische Politik darauf angelegt ist die Macht der Sozialdemokratie, die im Volk erschreckend groß ist, in der Gesetzgebung so wenig wie möglich zur Geltung kommen zu lassen. Und diese weit mehr für ihre Urheber als für die Sozialdemokratie gefährliche Politik tut sich ja sogar etwas zugute darauf, daß außer anderen längst fälligen Reformen selbst die mindestens von drei Vierteln der Bevölkerung für dringend notwendig gehaltene Wahlreform immer noch nicht in Angriff genommen worden ist. Diese Halsstarrigkeit, die an das Verhalten der preußischen Staatsmänner in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erinnert, muß natürlich in den Reihen der Sozialdemokratie den Wunsch nach Gegenmaßregeln auslösen, und je radikaler die in solcher Kriegsstimmung gemachten Vorschläge sind, desto leichter berauscht sich das Ohr der Masse an ihnen. So hat denn der Ruf nach dem Massenstreik in der Parteipresse wie in zahlreichen Versammlungen ein Echo gefunden und das Verlangen ausgelöst von neuem die Anwendung dieses Kampfmittels auf dem Parteitag zu erörtern. Nun braucht man ja den Massenstreik durchaus nicht grundsätzlich zu verwerfen (wo gäbe es in der Politik ein Mittel, das nicht bei bestimmter Gestaltung der Dinge gerechtfertigt wäre?), aber wer kämpfen oder zum mindesten wer Kämpfe leiten will, soll auch Taktiker sein und sich möglichst kühlen Kopfs die Frage vorlegen, ob denn für den Massenstreik gegenwärtig jene Voraussetzung gegeben ist, ohne die er nun einmal schlechterdings zur Farce wird; die Frage nämlich, ob auch Massen, und zwar nicht Hunderttausende wie in Belgien, sondern etliche Millionen, in einer Zeit zur Niederlegung der Arbeit bereit sein werden, wo dies infolge des schleppenden Geschäftsgangs der Großindustrie gar nicht unsympathisch wäre, und die Unternehmer den kommenden Ereignissen, einschließlich des von reaktionärer Seite sehnstüchtig herbeigewünschten Blutvergießens, im großen ganzen mit beträchtlicher Seelenruhe entgegensehen würden. Gewiß sind wiederum, wenn es hart auf hart geht, alle Kalkulationen hinfällig; gewiß kann die Not mit einem großen Schlag vollbringen, was nur Jahrzehnten gelingt. Aber dieser Not stellen sich gerade von sozialdemokratischer Seite Hemmungen eigentümlicher Art entgegen. Man setzt nicht alles auf eine Karte, wenn man stattliche Millionen im Gegenwartstaat verankert hat. Man ist als Arbeiterorganisator gezwungen sich kühl zu fragen, ob der Einsatz lohnend ist, angesichts der nahen Möglichkeit, daß beim Mißlingen ein mühsam aufgerichtetes und für die Arbeiterschaft wahrlich nicht nutzloses Werk, zwar nicht für immer, aber doch für manche Jahre zerstört werden kann. In Erwägung der nicht von der Hand zu weisenden Möglichkeit, daß die Organisationen der Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften auch bei einem friedlich verlaufenden Massenstreik bis zum Weißbluten geschwächt werden, muß man wohl oder übel die Frage stellen, ob nicht die bisher von der Geschichte bestätigte Erfahrung, daß politische Macht nur im Besitz materieller Macht erobert werden kann, auch für die Sozialdemokratie gilt, mag diese Frage auch dereinst verneint worden sein, weil vor 2 oder 3 Jahrzehnten kaum jemand ahnen konnte, daß die Arbeiterorganisationen auch im Bourgeoisstaat einmal eine reelle Macht darstellen würden. Es ist ein schweres und undankbares Geschäft den Massen nüchtern auseinanderzusetzen, daß auch die Geduld eine lohnende Tugend ist. Man holt sich mit solcher Arbeit nicht den rauschenden Beifall, den ausländische Redner und Rednerinnen gelassen

einstecken, wenn sie die grauenhaften Niederlagen der russischen Arbeiterschaft für glänzende Erfolge ausgeben und mit mehr Eloquenz als Gewissenhaftigkeit der deutschen Arbeiterschaft vorgaukeln, daß von Rußland die politische Erleuchtung komme. Aber die Arbeit nüchterner Aufklärung muß verrichtet werden, und in dieser Hinsicht ist es zurzeit gar nicht hoch genug anzuschlagen, daß alle deutschen Gewerkschaftsleiter gerade während des stärksten Massenstreiklärms in eisigem Schweigen verharrten und dadurch zu erkennen gaben, daß sie ihr schweres Amt mit Pflichtbewußtsein auszuüben verstehen. Diese *Bureaukraten* haben denn ja auch in den letzten Wochen nach Gebühr Spießbruten laufen müssen; aber spätere Tage werden ihnen für ihre feste Haltung Dank wissen. Letzten Endes kehrt nun auch der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu ruhiger Erwägung zurück; und da nun einmal in der gesamten Arbeiterbewegung die Gewerkschaften mit ihren Massen ein sehr schweres Gewicht in die Wagschale werfen, so wird man auch in der politischen Bewegung sich den Tatsachen nicht verschließen können. Mögen auf dem Parteitag etliche Reden zugunsten des Massenstreiks gehalten werden, diese Reden werden bestenfalls Zukunftswechsel sein.

Es ist mehr als ein Zufall, daß der selbe Parteitag, der nach dem Wunsch zahlreicher *Radikaler* der Parole *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!* neue Geltung geben und den Massenstreik als Aktionsproblem behandeln soll, daß dieser Parteitag von Süddeutschland her die nüchterne Weisung erhalten hat die Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung in Fluß zu bringen. Wie dies wahrlich nicht zu verachtende Nährgewächs auf zertrampeltem Schlachtfeld gedeihen soll, diese Frage mögen die Propagandisten der verschiedenen Mittel beantworten: ebenso die Frage, wie ohne Groschenbewilligung ein so wichtiges Stück sozialer Fürsorge verwirklicht werden soll. Aber daß der Parteitag das Problem der Arbeitslosenversicherung zur Förderung überwiesen erhalten hat, könnte zum Lächeln stimmen, wenn nicht bekannt wäre, daß die Sozialdemokratie zu ihrem und der Arbeiterschaft Gedeihen sich immer stärker in den Gegenwartsstaat hineinfressen muß. Es sei da an ein Stück aus dem Parteileben erinnert. Vor 20 Jahren litt die deutsche Arbeiterschaft genau wie heute unter einer schweren Geschäftskrisis, und wie heute hatte damals der Parteitag (in Köln) sich mit dem allerdings nur von einem einzelnen Parteigenossen in Altona gestellten Antrag zu beschäftigen eine vom Staat organisierte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu befürworten. Gegen diesen Antrag erhob Heymann (Berlin IV) den Einwand, daß es den Prinzipien der Sozialdemokratie widerspreche die Mißstände der heutigen Gesellschaft innerhalb der heutigen Gesellschaft zu beseitigen. Lesche (Altona) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag. Und Bebel führte gegen ihn an, daß er das berüchtigte Recht auf Arbeit zum Ausdruck bringe, daß dies Recht nach seiner festen Überzeugung aber im heutigen Staat ein Unsinn sei. Würde heute noch irgendein in Betracht kommender Parteigenosse so zu sprechen wagen?

Solcher Wandel läßt blendend klar erkennen, wie sehr sich binnen 2 Jahrzehnten das Kampffeld für die Sozialdemokratie verschoben hat. Worte, Redewendungen holt man freilich noch gern aus der Schatzkammer der achtziger und neunziger Jahre, da sich ihre innere Wertlosigkeit nicht immer so deutlich zeigt wie in dem eben hier angeführten Fall. Sobald es aber auf

Taten ankommt, heißt es auf dem harten, aber sichern Erdboden der Gegenwart festen Fuß fassen. Das wird auf dem Parteitag in Jena jedermann, der seine Pflichten gewissenhaft erfüllen will, beherzigen müssen. Blutenden Herzens vielleicht, aber kühlen Kopfes. Wer dennoch am Alten hängt, möge sich vor Augen führen, daß gerade Bebels Größe nicht zum geringsten in der Gabe bestand aus den Tatsachen ständig die für die Gegenwart notwendigen Lehren zu ziehen.

XX

LEO ARONS · DAS PREUSSISCHE WAHLRECHT UND DER MASSENSTREIK



IT der äußersten Verbissenheit halten die Konservativen an dem berüchtigten Dreiklassenwahlssystem für das preußische Abgeordnetenhaus fest. Sie werden nicht berührt durch die vernichtenden Urteile, die im In- und Ausland von sehr gemäßigten und maßgebenden Männern über dieses Wahlrecht gefällt werden: ich erinnere nur an die Rede des Professors Loening im preußischen Herrenhaus /1906/, der das Wahlrecht »unwahr« und »ungerecht« genannt hatte und diese Kennzeichnung gegenüber konservativen Angriffen ausführlich begründete. Den preußischen Konservativen beweist es nichts, wenn in Sachsen das erst 1895 eingeführte Dreiklassenwahlssystem nach preußischem Muster im Jahr 1909 wieder beseitigt wurde, weil, wie der Minister in einer Denkschrift ausführte, unter diesem System »über 80 % der Wählerschaft eine ihrem Willen entsprechende Vertretung überhaupt nicht besitzen, und das Wahlrecht weiter Volkskreise nahezu illusorisch geworden ist«. Den preußischen Konservativen ist es gleichgültig, daß in den übrigen größeren Bundesstaaten veraltete Wahlrechte, die immer noch höher standen als das preußische, im Jahr 1849 durch eine Notverordnung oktroyierte Dreiklassenwahlssystem, durch neuzeitliche ersetzt, daß vom Reichstag im Jahr 1911 für die Reichslande Elsaß-Lothringen das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für die Landesvertretung beschlossen wurde. Ja, die Herren, die sich mit ihrer Königstreue nicht genug brüsten können, lassen sich in ihrem Widerstand gegen jede ernsthafte Wahlreform auch nicht im geringsten irre machen, wenn der König in der Thronrede 1908 die Wahlreform als »eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart« hinstellt; einige Wochen nach der Thronrede (bei der ersten sich bietenden Gelegenheit) verkündete der Führer der Konservativen im Namen seiner Fraktion, daß sie »an den Grundlagen unseres bewährten preußischen Wahlrechts nicht gerüttelt und nicht geschüttelt sehen wollen«:

»Wenn die königliche Staatsregierung uns eine Vorlage bringen wollte, die an den Grundlagen dieses Wahlrechts rüttelt, so würde das allerdings für das Verhältnis der königlichen Staatsregierung zu uns und auch für das Verhältnis der Konservativen im Lande zur königlichen Staatsregierung von der einschneidendsten Bedeutung sein.«

Fragt man nach der politischen Begründung eines derartigen, fast unbegreiflichen Widerstands gegen die Forderungen der Zeit, so erhält man gewöhnlich die Antwort, die Konservativen wollten den geeigneten Zeitpunkt abwarten, um gegen die Verbesserung des preußischen Wahlrechts eine Abänderung des Reichstagswahlrechts einzutauschen. Daß diese Begründung

falsch ist, liegt auf der Hand. Ganz abgesehen davon, daß ein derartiger Handel schon deshalb nicht in Betracht kommen kann, weil bei einer Änderung des Reichstagswahlrechts ganz andere Kreise zum Mitsprechen berufen sein würden, wissen die Konservativen selbst ganz genau, daß jeder Versuch einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts einen Sturm heraufbeschwören würde, in dem die Sozialdemokratie als Führerin die Anhänger aller anderen Parteien hinter sich sehen würde.

Der wahre Grund für das stiernackige Festhalten der preußischen Konservativen am Dreiklassenwahlssystem ist nur einmal, dafür aber mit brutaler Offenheit, von einem ihrer einflußreichsten Führer, und zwar im preußischen Abgeordnetenhaus selbst enthüllt worden. Die Worte, die dort der Freiherr von Zedlitz und Neukirch am 15. Januar 1905 sprach, sollten jedem deutschen Politiker stets gegenwärtig sein, und so mögen sie hier von neuem abgedruckt werden. In einer Etatsrede erklärte der Freiherr, daß in der Wahlrechtsfrage auch nicht um Fingerbreite nachgegeben werden dürfe, und er fuhr dann fort:

»Welche Folgen wird nun ein solches Verhalten in Preußen, die vollständige Ablehnung jedes Eingehens auf die sozialdemokratischen Demonstrationen, die vorgetragenen Wünsche, auf die Sozialdemokratie selbst haben? Da sind zwei Folgen möglich. Entweder die Sozialdemokratie beruhigt sich bei dem Mißerfolg. Dann wird der Rückschlag in der Stimmung der Arbeiterbevölkerung nicht ausbleiben; man wird sehen, daß die Sozialdemokratie nicht die Macht ist, die sie zu sein vorgibt, daß man daher verkehrt tut einer Fahne zu folgen, die nicht zum Erfolg sondern zum Mißerfolg führt, und es ist möglich, daß dann die Reaktion in den Geistern stark genug ist, um auch die breiten Massen mit anderen Gesichtspunkten, mit anderen Dingen erfüllen und wieder an das Vaterland heranziehen zu können. Wahrscheinlicher aber ist es, daß die Sozialdemokratie von dem inneren Trieb, der sie gedrängt hat aus der Tatenlosigkeit der letzten Jahre herauszutreten, zunächst auf dem Jenenser Parteitag den politischen Massenstreik in das Arsenal ihrer Waffen aufzunehmen und jetzt die Wahlrechtsdemonstrationen zu machen, damit doch die großen Massen sehen, daß etwas geschieht, daß sie von diesem Drang weiter getrieben wird auf die Versammlungen Straßendemonstrationen und schließlich den Versuch des politischen Massenstreiks folgen zu lassen. Nun, meine Herren, dann wollen wir die Krisisebene erleben, die wir wahrscheinlich doch nicht vermeiden können, und die wir überstehen werden, wenn wir ein gutes Gewissen haben. Wir werden sie aber erleben zu einer Zeit, in der sie ungleich minder gefährlich sein wird, als wenn sie zu einem Zeitpunkt eintritt, wo die Bewegung insonderheit der Massenstreik von langer Hand sorgfältig vorbereitet ist, wenn sie zu einer Zeit eintritt, nicht wo die Sozialdemokratie die Bewegung haben will und vorbereitet hat, sondern wo sie sie haben muß, weil sie sonst den Einfluß auf die Massen verliert. Und so auch werden wir durch unser Verhalten hier dazu beitragen, daß die Krisis, die der Einstellung der sozialdemokratischen Bewegung doch vorausgehen wird, zwar rascher, aber ungleich ungefährlicher sich vollziehen und rascher zur Heilung führen wird als es sonst der Fall sein würde.«

Hier ist es mit nackten Worten ausgesprochen: Durch die unbedingte Weigerung eine allseitig als selbstverständlich anerkannte Forderung zu erfüllen will man die Sozialdemokratie zu gewalttätigem Auftreten zwingen, ohne auch nur einen Augenblick zu bedenken, daß, wie immer der Kampf ausgehen mag, das Vaterland auf lange Zeit hinaus wirtschaftlich schwer geschädigt und mindestens während der sicher nicht kurzen Dauer des Kampfes selbst nach außen hin in seiner Machtstellung arg gefährdet werden muß. Dem blinden Haß preußischer Konservativen ist es zuzutragen, daß sie ihre unselige Politik auch jetzt nicht aufgeben, in dem Augenblick, wo man dem deutschen Volk in der Wehrvorlage die schwersten Opfer zugemutet hat, mit

der Begründung, daß die äußere politische Lage die Anspannung aller Kräfte bis aufs äußerste erfordere.

Bisher hat sich die Sozialdemokratie durch diese *Va banque*-Politik der preußischen Konservativen in ihrem stetigen, zielsichern Fortschreiten nicht irre machen lassen. Sie weiß, daß ihr Vordringen unwiderstehlich ist, und sie weiß ebenso gut, daß in den regelmäßig wiederkehrenden Zeiten wirtschaftlicher Krisen kleine Rückschläge unvermeidlich sind und eine mehr oder minder starke Mißstimmung namentlich der noch nicht sturmerprobten Genossen mit sich bringen, die bald wieder überwunden wird. Es darf nur daran erinnert werden, mit welcher tapfern Zuversicht die Partei das scheinbare *Niederreiten* von 1907 ertrug und im Wahlkampf von 1912 glänzend wegt machte. Mit verhaltenem Ingrimm mußten die konservativen Herren zusehen, wie die Sozialdemokratie ihrer Provokationen spottete und in der emsigen gesetzlichen Tätigkeit beharrte, bei der sie, nach einem Ausdruck von Friedrich Engels, immer vollere Backen und eine immer gesündere Gesichtsfarbe bekam. Ganz plötzlich scheint es jetzt, als ob diese kluge Haltung aufgegeben werden sollte: Von den verschiedensten Seiten der Partei erheben sich Stimmen, die nichts dringender zu wünschen scheinen als sich in den von den preußischen Konservativen so sehnlich herbeigewünschten Kampf zu stürzen. Gewiß sind es nur wenige, die offen bekennen sofort losschlagen zu wollen, wie der Genosse Liebknecht, der seine *Was nun?* überschriebenen Artikel im *Vorwärts* mit den Worten schließt:

»Kommt mit der Eröffnung des Landtags der kritische Moment, so muß alles klar zum Gefecht sein. Dann gilt's einen raschen Entschluß aus der gegebenen Situation heraus. Ohne Wankelmüt, aber, wenn es sein muß, voll Wagemut. Das freie gleiche Wahlrecht für Preußen ist eine Messe, ist einen Massenstreik wert.«¹⁾

Aber nicht minder gefährlich sind alle die, die nur die schleunige Vorbereitung zum Kampf fordern, wenn sie geflissentlich eine verbissene Stimmung zu erzeugen suchen, wie eine in der Parteipresse mehrfach abgedruckte Korrespondenz (*str.*), in der es heißt:

»Jeder Gegner des preußischen Dreiklassenwahlrechts muß die Stimmung der Verzweiflung begreifen, die weite Schichten des Volkes angesichts des Ausfalls der Landtagswahlen erfaßt hat.«

Das ist ja gerade die Stimmung, die unser gehässigster Gegner, der Freiherr von Zedlitz und Neukirch, herbeisehnt. Sie war unmittelbar nach den Wahlen nicht vorhanden, und es ist, wie hier gezeigt werden soll, zu ihr gar kein Anlaß.

Man hat den Genossen, die jetzt plötzlich den Massenstreik predigen, entgegengehalten, sie suchten den Massen über die Mißstimmung fortzuhelfen, die die glatte Erledigung der Wehrvorlage im Reichstag erzeugt habe. Ich will hierauf nicht eingehen und mich nur an die von jenen Genossen selbst angeführten Beweggründe halten: das belgische Beispiel und den Ausfall der Landtagswahlen.

In Belgien hat die Arbeiterschaft durch einen Massenstreik, der schon Vorgänger gehabt hat, einen gewissen Erfolg erzielt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß Belgien ein wesentlich industrielles Land ist, wie innerhalb Deutschlands etwa das Königreich Sachsen, und daß der politische Streik der Arbeiter vom Wohlwollen sehr weiter liberaler Kreise begleitet wurde. Der Unterschied zwischen der Lage in Belgien und Preußen ist vielfach

¹⁾ Siehe Liebknecht *Was nun?* im *Vorwärts* vom 27. Juli 1913.

beleuchtet worden; nur auf einen Punkt soll hier noch näher eingegangen werden. In Belgien ist das Wahlrecht zur Kammer die einzige politische Waffe der Arbeiterschaft, in Preußen hat die Arbeiterschaft gelernt in erster Linie das Reichstagswahlrecht als Ausdruck ihrer Willenskundgebung zu benutzen. Dieser Umstand wird häufig angeführt, um die immer noch zu geringe Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen zu erklären. Natürlich muß das Vorhandensein des Reichstagswahlrechts und seine bequeme Handhabung auch die Entflammung eines opferheischenden Kampfes zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems erschweren; von einer verzweifelten Erbitterung der Massen, wie sie für den Erfolg des Kampfes unbedingt nötig wäre, kann deshalb bei der preußischen Wahlrechtsfrage nicht die Rede sein. In der Tat bietet auch das Reichstagswahlrecht ein Mittel zur Bekämpfung des Dreiklassenwahlsystems. Weshalb kam denn die sächsische Regierung so schnell zur Erkenntnis der Unhaltbarkeit des erst 1895 eingeführten Wahlsystems? Weil im Jahr 1898 die sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen im Königreich Sachsen auf 49,5 % aller abgegebenen anschwollen und im Jahr 1903 gar die außerordentliche Höhe von 58,8 % erreichten, während die entsprechenden Zahlen für das Königreich Preußen nur 24,7 und 28,7 % betrugen. Unsere sächsischen Genossen, die so eifrig für den preußischen Massenstreik eintreten, bitte ich diese Zahlen zu beachten; auch bei den Wahlen 1912 bestand noch der Unterschied von 55,0 % in Sachsen gegen 32,1 % in Preußen. Wir in Preußen dagegen werden für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht Erhebliches gewonnen haben, wenn es uns gelingt bei der Reichstagswahl 50 % aller abgegebenen Stimmen auf unsere Kandidaten zu vereinigen.

Weshalb wenden übrigens unsere Heißsporne das belgische Beispiel nicht auf das Reichstagswahlrecht selbst an? In Belgien handelt es sich um die Beseitigung der Ungleichheit des Wahlrechts, die durch die Pluralstimmen bedingt ist. Aber auch das Wahlrecht zum deutschen Reichstag ist längst nicht mehr ein gleiches: Hier ist die Ungleichheit bedingt durch die so gewaltige Ungleichheit der Wahlkreise. Ursprünglich war, von gewissen verschwindenden Ausnahmen für die kleinsten Bundesstaaten abgesehen, eine Zahl von ungefähr 100 000 Einwohnern für den Wahlkreis vorgesehen. Heute gibt es 36 Wahlkreise mit weniger als 90 000 Einwohnern, bis herab zu 46 652 Einwohnern und auf der andern Seite 65 Wahlkreise mit mehr als 200 000 Einwohnern bis hinauf zu 865 637 Einwohnern. Eine genauere Übersicht gibt die folgende kleine Tabelle:

Einwohnerzahl	Wahlkreise	Einwohnerzahl	Wahlkreise
weniger als 50 000	1	200- bis 300 000	41
50- bis 60 000	2	300- bis 400 000	10
60- bis 70 000	7	400- bis 500 000	4
70- bis 80 000	9	500- bis 600 000	6
80- bis 90 000	17	600- bis 700 000	1
		700- bis 800 000	2
zusammen	36	mehr als 800 000	1
		zusammen	65

Die Ungleichheit steigt in diesen Fällen vom Doppelten im günstigsten bis zum Achtzehnfachen im ungünstigsten Fall: eine Ungleichheit, die es mit der

belgischen wohl aufnehmen kann. Man wende nicht ein, daß eine solche Ungleichheit wenigstens alle Parteien gleichmäßig träfe; das Gegenteil ist der Fall: An den 36 kleinsten Wahlkreisen sind die beiden konservativen Parteien mit 10 Abgeordneten sitzen, die Sozialdemokraten nur mit 3 beteiligt; von den 65 größten Wahlkreisen entfällt auf die Konservativen kein einziger, auf die Sozialdemokraten entfallen aber 45. In der Tat hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in früheren Jahren wiederholt Anträge in dieser Richtung gestellt. Die Sache scheint einfach; es bedarf keiner Verfassungsänderung wie in Belgien, ja eigentlich nicht einmal einer Gesetzesänderung, sondern nur der endlichen Schaffung eines Gesetzes, das seit 44 Jahren in Aussicht gestellt ist. So lautet denn auch der letzte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über diesen Gegenstand, der im Jahr 1900 eingebracht wurde, die Regierung aufzufordern »dem Reichstag in der nächsten Session das im § 6 des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorgesehene Reichsgesetz über die Abgrenzung der Wahlkreise vorzulegen und bei der Neueinteilung der Wahlkreise die seit 1867 veränderten Bevölkerungsverhältnisse in angemessener Weise zu berücksichtigen«. Weshalb unternimmt die deutsche Sozialdemokratie nichts, um in dieser immer dringender werdenden Angelegenheit eine gesetzliche Regelung herbeizuführen? Weil sie auch jetzt mit ihren 111 Abgeordneten und $4\frac{1}{4}$ Millionen Wählern allein hierzu zu schwach ist; machen doch ihre Wählerstimmen nur 34,8 % aller abgegebenen aus. In Preußen steht die Sozialdemokratie am gleichen, für sie günstigsten Maßstab gemessen, mit 32,1 % der abgegebenen Reichstagswählerstimmen noch schlechter: Auch das mögen die Genossen bedenken, die dem Massenstreik um des Landtagswahlrechts willen das Wort reden.

Und damit kommen wir zum zweiten Punkt: Kann der Ausfall der Landtagswahlen wirklich als Beweis für die Notwendigkeit eines Massenstreiks angesehen werden? Unmittelbar nach der Wahl, am 7. Juni, brachte die Wiener *Arbeiterzeitung* einen kurzen Bericht, der keineswegs in glänzenden Farben malt; so wird ausdrücklich erklärt, daß der nationalliberale Gewinn von 8 Mandaten nicht als ein Gewinn der Linken angesehen werden dürfe. Trotzdem faßt die *Arbeiterzeitung* den Gesamteindruck in folgenden Sätzen zusammen:

»Der Erfolge, die die Sozialdemokratie unter dem elendesten aller Wahlsysteme erfochten hat, darf man sich ehrlich freuen. Sie sind gegen ein schändliches Wahlunrecht erfochten worden und wiegen deshalb doppelt und mehr. Sie sind ein Zeichen der Erstarkung unserer Bewegung, unserer Organisation. Eine für ihre kritische Arbeit im Dreiklassenhaus wertvolle kleine Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion ist erzielt. Schwerer aber wiegt die Vermehrung der Stimmenzahl, die unter dem öffentlichen Wahlsystem erreicht worden ist. Noch liegen nur unsichere Schätzungen vor; aber das wagen auch die Feinde nicht zu leugnen, daß die Zahl derer, die am Wahltag gegen die Dreiklassenschmach protestierten, indem sie den sozialdemokratischen Wahlmann wählten, gewaltig gewachsen ist.« Es ist in der Tat nicht ersichtlich, was man für den Erfolg mehr erwarten wollte, nachdem alle Anregungen wenigstens für die Abgeordnetenwahlen freiere Hand zu lassen vom Preußentag abgelehnt worden waren. Vor 1908 war es nur eine kleine Anzahl von Parteigenossen, die es überhaupt für möglich hielten den einen oder andern Wahlkreis aus eigener Kraft zu erobern. Weshalb sollte jetzt »die Stimmung der Verzweiflung weite Schichten des Volkes angesichts des Ausfalls der Landtagswahlen erfaßt« haben? In der Tat war auch bis vor kurzem von Verzweiflung nicht das geringste zu ver-

spüren. So schloß der Berichterstatte in der Wahlvereinsversammlung zu Brandenburg am 10. Juni 1913 »seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit einem Hinweis auf die großen Fortschritte der Sozialdemokratie in unserm Landtagswahlkreis, die am besten durch folgende Zahlen illustriert werden. Bei der ersten Beteiligung an der Landtagswahl wurden 4000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, während wir in diesem Jahr 8800 Stimmen auf unsere Wahlmänner vereinigten, deren Zahl von 75 auf 179 anwuchs. Wir marschieren.« Eine Diskussion folgte nicht. Ganz ähnlich klingen die Berichterstattungen auf zahlreichen anderen Kreisparteitagen. Wo immer aber über ungenügende Erfolge geklagt wird, da wird ausschließlich die Lässigkeit der Genossen gerügt.

Und damit kommen wir zu einer andern Wertung des Wahlergebnisses. Immer wieder ist es von einsichtigen Parteigenossen betont worden, daß die wirksamste Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht die Sammlung einer gewaltigen Stimmenzahl für die Sozialdemokratie gerade bei der öffentlichen Stimmabgabe sein müßte, und daß erst die Zahl dieser Stimmen ein Maßstab dafür sein könnte, ob man dem Opfermut der Masse noch größere Anspannung zumuten dürfe. Daß die 650 000 Stimmen, die die Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen im Jahr 1908 aufbrachte, keine gewaltige Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht war, habe ich an der Hand der amtlichen Statistiken bewiesen.²⁾ Bedauerlicherweise erscheint die amtliche Statistik so spät, daß eine Untersuchung, welche Bedeutung die auf mehr als eine Million Stimmen geschätzte Stimmenzahl von 1913 nach dieser Richtung hat, noch lange nicht ausgeführt werden kann. Stimmungsbilder aus einzelnen Industriebezirken lassen mindestens für diese befürchten, daß auch im Jahr 1913 die Probe für eine größere Opferwilligkeit im Wahlrechtskampf nicht erbracht wurde. So berichtete der Stettiner Volksbote am 17. Mai 1913 über die Urwahlen:

»Den preußischen Landtag lassen wir verfaulen.« Dieses Wort des alten Liebknecht, das die überholte Taktik der Sozialdemokratie zu den preußischen Landtagswahlen bezeichnet, scheint leider noch viel zu sehr die Köpfe der Stettiner Arbeiter zu beherrschen. Anders ist die jammervoll geringe Wahlbeteiligung in der 3. Abteilung und auch in den meisten Arbeiterbezirken bei den gestrigen Wahlen nicht zu erklären. Trotzdem einige Fabriken nachmittags ihre Pforten schlossen, um ihren Arbeitern Zeit zur Ausübung ihres Wahlrechts zu geben, erschienen nur wenige vor den Wahltischen. Das Resultat ist demgemäß ausgefallen.« Auf der Kreiskonferenz in Duisburg am 16. Juni dieses Jahres erklärte der Berichterstatte:

»Unser Stimmenzuwachs bei der Wahl hat gezeigt, daß die Wahlarbeit besser organisiert war als im Jahr 1908. Wir konnten heute konstatieren, daß trotz der öffentlichen Stimmabgabe im hiesigen Wahlkreis keine Maßregelungen erfolgt sind. Man müsse das Phlegma unserer Genossen bekämpfen, die in Bezug auf die Landtagswahl der Meinung seien, daß es sich dabei um eine weniger wichtige Aktion handle.«

Auf dem Parteitag des Niederrheins am 2. Juli dieses Jahres gab der Berichterstatte an, daß im Kreis Essen (Stadt) die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen nur von 4561 im Jahr 1908 auf 4728 in diesem Jahr gestiegen seien; ja im Landkreis Essen, der ausschließlich industriell ist, fiel unsere Stimmenzahl von 5446 im Jahr 1908 auf 3564 in diesem Jahr. Über die Lehren der Urwahlen von 1913 hatte sich bereits vorher, am 29. Mai der

²⁾ Siehe meinen Artikel *Die Lehren der preußischen Landtagswahlen 1908 für die Sozialdemokratie* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 1. Band, pag. 83 ff.

Genosse Niebuhr (Duisburg) in der *Essener Arbeiterzeitung* ausgesprochen. Sein Artikel, mit dem sich die Redaktion im allgemeinen einverstanden erklärt, beginnt mit folgenden Sätzen:

»Selbst auf die Gefahr hin, daß die von der Firma Krupp bezahlten Obermacher der gelben Arbeiterkorrumpierung sich dessen rühmen, wird man im Interesse klaren Erkennens der politischen Situation im Ruhrgebiet aussprechen müssen, daß die Gelbenbewegung sich zu einem bedeutsamen politischen Hilfsmittel des Großkapitals entwickelt hat. Die Urwahlen zum preußischen Landtag haben in mehreren Bezirken des Industriegebiets den Einfluß der Gelben auf die politische Struktur gewisser Teile der Arbeiterschaft gezeigt. Es wäre falsch, wollte man darüber mit einer verächtlichen Handbewegung zur Tagesordnung hinweggehen. In den Bezirken, wo das Gelbentum sich noch nicht in dem Maß hervorgetan hat wie etwa in Essen oder teilweise in Bochum, wird es zweifellos noch Fuß fassen, ähnlich einer Krankheit, für die hier der Körper der Gesamtarbeiterklasse ebenso disponiert ist wie in den genannten Kreisen.«

Glauben unsere sozialdemokratischen Scharfmacher von Frank bis Zubeil, daß sie durch Predigen des Massenstreiks die Gelbenbewegung vernichten können? Ist nicht vielmehr zu befürchten, daß jene unaufgeklärten Arbeitermassen in Zeiten des Massenstreiks, ja schon während seiner Vorbereitung in die gelben Verbände flüchten werden, zumal wenn der Massenstreik wegen einer Frage gepredigt wird, der sie, wie die Wahlstatistik ergibt, so wenig Verständnis entgegenbringen? In diesem Zusammenhang mag es gestattet sein darauf hinzuweisen, daß selbst die Reichstagswahlstatistik des Siegesjahrs 1912 für die Sozialdemokratie in der Mehrzahl der großen Industriegebiete Preußens wenig Erfreuliches berichtet. Für das gesamte Reich betrug die Prozentzahl der sozialdemokratischen Wähler 34,8 %; dagegen ergeben sich für die preußischen Regierungsbezirke mit der größten Schwerindustrie folgende Zahlen: Regierungsbezirk Düsseldorf 34,5 %, Regierungsbezirk Arnberg 33,9 %, Regierungsbezirk Köln 26,5 %, Regierungsbezirk Oppeln 14,0 %. Wie bescheiden nehmen sich diese Zahlen aus gegenüber den 55 % im ganzen Königreich Sachsen! Freilich finden wir im Stadtbezirk Berlin, der den größten Regierungsbezirken an Einwohnerzahl nahekommmt, 75,3 % sozialdemokratische Wähler. Daneben überschreiten aber nur 4 preußische Regierungsbezirke 40 %; nämlich Regierungsbezirk Potsdam mit 54,4 %, Regierungsbezirk Magdeburg mit 44,2 %, Regierungsbezirk Merseburg mit 42,6 % und Regierungsbezirk Schleswig-Holstein mit 40,4 %. Auch diese Zahlen für die rheinisch-westfälischen und ober-schlesischen Industriegebiete lassen einen Massenstreik wenig aussichtsvoll erscheinen.



IE soll nun der Kampf um das preußische Wahlrecht weiter geführt werden? Zwei Wege sind bereits im vorhergehenden gestreift worden. Zunächst handelt es sich darum bei den Reichstagswahlen innerhalb Preußens nach sächsischem Muster die sozialdemokratischen Stimmenzahlen gewaltig anschwellen zu lassen; dazu bedarf es namentlich in den großen Industriebezirken noch einer mühevollen Arbeit. Hier liegt ein Feld, auf dem sich die Genossen aller Richtungen treffen können; es ist unbedingt notwendig, daß die Sozialdemokratie, die sich so gern auch als die Arbeiterpartei bezeichnen hört, die großen Industriegebiete wenigstens unter dem Reichstagswahlrecht in unbestrittenen Besitz nimmt. Der zweite Weg ist die Betätigung bei den Landtagswahlen selbst. Noch fehlt es, wie wir sahen, bei den Massen vielfach am Verständnis für die Bedeutung des preußischen Landtags; die Wahlbewegung

ist bei weitem die geeignetste Zeit dieses Verständnis zu wecken. Mit Freuden sind Beschlüsse wie der des Kasseler Kreistags vom 28. Juli 1913 zu begrüßen, der unter den Mitteln zur Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen neben anderen »stärkere Beteiligung an den zukünftigen Landtagswahlen, gleichviel unter welchen Bedingungen« aufführt. Der Mehrzahl der Genossen, die heute klagen, dieser Weg führe zu langsam vorwärts, dürfen wir entgegenhalten, daß das Verständnis der Massen für die preußischen Aufgaben schon weiter vorgedrungen wäre, hätten sie selbst nicht länger als ein Jahrzehnt die Wahlbeteiligung in Preußen und ihre Verfechter auf das leidenschaftlichste bekämpft.

Ein dritter Weg wäre die strenge Durchführung des Schnapsboykotts, den ich getrost dem Massenstreik gegenüberstelle. Auch der Schnapsboykott erfordert Opferwilligkeit und kann beweisen, wie ernst es den Genossen mit dem Wahlrechtskampf ist. Aber er verlangt das Opfer nur von dem Mann; die Familie, namentlich die Kinder bleiben verschont: treffen diese beim Massenstreik die härtesten Entbehrungen, die auch im Fall eines Erfolgs die schwersten Nachwirkungen für ihr ganzes Leben haben können, so können beim Schnapsboykott Frau und Kinder immer nur gewinnen. Trotz seiner in erster Linie für die Arbeiterschaft selbst grausamen Wirkung bin ich selbstverständlich nicht der Meinung, daß der Massenstreik nie angewandt werden dürfe. Noch heute stehe ich auf dem Standpunkt, den ich im Jahr 1906 in der *Neuen Zeit* vertreten habe.³⁾ Aber für die preußische Wahlrechtsbewegung wäre er an sich das untauglichste Mittel: Gerade deshalb sehen ihn ja die preußischen Reaktionäre herbei. Sie selbst, die erbittertsten Feinde einer jeden Wahlrechtsreform, würden vom Massenstreik in allerletzter Linie getroffen werden, dagegen würde er die schwerste Mißstimmung und gegenseitige Erbitterung unter denen hervorrufen, die das heutige Wahlrecht als unhaltbar bekämpfen. Umgekehrt würde der Schnapsboykott die preußischen Großgrundbesitzer, die größten Schnapsproduzenten, an der empfindlichsten Stelle treffen, wenn er wirklich mit allem Nachdruck durchgeführt würde. Leider ist das keineswegs der Fall. Erst kürzlich, am 28. Juli dieses Jahres, brachte der *Vorwärts* eine Notiz über den allgemeinen Rückgang der Reicheinnahmen; unter den wenigen Posten, die einen Zugang aufweisen, mußte er bedauerlicherweise die Branntweinverbrauchsabgabe nennen. Es wäre zu wünschen, daß der nächste Preußentag entsprechend der Absicht bei der ersten Anregung zum Schnapsboykott die Losung ausgabe: Keinen Tropfen Schnaps, bevor das Dreiklassenwahlrecht in Preußen beseitigt ist! In dieser Zuspitzung auf den preußischen Wahlkampf kann vielleicht noch heute der Schnapsboykott belebt und zu gehöriger Wirksamkeit gebracht werden. Mögen die Genossen, die den Massenstreik herbeisehnen, zunächst durch das kleine Opfer der Enthaltensamkeit vom Schnaps beweisen, daß sie auch zu größeren fähig sind. Den Parteitag der übrigen deutschen Bundesstaaten ist es zu überlassen, ob sie ihre häufig kundgegebene Unterstützungsbereitschaft durch ähnliche Beschlüsse betätigen wollen.⁴⁾

Das wichtigste Mittel aber zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen ist die Zusammenfassung aller seiner Gegner in einer

³⁾ Siehe meinen Artikel *Wahlrechtsbewegung und Massenstreik in der Neuen Zeit*, 1905-1906, 2. Band, pag. 835.

⁴⁾ Über die mögliche Bedeutung des Schnapsboykotts siehe meinen Artikel *Gibt es eine preußische Sozialdemokratie?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1092 f.

Front gegen die Konservativen. Unsere Aufgabe darf es nicht sein dem Machtgefühl der Massen zu schmeicheln sondern auszusprechen, was ist. Immer wieder muß betont werden, daß es sich in Preußen noch keineswegs um den Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung handeln kann, daß es hier vielmehr gilt zunächst die mächtigen Überreste der Feudalzeit und des Absolutismus zu beseitigen. Erst dadurch kann der Boden geschaffen werden, auf dem im Kampf mit geistigen Waffen der Gegensatz zwischen liberaler und sozialistischer Weltauffassung ausgefochten werden wird. Und hierzu ist in Preußen die Möglichkeit, wie sich deutlich gezeigt hat, nur gegeben durch Zusammenfassen aller liberalen und sozialdemokratischen Kräfte. Kommt sie zustande, so hat aber auch das letzte Stündlein für die Reaktion in Preußen geschlagen. »Den getrennten Parteien der Linken gegenüber fühlt sich die Rechte in gesicherter Machtstellung; jede Annäherung zwischen ihnen erregt mit Recht die größte Besorgnis für die konservative Vorherrschaft.«⁵⁾

Es hilft aber nichts, wenn die Sozialdemokratie mit süßsaurer Miene erklärt allenfalls mit der fortschrittlichen Volkspartei ein Stück Weges gehen zu wollen, unter der Bedingung, daß die Volkspartei sich von den Nationalliberalen scheide. Bei der Schwäche der Volkspartei ist es ganz selbstverständlich, daß sie immer von neuem Anschluß an die (auch nicht allzu starke) andere liberale Partei sucht und findet. An dieser Stelle will ich unter Hinweis auf meine oben angezogenen früheren Ausführungen nur zahlenmäßig erläutern, daß im Kampf gegen die Konservativen der Zusammenschluß mit allen Liberalen für Preußen notwendig ist, und zwar lege ich wieder den für die Sozialdemokratie günstigsten Maßstab der Reichstagswahlergebnisse von 1912 zugrunde. Wie schon oben erwähnt, betrug die Prozentzahl sozialdemokratischer Stimmen innerhalb des Königreichs Preußen bei den letzten Reichstagswahlen 32,1. Die beiden konservativen Parteien hatten 15,6 %; dazu kommt das Zentrum mit 16,7 %, so daß den 32,1 % sozialdemokratischen Stimmen 32,3 % auf der Rechten gegenüberstehen. Weshalb das Zentrum in Preußen in noch weit höherem Grad als im Reich mit den Konservativen fest verbunden ist, habe ich vor kurzem nachgewiesen⁶⁾, und die Stellungnahme der Zentrumspreste gegenüber dem Gedanken der Wahlrechtsreform gerade wieder in der letzten Zeit beweist, daß die Konservativen bei der Verteidigung des Dreiklassensystems auf die Zentrumspar tei rechnen dürfen. Die fortschrittliche Volkspartei brachte bei den Reichstagswahlen innerhalb Preußens 11,5 % der Wähler auf ihre Seite, die Nationalliberalen 12,5 %. Der Rest von 11,6 %, der sich auf Polen, Wilde, Antisemiten usw. verteilt, kann nicht in Ansatz gebracht werden. Denkt man sich nur die Volkspartei mit der Sozialdemokratie auf der einen Seite, die Nationalliberalen dagegen zur Rechten gedrängt, so erhielte man auf der Linken 43,6 % gegen 44,8 % auf der Rechten: wohlgemerkt, nach der für die Linke allergünstigsten Berechnung aus den Reichstagswahlergebnissen von 1912 eine Minorität der Linken!

Nach allem Gesagten stehe ich keinen Augenblick an trotz des schärfsten

⁵⁾ Siehe meinen Artikel *Der Stand der Wahlrechtsbewegung in Preußen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1178.

⁶⁾ Siehe meinen Artikel *Der Kurs der Politik in Preußen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1145.

Hohns von neuem zu erklären, daß zurzeit die Beseitigung des Dreiklassenswahlsystems in Preußen nur durch eine Front von Friedberg bis Liebknecht gegen die Konservativen und das mit ihnen eng verbündete Zentrum durchzusetzen ist.

Solange es nicht gelingt dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dürfen die Konservativen in sicherer Ruhe der Zukunft entgegensehen. Bei dieser Sachlage aber (dem Sehnen der Konservativen entsprechend) die Partei in den Massenstreik um das Wahlrecht hineinhetzen heißt die Partei einer schweren Niederlage entgegenführen, deren Wirkungen ihren Siegeszug um Jahrzehnte verzögern können. Mögen die Massen davor bewahrt bleiben erst durch traurige Erfahrungen belehrt zu werden, von welcher Seite ihnen in dieser Sache die besseren Ratschläge erteilt werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX LUDWIG QUESSEL · NACH 10 JAHREN



KAUM jemals ist der Gegensatz zwischen *sozialrevolutionärer* Theorie und friedlich reformistischer Gegenwartsarbeit innerhalb der Sozialdemokratie so scharf zutage getreten wie in diesen Tagen, da wir das 10jährige Jubiläum der Dresdener Resolution feiern können. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß, wie von reformistischer Seite immer betont worden ist, die ökonomische Entwicklung einmal weit weniger allgemein und dann viel langsamer zum Untergang des Klein- und Mittelbetriebs führt als die *sozialrevolutionäre* Theorie dies wahr haben will.

Daß die ökonomische Entwicklung nicht allgemein zum Untergang der kleinen und mittleren Betriebe führt, zeigt uns am besten die deutsche Landwirtschaft. In Dresden 1903 konnten die *sozialrevolutionären* Redner noch triumphierend auf die Tatsache hinweisen, daß von 1882 bis 1895 die Zahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe von 24 991 auf 25 061 gewachsen sei. Diese Vermehrung der eigentlichen Großbetriebe um 70 im Verlauf von 13 Jahren war überaus minimal, immerhin war aber doch ein Wachstum zu konstatieren. Geradezu grausam wurden aber die *sozialrevolutionären* Illusionen durch die Betriebszählung von 1907 zerstört. Nicht nur kein Wachstum sondern ein erstaunlicher Rückgang der großen Betriebe war zu konstatieren. Um 1495 war die Zahl der großen Betriebe in 12 Jahren reduziert worden. Was aber noch weit mehr in Erstaunen setzte, war der Umstand, daß auch der kleinkapitalistische Landwirtschaftsbetrieb der Konkurrenz des Bauerntums nicht hatte standhalten können. Von 281 767 im Jahr 1895 war die Zahl ihrer Betriebe auf 262 191 im Jahr 1907 gesunken. Die Positionen, die der groß- und kleinkapitalistische Betrieb hatte preisgeben müssen, waren von den bäuerlichen Betrieben mit stürmender Hand genommen worden. Der von ihnen bewirtschaftete Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche stieg von 40,01 auf 43,10 %. Die *Sozialrevolutionäre* trauten ihren eigenen Augen nicht, als sie sahen, daß in dem kurzen Zeitraum von 12 Jahren der von ihnen totgesagte bäuerliche Landwirtschaftsbetrieb sich im Rahmen des Reichs ein Gebiet erobert hatte fast so groß wie das Großherzogtum Hessen. In der Tat, auch in der Landwirtschaft steht die Entwicklung nicht still. Aus den Studierstuben und Laboratorien der vom Staat besoldeten Agronomen dringt die wissenschaftliche Erkenntnis

hinaus aufs Land. Wanderlehrer und Zeitschriften verbreiten sie von Dorf zu Dorf. Die Anwendung der Wissenschaft auf Ackerbau und Viehzucht gelingt aber im Großbetrieb nur teilweise und mit geringem wirtschaftlichen Nutzeffekt, weil ihm die geeigneten Arbeitskräfte fehlen, während der Kleinbetrieb mit seiner familienmäßigen Arbeitsverfassung die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die ihm die staatliche Landwirtschaftspflege kostenlos vermittelt, voll in die Praxis umsetzen kann. Kein Wunder daher, daß der bäuerliche Betrieb auf der ganzen Linie siegreich vordringt und im Deutschen Reich sich in wenigen Jahren ein Territorium von 6180 Quadratkilometer erobert hat. Man kann, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, diesen Vorgang als eine ökonomische Revolution bezeichnen, weil er sich mit unerwarteter Schnelligkeit in dem kurzen Zeitraum von 12 Jahren vollzogen hat. Aber diese Revolution meinten die Verfasser der Dresdener Resolution wohl nicht. Nicht nur, daß das südliche, westliche und mittlere Deutschland heute in landwirtschaftlicher Beziehung noch ganz das selbe Bauernland ist wie 1903, sondern auch der Osten des Reichs wird langsam zum bäuerlichen Besitz trotz des bald offenen bald versteckten Widerstands der preußischen Verwaltungsorgane.

Lehrt uns die ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft, daß der Untergang der kleinen und mittleren Betriebe keineswegs allgemein ist, so zeigt uns die moderne Industrie, daß die Verdrängung der kleinen und mittleren durch die ganz großen Betriebe sich weit langsamer vollzieht als die sozialrevolutionäre Theorie auf dem Dresdener Parteitag es uns verkündete. Ich lege wenig Wert darauf, daß die Klein- und Alleinbetriebe seit dem Dresdener Parteitag nicht nur nicht absondern im Gegenteil zugenommen haben, weil diese Entwicklung wesentlich durch das Wachstum des modernen Proletariats bedingt ist; wo ein Großbetrieb einige hundert Arbeiterfamilien um sich sammelt, da ist auch der Grund für die Entstehung zahlreicher Allein- und Kleinbetriebe (Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Metzger, Bäcker usw.) gelegt, die die proletarischen Haushaltungen mit ihren Erzeugnissen versehen. Wichtig dagegen ist die Tatsache, daß der mittlere kapitalistische Betrieb nicht bloß keine Verminderung sondern sogar eine sehr starke Vermehrung aufzuweisen hat. 1895 wurden nur 191 000 kleinkapitalistische Unternehmer gezählt, 1907 waren bereits 270 000 vorhanden, von denen jeder durchschnittlich 13 Personen beschäftigt. Daß übrigens in der deutschen Industrie, deren materielle Grundlagen Kohle und Eisen bilden, die beide in großen Mengen im eigenen Land vorhanden sind, der Großbetrieb die Führung an sich gerissen hat, ist weiter nicht verwunderlich, da bei dem Bergbau und der Verarbeitung der Erze der Großbetrieb technisch die einzig mögliche Form der Unternehmung bildet. Gewiß, das Wachstum der in den deutschen Gewerbebetrieben überhaupt beschäftigten Personen von 10,2 Millionen im Jahr 1895 auf 14,3 Millionen im Jahr 1907 kann als Beweis für eine gewaltige kapitalistische Expansion angesehen werden. In einem Land, das über einen jährlichen Bevölkerungszuwachs verfügt, der so groß ist wie die Bevölkerungszunahme Großbritanniens, Österreich-Ungarns, Italiens und Frankreichs zusammen genommen, ist eine wachsende Industrialisierung eine Notwendigkeit. Es liegt daher durchaus nichts Erstaunliches darin, daß, um den 4,1 Millionen zuschüssigen Arbeitskräften, die von 1895 bis 1907 auf den Arbeitsmarkt strömten, Beschäftigung zu geben, 76 000 kleinkapitalistische und 13 000 großkapitalistische Industrie-

betriebe neu errichtet wurden. Diese industriestaatliche Entwicklung darf aber nicht als kapitalistische Konzentration im Sinn der *sozialrevolutionären* Theorie gedeutet werden. Es ist etwas ganz anderes, ob neben den vorhandenen mittleren Betrieben neue große Unternehmungen entstehen, oder ob sich die großen Unternehmungen auf Kosten der mittleren ausbreiten. Eben- sowenig wie die neuen 13 000 großkapitalistischen Betriebe auf den Trüm- mern der kleinkapitalistischen Unternehmungen errichtet wurden, sind auch die neuen 76 000 kleinkapitalistischen Betriebe auf den Trümmern der eigent- lichen Kleinbetriebe entstanden. Die ökonomische Entwicklung von 1895 bis 1907 hat nicht zum Untergang der kleinen und mittleren Betriebe sondern zu ihrer wesentlichen Vermehrung geführt. Daneben ist dann freilich noch eine große Anzahl großkapitalistischer Betriebe neu entstanden. Die Zahl der von den einzelnen Großbetrieben durchschnittlich beschäftigten Personen betrug 1895 160, 12 Jahre später 167; bei den mittleren Unternehmungen mit 6 bis 50 Personen entfielen 1895 auf den einzelnen Betrieb durchschnitt- lich 12,4, 12 Jahre später 13,6 Personen. Diese Zahlen zeigen uns, daß sich das Schwergewicht der industriellen Betriebsgliederung infolge unserer in- dustriestaatlichen Entwicklung zum Großbetrieb hin verschiebt; dieser Pro- zeß vollzieht sich aber so langsam, daß er für die praktische Gegenwarts- arbeit der Sozialdemokratie nur von geringer Bedeutung ist.

Für jeden, der Vertrauen zur menschlichen Vernunft hat, war es sicher, daß das vollständige Ausbleiben der kapitalistischen Betriebskonzentration in der Sphäre der agrikolen Produktion und ihr langsames Tempo in Handel und Industrie den bergewerksenden Glauben an eine nahe Schicksalswende früher oder später abschwächen und erschüttern mußte. Zunächst konnte sich das Schwinden des alten *sozialrevolutionären* Glaubens allerdings nur bei den kritisch denkenden Parteigenossen zeigen, für die die Tatsachen der sozialen Entwicklung schwerer wogen als die Lehren der *sozialrevolutio- nären* Theorie. Schließlich mußte aber der Geist der Skepsis und Indifferenz auch die weniger kritisch Denkenden ergreifen und jenen, allen vagen Zu- kunftshoffnungen abgeneigten, kritisch wägenden und exakt rechnenden Geist erzeugen, der für die gegenwärtige Generation der Sozialdemokraten mehr und mehr kennzeichnend wird. 10 Jahre sind heute vergangen, seit die Ver- treter der *sozialrevolutionären* Theorie auf dem Dresdener Parteitag den alten Geist vor dem Untergang zu retten suchten. Wie fruchtlos jene ge- waltigen Anstrengungen waren, hat das Jahrzehnt von 1903 bis 1913 gezeigt. Kleinlaut geben die Wortführer des *Radikalismus* es heute selbst zu, daß es für die *sozialrevolutionäre* Theorie Abend werden will. So schrieb jüngst in plötzlich auftauchender Erkenntnis der *radikale* Genosse Meerfeld in der *Neuen Zeit*:

»Der revolutionäre Geist ist flügelarm geworden... Zunächst ist es Tatsache... daß die Arbeiterschaft in ihren maßgebenden Schichten heute schon etwas mehr zu verlieren hat als ihre Ketten... Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart goß Hervé die Lauge seines gallischen Spottes über die deutsche Delegation aus, die ihm fast behäbig-bürgerlich erschien und von proletarisch-revolutionärem Kampfestrotz kaum einen Hauch habe. Das war karikaturistisch übertrieben — dennoch steckte ein Körnchen Wahrheit darin... Auch die deutschen sozialdemokratischen Partei- tage (wir dürfen es ruhig zugeben!) sind in ihrem Habitus von einem Revolutions- konvent sehr weit entfernt. Wir sind allmählich ein wohlfunktionierender und wohl- geordneter Parteibetrieb geworden, worin für revolutionären Elan kaum noch Platz vorhanden ist.«

Diese Charakterisierung des von seiner Presse *sozialrevolutionär* beein-

flußten, nichtsdestoweniger in der Sache durchaus antirevolutionär gesinnten sozialdemokratischen Arbeiters ging jedoch dem Braunschweiger *Volksfreund* noch nicht weit genug. Der zur Pannekoek-Luxemburgischen Richtung gehörende Redakteur dieses Blattes glaubte in der Meerfeldschen Schilderung noch eine Beschönigung des wahren Sachverhalts zu finden und stellte deshalb das Resultat einer 10jährigen politischen Erziehung nach dem Wortlaut der Dresdener Resolution wie folgt dar:

»Der deutsche Arbeiter ist ein so vorzüglicher Haushälter... Er hält auch die Sparkasse hoch, liebt seinen Schrebergarten, erwirbt wohl selbst ein Grundstück, lebt hygienisch, nimmt Luft- und Wasserbäder, trinkt keinen Alkohol, pflegt sein Aquarium, vermeidet eine große Kinderzahl, kurz und gut: er richtet sich ein, so gut es geht, wobei ihm seine Organisationen, seine Gewerkschaft, sein Konsumverein usw. einen guten Rückhalt geben. Für seine Unterhaltungen sorgen der Bildungsausschuß, der Arbeiterturnerbund, der Arbeitergesangsverein usw., und jetzt bietet ihm die *Volksfürsorge* noch eine Sicherstellung der Familie nach seinem Tod. Die Gedankenwelt des organisierten Arbeiters wird dadurch trotz aller prinzipiellen Aufklärung in der Gegenwart und ihrer Gesetzlichkeit verankert. So sind freilich nicht alle Arbeiter. Aber die maßgebenden, die von den Arbeitern geachteten, den Charakter der Masse bestimmenden Arbeiter sind ruhige, sparsame, gewissenhafte, solide Leute, die schon einen Stich ins Puritanertum annehmen. Aus ihnen rekrutiert sich dann die Bureaukratie der Organisationen. Unwirtschaftliche, leicht entflammbare Sprudelköpfe stehen sehr tief im Kurs. Und auch die stillen Träumer, Dichter und Philosophen unter den Arbeitern spielen keine Rolle. Es dominiert die wohl-anständige, aber auch nüchterne Tüchtigkeit, die keine Revolution macht.«

Man stelle diese Auslassungen von Parteigenossen, die auf dem äußersten linken Flügel der Partei stehen, den Reden gegenüber, die vor 10 Jahren in Dresden gehalten wurden, und man wird zugeben müssen, daß sie geradezu eine Satire auf die Resolution jenes Parteitags darstellen, wie sie bissiger selbst ein sozialistischer *Vernunftmonarchist* nicht hätte zustande bringen können. Denn man darf doch nicht übersehen, daß die beiden Genossen bei der Charakterisierung des sozialdemokratisch organisierten Arbeiters nicht etwa die Leser der mehr oder minder reformistisch geleiteten Parteipresse im Auge haben sondern die Abonnenten derjenigen Parteiblätter, die sozusagen Sammelstellen für die sozialrevolutionären Artikel der Luxemburg, Zetkin, Kautsky und Pannekoek sind.

Wie ist es nun aber zu erklären, daß alle sozialrevolutionären Lehren und Ermahnungen an dem Geist des deutschen Arbeiters so absolut wirkungslos abprallen? Ich glaube dies am besten durch ein eigenes Erlebnis, das auf mein politisches Denken einen tiefen Einfluß ausgeübt hat, erklären zu können. In den Tagen nach dem großen Wahlsieg von 1890, als in dem geistig regsamen Teil der Partei das Zukunftsstaatsproblem lebhaft diskutiert wurde, erfuhr ich zum erstenmal durch die Zeitungen, daß ein Sohn Wilhelm Liebknechts an deutschen Universitäten studiere, um später Rechtsanwalt zu werden. Ganz erfüllt von dem sozialrevolutionären Glauben, daß der Kleinbetrieb in Industrie und Landwirtschaft mit Riesenschritten seinem Untergang zueile, so daß der Tag der sozialen Revolution nach wenigen Jahren bestimmt anbrechen müsse, war mir die Handlungsweise Wilhelm Liebknechts, der seine Söhne das Recht des vor dem Zusammenbruch stehenden Klassenstaats studieren ließ, völlig unbegreiflich. In sozialistischen Zeitschriften hatte ich gelesen, daß am Tag nach der sozialen Revolution dem siegreichen Proletariat bei der Durchführung der sozialistischen Produktionsweise dadurch gewisse Schwierigkeiten entstehen könnten, daß zu wenig Techniker und Naturwissenschaftler, aber viel zu viel Juristen vor-

handen wären, welch letztere für die sozialistische Gesellschaft einen völlig toten Ballast bilden würden, da mit dem Untergang des Kapitalismus auch dessen Rechtswissenschaft in das Meer der Vergessenheit versinken müsse. Nun aber erfuhr ich, daß Wilhelm Liebknechts Vertrauen zu der Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise so stark war, daß er seinen Sohn Karl, den wohl das selbe Vertrauen erfüllte, ungestört das Recht des Klassenstaats sich zum Studium erwählen ließ. Von jetzt ab schenkte ich den Darlegungen der bürgerlichen Nationalökonomien, die energisch bestritten, daß der Untergang der Klein- und Mittelbetriebe sich ganz allgemein und in besonders schnellem Tempo vollziehe, erhöhte Beachtung. Damals stand ich im 18. oder 19. Lebensjahr. Karl Liebknecht hat nicht, wie ich befürchtete, Zeit und Kraft vergeudet, als er sich mit dem Studium des Rechts des kapitalistischen Staats beschäftigte. Der Sohn Liebknechts wird seinen Entschluß auch nicht zu bereuen haben, da er wohl ebensowenig wie sein Vater den Tag erleben wird, an dem das bürgerliche Recht aufhört zu existieren. So wie Liebknecht Vater und Sohn folgen nun aber auch die Proletarier bei der Regelung ihrer Lebensverhältnisse ihrem ökonomischen Instinkt, der ihnen sagt, daß sie und ihre Kinder in der Gesellschaft, in der sie geboren wurden, auch leben und sterben werden. Deshalb ist der Proletarier der »vorzügliche Haushälter«, der bemüht ist sein Leben auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft so erträglich wie möglich zu gestalten. Er hat den Glauben an den nahe bevorstehenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft verloren, nicht weil er ein Spießbürger geworden, sondern weil alle Tatsachen des ökonomischen Lebens gegen die *sozialrevolutionäre* Theorie sprechen, die ihm Pannekoek, Luxemburg, Lensch usw. als Heilswahrheit unermüdlich predigen.

Nun ist freilich nichts falscher als die Auffassung, daß das langsame Tempo der industriellen Konzentration und die entgegengesetzte Entwicklung in der Landwirtschaft ein Hindernis für die Arbeiterschaft sei zur politischen Herrschaft emporzusteigen. Gerade der antirevolutionäre Geist des deutschen Arbeiters, den die *radikalen* Genossen so lebhaft beklagen, macht ihn dazu fähig die Interessen seiner Klasse zum Prinzip des Staates zu machen. Dazu kommt der weitere Umstand, daß der durch die industriestaatliche Entwicklung geschaffene neue Mittelstand ein immer mächtigerer Bundesgenosse der Arbeiterklasse wird. Die Interessen dieser beiden Klassen weisen aber gebieterisch auf Demokratie und Sozialismus hin. Freilich, nicht im revolutionären Ansturm sondern nur auf dem Weg der demokratischen und sozialistischen Reform können wir unsere Ideale verwirklichen. Es ist die praktische Gegenwartsarbeit, die uns die Tore der sozialistischen Zukunft öffnet. Ihre Aufgaben stehen aber schon heute völlig fest. Wirkliche demokratische und sozialistische Erfolge sind nur zu erzielen, wenn die Sozialdemokratie zur mitregierenden Partei im Staat wird. Dazu ist notwendig, daß die politische Kooperation des Sozialismus und des Liberalismus, die mit der *Dämpfung* unklar und schwankend begann, klar und zielsicher weiter verfolgt wird. Denn nur auf diesem Weg ist es möglich eine wirkliche Demokratisierung des Staates herbeizuführen. Die *Dämpfung* hat uns gezeigt, daß die ungleiche Einteilung der Reichstagswahlkreise, die die Reaktion als das sicherste Bollwerk gegen die Demokratisierung Deutschlands ansah, durch eine geschickte Stichwahltaktik in ihrer Wirksamkeit beseitigt werden kann.

Dank der *Dämpfung* verfügt heute die Sozialdemokratie über eine Mandatszahl im Reichstag, die einer proportionalen Vertretung ihrer Stimmenzahl nahekommt. Kein Wunder daher, daß diejenigen, die die deutsche Arbeiterklasse auf die schiefe Ebene der außerparlamentarischen Aktion drängen möchten, gerade die *Dämpfung* mit ihrem glühenden Haß beehren. Die politische Kooperation zwischen Liberalismus und Sozialismus muß aber auch ganz von selbst zum parlamentarischen Regierungssystem führen, das der vollendetste Ausdruck einer Regierung durch und für das Volk ist. Bei der Stärke der sozialdemokratischen Partei ist eine demokratische Regierung nach den Grundsätzen des parlamentarischen Systems in Deutschland heute nur noch möglich, wenn unsere Vertrauensmänner an der Regierung teilnehmen. Denn angenommen, daß das parlamentarische Regierungssystem unter dem Druck einer politischen Notwendigkeit heute zur Geltung käme, so müßte die Sozialdemokratie als stärkste Einheit der linken Mehrheit eigentlich sogar für das parlamentarische Ministerium den Reichskanzler stellen, während die Posten der Staatssekretäre unter Sozialdemokratie und Liberalismus nach dem Verhältnis 11 : 9 zu verteilen wären. Man wende nicht ein, daß das, was sich jetzt in Dänemark ereignete, für Deutschland undenkbar sei. Wenn einmal der bei unseren *Radikalen* sehr stark ausgeprägte Wille zur politischen Ohnmacht überwunden sein wird, ist das parlamentarische Regierungssystem, und mit ihm die sozialdemokratische Mitregierung, nur noch eine Frage der Zeit. Will die deutsche Arbeiterklasse aber im Gegenwartsstaat zur politischen Mitherrschaft emporsteigen, so muß sie sich von allen starren Dogmen freimachen. Es ist nicht wahr, daß sozialistische Minister, die ihr hohes Amt als Delegierte ihrer Partei ausüben würden, vergessen könnten, daß sie die Vertreter einer Klasse sind, die zur vollen Gleichberechtigung nur emporsteigen kann, wenn sie letzten Endes Wirtschaft und Recht der heutigen Gesellschaft von Grund aus umgestaltet. Parlamentarische Minister sind nur Vollzugsorgane ihrer Partei, die so handeln, wie diese es für richtig hält, wenn sie nicht durch ein Mißtrauensvotum ihrer eigenen Fraktionskollegen gestürzt werden wollen. Freilich, schon heute den Sozialismus in größerem Umfang zu verwirklichen liegt außerhalb der Macht auch eines sozialistischen Ministeriums. Wären unsere dänischen Genossen der Aufforderung des Königs ein sozialistisches Ministerium zu bilden nachgekommen, so hätten sie selbstverständlich nur eine durch den Sozialismus orientierte demokratische Politik betreiben können. Durch die Erweiterung der politischen Rechte des Volks, durch Ausbau des Arbeiterschutzes, durch Förderung der staatlichen und kommunalen Betriebe hätten sie im Interesse des Proletariats wirken können, entsprechend den Direktiven, die ihnen von der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften erteilt worden wären. Die Löhne zu erhöhen, die Arbeitslosigkeit zu mildern, die Bildung zu erweitern, die Arbeitszeit zu kürzen: das sind die Aufgaben, die sozialistische Minister im Gegenwartsstaat zu erfüllen haben. Der beste Beweis dafür, daß sozialistische Minister in diesem Sinn wirken können, ist die Tatsache, daß die bürgerlich-konservativen Minister heute im entgegengesetzten Sinn mit Erfolg tätig sind.

Man bilde sich freilich nicht ein, daß das parlamentarische Regierungssystem im Reich, mit dessen Hilfe auch die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten im demokratischen Sinn durch einen einheitlichen Akt der Reichsgesetzgebung gelöst werden könnte, von selbst kommen wird. Große politische

Kämpfe sind dazu erforderlich. Was aber dem dänischen Liberalismus schon vor etwa 15 Jahren gelang, muß heute auch der deutschen Sozialdemokratie gelingen. Dazu ist freilich der feste Entschluß notwendig positiv mitzuarbeiten: nicht nur auf dem Gebiet der Sozialpolitik sondern auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, und zwar im Sinn des sozialistischen Reformismus, der sich keiner Staatsnotwendigkeit verschließt, weil er von der Erkenntnis getragen und durchdrungen ist, daß nicht Revolutionen, sondern nur die praktische Gegenwartsarbeit auf dem Boden der bestehenden Ordnung uns unseren demokratischen und sozialistischen Idealen näher bringen kann. Wenn diese Wahrheit, die heute die Massen schon dumpf zu fühlen beginnen, allen klar zum Bewußtsein gekommen sein wird, braucht man an dem endgültigen Sieg von Demokratie und Sozialismus nicht mehr zu zweifeln.

XXX
WILHELM KOLB · DIE TAKTIK DER SOZIALDE-
MOKRATIE

 EIT dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 ist fast kein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie vorübergegangen, ohne daß die Frage der Taktik zur Erörterung gekommen wäre. Meist waren es nur Teile des Gesamtproblems, die den Anlaß zu solchen Auseinandersetzungen gegeben haben. Auch diesmal sind es wieder nur Begleiterscheinungen des Politisierungsprozesses, in dem sich die sozialdemokratische Partei befindet, die zu den seit Wochen jetzt in der Parteipresse und in den Parteiversammlungen geführten Diskussionen über die Taktik den Anlaß gaben. Den wirklichen Ursachen aller dieser Auseinandersetzungen, die viel tiefer liegen und dem klaffenden Gegensatz zwischen <angeblicher> Theorie und Praxis entspringen, geht man im allgemeinen vorsichtig aus dem Weg, oder man versucht (wie dies jetzt wieder K. Kautsky in der *Neuen Zeit* tat) mit Wortklaubereien darüber hinwegzukommen. Das Vertuschen hat aber auf die Dauer keinen Zweck. Denn schließlich muß eine so große Partei wie die deutsche Sozialdemokratie einmal eine feste Basis für ihr politisches Handeln finden, will sie nicht darauf verzichten auf das Wie und Wohin der politischen Entwicklung in den nächsten Jahren maßgebenden Einfluß auszuüben.

Die gegenwärtige Situation gleicht im wesentlichen der nach den siegreichen Reichstagswahlen 1903, nur mit dem Unterschied, daß wir seither doch wieder eine 10jährige Erfahrung hinter uns haben, die an dem politischen Denken auch unserer Partei nicht spurlos vorübergegangen ist, und die uns diesmal davor bewahren wird das Dresdener Exempel zu wiederholen. In Dresden glaubte man den Revisionismus totgeschlagen zu haben. Und es gibt Parteigenossen, die vor jedem Parteitag aufs neue den definitiven Tod des Revisionismus feststellen. Man mag ihnen den Trost dieses alljährlichen Beweises gönnen. Liegt doch gerade in dieser Periodizität das Dokument dafür, daß der Revisionismus nicht nur lebendig sondern dauernd im Vormarsch ist. Er marschiert in der Tat; und nicht in der deutschen Sozialdemokratie allein sondern in der ganzen internationalen Bewegung. Er sitzt, wie neulich ein *radikaler* Redner in Leipzig kummervoll feststellen mußte, viel mehr Leuten im Nacken als seine Vernichter sich träumen lassen. Nur sucht

man immer wieder die gutgläubigen Genossen über den Begriff des *Revisionismus* irrezuführen, wie ja auch schon dessen Deklaration in der Dresdener Resolution total verkehrt war. Irreführend ist es vor allen Dingen schon, daß die *Radikalen* sich als Marxisten, womöglich gar als die einzigen Marxisten, bezeichnen und so einen Gegensatz zwischen der Marxschen Theorie und der reformistischen Praxis herzuleiten suchen. Der Streit dreht sich aber gar nicht um die Theorie des Karl Marx sondern lediglich um die Auslegungen dieser Theorie durch seine Epigonen, die ihre Erstarrung zum Dogma bewirkt haben. Schon der einzige Ausspruch Marx' von dem Sieg des Prinzips, der in der Erringung des Zehnstundentags liegt, fegt alle Zusammenbruchstheorien und Zusammenbruchstheoretiker über den Haufen. Wir Reformisten betrachten uns als die wahren Fortsetzer der Marxschen Gedankenkreise. Denn wir wenden den evolutionistischen Gedanken des Werdens auch auf den Sozialisierungsprozeß in der kapitalistischen Gesellschaft an. Und unsere Politik sucht konsequent diesen Sozialisierungsprozeß zu fördern. Wie steht es aber heute im Lager der Marxepigonen, derjenigen, die nicht genug betonen können einzig und allein im Besitz der wahren Lehre zu sein? Die Uneinigkeit über die Frage der Taktik ist zurzeit nirgends größer als unter jenen *Marxisten* selber. So viel bittere Ironie wie sie heute im Kampf gegen einander aufwenden, haben sie nicht einmal je im Kampf gegen die Revisionisten aufgebracht. Der Gegensatz, der sich in den letzten Jahren im *marxistischen* Lager herausgebildet hat, kommt aber ebensowenig von ungefähr wie die blühende Entwicklung des Revisionismus trotz aller Resolutionen und Proteste gegen ihn. Die Politisierung der deutschen Sozialdemokratie läßt sich eben weder durch Dogmatisierung von Theorien noch durch irgendwelche Konziliumsbeschlüsse aufhalten. Der Geist des Sektierertums kann auf die Dauer keine politische Partei beherrschen, wenn diese sich nicht selbst aufgeben will.

Und der Kampf um die Taktik in der sozialdemokratischen Partei ist letzten Endes nichts anderes als ein Kampf gegen die Sektierer, gegen den Geist der politischen Intransigenz, der vergeblich versucht die natürliche Entwicklung der Partei zu einer lebendig wirkenden politischen Macht in der bürgerlichen Gesellschaft aufzuhalten. Die *Radikalen* haben sich in einen unlöslichen Widerspruch verstrickt. Denn sie wagen es nicht aus ihrer revolutionären Theorie die wirklichen Konsequenzen für die Taktik zu ziehen. Es fehlt ihnen dazu im letzten Grund auch der Wille. Sie könnten es freilich nicht, selbst wenn sie es wollten. Denn die Praxis der ganzen modernen Arbeiterbewegung in all ihren Zweigen läßt sich mit der Katastrophentheorie schlechterdings nicht vereinigen; sie wäre geradezu sinnlos, wenn jene Theorie selbst richtig wäre. Die ganze Geschichte unserer Parteitaktik ist ein fortgesetzter Kampf gegen die Katastrophentheorie. Immer wieder stellt sich diese der reformistischen Arbeit in den Weg. Und immer mit dem selben negativen Erfolg. Das einzige positive Ergebnis dieser Theorie ist das, daß sie den Politisierungsprozeß der sozialdemokratischen Partei hemmt und damit die politische Stagnation in Preußen und in Deutschland mit verschuldet. Darüber hinaus vermochte sie aber nichts zu erreichen. Ich brauche gar nicht auf die frühere Geschichte der Partei zurückzugreifen: auf den prinzipiellen Widerstand gegen die Beteiligung am Seniorenkonvent, an den Kommissionen, an den Kommunalwahlen und an den Landtagswahlen. Viel drastischer noch als damals ist der geradezu komische Kontrast zwischen der Zu-

sammenbruchstheorie und unserer politischen Praxis in den letzten Jahren hervorgetreten. Heute denkt auch der *Radikalste* nicht mehr daran das preußische Dreiklassenwahlrecht *verfaulen* zu lassen. Im Gegenteil, heute ventiliert man die Frage, ob man nicht einen politischen Massenstreik inszenieren soll, um wenigstens eine Reform dieses elendesten aller Wahlsysteme zu erzielen. Also auch die *Revolutionäre* wollen mit ihrer Aktion nichts anderes als eine Reform; selbst die *revolutionäre* Taktik der Massenaktionen steht im Widerspruch zu der Katastrophentheorie ihrer eigenen Vertreter, die Zusammenbruchstheorie bricht bei ihrer Berührung mit dem reformistischen Geist zusammen. Die parlamentarische Tätigkeit verträgt sich eben nicht mit einer *revolutionären* Putschtheorie.

Die gesellschaftliche und damit auch die politische Umwälzung vollzieht sich heute unter anderen Bedingungen als in den Zeiten der großen Revolutionen. Die Demokratisierung des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ist kein Phantom sondern lebendige, sich vor unseren Augen vollziehende Wirklichkeit. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften leisten keine Sisyphusarbeit. Und wenn die politische Arbeiterbewegung nicht in gleicher Weise Früchte ihrer Tätigkeit sehen kann wie die wirtschaftliche, so gerade deshalb, weil die deutsche Sozialdemokratie in einer Theorie befangen ist, die ihr politisches Handeln in Fesseln legt, und weil infolgedessen die größte Partei Deutschlands nicht dazu kommen kann die in ihr vorhandenen latenten Kräfte in lebendig wirkende Aktualität umzusetzen. Sobald die sozialdemokratische Partei sich aktiv rührt, stößt sie auf den lebhaftesten Widerspruch der *Marxisten*, die ihre Theorie von dem nicht zu umgehenden Zusammenbruch gefährdet sehen, und die dann jeweils alle Leidenschaften mobil machen, um der reformistischen Entwicklung Einhalt zu tun. Es gelingt ihnen ja nicht, weil die Realitäten stärker sind als die Doktrinen. Aber dieses Festhalten an einer durch die Tatsachen der Entwicklung längst *ad absurdum* geführten Theorie hat immer wieder neue Irrungen und Verwirrungen zur Folge.

Bis zu welchem Grad diese Verwirrung schon gediehen ist, dafür lieferte das Zentralorgan der Partei vor einigen Wochen einen geradezu klassischen Beweis. In einem Artikel, betitelt *Die Rudolstädter Legende*, polemisierte der *Vorwärts* gegen meinen Artikel über die Bedeutung des Großblocks für die badischen Landtagswahlen, der kurz zuvor in den *Sozialistischen Monatsheften* erschienen war. Ich hatte dort auf das Rudolstädter Exempel der Budgetbewilligung hingewiesen, um die absolute Unhaltbarkeit der in Dresden respektive Nürnberg und Magdeburg beschlossenen prinzipiellen Budgetverweigerung darzulegen. Der *Vorwärts* will nun Baden und Rudolstadt absolut nicht mit einander vergleichen lassen. Er sagt: die Budgetbewilligung in Baden sei ohne jeden Zwang erfolgt und habe als Vertrauensvotum für die Regierung gewirkt; sie sei also der Ausfluß der reformistischen Taktik gewesen, wie ich sie vertrete, die alles spezifisch Sozialistische und Revolutionäre zurückstelle. Die Hilflosigkeit dieser Argumentation kann einen mit Mitleid erfüllen. Freilich hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Baden aus politischen Gründen für das Budget gestimmt. Die Frage ist nur die, ob gegen diese politischen Gründe das Prinzip, das der Sozialdemokratie verbietet der bürgerlichen Gesellschaft irgendwelche Mittel zu ihrer Weiterexistenz zu bewilligen, Stich halten kann. Daß es das

nicht kann, dafür zeugt ja eben das Rudolstädter Beispiel. Der Artikelschreiber des *Vorwärts* hat die Pointe meiner Ausführungen gar nicht begriffen, sonst hätte er sich die Darlegung, warum man in Rudolstadt für das Budget stimmen durfte und in Baden nicht, gespart. Denn er selbst hat damit die für die prinzipielle Budgetablehnung ins Feld geführten Gründe widerlegt. Es kommt doch bei einer prinzipiellen Budgetablehnung gar nicht darauf an, ob unsere Partei in einem Parlament die Mehrheit hat oder nicht; denn auch wo wir die Mehrheit haben, wird an der Existenz der bürgerlichen Gesellschaft nichts geändert. Rudolstadt ist trotz der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit genau so ein kapitalistischer Klassenstaat wie Baden; und nicht einem sozialistischen, nicht einmal einem liberalen, sondern einem durchaus reaktionären Klassenstaatsministerium hat die sozialdemokratische Mehrheit des Rudolstädter Landtags das Budget bewilligt. Nach der Theorie des *Vorwärts* darf eine parlamentarische Vertretung eben nur dann das Budget bewilligen, wenn sie gar nicht mehr anders kann. Das ist freilich ein Prinzip: aber nicht das Prinzip des Sozialismus sondern das Prinzip der Bequemlichkeit. Wenn es auf unsere Stimmen nicht ankommt, halten wir das Prinzip hoch; wenn wir selber die Entscheidung haben, stecken wir es in die Tasche. Der *Vorwärts* meint, unsere Rudolstädter Genossen hätten ihrer reaktionären Regierung zeigen wollen, daß ihre Hoffnung mit der sozialdemokratischen Mehrheit kein Budget zustande zu bringen trügerisch gewesen sei; damit hätten sie deren Ziel das Wahlrecht zu verschlechtern durchkreuzt. Ganz richtig. Aber worauf hatte denn die Rudolstädter Regierung ihre Hoffnung gesetzt? Doch nur auf das prinzipielle Budgetbewilligungsverbot unserer Parteitage. Und wodurch wurde diese Hoffnung zunichte gemacht? Doch nur durch die Verletzung jener Parteitagebeschlüsse. An dieser klaren Sachlage ist nichts zu deuteln. Mit Geschick, das heißt also durch eine vernünftige praktische Politik haben unsere Rudolstädter Genossen die Konfliktspläne ihrer reaktionären Regierung durchkreuzt, ohne sich und ihren Grundsätzen etwas zu vergeben. Das sagt der *Vorwärts*. Welche Grundsätze haben aber wir Badener mit unserer Zustimmung zum Budget verletzt? Darauf gebe uns doch der *Vorwärts* endlich eine präzise Antwort. Ob man darum für das Budget stimmt, weil man die Mehrheit hat, um die Konfliktsgefühle einer reaktionären Regierung zu durchkreuzen, oder ob man zusammen mit den Liberalen die Mehrheit hat und für das Budget stimmt, um eine reaktionäre Mehrheit und damit eine reaktionäre Politik zu verhindern: liegt darin etwa ein prinzipieller Unterschied? Hat denn der *Vorwärts* so gar kein Verständnis dafür, daß wir in Baden die Regierung geradezu zwingen sich von der Reaktion abhängig zu machen? Und daß wir die Liberalen geradeswegs nach rechts hinüberdrängen, wenn wir uns durch die prinzipielle Budgetverweigerung für politisch impotent erklären? Kann der *Vorwärts* wirklich nicht den logisch-politischen Zusammenhang der Rudolstädter und der badischen Gründe begreifen?

Geradezu köstlich ist die Art, wie der *Vorwärts* es rechtfertigt, daß unsere Rudolstädter Genossen die Zivilliste bewilligten. Er meint, in Rudolstadt werde die Krondotation aus den Erträgen des Domänengrundstocks bezahlt. Diese aber setze sich aus Vermögensobjekten zusammen, die als persönliches Eigentum des Fürsten anzusprechen seien und nicht als Landes-eigentum. Diese Dotation hat deshalb auch den Titel *Vorbehaltene Kameral-*

rente. Eine Verweigerung dieser Dotation wäre nach Lage der Dinge zurzeit unmöglich gewesen, denn jedes Landgericht hätte auf Grund des vorliegenden staats- respektive privatrechtlichen Abkommens dem Fürsten die Rente zugesprochen, wenn der Landtag sie verweigert hätte. Das ist alles ganz richtig. Aber ein Grund für die Übertretung des Prinzips der Budgetverweigerung ist das wahrlich nicht. Ob die Zivilliste aus Mitteln des Domänenbesitzes bezahlt wird oder aus anderen Mitteln, ist prinzipiell durchaus gleichgültig. Der Großherzog von Baden hat genau so wie der Fürst von Rudolstadt ein verfassungsmäßig klagbares Recht auf Beschaffung der ihm zustehenden Bezüge. Das haben nicht nur die Fürsten, sondern auch alle Beamten bis herunter zum Staatsnachtwächter. Eben deshalb ist auch die Budgetablehnung praktisch gar nicht mehr durchführbar. Für ihre unübersehbaren Folgen wird daher auch niemals eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit die Verantwortung übernehmen. Damit fallen aber alle Gründe für jene Parteitagsbeschlüsse wie ein umgeblasenes Kartenhaus zusammen.

Indes, es scheint fast so, als halte es der *Vorwärts*, und als halte man es in der Partei überhaupt für ein Prinzip, daß man nur in der *Zwangslage* eine konsequente Politik verfolgen dürfte. In einer Zwangslage befand sich jetzt unsere Reichstagsfraktion, als sie für die Verabschiedung der Wehrevorlage vor der Erledigung der Deckungsvorlagen, und als sie schließlich für die Deckungsvorlagen stimmte und damit bisherige Prinzipien durchbrach. In einer Zwangslage haben wir in Baden das Abkommen mit den Liberalen getroffen, in einer Zwangslage haben wir bei den letzten Reichstagswahlen es auch im Reich getan. Käme unsere Reichstagsfraktion in die Zwangslage, in der unsere Rudolstädter Genossen waren, so würde sie sich schön hüten einen Konflikt heraufzubeschwören, auf den die Reaktion nur wartet; sie würde durch die Zustimmung zum Budget durch alle Pläne der Scharfmacher einen dicken Strich machen. Das ist eben der springende Punkt in dem Streit um die Taktik, daß wir uns immer erst in solche Zwangslagen bringen lassen, bis wir den Mut finden aus unserer, an sich reformistischen Taktik die logischen Konsequenzen zu ziehen. Die *Fränkische Tagespost* klagt darüber, daß unsere Fraktion zu spät ihre taktischen Entschlüsse beim Kampf um die Wehr- und Deckungsvorlagen traf. Wie hätte sie es aber anders machen sollen? Bei der politischen Aufklärung, wie sie bei uns traditionell ist, müssen solche Entschlüsse ja immer erst in Zwangslagen gefaßt werden, weil dabei stets die Übertretung irgendeines Prinzips in Frage steht. Prinzipienverletzungen aber kann man doch nicht vorher mit Posaunenstößen ankündigen.

Der *Vorwärts* hat wirklich eine eminent hohe Auffassung vom Wesen des Sozialismus, wenn er meint, die reformistische Taktik müsse notwendigerweise zur Zurückstellung alles spezifisch Sozialistischen und Revolutionären führen. Was ist denn spezifisch revolutionär an unserer bisherigen Taktik? Die Terminologie, weiter nichts. Was ist denn in Rudolstadt spezifisch Sozialistisches und Revolutionäres passiert? Oder im Reichstag? Oder in irgendeinem andern Parlament? Das spezifisch Revolutionäre der Sozialdemokratie besteht in ihrem demokratisch-sozialistischen Ziel. Ihre Taktik war noch nie eine revolutionäre. Die reformistische Taktik drängt das spezifisch Sozialistische nicht zurück sondern fördert es. Wo

wären wir denn heute mit unseren Genossenschaften, wo mit unseren Vertretungen in den Landtagen und auf den Rathäusern, wenn wir die Resolutionen früherer Parteitage, die der spezifisch revolutionären Taktik entsprachen, nicht längst ignoriert hätten? Solange wir uns in unserer politischen Praxis mit Resolutionen à la Dresden, Nürnberg und Magdeburg Hände und Füße binden, kommen wir aus dem Tohuwabohu der Taktikerörterungen nicht heraus, werden bei den großen politischen Schlachten nicht wir, sondern immer unsere Gegner die Trümpfe in der Hand haben.

Die politische Demokratisierung Preußens und Deutschlands wird nicht durch revolutionäre Massenaktionen sondern nur auf dem Weg einer konsequent reformistischen Taktik und Politik möglich sein. Die politische Entwicklung Deutschlands drängt nun einmal auf eine Kooperation aller nichtkonservativen Parteien hin. Ob und wann der deutsche Liberalismus diese notwendige Wegrichtung einschlägt, hängt mit in erster Linie davon ab, ob und wann die deutsche Sozialdemokratie sich willens und fähig zeigt aus der reformistischen Praxis die logischen politischen Konsequenzen zu ziehen, das heißt, ob und wann sie vor der politischen Verantwortung, der sie sich auf die Dauer doch nicht entziehen kann, nicht mehr zurückschreckt. Daß heute ein Zusammenarbeiten zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie in der Reichspolitik noch nicht möglich ist, daran trägt nicht allein der Liberalismus die Schuld, auch die Sozialdemokratie hat ihren Teil daran. Indem sie sich selbst den Weg zur vollen Auswirkung der ihr zur Verfügung stehenden Macht durch die traditionellen Überbleibsel der politischen Intransigenz versperrt, macht sie den Liberalismus zum Spielball der Reaktion.

Zweck und Aufgabe der sozialdemokratischen Partei kann doch nicht bloß Organisation und Agitation sein. Das sind vielmehr nur die Mittel zum Zweck der Erfüllung ihrer historischen und politischen Aufgabe. Worum es sich jetzt für die Partei handelt, ist, daß sie endlich aus dem heillosen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis herauskommt und damit eine Position verläßt, die sie alle Augenblicke in Zwangslagen hineinzwingt. Es ist für eine so große Partei doch beschämend, daß sie sich außerstande fühlt die politischen Situationen zu beherrschen, daß sie nie die Dinge lenkt sondern stets von den Dingen gelenkt wird. Die Zuspitzung der politischen Gegensätze ist in Deutschland so wenig eine ökonomisch-historische Notwendigkeit wie in anderen Staaten, wo die demokratische Entwicklung weiter vorgeschritten ist. Eine demokratische Entwicklung ist auch in Preußen und in Deutschland möglich. Aber nie auf dem Weg der Intransigenz, nur auf dem des Reformismus. Ohne die Sozialdemokratie geht es nicht mehr. Mit ihr aber nur, wenn diese sich entschließt auch den entsprechenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Ohne Verantwortung kein Erfolg in der Politik.

Die Partei muß endlich aus der Dresdener Sackgasse herauskommen. Der Block der Linken wird kommen, weil er kommen muß. Es geht auf die Dauer nicht an, daß zwei Drittel der deutschen Nation von einem Drittel politisch beherrscht werden. Aber es ist kläglich, daß weder der Liberalismus noch die Sozialdemokratie sich die Fähigkeit zutrauen diesem beschämenden Zustand ein Ende zu machen. Man begnügt sich auf beiden Seiten damit sich gegenseitig die politische Unfähigkeit zu attestieren und belächelt

diejenigen, die nicht bloß auf eine ferne Zukunft hoffen sondern auch noch Vertrauen auf die Gegenwart setzen. Und doch hat uns noch niemand einen andern Weg weisen können. Nur durch eine konsequente, offen verkündete reformistische Taktik schaffen wir die Basis zu einer Kooperation mit dem Liberalismus in allen seinen Schattierungen; und nur durch diese Kooperation überwinden wir den Konservatismus und machen die Bahn zur Weiterentwicklung frei. Klarheit über die Ursachen unserer eigenen politischen Ohnmacht ist die unbedingte Voraussetzung für die Möglichkeit eines grundlegenden politischen Systemwechsels in Deutschland.

Eine Partei, die die politische Vertretung von 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darstellt, auf die 4¼ Millionen, das ist ein volles Drittel aller bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen entfiel, die Hunderte von Vertretern in den gesetzgebenden Körperschaften, Tausende auf den Rathäusern hat, muß maßgebenden politischen Einfluß ausüben können. Es gibt in der ganzen Welt keine Partei, bei der das Mißverhältnis zwischen ihrer Stärke und ihrer Macht so groß ist wie bei der deutschen Sozialdemokratie. Diese politische Ohnmacht unserer Partei ist aber nicht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auch nicht in der politischen Verfassung Deutschlands begründet; sie wurzelt nur in der theoretisch falschen Auffassung unserer Partei, als ob in Deutschland die Demokratisierung auf gesetzlichem Weg nicht möglich wäre.

Die Theorie der Dresdener Resolution steht in handgreiflichem Widerspruch zu allen Anforderungen der politischen Praxis. Will die Partei die Entwicklung oder die Katastrophe? Zur Katastrophentaktik fehlt der Partei der Glaube (trotz aller heftigen Beteuerungen), den Willen zur Revolution hat sie nicht; dazu ist die wahre Erkenntnis in allen Kreisen der Partei denn doch zu weit gediehen. Wohl, dann entscheide sie sich offen und klar für die reformistische Taktik, dann verhindere sie nicht länger die Taten durch bloße Worte. Es ist hohe Zeit, daß diese Entscheidung fällt.

XX EDUARD BERNSTEIN · SOZIALISTEN UND REGIERUNG

NUN haben wir also das holländische Exempel. Während in Dänemark die Frage der Bildung eines Ministeriums aus den beiden Parteien der Kammermehrheit dadurch umgangen wurde, daß die kleinere von ihnen, die radikale Partei, die Zusammensetzung des Ministeriums aus ihren Parteigängern übernommen hat, und die größere Partei, die Sozialdemokratie, ihr für entscheidende Abstimmungen das nötige Gefolge stellt, ist in Holland eine solche Abmachung oder Verständigung der Parteien der Linken nicht zustande gekommen. Obwohl hier, bei im ganzen 97 Mitgliedern der Abgeordnetenkammer, die bürgerlich Radikalen oder Freisinnigen über 42 und die Sozialdemokraten nur über 18 Abgeordnete verfügen, hat die erste Gruppe es abgelehnt ohne die Sozialdemokraten ein Ministerium zu bilden. Die Folge ist, daß Holland statt einer parlamentarischen Regierung ein Geschäftsministerium erhält, mit dem Altliberalen Professor Cort van der Linden als Ministerpräsidenten. Auf wie lange und mit welchen Ergebnissen, bleibt abzuwarten.

In der politischen Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* hat Wilhelm Schröder bereits ein zusammenfassendes Bild der Vorgänge gegeben, die der Entscheidung unserer Parteigenossen in dieser Frage vorausgingen.¹⁾ Am 20. Juli hatte eine aus der Kammerfraktion der Partei, dem Parteivorstand und der Redaktion des Parteiorgans zusammengesetzte Konferenz mit 13 gegen 8 Stimmen Nichtbeteiligung am Ministerium beschlossen, und diesem Beschluß ist am 9. August eine nach Zwolle einberufene außerordentliche Delegiertenkonferenz mit 375 gegen 320 Stimmen beigetreten, nachdem es sich in der Zwischenzeit schon gezeigt hatte, daß die Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie das Nichtzustandekommen eines Ministeriums der Linken zur Folge haben würde, und obwohl im Hinblick darauf eine Vorkonferenz nunmehr sich mit Mehrheit für die Beteiligung ausgesprochen hatte.

Bei politischen Entscheidungen dieser Art spielt gewöhnlich eine Anzahl von Nebenfragen mit hinein, deren richtige Abschätzung sich dem Außenstehenden entzieht. Es kann daher ein aus der Ferne abgegebenes Urteil nur insofern in Betracht kommen, als es die grundsätzliche Seite der Frage betrifft. Diese an der Hand des holländischen Falles aufs neue zu erörtern liegt aber alle Ursache vor. Denn der holländische Fall ist kein außergewöhnlicher, keine Zufallserscheinung. Die Frage, die unsere Genossen in Holland zu entscheiden hatten, kann und wird im voraussichtlichen Gang der Entwicklung in allen parlamentarisch regierten Ländern von Zeit zu Zeit an die Sozialdemokratie herantreten. Der Vorgang in Holland wie der Vorgang in Dänemark haben nur die Frage der Beteiligung von Sozialisten am Ministerium in derjenigen Beleuchtung gezeigt, in der sie von Anfang an hätte geprüft und zur Entscheidung gebracht werden müssen, statt im Licht des schiefen und darum irreführenden Falles Millerand behandelt zu werden, wo sie zu der hinkenden Resolution des Pariser internationalen Kongresses von 1900 und dem noch lahmern, ich möchte sagen: paralytischen, Absatz in der Taktikresolution des Amsterdamer Kongresses von 1904 geführt hat, der von ihr handelt.

Nichts illustriert die Hilflosigkeit jener beiden Beschlüsse besser als die Antwort, die K. Kautsky dem holländischen Genossen Troelstra auf dessen von Schröder erwähnte Anfrage hat zukommen lassen. Daß Troelstra Kautsky befragte, nachdem er zur Überzeugung gekommen war, daß die Sachlage in Holland der Sozialdemokratie die Teilnahme an der Regierung zur Pflicht mache, erscheint mir durchaus begreiflich. Die Pariser, in Amsterdam erneute Resolution trägt den Namen Kautsky, und wenn auch in Wirklichkeit Kautsky in Paris weniger ihr geistiger Vater als der Redaktor war, der mit ihr einem Kompromiß verschiedener Ansichten die Fassung gab, so ist er doch auch kraft dieser Eigenschaft die zu ihrer Auslegung berufenste Persönlichkeit. Aber ich kann mir keine beweiskräftigere Veranschaulichung der Nichtsnutzigkeit jener Resolution denken als die Antwort, die ihr ureigener Interpret dem Genossen Troelstra erteilt hat. Sie stellt die berühmtesten Orakelsprüche des Altertums in den Schatten. Wie haben wir es in der Schule gelernt? »Aio te, Aeacida, Romanos te vincere posse.« Und wie lautet die Übersetzung? Man höre:

»Auf die eigentliche von Ihnen gestellte Frage gibt gewiß die Pariser Resolution keine Antwort, und kann auch ich keine Antwort geben, da dies die tiefste Kenntnis der holländischen Verhältnisse voraussetzt: Besteht dort jetzt eine Zwangslage,

¹⁾ Siehe die Rubrik *Politik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 1026 ff.

wie sie diese Resolution verlangt? Mit anderen Worten: kann in der gegebenen Situation das allgemeine Wahlrecht allein durch diesen Eintritt in ein bürgerliches Ministerium erlangt werden, und andererseits: haben wir auch die Aussicht das Wahlrecht durch einen solchen Eintritt zu erlangen? Es gibt holländische Sozialisten, die dies bestreiten. Einerseits behaupten sie in Mitteilungen an mich, daß auch die Klerikalen bereit wären das Wahlrecht zu erweitern; andererseits, daß für das allgemeine Wahlrecht bei einer Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern nötig sei, so daß also nur ein solches Wahlrecht möglich sei, dem auch die Klerikalen ihre Zustimmung geben. Es ist verächtlich, daß die holländischen Liberalen im Gegensatz zu den dänischen Radikalen für die Durchführung der Wahlreform mehr fordern als die Zusage sozialistischer Unterstützung in der Kammer. Sie wollen, daß die Sozialdemokraten die Verantwortung mit ihnen teilen. Aber die Verantwortung wofür? Für das Gelingen der Wahlreform? Für etwas, was gelingt, braucht niemand die ausschließliche Verantwortung zu fürchten. Glauben die Liberalen an das Gelingen der Wahlreform unter ihrer Führung, dann haben sie die Teilnahme der Sozialdemokraten an ihrer Verantwortung nicht nötig. Anders steht es, wenn sie erwarten, daß die Wahlreform mißlänge. Dann bedürfen sie sicher der Beteiligung der Sozialisten an ihrer Verantwortung, damit diese sie gegen den Grimm des Volkes schützen. Die Forderung der Liberalen scheint mir daher schlaue Ausgedacht zu sein, wenn es ihnen mit der Wahlreform nicht ernst ist. Ob die Sozialdemokraten in das Ministerium eintreten oder nicht, auf jeden Fall laden die Liberalen ihnen die Verantwortung auf für das Mißlingen der Wahlreform. Natürlich kann ich als Fernstehender nur eine unmaßgebliche Meinung aussprechen. Die Situation, in der sich die holländische Partei befindet, ist die schwierigste, in der sich seit langer Zeit irgendeine Partei der Internationale befunden hat. Es ist unmöglich vom Ausland aus eine Lösung anzugeben. Wie indessen die holländische Partei auch beschließen möge, das eine steht fest: Durch Euren bisherigen hartnäckigen Widerstand gegen den Ministerialismus habt Ihr vollkommen gehandelt im Geist der internationalen Resolution, und Euer Ansehen in der Internationale kann dadurch nur gewonnen haben. Wenn die Liberalen für einen eventuellen Aufschub der Wahlreform die Schuld diesem Widerstand geben sollten, so würden sie dadurch nur beweisen, daß es ihnen mit der Wahlreform nicht ernst ist. Ich hoffe, daß die holländische Partei Eure bisherige Haltung in der Frage des Ministerialismus vollkommen begreift und billigt. Der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist mit so vielen Gefahren und Nachteilen verknüpft, daß die Internationale ihn stets mit Furcht kommen sieht und sich damit höchstens dann aussöhnen kann, wenn ihr in einem bestimmten Fall auf die eindringlichste Weise gezeigt wird, daß es nicht anders geht.«

Es ist anzuerkennen, daß K. Kautsky sich bemüht hat eine Antwort zu geben, die der Entscheidung unserer holländischen Genossen nicht schon unbedingt vorgriff. Unter diesem Gesichtspunkt hatte sie alle Vorzüge eines Wassersüppleins: sie verschlimmerte die Situation nicht. Wenn ihr es tut, dann werden wir annehmen, ihr müßtet so handeln; und wenn ihr es nicht tut, dann werden wir eure Tugend preisen. Eine sehr liebenswürdige Antwort, ganz gewiß. Aber ist es auch eine politische Antwort, eine Antwort, die politische Wege weist? Ist es die unzweideutige Antwort auf die so klar und unzweideutig gestellte Frage Troelstras:

»Wenn es uns scheint, daß nur durch unsere Bereiterklärung zur Teilnahme an einem freisinnigen Ministerium das allgemeine Wahlrecht gerettet werden kann: halten Sie dann den Fall gegeben, der diese Beteiligung prinzipiell zulässig macht?«

Niemand wird ihr das nachsagen können. Sie verschlimmerte nichts, das sei zugegeben. Sie hat aber auch die andere Eigenschaft der Wassersuppe. Kraftlosigkeit. Sie verbesserte nichts. Indes mit Notwendigkeit. Man kann nun einmal von Disteln keine Trauben lesen. Was sollte K. Kautsky anders antworten als Hilflosigkeiten, wenn er sich durch Sätze wie die folgenden gebunden fühlte?

»Die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie zentralisiert ist, nicht stückweise erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein.« (Pariser Resolution 1900)

»Die Sozialdemokratie kann gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahr 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben.« (Amsterdamer Zusatz 1904)

Ich will mich nicht bei den stilistischen Unebenheiten dieser Sätze aufhalten, sondern sie in dem Sinn nehmen wie sie von ihren Urhebern und Geburtshelfern gemeint waren. So viel sei aber bemerkt: Wenn die Pariser Resolution vom Eintritt »eines einzelnen Sozialisten« in ein bürgerliches Ministerium spricht, so ist das nicht lediglich eine stilistische Flüchtigkeit. Es verrät den Charakter dieser Resolution als ein vom Streit um den Fall Millerand beherrschtes Gelegenheitsgesetz. Als solches fehlt es, wie Gelegenheitsgesetze in der Regel tun, durch widersinnige Verallgemeinerung. Auf die Umstände, unter denen Millerand damals Minister geworden war, konnte man, wie ich schon in meinem vorigen Artikel bemerkt habe, mit Fug und Recht das Wort *anormal* anwenden²⁾, ebenso konnte man, im Hinblick auf die Zerwürfnisse, die das Vorgehen Millerands bei Annahme des Ministerpostens in der eigenen Partei hervorgerufen hatte, eine Resolution fassen, die eine Wiederholung verpönte. Das habe ich im Jahr 1900 durchaus anerkannt. In einem Artikel über den Pariser Kongreß erklärte ich in den *Sozialistischen Monatsheften*, daß die Umstände des Eintritts Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau gewiß als *anormal* zu bezeichnen seien, und ich fügte hinzu:

»Ich bin nicht doktrinär genug den möglichen Schaden [eines solchen Schrittes] für das Parteileben als ein Moment zu betrachten, das bei den Erwägungen für und wider nicht mitzählt. Aber auf solche Möglichkeiten statuiert man kein allgemeines Verbot.«

Und weiterhin hieß es in jenem Artikel:

»Ich habe nichts dagegen, daß man für den Eintritt von Sozialisten in gemischte Ministerien gewisse bedingende Regeln aufstellt. Nur müssen sie nicht impossibilistisch sein. Nur müssen sie nicht auf Fälle von Zwangslagen beschränken wollen, was nach allen gegebenen Vorzeichen voraussichtlich der Normalfall einer wichtigen Phase in der gesellschaftlichen Entwicklung sein wird.«³⁾

Tatsächlich zeige die Geschichte, wie vorher dort ausgeführt wurde, daß eine Klasse niemals unvermittelt in den Besitz der Regierungsgewalt gelange sondern stets stückweise die Regierungsgewalt erobere. Und der Artikel bezeichnet die entgegengesetzte Behauptung der Pariser Resolution als eine »Preisgabe des Entwicklungsgedankens an die soziale Katastrophentheorie«. Diese aber hatte damals so viel Macht über die Geister gewonnen, daß der Amsterdamer Kongreß, statt die Pariser Resolution wenigstens in eine rationelle Form zu bringen, die nicht in jeder Zeile die Augenblicksarbeit durchblicken ließ, ihr noch einen Satz auftürmte, der sie vollends zur Ungereimtheit machte. »Die Sozialdemokratie kann keinen Anteil an der Regierungsgewalt erstreben.« Was heißt denn das? Wenn jemand von Berlin nach New York reisen will, dann ist es sehr gleichgültig, ob er die Fahrt über den Ozean »erstrebt« oder nicht, in irgendeiner Weise muß er sie eben machen. Und wer einen bestimmten politischen

²⁾ Siehe meinen Artikel *Regierung und Sozialisten* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 841

³⁾ Siehe meinen Artikel *Paris und Mainz* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 717.

Weg einschlägt, in dessen Richtung sich Schwierigkeiten darbieten, der »erstrebt« darum noch nicht diese Schwierigkeiten. Aber wenn er den Weg nicht aufgeben will, wie das in unserm Fall die Anarchisten tun und die mittlerweile ausgestorbenen Blanquisten zeitweise taten, so ist die einzig vernünftige Fragestellung für ihn: welche Möglichkeiten und Methoden bestehen für mich dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, und welches sind die mit ihnen für mich verbundenen Gefahren? In dieser Form mußte und muß die Sozialdemokratie sich die Frage der Beteiligung an notwendig werdenden Koalitionsregierungen vorlegen. Auf Grund solcher Fragestellung und Untersuchung kann man dann bei gewissenhafter Prüfung allgemeine Richtlinien vorzeichnen, wobei wohl immer noch Fehlgriffe unterlaufen können, man aber wenigstens vermeidet der eigenen Theorie ins Gesicht zu schlagen.

Wenn die Sozialdemokratie die Wahlbeteiligung und die parlamentarische Arbeit für Betätigungen erklärt, die notwendig sind, um die Arbeiterinteressen wirksam wahrzunehmen und zu fördern; wenn sie das Recht der Volksvertretung auf die Bestimmung der Regierung des Landes verfißt, wenn sie betont, daß sie den Weg organischer Reform der Politik brutaler Gewalt vorzieht und ihn bei gutem Willen für möglich erklärt, wie kann sie dann die Beteiligung an einer gemischten Regierung für »nur« in einer »Zwangslage« als »Notbehelf« zulässig erklären, ohne der eigenen Theorie Wunden zu versetzen? Kautsky sagt in seinem Brief an Troelstra, die Weigerung der holländischen Freisinnigen ohne die Mitwirkung der Sozialisten die für die Durchführung der Wahlreform notwendige Regierung zu bilden würde den Beweis liefern, daß es den Freisinnigen »mit der Wahlreform nicht ernst« sei. Aber dieser Einwand ist ein Ball, den die Parteien unter solchen Umständen einander gegenseitig zuwerfen können, ohne daß er notwendig bei der einen liegen bleibt. Was unsere Genossen brauchten, war ein Rat, der sie in die Lage brachte den Ball mit größerer Wucht zurückzuschlagen als der Gegner, und der hieß sicher nicht: Sucht euch um die entscheidende Tat zu drücken, so gut ihr könnt.

In Zwolle sagte der Genosse Abgeordnete Schaper, als Referent der dem Parteitag vorangegangenen Konferenz, die sich mit Mehrheit für den Eintritt ins Ministerium entschlossen hatte, ein Ministerium Cort würde voraussichtlich die Wahlreform hinter alle möglichen anderen Fragen der Gesetzgebung zurückstellen, und er fuhr dann (nach dem Bericht der Wiener *Arbeiterzeitung* vom 23. August) fort:

»Man könne diese Liberalen als Wortbrecher bekämpfen; wenn der Parteitag aber die Mehrheitsresolution nicht annehme, habe man das Recht auf Kritik der Liberalen verloren. Cort werde sagen: Was schimpft ihr, was lamentiert ihr? Ihr hättet ja selbst hier sitzen können. Die armen sozialdemokratischen Kammermitglieder müßten dastehen wie auf den Mund geschlagen. Es sei mörderisch in der Kammer sitzen zu müssen bei diesen Vorwürfen. Ein großer Unterschied sei es, ob ein Gegner oder ein Befürworter des allgemeinen Wahlrechts und der Staatspensionen Minister sei . . . Auch sei es Torheit zu sagen, daß die Aktionsfähigkeit der Partei geschädigt werde. Die volle Parteioorganisation und ihre Tätigkeit bliebe doch. Wenn dem nicht so sei, so sei die Partei schon zu weit gegangen, da sich doch die gesamte Kammerfraktion bereit erklärt habe für das Militärbudget zu stimmen. Ist das vielleicht eine sozialistische Tat?«

Und Genosse Troelstra, dem es aus begreiflichen Gründen schwer wurde

für die Beteiligung am Ministerium zu plädieren, da er in diesem Fall zuerst in Frage gekommen wäre, führte (nach dem selben Bericht) am Schluß seiner Rede aus, nachdem er es als schon festgestellt erklärt hatte, daß die Mehrheit des Parteitags für Ablehnung sei:

»Die Liberalen seien keine feurigen Befürworter des allgemeinen Wahlrechts, das habe er gewußt. Das Kabinett Cort wäre keines, dem das Wahlrecht das Dringendste sei. Die Verfassungsänderung komme hintenan auf dessen Programm, und je länger dieses Kabinett dauere, je mehr kommen das allgemeine Wahlrecht und die Staatspensionen in Gefahr. Schon auf dem letzten Parteitag habe er ausgeführt, je größer die Macht des Proletariats bei den Wahlen werde, desto mehr würden die Liberalen versuchen vom allgemeinen Wahlrecht loszukommen. Das Kabinett Cort könne also ein solches des Hinausschiebens werden, und je mehr die Reformen nahten, ginge ein Teil der Liberalen zur Rechten über. Eine Mehrheit der Rechten komme dann, verstärkt durch die christlichen Arbeiter, die enttäuscht seien, weil die Partei die Ministersitze nicht angenommen habe. Ich sitze dann in der Kammer und kann nicht vermeiden, daß die Liberalen ihr Programm verraten, indem in jedem Augenblick das Kabinett Cort von der Linken von einem andern ersetzt werden kann. Dann müßte die Fraktion den Zustand beherrschen können, dann müßte ein Ministerium bereitstehen, das die Sache des Proletariats übernehmen könne [Lauter Beifall]. Das ist die Bedeutung der Mehrheitsresolution [das heißt der von der Mehrheit der Fraktion beantragten]. Meine Position in der Kammer ist jetzt eine schwierige; aus proletarischem Sentiment verweigert die Partei sie sicherer zu gestalten, und aus proletarischem Sentiment läßt sie das allgemeine Wahlrecht im Stich [Beifall]. So macht man die naiven Arbeiter, die in der Partei ihre Vertreter sehen, nicht zu Sozialisten [Beifall]. Die Partei darf sich nicht insolvent erklären. Um der Arbeiterinteressen willen will ich alle Konsequenzen ziehen. Der Sozialismus ist nichts Künstliches, das durch parlamentarische Gefahren so leicht geschädigt wird, da er aus dem Untergrund der Gesellschaft selbst hervorkommt.«

Es ist schwer eine schärfere Kritik der Paris-Amsterdamer Resolution zu schreiben als sie in diesen Darlegungen gegeben ist. Freilich behaupteten die beiden Genossen auf dem Boden jener Resolution zu stehen, wenn sie unter den geschilderten Verhältnissen die Beteiligung am Ministerium befürworteten. Aber der Hauptredner für die Minderheit der Vorkonferenz, dem die Mehrheit des Parteitags zustimmte, Genosse Wibaut, war anderer Ansicht. Von ihm heißt es im Bericht:

»Der Redner bestreitet, daß die Pariser Resolution gebiete in der jetzigen Situation über die Gefahren der Ministerschaft hinwegzuschreiten. Die Pariser Resolution hat an größere Gefahren gedacht, etwa an einen Krieg, eine Veränderung der Regierungsform, an Zustände, in denen man nicht lange überlegen kann sondern zugreifen muß. Es ist durchaus kein Mangel an Mut, daß die Minderheit [der Vorkonferenz] sich gegen die Teilnahme erklärte. Wozu diese sich bereit erklärt haben, ist nicht wenig: loyale Unterstützung der Regierung, Abstimmung für das Militärbudget, mit der sehr bescheidenen Forderung, daß dieses nicht steigen dürfe. Schaper fragt, ob dies dann nicht auch eine antisozialistische Tat sei. Der Unterschied aber ist, daß, wenn keine Sozialdemokraten mitregieren, man auf allen anderen Punkten freibleibt und auf dem Standpunkt des Klassenkampfes bleibt. Durch diese Konzession gibt die Partei den Liberalen die völlige Regierungsmacht, um das zustande zu bringen, wozu sie sich der Partei gegenüber gebunden haben. Aus der Tatsache, daß die Liberalen ein so großes Bedürfnis an der Mitregierung von Sozialdemokraten haben, ist zu schließen, daß sie die Sozialdemokraten haben wollen, um diesen die Schuld des Mißlingens zuschieben zu können.«

Auch wenn unser Genosse mit der im letzten Satz gegebenen Kennzeichnung der Absichten der holländischen Freisinnigen das Richtige trifft, so würde immer noch die Frage aufzuwerfen sein, warum die Gefahr für die Sozialdemokratie: von jenen für das Mißlingen der Wahlreform verantwort-

lich gemacht zu werden, größer sein soll, wenn sie an der Ministerkombination teilnimmt, als wenn sie in der Weise ministerielle Kammerfraktion bildet, wie es auch Wibaut für zulässig erklärt. Aber ich habe nicht die Absicht gegen irgendeine Fraktion der holländischen Sozialdemokratie wegen ihrer Entscheidung in dieser Sache zu polemisieren. Für die vorliegende Betrachtung haben die getroffene Entscheidung und die Debatte, die ihr vorausging, nur insoweit Interesse als sich aus ihnen und ihren Folgen Schlüsse über den Wert oder Unwert jener Resolutionen ergeben, die sie so ersichtlich beherrscht haben.

Da ist es nun sicherlich sehr bezeichnend, daß unter Sozialisten, die jene Resolutionen für maßgebend erachtet haben (denn Schaper und Troelstra haben sich gleich Wibaut auf ihren Boden gestellt), so weitgehende Meinungsverschiedenheiten über ihren Sinn obwalten konnten, wie wir es hier sehen, ohne daß man sagen kann, der eine oder andere habe ihnen Gewalt angetan. Was ist eine »Zwangslage«? Es gibt Leute, die eine solche nur dort als vorhanden anerkennen, wo jemandem das Messer an der Kehle sitzt. Aber gibt es nicht auch Fälle, wo ein aus der Überzeugung erwachsender moralischer Zwang vorliegt? Wozu also einen solchen Auslegungstreit in die Erörterung einer Frage hineintragen, für deren Beurteilung in jedem Fall, wo sie überhaupt als Frage der Partei auftaucht, in den Tatsachen des Falls selbst jedesmal die Grundlagen zu ihrer Prüfung gegeben sind? Die wahrhaft starken Argumente, die im Meinungsstreit unserer holländischen Genossen über die Regierungsfrage vorgebracht wurden, haben mit der Paris-Amsterdamer Resolution gar nichts zu tun. Sie würden auch in Erwägung gekommen sein, wenn diese Resolution nie gefaßt worden wäre.

So war jedenfalls ein in Betracht kommender Einwand der des Genossen Wibaut, daß die holländische Sozialdemokratie in der Kammer und auch im Land noch nicht stark genug sei, um ohne Gefahr für ihre Entwicklung die Verantwortung für Teilnahme an einer Regierung übernehmen zu können. Daß für eine relativ junge und schwache Partei die Gefahr größer ist als für eine durch langjährige Praxis gereifte und starke Partei wird niemand bestreiten. Ich bin jedoch der Ansicht, daß die Gefahr in dem Maß abnehmen wird, wie die Partei ihre Mitglieder zu ruhiger, von Selbsttäuschungen freier Beurteilung der Möglichkeiten und Pflichten sozialdemokratischer Minister in einem Koalitionsministerium erzogen hat und geschlossen hinter ihren in das Ministerium delegierten Vertretern steht. Dies wird freilich nur zu erzielen sein, wenn die Partei in ihrer großen Mehrheit die Situation akzeptiert. Diese Übereinstimmung halte ich für eine unerläßliche Vorbedingung der Teilnahme von Sozialdemokraten an Koalitionsregierungen. Aber weil es sich hier um eine Anforderung handelt, die durch die Entwicklung des politischen Lebens überall im Lauf der Zeit unter Bedingungen an die Sozialdemokratie herantreten kann, wo ein Ausweichen ein moralisches Armutszeugnis wäre, ist eben die Erziehung zu vorurteilsloser Beurteilung der ganzen Frage und dessen, was damit zusammenhängt, eine unabweisbare Notwendigkeit.

Der stärkste Einwand, den die Gegner der Beteiligung der Sozialdemokratie an Koalitionsministerien erheben, und der auf viele Leute Eindruck macht, die sonst wenig gegen die Sache einzuwenden hätten, ist der Hinweis auf

den Konflikt, in den sozialdemokratische Minister etwa bei Streiks mit den Massen geraten würden. So sagte der Genosse Wibaut in der oben zitierten Rede:

»Man darf nicht annehmen, daß bei einem ökonomischen Konflikt, zum Beispiel in den Häfen, ein sozialdemokratischer Minister handeln würde wie er müßte, sondern er wird handeln müssen wie es die bürgerlichen Minister wollen.«

Und in einem in der Chemnitzer *Volksstimme* veröffentlichten, sehr instruktiven Artikel des Genossen H. Spiekman über die holländische Ministerkrise lese ich:

»Es ist . . . ohne weiteres zuzugeben, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung diese [ablehnende] Entscheidung mit Freuden begrüßt hat, da sie von dem Eintritt dreier Parteigenossen in das Ministerium eine schwere Kampfstellung der Partei befürchtete.«

In der Tat haben nach übereinstimmenden Berichten die Vertreter der Industriebezirke auf dem holländischen Parteitag gegen die Beteiligung am Ministerium gestimmt. Das weist auf das Vorherrschen einer Auffassung der Gewerkschaftskämpfe hin, die wohl auf den Kampf zurückgeführt werden muß, den in Holland die von Sozialdemokraten geleiteten Gewerkschaften mit den anarchosozialistischen Gewerkschaften auszufechten haben. Jedenfalls hält die Auffassung bei näherer Prüfung nicht Stich. Es kann sich bei dieser Frage ja doch nur um das Verhalten einer Regierung, in die Sozialdemokraten eintreten sollen, gegenüber Unruhen handeln, die etwa mit Streiks verbunden sind. Denn wo die Arbeiter überhaupt noch nicht einmal das Streikrecht haben, wird man auch keine Sozialdemokraten als Parteivertreter in die Regierung aufnehmen. Nun kann gewiß keine Regierung, auch wenn sie ausschließlich aus Sozialdemokraten zusammengesetzt wäre, Unruhen gegenüber passiv bleiben. Aber muß das etwaige Einschreiten einer Regierung sich notwendig gegen die Streikenden richten? Und sind die Ausschreitungen bei Streiks wirklich allgemein von wesentlicher Bedeutung für deren Gelingen? Tatsächlich stehen die Streikunruhen im umgekehrten Verhältnis zur Stärke und Reife der gewerkschaftlichen Organisation. Sie spielen eine gewisse Rolle, wo die Organisation schwach oder noch unentwickelt ist. Je mehr aber diese an zahlenmäßiger Kraft und innerer Ausbildung wächst, um so seltener kommt es bei ihren Lohnbewegungen zu Streikunruhen, wie ja der Streik überhaupt dann zurücktritt. Sehr starke Gewerkschaften verzichten sogar, wenn sie zum Streik übergehen, auf das Mittel der Aufstellung von Streikposten, weil sie wissen, daß sie durch Streikbrecher nicht besiegt werden.

Wenn zuzugeben ist, daß die Streikfrage ein ernsthaftes Problem für einen sozialistischen Minister sein kann, so heißt das noch nicht, daß dieses Problem nicht in einer für die Arbeiter günstigen Weise gelöst werden kann. Haben doch selbst liberale Minister bei Streiks in einer Weise eingegriffen, die ihnen den Dank der beteiligten Arbeiter eingetragen hat. Und Sozialisten sollten dessen nicht fähig sein? Sie sollten nicht einmal zu einer Politik fähig sein, wie sie die jetzige liberale Regierung Englands bei den großen Streiks der Bergarbeiter und der Eisenbahner beobachtet hat (wodurch sie jene Stimmung erzielte, die sie die Wahlen in Leicester und Chesterfield gewinnen ließ)? Ich will die Schwierigkeiten der Teilnahme von Sozialisten an gemischten Regierungen nicht verkleinern. Aber aus den Argumenten der Gegner dieser Teilnahme spricht ein Mißtrauen gegen die

Umsicht und Energie der Vertreter der eigenen Bewegung, dem ich wenig Geschmack abgewinnen kann. Diesem Mißtrauen entspricht es jedoch, wenn man die Lösung des Problems in dem gloriosen Ratschlag findet, der da lautet: Den Steigbügel dürft ihr euren bürgerlichen Nachbarn halten, aber neben ihnen euch in den Sattel schwingen, das dürft ihr nicht.

KARL LEUTHNER · DAS MACHTPROBLEM UND DIE DEMOKRATIE

NUR zum geringsten Teil ist der Mensch Bürger der Zeit, in der er lebt, und es mag schon viel gelten, wenn er es mit den Schichten seines geistigen Daseins ist, mit denen er tätig am Leben des Tages wirkt. Auch die Wortführer neuer Ideenbewegungen, ja ihre Urheber verfallen diesem Gesetz. Wer einigermaßen Bescheid weiß in der Geschichte der Philosophie, wird Wundts Urteil über Haeckels Monismus, daß er mit seiner metaphysischen Grundgesinnung einen Rückfall in das Denken der jonischen Philosophie bedeute, als richtig anerkennen müssen, wie er bei Betrachtung des Streits um die Geschichtlichkeit Jesu mit Staunen gewahr wird, daß in den Leugnern mehr Gottsuchen und Glaubensdurst waltet als in den Verfechtern, die, sich mit einem von der Forschung übriggelassenen Christusrest begnügend, stets bereit sind auch diesen Rest der wissenschaftlichen Prüfung zu unterwerfen. Das reizvollste Beispiel jedoch liefert der gewaltige Mann, der den Entwicklungsgang der Geschichte von der Entfaltung der Produktivkräfte ableitet, alle moralischen Maßstäbe zerbricht, um dann doch jede politische Begebenheit seiner Zeit mit der sittlichen Glut eines alttestamentarischen Propheten zu erfassen. Niemals vermochte Marx zu erkennen, wie die Eigenart der historischen Stellung Napoleons I. oder III. sei, daß der eine als Nichtfranzose, der andere als Halbfranzose Frankreichs Kraft überfranzösischen Zwecken dienstbar machte und sich selbst so eine Weltgröße baute, wie sie aber den von ihnen entfesselten Weltkräften zuletzt erlagen. Der Ethiker und begrenzt deutsche nationale Treitschke hat dies beinahe gesehen. Vollends ist bei der großen Mehrzahl der Menschen, deren Ideen nicht mit eigenem Licht leuchten sondern bloß ein Abglanz von fern einfallender Strahlen sind, das Bewußtsein ihrer Modernität zumeist nur eine Selbsttäuschung. Sie rücken zeitweilig ein in dem Heer zu dienen, das die Schlachten der Zukunft schlägt, aber im Privatleben und für den breitesten Lebensraum wandeln sie mit Herz und Kopf in den Bahnen des Alten. Und das wirkt schließlich auf den Kampf selbst und seine Formen zurück, namentlich unter Völkern, bei denen das öffentliche Leben noch vielfach die Kleidung und Maske der Vergangenheit trägt.

Der Hauptfall dieser Art, der für die Durchsetzung der Demokratie als alles beherrschender Macht entscheidende Fall ist dieser: In Staaten mit scheinbar starkem Königstum vermögen die Denker, die Propagandisten, die Parteien der Demokratie den Gedanken des nach außen gerichteten Machtansehens ihres Volkes selten rein zu fassen, ja sie werten vielfach das Machtproblem mit dem Untertanenverstand des 18. Jahrhunderts. Was hier blendet, ist der Schein der Königsgewalt. Und sonderbarerweise blendet er die Gegner der Monarchie stärker als deren Anhänger, ja manchmal könnte es scheinen,

als seien die Antimonarchisten die letzten Gläubigen der Monarchie. Mindestens ist es auffällig, daß wir in der ganzen demokratischen Literatur Deutschlands keine Stelle finden, die mit dem persönlichen Regiment und mit den geistigen Voraussetzungen seiner Träger es zu führen so kühl abrechnete wie dies in den *Gedanken und Erinnerungen* Bismarcks geschieht, und daß der Monarchie in keinem Blatt so höhnisch überlegen der Text gelesen wird wie in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*. Bismarck und die Großen der Schwerindustrie waren und sind Monarchisten, weil sie, abgesehen von den auch bei ihnen vorwaltenden Gefühlsmomenten, in der Monarchie den geeignetsten Schauplatz ihrer Taten erblickten und erblickten. Allein vor falscher Größenschätzung behütet sie die Nähe ihres Standplatzes. Beim geistigen Schauen vergrößert die Entfernung. Demokratisch Gesinnte und Friedensfreunde aller Schattierungen reden von der auswärtigen Politik und vom Militarismus vielfach noch immer so, als wäre beides ein Anhang des Hoflebens, wie die Hoftheater. Der König von Preußen ist oberster Kriegsherr: gewiß; aber der König von England sogar Eigentümer der englischen Kriegsschiffe, und von England stammt der Brauch *Seiner Majestät Schiff* zu sagen. Das sind Redensarten, und nicht etwa die Entwicklung des Parlamentarismus hat die einstigen Wirklichkeiten zu Wortgespenstern verflüchtigt; denn das englische Parlament ist zur wirksamen Kontrolle der auswärtigen Beziehungen und des Innern der Heeresverwaltung ebenso unfähig wie jede andere gesetzgebende Versammlung. Sondern die Nation und die Ideen, in denen sich das Selbstbewußtsein ihrer Größe, Sicherheit, Zukunft ausdrückt, geben dem Staat in seinen internationalen Beziehungen und in der Anspannung seiner Wehrkraft Ziel und Inhalt; natürlich auch die Nation und die nationalen Ideen mit den sie augenblicklich beherrschenden (vielleicht verderblich falschen) Maßstäben für den Umfang, die Art, den Geist der Rüstungen und der nach außen gerichteten politischen Handlungen. Die Nation, wohlgemerkt, nicht der Staat. Denn der Staat ist bloß ein Mechanismus, der aus sich heraus keine Antriebe zu geben vermag, weshalb im internationalen Staat, dem Staat alten Stils, zum Beispiel in Österreich, die gesamte Machtpolitik stets lediglich rein persönlich sein kann, gleichgültig ob die innere Verwaltung demokratische Formen annimmt oder nicht. Viele Nationen haben nämlich keinen gemeinsamen Willen sondern viele Willen, sie haben auch keine gemeinsamen Lebensinteressen sondern entgegengesetzte. Hier kann in der äußern Politik bloß der Absolutismus walten, oder sie muß überhaupt aufhören, was in der Praxis so viel bedeutet als: sie sollte aufhören, denn sie ist nur noch ein lärmendes Umsichschlagen des Unvermögens.

Was ein Napoléon oder ein Friedrich II. auch heute noch hervorzurufen imstande wären, hätte keinen Sinn vermutend zu erwägen. Doch eine Einrichtung, die nur noch vom Genie zu Kraft und Sinn belebt werden kann und zur Selbstbestimmung aus tiefeigenen Beweggründen, ist offenbar von der Zeit überholt. Es heißt der Monarchie eine unverdiente Ehre erweisen, wenn man mit dem Verstand der Menschen des 18. Jahrhunderts denkend in der Macht etwas erblickt, was in der Hand der Fürsten liegt und böse ist, weil es volksfremd ist: weshalb eine Volkspartei zu allem, was um das Machtproblem der Nation herum liegt, nur eine negative Stellung haben dürfe. Man weise mir den Fürsten, der in sich die geistigen oder sittlichen Quellen

fände als Deutschland oder Italien zu handeln! Wäre Deutschland eine Republik, würde es ebenso rüsten und unter den selben Beklemmungen wie heute, und wie heute würde es in seiner auswärtigen Politik zwischen der Gebundenheit seiner Lage und dem Hinausstreben seiner wirtschaftlichen Entwicklung hin- und hergeworfen sein und vermutlich gleichfalls keinen Bismarck finden, der das Paradoxe der Gegebenheiten und Bedürfnisse durch die Paradoxie genialer Kühnheit überwältigte. Wahrscheinlich würden sich aber, Frankreich beweist es, die vorwärtstreibenden Kräfte weit ungebundener entfalten. Denn die Monarchie ist heute, auch wo die Unvollkommenheiten der Verfassung oder des Staatsaufbaus sie unentbehrlich machen, fast stets lediglich ein Hemmschuh. Sie ist der Erbe auf einem Besitz, dessen Verwaltung längst über die Kräfte eines einzelnen hinausgeht, sie verfügt nur noch über den Schein, den Namen, gewisse Revenuen, nicht mehr über die Sache selbst. Von ihr gehen keine Antriebe mehr aus. Im allgemeinen werden wohl die *Aktionspolitiker* alldentscher und sonstiger Färbung die richtige Witterung haben, wenn sie trotz ihrer königstreuen Vermummung dem *persönlichen Regiment* meist eine sehr üble Laune zeigen. Im besondern wird sich die besondere Geistesart des Königs natürlich ebenso für die äußere Politik geltend machen können wie etwa die eines einflußreichen Präsidenten von der Art Poincarés. Das liegt aber an der Technik der Diplomatie. Auch im demokratischsten Staat ist diese nur von wenigen zu handhaben, und die Delcassés, die Danews der Demokratie schließen die selben argen Möglichkeiten in sich wie die Berchtolds der Monarchie, nur daß diesen die starken und fruchtbaren Möglichkeiten fehlen.

Das Machtproblem ist also heute auch innerlich und nach den bewegenden Kräften abgeschätzt eine Sache der Nation und wird es täglich mehr. Allein das heißt noch lange nicht: auch eine Sache der Demokratie. Und doch ist für die Demokratie nicht weniger als alles daran gelegen, daß sie das werde. Denn sie kann nicht siegreich und herrschend werden, ohne sich der Aufgabe die Lebensinteressen des Volksganzen nach außen zu verfechten gewachsen zu zeigen. Sie muß sich selbst mit dem Gefühl und der Überzeugung durchdringen, daß die großen Forderungen der Stellung des Volks unter den anderen Völkern, seiner Sicherheit und Zukunft, unbedingte Geltung haben und kein Markten mit Parteinteressen oder Theorieen zulassen. Und sie muß andererseits die Nation mit dem Glauben erfüllen, daß ihre Angelegenheiten keinen stärkern und bessern Anwalt haben als die Demokratie. Sie muß allen denen, die zur Reaktion, zum Chauvinismus, zur Monarchie, zum *imperialistisch* gefärbten Großbürgertum sich nur deshalb flüchten, weil sie fürchten, daß anderswo die Interessen der Gesamtnation keine Unterkunft finden, die Demokratie als die unbeugsamste Wortführerin und waffenstärkste Behüterin des eigenen Volks weisen.

Hier ist diese Lehre immer und immer wieder vorgetragen worden, aber leuchtendere Worte gibt Jean Jaurès ihr, wenn er im Eingang zu seinem Buch *Die neue Armee* schreibt:

»Die erste Aufgabe also für eine große Partei der sozialen Umwandlung, die entschlossen ist ihr Ziel zu erreichen, ist diese: Wie kann man für Frankreich und die unsichere Welt, die es umgibt, die Friedensmöglichkeiten bis zum äußersten steigern? Und wenn trotz seiner Bemühungen und trotz seines Willens den Frieden zu wahren das Land angegriffen wird, wie dann am besten die Aussichten auf Ret-

tung, die Mittel zum Sieg vermehren? Es wäre kindisch und ein Hohn einem Land, das nicht über sich selbst bestimmen kann, das ewig der Willkür streitlustiger Abenteurer im Innern oder äußerer Angreifer preisgegeben, ewig entweder von Krieg bedroht ist oder mitten im entfesselten Kampf steht, ein ungeheures Arbeitsprogramm oder ein langwieriges und ausgedehntes System von Reformwerken vorzulegen. Durch eine offenbare Politik der Klugheit, der Mäßigung und Redlichkeit, durch endgültiges Verwerfen von Gewaltunternehmungen, durch die gewissenhafte Annahme und Anwendung der neuen rechtsförmigen Mittel, die es ermöglichen Konflikte ohne Gewalttätigkeit zu lösen; dann aber auch durch mutige Aufstellung eines so furchtbaren Verteidigungsapparats, daß selbst bei den Übermütigsten und Raubgierigsten jeder Angriffsgedanke im Keim erstickt wird, den Frieden sicherzustellen: das ist wohl die höchste Aufgabe für die sozialistische Partei. Oder, besser gesagt, das ist für sie unumgängliche Arbeits- und Lebensbedingung. Es genügt nicht, daß sie diesen doppelten und unteilbaren Willen, den Willen zum internationalen Frieden und zur nationalen Unabhängigkeit hat. Sie muß das ganze Land, die ganze Demokratie von der Aufrichtigkeit und der Kraft ihres Vorhabens überzeugen; denn wie könnte sie die Nation zu kühnen sozialen Umwandlungen aufordern und mitreißen, wenn diese sich durch die Partei geradezu in ihrer Existenz bedroht fühlte? . . . Wie, vor allem, könnte die Sozialistenpartei mit Autorität die ihr am wirksamsten scheinenden nationalen Verteidigungsformen vorschlagen, wenn sie in den Augen auch nur eines einzigen Menschen verdächtig scheinen könnte der nationalen Verteidigung selbst teilnahmslos gegenüberzustehen?»

Jaurès kämpft für den Gedanken der Miliz. Er legt jedoch alles Gewicht auf den Nachweis, daß sie das überlegenste militärische Machtmittel ist. Und er weiß, daß er die Polemik gegen den mehrjährigen Kasernendrill der Heere der allgemeinen Wehrpflicht zu richten hat, gegen Irrtümer der Ausbildung, der Bereitstellung und Steigerung der nationalen Verteidigungskräfte, die sich in dem herrschenden System verkörpern; nicht aber gegen diese als Waffe in inneren Kämpfen, denn, als solche recht ungeeignet, müßten sie ja längst durch das kleine, aber *treue* Berufsheer der Vergangenheit ersetzt sein. Jaurès enthüllt in seinem Buch *Die neue Armee* die Tiefen des demokratischen Machtproblems in gewaltiger und überwältigender Rede, die nun, da die Schrift, von Karl Adler meisterhaft übersetzt, bei Diederichs erschienen ist, jeder Deutsche auf sich wirken lassen kann. Er wird auf jeder Seite ergriffen werden. Hier redet ja nicht dürrer, schulmeisternder Doktrinarismus, hier redet die Seele Frankreichs, die Seele der französischen Demokratie zu ihm. Gewiß hat auch dieser feurige Geist seine Schranken und Mängel. Der rednerische Schwung reißt ihn oft über die denkende Besonnenheit hinweg und läßt ihn Verwickelungen, Schwierigkeiten, Zweifel überfliegen. Die revolutionäre Begeisterung erschaut die Männer und Taten der großen Revolution nur als Auswirkungen erhabener Ideen und übersieht das Spiel der Einzelheiten und Menschlichkeiten, das sich ihm auf der Gegenseite anschaulich darstellt. Allein Jaurès ist kein Gefangener der Gedanken der französischen Revolution, er spürt den glühenden Atem großer Freiheitsbewegungen überall, er findet Worte für unsere Freiheitskriege, die manchem von uns die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Diese leidenschaftliche, aus dem Innern bewegte Seele würde wohl die Frage, ob eine Nation die Fremdherrschaft abschütteln dürfte, auch wenn ihr nachträglich die Verfassung nicht dafür zuteil ward, nicht einmal begreifen. Und doch ist Jaurès in allem vor allem Franzose. Man sage nicht: die republikanische Überlieferung erleichtert ihm dies außerordentlich. Eher möchte das Umgekehrte richtig sein: daß er die große Revolution darum in alles überstrahlender Glorie schaut, weil sie aus der französischen Überlieferung hervorglänzt. Oder hat er nicht auch für Turenne, für Condé, für den Marschall

von Sachsen, die Werkzeuge des französischen Despotismus, fast zärtliche Bewunderung, weil in ihrer Tatkraft Frankreichs Größe leuchtet? Wie würde er als Deutscher über Friedrich II., über Luther urteilen? Er weist die Franzosen aus dem »historischen Vaterland« nach dem »neuen Vaterland«, aber sein Geist ist das schimmernde Gefäß, darin alles Große und Kostbare des historischen Vaterlands aufbewahrt liegt, er kämpft für die neue Kultur mit dem Reichtum der Mittel der alten.

Ich setze Jaurès und sein Buch dorthin, wo die Ziele für die demokratische Lösung der nationalen Machtprobleme aufzustellen sind. Nicht als ob Jaurès die Lösung böte. Die Lage Deutschlands mitten in Europa ist unendlich mehr gefährdet, sein Gebiet durch die dichtere Bevölkerung, das entwickeltere Städtewesen, die höher entfaltete materielle Kultur weit verletzlicher. Auch laufen die Wege der Demokratie im monarchischen und nun gar im Bundesstaat an Abhängen vorbei und durch Krümmungen, wie sie das zentralisierte, republikanische Frankreich nicht kennt. Doch eins bleibt unverändert gültig: Die in Deutschland zu erfüllenden Aufgaben werden nur von einer Demokratie erfüllt werden, die ebenso glühend, tief und begeistert deutsch ist wie die Jaurès französisch.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
**MAX SCHIPPEL · ABRÜSTUNG, MILIZ UND
 HEERESREFORMEN**



ASS unsere, zunächst von der alten bürgerlichen Demokratie ererbten rüstungspolitischen Auffassungen und Forderungen längst einer unaufhaltsamen innern Umbildung verfallen sind, werden die letzten Jahre und Monate allmählich dem unerschütterlichsten und blindesten Reliquienverehrer offenbart haben. Wir stellen heute seelenruhig, selbst im Berliner *Vorwärts*, Aktionsprogramme von allerbescheidenstem Inhalt auf, während wir auf früheren Parteitag, sogar als noch die 3jährige Dienstzeit in Kraft stand, den Befürwortern von Anträgen auf 1jährige Einziehung gründlich heimleuchteten: das Programm verlange »Abschaffung des Militarismus überhaupt«; wenn man »nur für die Beschränkung der Wehrpflicht unter dem heutigen System« eintrete, so »verstoße man gegen das Programm«, das sei »keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern«.¹⁾ In Hannover beschlossen wir 1899 »auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärsystem zu bewilligen«. Heute sagen wir überlegen abwinkend: das richte sich ganz nach dem Welcherlei der Mittel. Früher gab es bei Milizausinandersetzungen, wie sie unten nochmals zu streifen sind, unbedingt keinen Pardon. Nunmehr gelangt einer der angesehensten radikalen Parteigenossen nach einem gründlichen geschichtlichen Rückblick zu dem betrüblich erfreulichen Endergebnis: Wären wir uns gleich zu rechter Zeit klar dessen bewußt gewesen, was denn eigentlich unter einer richtiggehenden Miliz zu verstehen sei, dann hätten wir uns seit langen Jahren sehr viel überflüssige Ereiferung gegen einander ersparen können.

Andere Parteischriftsteller wiederum kommen neuerdings mehr und mehr dahinter, daß Miliz und Abrüstung, die man vor den Tagen des erleuchtenden

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Ein rüstungspolitisches Aktionsprogramm?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, I. Band, pag. 461 ff.

Damaskus so gern in einem Atem begehrte, zwei mit einander ganz unverträgliche, wesensgrundverschiedene politische Strebeziele seien: etwa wie die Republik und der Großherzog. Kaum war jedoch die Einigkeit über diese, bei früheren Debatten arg vernachlässigte Voraussetzung mit knapper Not erreicht, so war die offene Spaltung in den weiteren Schlußfolgerungen schon wieder da; die Richtungen schieden sich schroff von neuem. Zu gründlicher Abrüstung rufen die einen auf; zeitweilig mit K. Kautsky an der Spitze, obwohl gleichzeitig der ungefähr ebenbürtige österreichische Marxist Otto Bauer (Wien) die Abrüstungsschulle als eine kennzeichnende spezifische Geistesschwäche des (natürlich schon wieder einmal toten) Revisionismus geißelte.²⁾ Diese eine Richtung empfiehlt deshalb die militärische Erziehung der Jugend und die fortgesetzte militärische Schulung der Erwachsenen, weil unter der neuen Agitation ganz unzeitgemäß, mehr und mehr in der Versenkung lautlos verschwinden zu lassen. Jedoch von der gleichen Erkenntnis aus, daß das Abrüsten ganz etwas anderes sei als von der Wiege bis zum Grabe das untrennbare Verwachsen sein mit der Flinte und den Schießübungen, verkünden umgekehrt Leipzig und Bremen genau die entgegengesetzte praktische Schlußfolgerung. Das Programm, die programmatisch unantastbare allgemeine Erziehung zur Wehrhaftigkeit, sei unentwegt hochzuhalten, und damit sei der ganze Abrüstungsgedanke ein für allemal erledigt: das Streben nach der dauernden, für immer und ewig endgültigen Scheidung der Massen und der ganzen Bevölkerung von jeglicher Waffe, nach der Überführung der Waffen in die Altertums-museen, nach der Auflösung des ganzen persönlichen und sachlichen Rüstungsapparats in nichts. Nicht das *Fort mit den Flinten!* sei, wie bei den Abrüstungsfreunden, unsere Parteiparole, sondern das *Her mit den Flinten und mit der Übung in deren Gebrauch für die breitesten Volksschichten!* Und wer wollte das, ohne dem Sprachgebrauch und dem gesunden Menschenverstand Gewalt anzutun, noch Abrüstung nennen?



BER diese vollkommen abweichenden Strömungen keine Unklarheit fortbestehen zu lassen ist um so dringlicher, als die ausländischen Arbeiterparteien, vor allem in England und übersee, schon längst ihre Wahl ausschließlich nach der einen oder nach der andern Seite getroffen haben. Allerdings meist unter Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht, selbst wenn diese in der Form der Miliz, nicht des stehenden Heeres, ihre Verwirklichung findet. Für viele ausländische Arbeitergruppen ist die allgemeine Wehrpflicht nichts als roheste Freiheitsvernichtung, und die Miliz der denkbar gefährlichste Einbruch militaristischer Tendenzen in das regelmäßige Alltagsleben, das lediglich wirtschaftlicher und geistiger Betätigung gewidmet sein soll. Aber allgemeine Wehrpflicht und Miliz

²⁾ »Die Hoffnung des Sozialliberalismus und seiner revisionistischen Nachläufer ist begraben . . . Will heute noch jemand meinen, daß der Machtkampf der Weltmächte vor dem Richterstuhl im Haag friedlich geschlichtet werden könne? Heute noch, nach den Erfahrungen des letzten Sommers, als gewiß annehmen daß der Einspruch der Arbeiterklasse den zum Weltkrieg drängenden Tendenzen des Kapitalismus in letzter Stunde, in der Stunde höchster nationaler Erregung in den Arm fallen können? . . . In einer Ruhepause der Geschichte sind Sozialliberalismus und Revisionismus entstanden. Sie meinten, die Weltgeschichte sei abgeschlossen. Kein großes Geschehen harre unser mehr . . . Kein Krieg der Völker mehr: das Schiedsgericht im Haag werde jeden Streit schlichten . . . Aber die Geschichte geht einen andern Weg.« Siehe Bauer *Begrabene Hoffnungen*, wegen ihrer ausgezeichneten Charakteristik der revisionistischen, glücklicherweise überwundenen Verirrungen als Leitartikel aus dem Wiener Kampf im Berliner Vorwärts vom 3. April 1912 abgedruckt. Siehe hierzu auch Bernstein *Politische Schwarzmalerei* in den *Sozialistischen Monatsheften* 1912, I. Band, pag. 538 ff.

waren doch bisher für uns in der deutschen Partei grundlegende Forderungen. Sollen auch wir in ähnlicher Weise unser Programm verlassen?

Die *Norweger* strichen in der Tat, den angeführten Erwägungen folgend, schon 1906 die »allgemeine Volksbewaffnung« aus ihrem Programm und setzten dafür »Abschaffung des Militarismus« in jeglicher Gestalt und »Schaffung internationaler Schiedsgerichte«. Die sozialistische Jugend stellt sich dort vollends, um mit dem *Vorwärts* zu sprechen, auf einen »verteidigungsnihilistischen Standpunkt«; ihr Kongreß sprach sich in diesem Jahr, wie der *Vorwärts* am 5. Januar berichtete, »für den Militärstreik aus und forderte Parteipresse und Parlamentsfraktion auf j e d e r militärischen Gesetzgebung entgegenzuwirken«.

Daß in der englischen Arbeiterbewegung die allgemeine Wehrpflicht, auch als *citizen army* (Bürgerwehr, Miliz) durchgeführt, mit überwältigender Mehrheit als Rüstungsüberschwang verworfen wird, ist in der deutschen Presse und in den *Sozialistischen Monatsheften* oft genug näher ausgeführt worden. Das Manifest, das Mitte Februar 1911, von fast der ganzen Arbeiterfraktion des Unterhauses und von über 900 Gewerkschaftsführern unterzeichnet, erschien, nennt die ganze Agitation für die allgemeine Wehrpflicht eine »wohlorganisierte Verschwörung gegen die Freiheit«:

»Wir halten den Zwang in jeder Form für verwerflich; für die Landesverteidigung ist er vollends überflüssig. Die Mehrausgaben würden sich zudem auf viele Millionen jährlich belaufen und so die ohnehin schon erdrückenden Lasten noch vermehren. Und er würde eine gefährliche Bedrohung des demokratischen Fortschreitens darstellen.«

Aus den gleichen Gründen beschloß noch der letzte Kongreß der *Unabhängigen Arbeiterpartei* (nach dem *Vorwärts* vom 29. März 1913) Ende März in Manchester:

»Der Parteitag protestiert gegen die beständig zunehmende Last des Militarismus und der Rüstungen und kündigt den Bestrebungen, die jetzt gemacht werden, um die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, seinen äußersten Widerstand an.«

Die Anläufe zu militärischer Jugenderziehung in *Amerika* werden in der dortigen Arbeiterpresse, nicht nur in der sozialdemokratischen, gleichfalls so gut wie ausnahmslos als ein Rückfall in die Barbarei schroff verurteilt. Auch das jüngste, 1912 in Indianapolis angenommene Parteiprogramm verwahrt sich ausdrücklich dagegen:

»In Anbetracht, daß die kapitalistische Klasse immer größere Anstrengungen macht, um die öffentlichen Schulen für militärische Erziehung der Kinder und für Förderung des militärischen Geistes zu benutzen: sei es beschlossen, daß wir allen solchen Bestrebungen opponieren und dafür eine gründliche körperliche Ausbildung verlangen, und beschlossen, daß wir die Nationalexekutive ersuchen ein diesbezügliches Programm auszuarbeiten und es den Parteimitgliedern zuzustellen, damit diese für Einführung eines systematischen Turnunterrichts in den öffentlichen Schulen wirken können.«

Vielleicht könnte man das noch als eine Ablehnung der drohenden besondern Form der militärischen Jugenderziehung auffassen. Doch andere Kundgebungen lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sich der erbitterte Widerstand gegen den ganzen Grundgedanken kehrt. Beispielsweise heißt es im *Labor Clarion*, dem Zentralgewerkschaftsblatt von San Francisco, am 28. März dieses Jahres:

»Schulpflichtige Knaben auf den Schulhöfen zum Schießen nach Scheiben erziehen, unter Leitung von militärischen Sachverständigen, schulpflichtige Knaben mit Waffen umgehen lehren, sie Jugenduniformen tragen lassen und sie dazu bringen, daß sie an ihren spätern Eintritt in die Armee denken: das sind die Bestandteile der geplanten Erziehung der Schuljugend zur Wehrhaftigkeit. Alle Knaben von

12 Jahren ab sollen dazu herangezogen werden. Dafür treten die Armeeinteressenten ein und Leute, die Flinten und Munition verkaufen. Solche Übungen stellen ein falsches Ideal dar, ein Strebeziel, das allen ethischen Prinzipien widerstreitet. Man impft so ein falsches Nationalgefühl ein. Militärische Schulerziehung ist töricht, sie ist sinnlos, falls wir uns nicht selber zu einem Kriegs- anstatt zu einem Friedensvolk erklären wollen. . . . Ferner ist sie kostspielig und muß aus Steuern bezahlt werden. Sie würde das Geld beanspruchen, das unbedingt nötig ist, um den Arbeitsunterricht und die fachtechnische Vorbereitung in allen unseren Schulen ein- und durchzuführen. . . . Die militärische Jugenderziehung hat nicht die körperlichen und sittlichen Vorteile, die ihre Befürworter ihr nachrühmen, sondern genau die gegenteiligen Wirkungen. Die Mehrheit der Erziehungsautoritäten wendet sich gegen die allgemeinere Aufnahme in den Unterrichtsplan der öffentlichen Schulen.«



Australien vollzieht sich eine ähnliche Auseinandersetzung. Aber in diesem Fall vorwiegend nicht zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum sondern zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Arbeiterbewegung. Oder, wie man hier etwa sagen darf: zwischen der festen, politisch einflußreichen Masse der Gewerkschaften und *Arbeiterparteien* im australischen Sinn und den verlorenen, aber um so streiteifrigeren Fähnlein der Sozialisten und sozialistischen Sektierer, denen sich alsdann die radikale bürgerliche Opposition, vielfach aus Kirchenkreisen stammend, gewöhnlich lose anschließt.

Der ganze neuerliche Übergang Australiens zu einer zwar bescheidenen, aber immerhin nicht geringschätzig zu übersehenden Rüstungspolitik wäre ohne die Unterstützung der Arbeiterparteien undenkbar gewesen. Im Grunde haben sogar die Besorgnisse und Wünsche der Arbeiterklasse die ausschlaggebende Rolle bei der Abkehr von der alten Rüstungslosigkeit gespielt: die Furcht vor der Asiatenzuwanderung zum Lohnarbeitsmarkt und der Wille das erstrebte *Weiß Australien* auch jedem offenen Konflikt mit Japan oder China gewachsen sein zu lassen. Die Vorschriften der *Australian Defence Acts* von 1909 und 1910 (und ähnlich die Neuseelands von 1910) reichen jedoch in ihrer Inanspruchnahme für Wehrzwecke bei weitem noch nicht einmal an unsere üblichen radikalsten Milizvorstellungen heran. Die allgemeine Wehrpflicht wird zwar einschränkungslos als Prinzip verkündet, wie sie ja unseren Milizanschauungen gleichfalls zugrunde liegt. Aber die paar Übungsstunden und Übungstage in der 1. und 2. Jugendstufe (12 bis 14 Jahre *junior*, 14 bis 18 Jahre *senior cadets*) sind kaum der Rede wert; und selbst bei den Erwachsenen vollzieht sich (bis auf jährlich 8 oder bei der Artillerie 17 Tage, und auch hier nur bis zum Alter von 25 Jahren) aller militärische Drill ohne Lösung des Zusammenhangs mit dem Wohnort und der Berufstätigkeit; man wird fast niemals *eingezogen* sondern übt, daheim und in den Mußestunden, nach Art unserer freiwilligen Feuerwehren oder der schweizerischen Schießvereine. In einer Londoner Unterredung legte dies im März der Premierminister von Westaustralien, John Scadden, ein früherer Bergarbeiter, wie folgt dar:

»Diese Frage [der allgemeinen Wehrpflicht, des *compulsory military service*] wird hier [in England] vollkommen falsch aufgefaßt. Wir sind durchaus dafür, daß die Jugend des Landes eine gewisse militärische Schulung durchmacht, um das Land vor einem möglichen Fremdeneinfall zu bewahren. Unser System läuft auf weiter nichts hinaus als von der Jugendzeit ab 2mal oder 3mal wöchentlich ein paar Stunden, hauptsächlich des Abends, der Übung zu widmen. Wir führen sie nicht von Haus weg und stören ihre sonstige Schulung nicht. Wir wollen uns nur auf die Verteidigung des Landes vorbereiten. Wir sind von Schwärmen [hordes]

von Asiaten umgeben, und wenn Australien ein Land des weißen Mannes bleiben soll, so ist eine Verteidigungsrüstung unbedingt notwendig. Aber wir widersetzen uns bis zum äußersten der Bildung eines abgesonderten Militärs. Wir wollen keine Sonderorganisation zur Erfüllung einer Aufgabe, die allen zukommt. Milizen [Bürgersoldaten, *citizen soldiers*] sind es, was wir wünschen.²⁾

Damit haben freilich die Arbeiterparteien bei den eigentlichen Sozialisten sehr schlecht abgeschnitten. Von diesen wird um so intransigentere als Grundsatz betont: um keinen Preis ein Gewehr anzufassen, die Rüstungslosigkeit, die Abrüstung in vollem Umfang hochzuhalten. Wehrdienstpflicht sei, wie schon der Wortlaut nahelege, politische Fronpflicht und eines modernen freien Mannes unwürdig. Auch nur daran zu denken auf einen Mitmenschen das Gewehr zu richten sei unter allen Umständen nationale Verrohung an Stelle der Gewöhnung zu internationaler Brüderlichkeit. Mit allen nur ersinnbaren Mitteln ist deshalb der sozialistische Kampf gegen die Miliz, gegen die Rüstungspolitik in der Form der anspruchslosesten Bürgerwehr aufgenommen: durch Protest- und Demonstrationsversammlungen und Umzüge, durch die Weigerung sich zu Übungen zu stellen, selbst um den Preis von zahllosen Prozessen und Strafen. Eben lese ich wieder im neuseeländischen *Maoriland Worker* vom 27. Juni an leitender Stelle:

»Wie man Verbrecher und Vagabunden schafft.

Während der Monate März, April und Mai 1913 haben etwa 400 junge Leute vor dem Polizeigericht von Auckland gestanden, weil sie den tyrannischen Vorschriften des Wehrgesetzes sich nicht fügten. In vielen Fällen sind dabei Strafen bis zu 5 Pfund Sterling [100 Mark] und Tragung der Kosten verhängt worden. Wegen Weigerung zu zahlen hat man solche jungen Leute auf eine Zeit von 3 Tagen bis zu 3 Wochen in das Berg Eden-Gefängnis geworfen. Hier kommen sie in den Freihöfen mit Verbrechern aller Art in Berührung; in den Zellen überläßt man sie ununterbrochen 17 Stunden der Einsamkeit. . . . Das alles muß sie zu Verbrechern machen. Die Militaristen wollen jetzt sogar von der im letzten Jahr erteilten Vollmacht Gebrauch machen und die Löhne dieser Übungspflichtigen für die Strafen in Anspruch nehmen. Um wiederum dies zu verhindern, werden in Auckland Stellungen aufgegeben, wie dies schon anderwärts geschehen ist, und so wird die Durchführung des Wehrgesetzes Bummelerzeugen. Freunde der Freiheit, Freunde Neuseelands, rettet unsere jungen Leute vor so verhängnisvollen Verfolgungen, indem ihr die Aufhebung der Wehrpflicht fordert! . . . Sendet uns die Namen aller eingekerkerten Wehrpflichtigen, damit wir sie in unserer *Ehrentafel* veröffentlichen!«

Ein paar Wochen vorher lief eine derbe Schilderung durch die Zeitungen, wie man die zu einer Milizrevue Ausrückenden mit gut hinterwäldlerschen Mitteln belästigte und verhöhnte: Die gewerkschaftlichen Arbeiterparteien verwirklichen endlich einmal ein Stück unseres kontinental-europäischen programmatischen Zukunftsstaats, und die ganz Endzielbewußten pfeifen und johlen ihn jedesmal aus, wenn er lebendige Gestalt annimmt.

UND seltsamerweise wecken, um die verkehrte Welt ganz zu vollenden, solche verteidigungsnihilistischen Agitationen ihren zustimmenden Widerhall in deutschen Parteiblättern, die sonst und bei uns wiederum mit Vorliebe den Abrüstungsgedanken verspotten und die lückenloseste Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, bei ganz anderen Dienstzeiten als in der keimhaften australischen Miliz, verlangen. So wandte sich in der *Leipziger Volkszeitung* vom 11. Januar Dora B. Montefiore in einer gepfefferten Epistel gegen die »nationalistischen« Arbeiterführer in Australien, die den »Zwangsmilitärdienst« (das ist, wie die später

²⁾ Siehe den Artikel *A Labour Prime Minister* im *Christian Commonwealth* vom 19. März 1913.

attackierte »Konskription«, in Australien weiter nichts als die allgemeine Wehrpflicht, die wir, mit Einschluß von Leipzig, in Deutschland programmatisch fordern) durch die Märchenerzählungen von hoher australischer Lebenshaltung und von deren Bedrohung durch Kulis und Lohnarbeitsvertreter niedrigerer Kulturstufe erschlichen hätten:

»Daß ein solches Verteidigungssystem von einem liberalen oder konservativen Kabinett beantragt würde, wäre begreiflich. Aber daß eine sogenannte *Regierung der Arbeit* die Kriegs[?]politik ihrer Vorgänger nicht nur übernimmt und fortführt sondern tatsächlich eine Vorlage durchpeitscht, die im Grunde nichts anderes bedeutet als den allgemeinen Militärzwang [unsere programmatische Wehrpflicht], und dazu noch sich zu brüsten wagt mit diesem Verrat an den Arbeitern, das ist, sage ich, das schlimmste Verbrechen, das am Proletariat Australiens und gleichzeitig an der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft begangen werden kann. . . . Während meines Aufenthalts in Sydney redigierte ich 5 Monate lang den *Internationalen Sozialisten*. . . Ich veröffentlichte sofort in der Zeitung ein Manifest an die konskribierte [wehrdienst- und übungspflichtige] Jungmannschaft Australiens, in dem ich die Proletarier unter ihnen davor warnte sich dazu abrichten zu lassen ein Land zu verteidigen, das nicht ihnen sondern den Kapitalisten gehört. . . Dieses Manifest war selbstredend aufrührerisch [reaktionär, würden wir auf Grund unseres deutschen Zukunftsprogramms sagen], und im Parlament fand eine Debatte darüber statt, ob ich wegen Aufreizung angeklagt werden sollte. . . Die Regierung der *Arbeit* zog sich mit der lahmen Ausrede aus der Affäre, daß die Gruppe, der dieses Manifest entstamme, zu bedeutungslos sei, um eine Anklage zu rechtfertigen. . . . Inzwischen rufe ich aus wie Zola: Ich klage an! Ich klage Keir Hardie an. . . . Ich klage MacDonald an. . . . Und ich klage das internationale Bureau an, das auf seiner Sitzung in Brüssel im November 1912 den Anspruch der sozialistischen konskriptions[wehrpflicht]feindlichen Parteien Australiens auf Anschluß an das Bureau glatt zurückwies.«

Das ist allerdings Rüstungs nihilismus, Schwärmerei für die vollste Rüstungslosigkeit bis zur aufgeregtesten Todfeindschaft selbst gegen die bloße allgemeine Wehrpflicht und gegen die schonendste Milizorganisation. Aber was sollen solche »Anklagen« in Leipzig und Deutschland? Denn selbst in Berlin verteilen sie heute Massenflugblätter, in denen es »nationalistisch« und »militärisch« im Sinn des australischen »Zwangsmilitärdienstes« und des »allgemeinen Militärzwangs« heißt:

»Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch von der Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständlich zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der *Vaterlandslosigkeit* gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reichs die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskriegs von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn auch das russische Volk in seinen großen Massen bestimmt friedliebend ist und andere Sorgen hat als die Betreibung eines Überfalls auf Deutschland, so ist das gleiche nicht mit der gleichen Sicherheit von denjenigen Kreisen zu sagen, die die zaristische Willkürherrschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen, und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stand der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen: er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausspricht.«⁴⁾

⁴⁾ Siehe das Flugblatt *Ein ernstes Wort in ernster Zeit*, verteilt im Mai 1913.



SCHEIDET demnach für alle Schattierungen der deutschen Arbeiterbewegung heute die Rüstungslosigkeit, die Abrüstung in diesem Sinn, als Strebeziel für praktisch absehbare Zeit bedingungslos aus, trotz des unbestreitbaren Billigkeitsvorzugs vor jedem ersinnbaren Wehrsystem; bildet es alsdann ferner selbstverständlich unser, in der Partei unbestrittenes Endziel die allgemeine Wehrpflicht in der denkbar demokratischsten Form, eben in der Milizform verwirklicht zu sehen, so bliebe nur noch die eine Frage übrig, die früher mitunter lebhaftere Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen erzeugte: Ist die Miliz, das Endziel, etwas schon heute oder in nächster Zeit dem historisch gegebenen stehenden Heer Entgegenzusetzen oder etwas aus der heutigen Heeresverfassung heraus zu Entwickelndes? Ist die Miliz die letzte große Schlußziffer aus einer Summe sich folgender Umwandlungen des stehenden Heeres, wie der Sozialismus, nach der Anschauung des (leider schon wieder toten) Revisionismus, schließlich das Gesamtergebnis von stufenweise sich steigernden Umbildungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems? Oder ist die Miliz ein vom Grund bis zum Schornstein funkel-nageljunger Zukunftsneubau nach dem katastrophalen Zusammenbruch des alten, nur in seiner Volksfeindlichkeit entwicklungsfähigen Armeesystems, ähnlich wie der Sozialismus plötzlich aufkeimen und emporwachsen wird, wenn (nach den Anweisungen der einzig noch lebendigen Katastrophenanschauung) der Kapitalismus alle seine Unerträglichkeiten bis zur krassesten, aber darum auch unhaltbarsten Zuspitzung gesteigert haben wird? Sehen wir in der »Erleichterung des Militarismus« noch eine Durchkreuzung der »grundsätzlichen Agitation«, oder fällt für uns eine ununterbrochene Reihe von Erleichterungen zusammen mit der endlichen Verwirklichung unserer Grundsätze? Erblicken wir in Heeresreformen, wie wir sie früher grundsätzlich verwarfen, heute etwa bereits Etappen zum Milizsystem, wie wir sie vernünftigerweise zu schaffen suchen müssen? Haben infolgedessen die abgehackt scharfen Grenzziehungen zwischen Miliz und stehendem Heer, in denen wir uns früher mit Vorliebe überboten, sich nicht mehr und mehr gemildert und verwischt, einfach weil wir uns mit dem Gedanken von Übergangsstadien und Zwischenbildungen mehr und mehr vertraut gemacht haben?

Alles fließt. Heute erblickt niemand in der Miliz mehr einfache Abrüstung. Wie der Kapitalismus, legte Genosse Hugo Schulz (Wien) 1911 als Referent auf dem Innsbrucker Parteitag dar, arbeite auch der Militarismus insofern für uns und unsere Zukunft, als er das Volk zur Wehrhaftigkeit für demokratische Gemeinwesen erziehe:

»Der Militarismus spürt sehr wohl, daß ihn das Gift der allgemeinen Wehrpflicht von innen heraus zu demokratisieren droht. Die Abrüstung kann, wie der Zarismus bewiesen hat, sehr reaktionären Inhalt haben; unsere Volkswehrforderung dagegen ist Aufrüstung, und sie sichert dabei den Weltfrieden viel wirksamer als der friedensfreundliche Pro[Anti?]militarismus.«³⁾

Nach dem radikalen Genossen Cohen (Frankfurt) und seinen ultrarevisionistischen Vorwärtsartikeln ist die Volkswehr gleichfalls so wenig Abrüstung, daß sich »das stärkste Berufsheer« vor dieser »Höhe der Leistungsfähigkeit«, offenbar doch der militärischen, verkriechen muß:

»Diese Unbezwingbarkeit wollen wir, auch wir. Durch ein stehendes Heer kann sie immer nur unvollkommen erreicht werden. . . Das Deutschland, in dem jeder Wehr-

³⁾ Siehe den Bericht über den deutschösterreichischen Parteitag 1911 im Vorwärts vom 7. November 1911

fähige seine Flinte daheim im Schrank hat, ist für den stärksten Feind unbezwingbar. . .⁹⁾

Vorausgesetzt natürlich, daß diese Flinte gelegentlich im Ernstfall auch aus dem Schrank wieder hervorgeholt wird, was eben der eigentliche Abrüstungspazifist prinzipiell ablehnt.

Selbst der Glaube wenigstens an finanzielle Abrüstung, an umwälzende Kostenverminderungen tritt bei uns mehr und mehr in den Hintergrund, nicht weil man die sonst zu befriedigenden Kulturaufgaben niedriger sondern weil man die Milizkosten mit der Zeit richtiger einschätzt. »Sicherlich«, lesen wir zu unserer nicht geringen Überraschung in der *Leipziger Volkszeitung* vom 25. Juni, »sicherlich, das demokratische Heerwesen ist nicht billiger als das ständisch-konservative; die Miliz belastet die Finanzen nicht weniger als die Kasernenarmee.«

Ferner, wer wagte heute noch, nach all den vorliegenden Parteiäußerungen, eine halbwegs bestimmtere Grenzlinie zwischen einem Wehrsystem zu bloßer Verteidigung oder zum Angriff, zur Eroberung, zu reaktionären Machenschaften aller Art zu ziehen? Zwar der Genosse Ledebour meinte noch immer am 12. Juni im Reichstag, mit der Miliz ließe sich »natürlich« ein »Eroberungskrieg« nicht führen. Aber fast in der gesamten Parteipresse, den Berliner *Vorwärts* an der Spitze, wurden uns gerade die erobernd vorwärtsdringenden, wahrlich nicht mit der bloßen Verteidigung des Statusquo sich begnügenden Balkanvölker, solange und soweit sie siegreich blieben, stets als Beweis der Unwiderstehlichkeit von Milizorganisationen vorgeführt. Und schon im *Vorwärts* vom 14. Januar 1899 las ich einmal zum antiken Imperialismus:

»Die römischen Heere, welche die Welt eroberten und, wohin sie kamen, die römische Kultur trugen, die uns noch heute mit Bewunderung erfüllen: das waren Bürgersoldaten, Milizsoldaten.«

Umgekehrt aber versichert nunmehr ein von mir hochgeschätztes Parteimitglied der französischen Kammer, mit 2jähriger Dienstzeit höre selbst das heutige stehende Heer auf mögliche Angriffswaffe zu sein, werde es zum bloßen Verteidigungswerkzeug des Volkes:

»Das Gesetz von 1905, das den für alle Franzosen gleichen 2jährigen Dienst eingeführt hat . . . ist niemals, weder von den militärischen Befehlshabern noch von den reaktionären Parteien, denen diese zugeschworen waren, freundlich aufgenommen worden. Es hatte für sie den schweren Fehler für die Söhne des Volkes die militärische Dienstzeit zu verkürzen und dadurch ihre Militarisation zu verhindern, die Erzeugung jenes besonders militaristischen Geistes, der sie zugleich zum Feind des Auslands und zum Feind des eigenen Volkes macht. Das Heer mit 3jähriger Dienstzeit konnte eine Prätorianerarmee sein, die man zum Angriffskrieg oder zum Staatsstreich im Innern fanatisieren konnte. Das Heer mit 2jähriger Dienstzeit hingegen, das den Gedanken einer weitem fortschreitenden Verkürzung der Dienstzeit im Keim in sich trug, brachte zum Ausdruck, daß das französische Volk, entschlossen seinen Boden zu verteidigen, wenn es angegriffen würde, doch absolut keinen Gedanken an einen Angriff gegen irgendwen hegte. Gerade das hat die 2jährige Dienstzeit den Parteien des Rückschritts verhaßt gemacht.«⁷⁾

Und nun endlich gar *Bremen*, wo alles das, was Ende der neunziger Jahre das lärmende Entsetzen aller Standpatters und geistig Unbeweglichen herausforderte, heute als feinste Blüte des unfehlbaren *marxistischen Radikalismus* angepriesen wird, während man gleichzeitig dem ehemaligen Leip-

⁹⁾ Siehe Cohen *Die große Schröpfung im Vorwärts* vom 3. April 1913.

⁷⁾ Siehe Thomas *Die französischen Sozialisten, und die 3jährige Dienstzeit in der Chemnitzer Volksstimme* vom 6. Mai 1913.

ziger Sprecher der gegensätzlichen Mehrheit versichert, daß er von der, unserm ganzen Parteidenken zugrunde liegenden Marxischen Dialektik nichts, aber auch gar nichts begriffen habe und deshalb nicht wert sei einem wahrhaft Radikalen bei einer Erörterung von rüstungspolitischen Fragen die Schuhriemen zu lösen.

»Die Losung der Miliz wurde von der Sozialdemokratie aus dem Programm des Kleinbürgertums übernommen und anfänglich in dem selben Sinn wie von der kleinbürgerlichen Demokratie propagiert. . . . Bei solcher Auffassung der Miliz gab's natürlich keine Übergänge vom heutigen Militarismus zur Miliz. Nur auf seinen Ruinen konnte das *herrliche Volksheer* aufgebaut werden. In striktem Gegensatz zu dieser populären Auffassung stand die von Friedrich Engels, die aber den weiteren Kreisen der Partei unbekannt war, weil sie nirgends [na, na!] systematisch entwickelt wurde« usw. usw.⁹⁾

So ständen wir denn, wie vor anderthalb Jahrzehnten, zum Schluß glücklich wieder vor der alten bekannten Frage: War Friedrich Engels milizgläubig? Milizgläubig selbstverständlich in dem damals bestimmt umschriebenen und oben kurz wiederholten Sinn. Und wenn nicht alles täuscht, so wird uns in nächster Zeit das Erscheinen des Briefwechsels von Marx und Engels erst recht zu nochmaliger Nachprüfung der alten kleinbürgerlichen, bierbankpopulären Auffassung nötigen. . . .

Wer hätte eine so rasche und so gründliche Verwischung und Auflösung aller festen Grenzlinien voraussehen können, nach denen sich in der Partei dereinst die Geister vor allem scharf scheiden wollten? Alles fließt, und nichts setzt den nagenden Fluten der Zeit und des reifern Nachdenkens dauernden Halt entgegen.⁹⁾ Nur eine Erkenntnis ragt noch als sicher und unerschütterlich aus diesem Strudel und Wirbel der jüngsten Meinungskundgebungen empor: Der Revisionismus ist tot. Der Reformismus ist unrettbar versunken, vor allem, soweit es die Parteianschauungen über die Heeresentwicklung angeht.

XX

GUSTAV NOSKE · DIE SOZIALDEMOKRATISCHE REICHSTAGSFRAKTION UND DIE DECKUNGSVORLAGEN

NACH EHE das Ende der Beratungen über die Heeresvorlage abzusehen war, war die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Besitzsteuervorlagen schon gegeben. Ja, sie war schon im voraus verkündet worden, bevor noch der Umfang der vorläufig letzten Rüstungsvermehrung in Deutschland bekannt gegeben worden war. Auf die Ankündigung der neuen Heeresvorlagen in Deutschland und Frankreich hin hatten die deutsche und die französische Sozialdemokratie in ihrem Manifest vom 1. März dieses Jahres nicht nur dem Militarismus und der Rüstungssteigerung erneut Kampf angesagt sondern auch erklärt, daß, wenn der Widerstand der beiden sozialdemokratischen Fraktionen vergeblich sein sollte, alles darangesetzt werden müßte die Lasten für die nicht zu verhindernden Rüstungen auf die Schultern der Besitzenden zu legen. Programmatisch Neues wurde in dieser Ankündigung nicht gesagt.

⁹⁾ Siehe den Artikel *Der Kampf um die Miliz* in der *Bremer Bürgerzeitung* vom 18. April 1913.

⁹⁾ Siehe zur Ergänzung vor allem auch Schröder *Sozialdemokratie und Heeresverfassung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 536 ff.

Sie entsprach lediglich der Haltung, die von der deutschen Sozialdemokratie stets eingenommen worden ist, und deckt sich mit dem Programm der deutschen sozialdemokratischen Partei, in dessen 10. Abschnitt »stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuern zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind,« gefordert wird.

An Anlaß zu gründlichen Erörterungen über die Steuerfrage hat es unserer Partei im Lauf der Jahrzehnte wahrlich nicht gefehlt. Die rapide Vermehrung von Heer und Flotte hat den Geldbedarf des Reichs von Jahr zu Jahr erheblich gesteigert. Steuervorlagen haben daher den Reichstag oft genug beschäftigt, und die deutsche Sozialdemokratie hatte reichlich Gelegenheit für ihre steuerpolitische Programmforderung beim Volk Propaganda zu machen und im Reichstag dafür einzutreten. Auf praktische Erfolge hat sie sehr lange warten müssen.

Bei der Gründung des Reichs statuierte man sehr einfache steuerpolitische Grundsätze für die Deckung des Geldbedarfs sowohl der Einzelstaaten, die auf manche Steuerquellen verzichten mußten, als auch des Reichs. Nach Artikel 70 der Reichsverfassung dienen zur Bestreitung der Ausgaben des Reichs zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen (Matrikularabgaben). Die zur Zeit der Reichsgründung erhobenen Zölle sowie die in der Verfassung aufgeführten indirekten Steuern, deren Einnahmen der Reichskasse überwiesen wurden, reichten nicht lange zur Deckung der steigenden Ausgaben aus. Alle direkten Steuern waren den Bundesstaaten belassen worden. Wenn auch nicht in der Reichsverfassung festgelegt, wurde es doch zu einem 4 Jahrzehnte lang nicht zu erschütternden Grundsatz der Reichspolitik, das Reich habe seine Bedürfnisse aus Zöllen und indirekten Steuern zu decken, während die direkten Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern unangetastet den Einzelstaaten zu belassen seien. Diese erblickten darin die beste Garantie für die Aufrechterhaltung der finanziellen Selbständigkeit der Bundesstaaten und eine Gewähr gegen die Gefahr der allmählichen Aufsaugung durch das Reich. Erhöhte Einnahmen für das Reich wurden daher immer wieder in der Hauptsache durch eine Ausdehnung und Erhöhung der Zölle sowie durch Heraussetzung bestehender und Erschließung neuer indirekter Steuern beschafft. Trotz des so gewaltig gesteigerten, auf den breiten Volksmassen lastenden Steuerdrucks wurden die Bedürfnisse des Reichs aus laufenden Einnahmequellen nicht voll gedeckt. Nachdem die französischen Milliarden Verwendung gefunden hatten, begann das Schuldenmachen. Riesengroß, sprunghaft wuchsen die Anleihen des Reichs an, als die Ära der Flotten- und Kolonialpolitik begann. Nebenher ging die Vergrößerung des Heeres, dessen Neubewaffnung, der Ausbau der Festungen sowie der Küstenverteidigung. Sowohl die verschiedenen Schatzsekretäre wie die bürgerlichen Parteien haben oft genug anerkannt, daß die Anleihewirtschaft, die sich jetzt zu einer Schuldenlast von rund 5 Milliarden Mark ausgewachsen hat, verderblich sei, und daß ihr Einhalt getan werden müsse. Es blieb aber bei den guten Vorsätzen.

Mit gebotener Entschiedenheit hat in all den Jahren dieser Steuerwirtschaft und Schuldenmacherei nur die Sozialdemokratie den Kampf für direkte Reichssteuern geführt. Die Finanzreform, die der 1907 gewählte Reichstag beschloß, war auch nur infolge des schweren Mandatsverlustes der Sozialdemokratie möglich. Es ist schon richtig, daß Reichstagsmandate erst ihr volles Gewicht durch die dahinterstehenden Wählermassen erhalten. Die durch die Finanzreform des schwarzblauen Blocks in Not und Elend gestürzten Arbeiter der Tabakindustrie und der Streichholzfabrikation, zum größten Teil brave Parteigenossen, werden aber schwerlich an die törichte Redensart glauben, daß es allein auf die Stimmen und nicht auf die Zahl der Mandate ankomme. Die Streichholzarbeiter mußten geraume Zeit mit ihren Familien hungern, bis es ihnen gelang andere Beschäftigung zu finden. Mit kümmerlicher Unterstützung aus Reichsmitteln halfen sich die Tabakarbeiter über die ärgste Elendszeit hinweg. Wie schwer die wirtschaftliche Schädigung der breiten Volksmassen durch die neuen Steuern war, ist allgemein bekannt. Der weitaus größte Teil der vom konservativ-ultramontanen Block beschlossenen Steuern bestand in neuen indirekten Abgaben oder in der Erhöhung alter Lasten, so daß die breiten ärmeren Volksmassen den größten Teil der flüssig zu machenden Summen zu zahlen hatten. Von den Besitzsteuern in Höhe von nur 80 Millionen Mark ist die Talonsteuer zum erheblichen Teil auf die Besitzlosen abgewälzt worden. An die Einzelheiten der sogenannten *Finanzreform* des vorigen Reichstags sollte erst jeder denken, der die Steuergesetzgebung des jetzigen Reichstags und die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion dazu kritisiert.

Ein Stück Steuergesetzgebung hat der neue Reichstag schon im Jahr 1911 geleistet, als es galt für beschlossene Rüstungsausgaben die Deckung zu beschaffen. Die bei den Wahlen in Aussicht gestellten reinen Besitzsteuervorlagen waren damals ausgeblieben. Als man dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg vorwarf, daß er nicht die Ausdehnung der Erbschaftssteuer vorgeschlagen hätte, erwiderte dieser, gewissermaßen sich entschuldigend, die etwaige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion sei viel zu ungewiß, als daß man Steuervorlagen einbringen könne, die von ihrer Zustimmung abhängig seien. Die Initiative in der Steuergesetzgebung hat damals die sozialdemokratische Fraktion insofern ergriffen, als in ihrem ausdrücklichen Auftrag der Abgeordnete Wurm in der Steuerkommission zur Überraschung der bürgerlichen Parteien die Erklärung abgab, die Sozialdemokraten seien bereit für eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer zu stimmen, nachdem die vermehrten Rüstungen nicht mehr zu verhindern seien, wenn auf die Erhöhung der Reichseinnahmen aus der Branntweinbesteuerung Verzicht geleistet werde. Diese Haltung der Fraktion hat damals nennenswerte Einwendungen oder eine Verurteilung nicht erfahren. Von dem Verwendungszweck der Mittel, die unsere Fraktion zu bewilligen sich bereit erklärt hatte, war keine Rede. Als gerechtfertigt wurde die Haltung unserer Abgeordneten deshalb angesehen, weil bezweckt worden war eine indirekte Steuer, von der die Ärmern betroffen werden, dadurch abzuwehren, daß einer direkten Besitzsteuer zugestimmt wurde. Freilich konnte vor einem Jahr keiner der Zionswächter, die nicht viel mehr zu tun haben als darauf zu achten, daß nicht verletzt wird, was sie für *sozialdemokratische Grundsätze* halten, über den Niedergang der Partei orakeln, weil dem Militarismus zwar kein Mann, aber für die von den bürgerlichen Parteien beschlo-

Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffe das erforderliche Geld bewilligt worden sei. Denn die bürgerlichen Parteien ließen sich auf die Ausdehnung der Erbschaftssteuer nicht ein. Die Fraktion kam nicht in die Lage gemäß der von ihr abgegebenen Erklärung zu stimmen, das heißt Geld zu bewilligen, das militärischen Zwecken diene.

Die Steuervorlagen der Regierung im Jahr 1913 trugen einen ganz andern Charakter als die Gesetze in früheren Jahren. Zum erstenmal wurde kein Pfennig neuer indirekter Steuern gefordert. Es bedarf keiner Beweisführung dafür, daß darin ein großer Erfolg zu erblicken ist, der dem sozialdemokratischen Wahlsieg vom Jahr 1912 gedankt werden muß. Soweit die bürgerlichen Parteien sich seit einigen Jahren lebhafter als früher für direkte Besitzsteuern ins Zeug legten, taten sie es auch nur hauptsächlich aus Sorge vor einem weiteren Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerschaft. Sozialdemokratisch, wie konservative Redner im Reichstag wiederholt gesagt haben und wie die konservative Presse noch jetzt immer wieder erklärt, waren die Steuervorlagen der Regierung freilich ebensowenig wie es die beiden Besitzsteuergesetze in der vom Reichstag beschlossenen Form sind. Aber sie stellten eine Abkehr von der bis dahin betriebenen Steuerpolitik dar. Es ist außerordentlich töricht, wenn Sozialdemokraten diese Tatsache verkleinern oder gar ignorieren, nur um sich dadurch die Möglichkeit zur Kritik zu schaffen. Auf das Konto der Sozialdemokratie ist es direkt und indirekt zu setzen, daß statt neuer indirekter Steuern direkte Steuern in so respektabler Höhe den Besitzenden auferlegt worden sind. Es heißt die Werbekraft der Partei schwächen, wenn darauf nicht hingewiesen wird.

Was den Besitzenden an Abgaben für die Deckung der neuen Militärlasten auferlegt wurde, ist nicht wenig. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben die besitzenden Schichten, deren Interessen sie in erster Linie vertreten, insofern geschont, als sie nicht die gesamten fortdauernden neuen Ausgaben durch Besitzsteuern deckten. Es unterblieb die wiederholt in Aussicht gestellte Herabsetzung der Zuckersteuer. (Um ein eindrucksvolles Argument für die Agitation zu beseitigen, wurde die gesetzliche Bestimmung, wonach zu einem gewissen Zeitpunkt eine Herabsetzung der Zuckersteuer erfolgen sollte, außer Kraft gesetzt; damit ist in dieser Frage natürlich noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.) Die Summe, die durch die neue Regelung respektive die Ausdehnung der Stempelgebühren für die Reichskasse gewonnen werden soll, ist nicht sehr bedeutend. Aus prinzipiellen Gründen hat die sozialdemokratische Fraktion gegen die betreffenden Paragraphen gestimmt, obgleich darbende proletarische Volksschichten durch diese Abgaben nicht getroffen werden; denn die ganz kleinen, für die Arbeiter und armen Leute in Betracht kommenden Versicherungen bleiben abgabefrei. Zuckersteuer und Stempelabgaben waren keine Streitobjekte, die zu großen Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien Anlaß geben konnten. Die Verhandlungen darüber haben auch nur kurze Zeit in Anspruch genommen. Der Kampf der Parteien drehte sich darum, wie die einmalige Abgabe vom Vermögen zur Deckung der einmaligen neuen Militärausgaben, und fast noch mehr darum, wie die dauernde Besitzsteuer zu gestalten sei. Daran zweifelte man keinen Augenblick, daß die Regierungsvorlagen eine erhebliche Abänderung erfahren würden. Ganz unklar war aber, was schließlich bei den Beratungen herauskommen könnte. Über ein gegenseitiges Beriechen waren

die Führer der bürgerlichen Parteien noch nicht hinausgekommen, als die 1. Lesung der Wehrvorlage nach wochenlanger Dauer der Beratungen in der Kommission ihr Ende erreicht hatte. Wie bekannt, sind direkte Reichsteuern dem Zentrum und den Konservativen bisher gleich verhaßt gewesen. Beide Parteien waren auch jetzt von dem selben großen Eifer erfüllt die Steuergesetze so zu gestalten, daß Bauern und Großgrundbesitzer darunter möglichst wenig zu leiden hätten. Die Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Besteuerung des Erbes der Kinder und Ehegatten waren ihnen besonders zuwider. Die Zeiten des schwarzblauen Steuerblocks sind aber vorüber. Zentrum und Konservative mit ihren Anhängseln können in diesem Reichstag Steuergesetze nicht mehr fertigstellen. Sonst wäre ein Besitzsteuergesetz zur Deckung der fortdauernden Ausgaben schwerlich zustande gekommen, sondern die Volksmassen hätten wieder irgendwelche neuen indirekten Steuern aufgepackt erhalten. Es ist gesagt worden, direkte Steuern seien jetzt von der Regierung nur gefordert und von den bürgerlichen Parteien beschlossen worden, weil die Quellen für indirekte Abgaben erschöpft seien. Wenn das deutsche Volk sich wieder einmal neue Steuern von einem Reichstag beschließen lassen müßte, in dem die Sozialdemokratie viel schwächer ist als jetzt, würde diese Annahme sehr gründlich zerstört werden.

Die Gestaltung der Besitzsteuergesetze war nun zum sehr erheblichen Teil abhängig von der Stellungnahme der Nationalliberalen. Mit heißem Eifer sind Konservative und Zentrum bemüht gewesen die Nationalliberalen im Guten oder Bösen für einen neuen Steuerblock der Parteien der Rechten zu gewinnen; entweder mit Herrn Bassermann oder gegen ihn mit Hilfe des Herrn Schiffer. Für Konservative und Zentrum wäre es das Angenehmste gewesen, die Regierung hätte Wehrvorlage und Steuergesetze durch ein Mantelgesetz verbunden. Das hätte ihnen in der Steuerfrage ein gehöriges Übergewicht gegenüber den Nationalliberalen, ja sogar gegenüber den Fortschrittlern gegeben. Dann hätte von vornherein als feststehend angenommen werden können, daß auf die sozialdemokratischen Stimmen für ein Steuergesetz, ganz gleich wie es aussah, nicht zu rechnen war. Nichts ist irriger als die Annahme, daß dann vielleicht die Heeresvermehrung gefährdet gewesen wäre, oder daß gar mit der Möglichkeit sie zu Fall zu bringen hätte gerechnet werden dürfen. Wer die bürgerlichen Abgeordneten bei der Beratung der Heeresvorlage in der Budgetkommission sah, konnte darüber nicht im Zweifel bleiben, daß die Wehrvorlage unter allen Umständen Gesetz werden würde. Einem Teil der Abgeordneten aus den Grenzprovinzen genügte nicht einmal, was von der Regierung gefordert worden war. Die Nationalliberalen hätten, um die Verstärkung der Landesverteidigung zu sichern, auf steuerpolitischem Gebiet sich unter das Joch des Zentrums gebeugt. Deshalb war es ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht in den Ruf nach einem Mantelgesetz einstimmen konnte, weil das bedeutet hätte die Geschäfte des Zentrums und der Konservativen zu besorgen. Auf einen gegen die Nationalliberalen unternommenen Nötigungsversuch lief auch die von den Konservativen und dem Zentrum erhobene Forderung hinaus dadurch Wehrvorlage und Steuergesetze als etwas Einheitliches erscheinen zu lassen, daß in der Budgetkommission der 1. Lesung der Militärvorlage die 1. Beratung der Steuergesetze zum Zweck der Beschaffung der Deckung zu folgen habe. Die Nationalliberalen sollten gezwungen werden, um die ihnen über alles gehende Heeresvermehrung recht-

zeitig fertiggestellt zu sehen, sich den Steuerplänen der Rechten zu fügen. Die sozialdemokratische Fraktion hat nicht, wie fälschlich behauptet worden ist, mit den Nationalliberalen und den Fortschrittlern *durchgesetzt*, daß die 2. Lesung der Wehrvorlage sofort erfolgte, wodurch die 2. Lesung im Plenum ermöglicht wurde, sondern sie ist nur nicht so töricht gewesen die Liberalen ins schwarzblaue Netz zu jagen, indem sie den Beginn der 2. Lesung der Wehrvorlage nicht verhinderte, wie das besonders das Zentrum erwartet hatte. Eine andere Taktik der sozialdemokratischen Fraktion wäre ein unverzeihlicher Fehler gewesen. Das Plenum des Reichstags war ohne Beratungsstoff. Konnte die 2. Lesung der Wehrvorlage nicht begonnen werden, so wurde das Haus so lange vertagt, bis die bürgerlichen Parteien sich über die Deckungsfrage geeinigt hatten. Die Kampagne der Fraktion gegen die Schäden der bestehenden Heeresorganisation und für ein demokratisches Volksheer wäre dann nahezu unmöglich geworden; denn wäre erst die Deckungsfrage gelöst worden, so hätte man jede ausgiebige Debatte verhindert, wie die Erfahrungen bei der 3. Lesung inzwischen jeden gelehrt haben sollten.

Weder die Abgabe von Vermögen und Einkommen noch das Besitzsteuergesetz sind so beschlossen worden wie die sozialdemokratische Fraktion es gewünscht hat. Gleichwohl war ihr Einfluß auf die Gestaltung der beiden Gesetze, die in sehr viel schlechterer Form von der Regierung vorgelegt worden waren, nicht unwesentlich. Unsere Fraktion hat sich in keinem Augenblick der Verhandlungen herangedrängt, aber auch nie versäumt darauf hinzuwirken möglichst jede Schädigung von den Minderbemittelten fernzuhalten, dagegen für die Reichen die Belastung fühlbar zu gestalten. Und sie war dabei nicht erfolglos. Von den 64 Millionen Menschen in Deutschland werden nur 600 000 zur Deckung der einmaligen Ausgaben eine Milliarde aufbringen, davon die 300 000 Reichen den Hauptteil. Es sind keine Bagatellsummen, die von den hohen Einkommen und den großen Millionenvermögen gezahlt werden müssen. Der Lärm, der von den Zahlungsfähigen gemacht wird, zeigt, wie empfindlich sie sich getroffen fühlen. Es ist, wie man sieht, nicht wahr, daß in dem Reichstag, in dem 110 Sozialdemokraten sitzen, ebenso leicht oder noch leichter als früher reaktionäre Politik getrieben werden kann. Daß in das Gesetz betreffend die einmalige Abgabe (die in Wirklichkeit in 3 Raten gezahlt werden wird) die Bestimmung hineinkam, die es den Fürsten zur Pflicht macht gemäß dem Gesetz zu zahlen, ist einem sozialdemokratischen Antrag zu danken. Die Besteuerung der Toten Hand wäre eine sehr wünschenswerte weitere Verbesserung des Gesetzes gewesen; sie war aber nicht durchzusetzen, wozu nicht wenig der Umstand beigetragen hat, daß sich in der Kommission herausstellte, wie schwierig es ist diese Steuerforderung praktisch auszuführen. Die praktische Bedeutung der Vermögensabgabe der Reichen für die proletarischen Massen ist als gering bezeichnet worden, weil es angeblich den Besteuerten gelingen wird die Lasten auf die besitzlosen Massen abzuwälzen. So einfach wie es gesagt wird geht die Überwälzung denn doch nicht von statten. Viele der Leute mit einem Einkommen von 5000 Mark ab, die zahlen müssen, beschäftigen keine Proletarier, denen sie die Abgabe aufhalsen können. Den Unternehmern aber stehen die Arbeiter mit ihren Organisationen nicht mehr so wehrlos gegenüber, daß vermehrte Ausbeutung oder Lohnkürzungen zum Zweck der Steuerabwälzung leicht möglich wären.

Durch erhöhte und gleichzeitig veredelte Matrikularbeiträge beabsichtigte die Regierung eine dauernde Belastung des Besitzes herbeizuführen. Die Einzelstaaten sollten freie Hand haben durch eine beliebige Ausgestaltung ihrer Besitzsteuer die an das Reich abzuführenden Beträge aufzubringen. Nur für den kaum zu erwartenden Fall, daß ein Bundesstaat sich zu einer solchen gesetzgeberischen Maßregel nicht verstehen sollte, war die Einführung einer schon jetzt vom Reichstag zu beschließenden Vermögenszuwachssteuer vorgesehen. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge konnte sehr leicht auch eine höhere Belastung ganz kleiner Einkommen durch die Gesetzgebung der Landtage zur Folge haben. Daher hat sich die sozialdemokratische Fraktion kategorisch dafür ausgesprochen, daß, trotz aller Lamentos über die Untergrabung der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten, das Reich die Besitzsteuern beschließen müsse, und diese Auffassung hat eine Mehrheit im Reichstag gefunden. Die Ausdehnung und die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die beschlossen worden sind, bedeuten Schläge für die Konservativen, die so schmerzlich empfunden werden, daß noch immer nicht das Klagen der Betroffenen aufhören will. Mehr wäre besser gewesen. Aber es wird wohl nicht das letztmal gewesen sein, daß der Reichstag neue Einnahmequellen erschließt. Nichts ist technisch leichter möglich als die Erträge aus der Erbschaftssteuer zu steigern. Zuzugeben ist, daß an der Besteuerung des Vermögenszuwachses mancherlei auszusetzen ist. Mögen die reichen Leute nun darauf dringen, daß ein einwandfreies Reichseinkommens- und Vermögenssteuergesetz beschlossen wird; die sozialdemokratische Fraktion ist dabei mitzuarbeiten bereit.

Für die einmalige Vermögensabgabe war im Reichstag auch ohne die sozialdemokratische Fraktion eine Mehrheit vorhanden. Trotzdem wäre es ein arger Fehler gewesen um des Verwendungszwecks willen, der nicht hätte verhindert werden können, gegen dieses Gesetz zu stimmen. Nachdem seit 40 Jahren die namhaftesten Wortführer der Sozialdemokratie eine direkte Besteuerung der Besitzenden gefordert hatten, ging es nicht an den Gegnern für ihre Agitation gegen unsere Partei das Argument zu liefern, daß, als zum erstenmal in Deutschland ein paar hunderttausend reiche Leute von ihrem Überfluß Hunderte von Millionen Mark für Reichsausgaben zahlen sollten, die Sozialdemokratie sich schützend vor die Geldschränke der Besitzenden gestellt hätte. Unseren organisierten Parteigenossen hätte man freilich die Ablehnung leicht als gerechtfertigt darstellen können. Aber an Millionen von Wählern kommen wir mit unseren Darlegungen noch nicht heran. Es wäre unverantwortlich gewesen lediglich um eines, allerdings in der Partei lange hochgehaltenen Schlagworts willen, der Partei wie ihrer Agitation nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Schicksal des Vermögenszuwachssteuergesetzes, das die Ausdehnung der Erbschaftssteuer in sich birgt, war absolut ungewiß, solange die Sozialdemokratie sich nicht dafür entschied ihm ihre Zustimmung zu erteilen. Die Konservativen stimmten gegen das Gesetz; eine ganze Anzahl von Zentrumsabgeordneten enthielt sich bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme. Über die Zahl der Gegner des Gesetzes in der Zentrumsfraktion war man sich im Reichstag bis im allerletzten Augenblick durchaus im Unklaren. Wenn also die sozialdemokratische Fraktion um des Verwendungszwecks willen gegen das Gesetz gestimmt hätte, wäre dessen Ablehnung

keineswegs ausgeschlossen gewesen. Dem Argument, daß die Fraktion dieses Gesetz hätte zu Fall bringen müssen, weil dann mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung gerechnet werden durfte, die der Partei Gelegenheit geboten hätte die Massen aufzustürmen und grundsätzliche Aufklärung zu verbreiten, ist entgegenzuhalten, daß, wenn die Sozialdemokratie an sich den Kampf sucht, das noch nicht bedeutet, daß sie sich den denkbar schlechtesten Augenblick dazu auswählen soll, bei dem mit Gewißheit darauf gerechnet werden darf, daß sie Schläge erhalten wird. Als über die Vermögenszuwachssteuer im Reichstag abgestimmt wurde, war die Heeresvermehrung beschlossen. Jeder Groschen für ihre Durchführung wäre zur Verausgabung gelangt. Und unsere Gegner hätten den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit dem Hinweis darauf geführt, daß unsere Fraktion Arm in Arm mit den Konservativen sich dagegen zur Wehr gesetzt hätte, daß den reichen Leuten von ihrem Überfluß Steuern abgenommen werden. Tatsächlich ist es müßig darüber Betrachtungen anzustellen, ob unsere Chancen gut oder schlecht gewesen wären, falls es wegen der Steuerfrage zu einer Reichstagsauflösung gekommen wäre. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat erklären lassen, daß er nicht daran gedacht habe wegen des Besitzsteuergesetzes eine Wahl herbeizuführen. Dazu hätte er auch keinen Grund gehabt. Die erforderlichen Mittel hätte er noch rechtzeitig in den Reichssäckel leiten können, wenn man erst im Herbst vom Reichstag erneut an die Beschaffung der dauernd erforderlichen Mittel herangegangen wäre. Dann wäre es feststehend gewesen, daß die Liberalen auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie bei der Beschaffung von Steuern nicht rechnen könnten, falls, wie das im Reich fast immer der Fall sein wird, das flüssig gemachte Geld für militärische Zwecke Verwendung findet. Konservative, Zentrum und Nationalliberale hätten sich dann zusammengefunden und andere Steuern beschlossen, von denen fast mit absoluter Gewißheit angenommen werden kann, daß sie schlechter geworden wären als das Vermögenszuwachssteuergesetz. Es wäre auch nicht ausgeschlossen gewesen, daß man sich auf irgendwelche neuen indirekten Steuern geeinigt hätte. Die Fraktion tat nur ihre Pflicht und Schuldigkeit, als sie sich bemühte, so weit es in ihren Kräften stand, eine Schädigung der breiten, ärmeren Volksmassen abzuwenden.

Wenn der Jenaer Parteitag die Stellung der Sozialdemokratie zur Steuerfrage gründlich erörtert, so kann das nur begrüßt werden. Will man aber der Fraktion untersagen in Zukunft für irgendeine direkte Steuer, die von den Reichen aufgebracht werden soll, zu stimmen, wenn das Geld für Heeres- oder Flottenzwecke verwandt werden soll, so würde das bedeuten, daß die sozialdemokratische Partei den Vertretern der Besitzenden einen Freibrief ausstellt ganz nach Belieben Raubzüge auf die Taschen der proletarischen Volkskreise zu unternehmen. Ein solcher Beschluß liefe auf eine Zusicherung hinaus: die Sozialdemokratie werde davon absehen ihren Einfluß für die Heranziehung der tragfähigen Schultern in die Wagschale zu werfen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion ihre Aufgabe erfüllen soll: alles zu tun, was geeignet ist Schäden von den arbeitenden Volksmassen fernzuhalten und die proletarischen Interessen zu fördern, sollte ihre Aktionsfähigkeit nicht durch neue Resolutionen beschränkt werden, zumal Meinungsverschiedenheiten für die Zukunft dadurch keineswegs vorgebeugt wird. Unser Programm bestimmt die Steuerpolitik der Partei genügend klar.

XX

ARTHUR SCHULZ · DIE ENTWICKELUNGSTUFEN DER AGRARTHEORIE UND AGRARPOLITIK DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE



WEIMAL hat sich bisher die deutsche Sozialdemokratie mehrere Jahre hindurch intensiver mit Fragen der Landwirtschaftstheorie und -politik beschäftigt: das eine Mal in den siebziger Jahren, etwa bis zum Erscheinen der 2. Auflage von Wilhelm Liebknechts *Grund- und Bodenfrage* /1876/, das andere Mal vom Eintritt von Vollmars in den bayrischen Landtag /1893/ bis zum Breslauer Parteitag /1895/. Wie zwischen diesen beiden Zeiträumen gesteigerten Interesses für Landwirtschaftsfragen 2 Jahrzehnte liegen, so scheint in unseren Tagen nach abermals 2 Jahrzehnten (die aber nicht wie die ersten solche dogmatischen Schlümmers sondern solche latenter, nicht selten aber auch öffentlich erkennbar gewordener Meinungsverschiedenheit waren) die Diskussion agrarischer Fragen innerhalb unserer Partei wieder lebhafter und allgemeiner werden zu wollen. Die inneren Gründe dieses sichtlich wiedererwachenden Interesses an den Problemen der Agrartheorie und Agrarpolitik sind die selben, die in den letzten Jahren auch eine ganze Anzahl ausländischer Bruderparteien (Skandinaviens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Hollands, Italiens und neuerdings Englands) bewogen haben die agrarischen Fragen wieder eifriger zu erörtern oder gar ihre Stellungnahme zu ihnen programmatisch festzulegen. Zu diesen inneren Beweggründen tritt nun noch ein äußerer Anlaß: der von unserm Parteivorstand dem Jenaer Parteitag unterbreitete Antrag eine Kommission zum Studium der Agrarfrage und zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms einzusetzen und ihn zu ermächtigen in die Kommission geeignete sachverständige Genossen zu berufen. Angesichts dieses begrüßenswerten Vorgehens unseres Parteivorstands dürfte es zeitgemäß sein einen kurzen Rückblick auf die bisherige Entwicklung der agrartheoretischen und agrarpolitischen Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie zu werfen. Schon hieraus wird sich ergeben, welcher der beiden Parteiflügel auch auf diesem Gebiet den Fortschritt zum sachlich Richtigen verkörpert, und welche Richtung unser Denken und Handeln einschlagen muß, wenn es mit den Tatsachen zusammenstimmen soll.

Auch bei der Betätigung der deutschen Sozialdemokratie in Landwirtschaftsfragen war bahnbrechende Triebkraft der Entwicklung nicht die *Parteiwissenschaft* (die offizielle stellte sich ihr sogar von Beginn an hemmend entgegen), sondern die *Partei praxis*, vor allem die wachsende Beteiligung der Partei an der parlamentarischen Arbeit in den einzelstaatlichen Landtagen, denen ja die Reichsverfassung bekanntlich die Gesetzgebungskompetenz in den meisten Agrarfragen gelassen hat. Bei der Rückschau unter diesem Gesichtspunkt ergeben sich ungezwungen 3 Perioden sozialdemokratischer Landwirtschaftstheorie und -politik. In der ersten war unsere Partei von den Verhandlungen der wichtigeren Landtage noch ausgeschlossen. Mit ihrem Einzug in die Parlamente der süd- und mitteldeutschen Staaten, besonders Bayerns /1893/ beginnt die zweite Epoche. Die dritte hebt mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in das preußische Abgeordnetenhaus /1908/ an.



M 7., 8. und 9. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts waren die führenden Männer der deutschen Sozialdemokratie fast ganz durch die rednerische und journalistische Propaganda unter den städtischen Industriearbeitern oder durch die Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstags in Anspruch genommen. Diese Tätigkeit gab ihnen zu näherer Beschäftigung mit den ländlichen Verhältnissen keinen hinreichenden Antrieb, ließ ihnen dazu auch nicht genügend Zeit. Infolgedessen wurden die Marxschen Theorien, besonders die Konzentrationslehre, als auch für die Landwirtschaft gültig ohne eingehendere Prüfung gläubig hingenommen. Als Repräsentanten dieser Epoche streng marxistischer Agrartheorie und -politik bezeichnet man mit Recht Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Während deren Agrartheorie und -politik schon mehrfach dargestellt und gewürdigt wurden ¹⁾, sind die die Agrarverhältnisse angehenden Äußerungen eines ihrer bedeutendsten Mitkämpfer, des Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen, die sich allerdings über seine gesamten Werke einschließlich der philosophischen verstreut finden, in der einschlägigen Literatur bisher nicht einmal erwähnt worden. Und doch scheinen sie mir ebenso sachlich interessant wie für ihre Zeit typisch zu sein. Sie sind um so bemerkenswerter, als Dietzgen den größten Teil seines Lebens in dem rheinischen Landstädtchen Siegburg und in benachbarten Dörfern des Siegtals in engem Kontakt mit der bäuerlichen Landwirtschaft der Umgegend zugebracht hat und deshalb viel eher als die Großstädter Bebel und Liebknecht Gelegenheit und auch Muße gehabt hätte die Agrarlehre der sozialdemokratischen Partei, zu deren angesehensten literarischen Vorkämpfern er gehörte, durch Vergleich mit der Wirklichkeit zu korrigieren. Aber sein Vertrauen auf die Ergebnisse der nationalökonomischen Forschungen seines Lehrers Karl Marx war so groß, daß der intellektuell hochbegabte und als Philosoph auch ziemlich selbständige Denker anscheinend gar nicht auf den Gedanken gekommen ist Marx' Agrartheorie auf Grund der Beobachtungen und Erfahrungen, die er in seiner bäuerlichen rheinischen Heimat doch gemacht haben muß, nachzuprüfen und zu berichtigen. Gerade weil er von der von Marx ausgehenden mächtigen Geistesströmung widerstandslos sich tragen ließ, sind seine Äußerungen über den Bauernstand und über Gegenwart und Zukunft der deutschen Landwirtschaft als geistige Dokumente aus der Frühzeit der deutschen Sozialdemokratie so wertvoll, daß ich (als nachträglichen Beitrag zum 25. Gedenktag seines Todes) hierüber einiges berichten möchte.

In seinen populärwissenschaftlichen Werbeschriften für den Marxismus und die Sozialdemokratie sah Dietzgen es als seine Hauptaufgabe an »dem Kleinbürger begreiflich zu machen, daß er das Hinauflügen, das Verlangen nach Besitz und Erwerb aufzugeben hat, weil es das unabänderliche Naturgesetz der Volkswirtschaft ist über die Kleinkrämerei hinweg zur Tagesordnung des Großbetriebs überzugehen.« ²⁾ Wenn er dabei die bedrängte Lage des alten gewerblichen Mittelstands oft mit allzu grellen Farben schilderte, seinen nahenden Untergang mit allzu großer Bestimmtheit voraussagte, so erklärt sich das wohl aus seinen eigenen Lebenserfahrungen. Ihm wurde das eindrucksvollste soziale Erlebnis seiner Zeit, das Wachstum der Fabrik auf

¹⁾ Siehe unter anderm Cohnstaedt *Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie von Karl Marx bis zum Breslauer Parteitag* / München 1903 /, pag. 98 ff.

²⁾ Siehe Dietzgens *Sämtliche Schriften*, 3. Band / Wiesbaden 1911 /, pag. 138.

Kosten des Handwerks, persönliches Schicksal. Sein ererbter handwerksmäßiger Gerbereibetrieb wurde durch die auch in diesem Produktionszweig aufkommende Großindustrie schwer bedrängt und unterlag schließlich nach langer Gegenwehr ihrer überlegenen Konkurrenz. Weniger begreiflich ist es, daß Dietzgen stets, und zwar mit besonderm Nachdruck, auch den Bauernstand in seine äußerst pessimistischen Betrachtungen über die Aussichten der alten Mittelstände einschließt. Wie der Handwerker so ist auch der Bauer nach seiner Ansicht durch die Großtaten der modernen Technik und den unwiderstehlichen Wettbewerb der Maschinen verwendenden Großbetriebe aufs höchste gefährdet. Er wird nicht müde die »produktiven Werkzeuge der großen Hänse« dem »unproduktiven Krimskrams der kleinen Zappler, der Bäuerlein, Handwerker und Butiker« gegenüberzustellen, um die angebliche technische Unzulänglichkeit besonders auch der Bauernwirtschaft scharf zu charakterisieren. Die »Überwindung« von »Spaten und Pflug«, von der er als von einer Tatsache spricht, konnte Dietzgen in seiner klein- und mittelbäuerlichen Heimat natürlich nicht beobachtet haben. Die Quelle dieser seltsamen, aber für den damaligen Sozialismus charakteristischen Ansicht ist der 1. Band *Kapital*. In seiner, 1868 im *Demokratischen Wochenblatt* veröffentlichten noch heute sehr lesenswerten Besprechung dieses großen Werks bekannte sich Dietzgen rückhaltlos zu einem seiner Grundgedanken:

»Unser Nationalreichtum ist bekanntlich in Händen weniger einzelner. Die ökonomische Entwicklung hat es erfordert ihn derart zu konzentrieren. Wo jeder Bauer ein Stückchen Land apart hat, und jeder Weber auf eigenem Stuhl webt, ist die moderne Methode der Arbeit, welche in der selben Zeit vielleicht das Fünffzigfache [!] leistet, unmöglich. Damit sich der Mensch nicht mehr abplage als es die Natur der Dinge erfordert, müssen Landparzellen und Webstühle, kurz, die Arbeitsmittel zusammengerückt sein.«³⁾

Diese von Marx übernommene Lehre mit ihrer bezeichnenden Gleichsetzung von Bauer und Handwerker gestaltete Dietzgen in den folgenden Jahren noch mehr aus, und bereits 1870 sprach er einen der Hauptgedanken der *Agrarfrage* K. Kautskys von 1899 aus:

»Diese einfache, allgemeine Grundlage der modernen Wirtschaft versteckt sich hinter einer Menge veralteter Wirtschaftsformen, welche unter der Herrschaft des Kapitals mit dem Tod ringen, aber schwer und langsam zum Sterben kommen können. Dazu gehört vornehmlich der Kleinbetrieb, die Wirtschaft der Handwerker und kleinen Bauern ... Ihr größter Teil, sowohl in der Industrie als in der Ackerwirtschaft, ist, wenn auch noch nicht der Lohnarbeiter, so doch der Vasall des Kapitals ... Der große Kaufmann, dem der arbeitsame Handwerker verschuldet ist, und der Hypothekargläubiger, der dem Bauern den Daumen aufs Auge drückt, nehmen den Profit der Arbeit teilweise in Anspruch. Einen andern Teil zahlt die kleine Selbständigkeit in der Form von direkten und indirekten Steuern, durch den Genuß von Salz, Kaffee, Branntwein, an Stempeln, Polizeistrafen, Gerichtskosten usw. dem kapitalistischen Inhaber der Staatsschuldscheine ... Das Produkt des kleinen Bürger- und Bauernstands wird gründlich geteilt und vielfach so gründlich, daß jener Teil, der für den Unterhalt bestimmt ist, aufhört Unterhalt zu sein und zu einer peinlichen Lebensverlängerung herabsinkt ... Wer heutzutage sein eigener Herr und Knecht sein will, ist ein absoluter Knecht ... Die Akkumulation und Konzentration des Eigentums ist eine Kulturnotwendigkeit, ein soziales Naturgesetz, vor dem der kleinbäuerliche und kleinbürgerliche Besitz wie Spreu vor dem Wind zerfliehet ... Die Arbeitsmittel der kleinen Bürger und Bauern wollen zu Kapital werden, das heißt zu Arbeitsmitteln, welche sich durch andermanns Arbeit fortschrittmäßig vermehren.«⁴⁾

³⁾ Siehe Dietzgen, loc. cit., 3. Band, pag. 77.

⁴⁾ Siehe Dietzgen, loc. cit., 3. Band, pag. 103 ff.

Aus dieser Agrartheorie Dietzgens ergibt sich mit logischer Folgerichtigkeit als Leitsatz der Agrarpolitik die Maxime, man solle das Stürzende nicht stützen, es lieber noch stoßen, damit es rascher falle und dem Bessern Platz mache. Die letzten praktischen Konsequenzen seiner und der Marx-Engelsschen Lehre zieht Dietzgen 1876 im *Volksstaat* in einer Artikelserie *Sozialdemokratische Philosophie* und in einem Vortrag *Die bürgerliche Gesellschaft*:

»Nicht der Betrieb im kleinen, nicht der persönliche, sondern erst die gesellschaftliche Arbeit, der massenhafte Betrieb ermöglicht es mit spielender Anstrengung [!] die Lebensmittel [!] derart reichlich zu produzieren, daß nicht nur für wenige sondern auch für das Volk im allgemeinen Zeit und Sinn für die idealeren Zwecke des Lebens zu gewinnen sind. ... Das Interesse unserer Gattung fordert, daß die Arbeit unserer kleinen Wirtschaftler zu vegetieren aufhört. ... Das Kleinbürgerwerk und die Bauernwirtschaft müssen aufhören. Die großen Kapitalien sollen florieren.«⁵⁾

Leider hat sich Dietzgen zwar dafür ausgesprochen, daß die Domänen und Rittergüter »gegen eine mäßige Entschädigung« expropriert werden sollen, nicht aber angedeutet, wie er sich die Organisation der Arbeit in den landwirtschaftlichen Großbetrieben der sozialistischen Zukunftsgesellschaft gedacht hat. Dagegen haben sich über diesen Punkt Liebknecht und Bebel in ihren gleichzeitigen Schriften und Reden geäußert. Ihr *Agrarmarxismus* ging dabei eine merkwürdige innige Verbindung mit der Lassalleschen Vorliebe für Produktivassoziationen ein. So heißt es beispielsweise in der von Bebel 1870 dem Stuttgarter Kongreß unterbreiteten Resolution fast noch mehr im Geist Lassalles als Marx', »daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird das Ackerland in gemeinschaftliches Eigentum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbaugenossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind das Land in wissenschaftlicher Weise auszubeuten und den Ertrag der Arbeit nach kontraktlich geregelter Übereinkunft unter die Genossen zu verteilen«.

So viel über die erste Periode industriesozialistischer Beschäftigung mit Problemen der Agrartheorie. Von einer Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie kann zu dieser Zeit noch keine Rede sein.

ENDE der achtziger und Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eroberte die Sozialdemokratie zahlreiche Sitze in den süddeutschen und thüringischen Landtagen. Von diesem Zeitpunkt an mußten sich die neugewählten Landtagsabgeordneten und mit ihnen zahlreiche Redakteure, Schriftsteller und Redner viel intensiver als es bisher nötig gewesen war mit Problemen der Agrargesetzgebung und mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des platten Landes und der Landwirtschaft beschäftigen. Sie erkannten bald, daß die traditionelle Agrartheorie unrichtig und die ihr entsprechende Agrarpolitik unzweckmäßig war, und daß die Partei auf beiden Gebieten dringend der Neuorientierung bedurfte. Georg von Vollmar, 1893 in den bayrischen Landtag gewählt, wurde der Schöpfer einer für sozialdemokratische Landtagsfraktionen vorbildlichen agrarpolitischen Praxis, und ihm folgend unternahm es Dr. Eduard David, der 1896 in den hessischen Landtag gewählt

⁵⁾ Siehe Dietzgen, loc. cit., 3. Band, pag. 122, und 1. Band, pag. 164.

wurde, die sozialistische Agrartheorie zu revidieren. Die Prinzipien, die die praktische Mitwirkung der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen an der Landwirtschaftsgesetzgebung beherrschten, und ihre theoretische Begründung brauchen in den *Sozialistischen Monatsheften* aber nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, da sie den Lesern dieser Zeitschrift aus häufigen Darlegungen⁶⁾ und den meisten von ihnen wohl auch aus dem Agrarbuch Davids selber⁷⁾ hinreichend vertraut sind. Es ist ja bekannt, daß in den *Sozialistischen Monatsheften* diese Auffassung (freilich mit notwendigen Korrekturen, von denen weiter unten die Rede sein wird) im wesentlichen vertreten wird. Heute kann jedenfalls auf keiner Seite mehr bestritten werden, daß Vollmar mit seiner Agrarpraxis und David mit seiner Agrartheorie sich ein nicht gering anzuschlagendes Verdienst um die Partei und um den Fortschritt der sozialen Erkenntnis in ihr erworben haben.

Leider gewann diese (bäuerliche) Agrarlehre in der Gesamtpartei bisher nicht den Einfluß, den sie gemäß ihrer praktischen Bedeutung verdient. Allgemeine Anerkennung fand sie nur in Süd- und Mitteldeutschland. In Norddeutschland und besonders in Preußen vermochte sie dagegen bis heute in den sozialdemokratischen Massen anscheinend nicht recht festen Fuß zu fassen. Aber auf die norddeutschen Parteiführer, wenigstens auf diejenigen unter ihnen, die sich nicht in erster Linie als Schulhäupter der marxistischen Orthodoxie fühlen, ist sie doch nicht ganz ohne Eindruck geblieben. Man kann das allmähliche Anwachsen ihres Einflusses am deutlichsten an der Haltung nachweisen, die August Bebel seit ihrem Auftreten eingenommen hat. Bebel wurde bekanntlich Mitglied der vom Frankfurter Parteitag /1894/ eingesetzten Agrarkommission. Auf dem Parteitag zu Breslau /1895/ bekannte er in der Agrarkommission viel gelernt zu haben, und er bewies dies dadurch, daß er als Hauptverteidiger des von ihr entworfenen Bauernschutzprogramms auftrat. Was freilich die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft und die Zukunftsaussichten des Bauerntums betraf, hatte er sich von seinen besser unterrichteten Kommissionskollegen von Vollmar und David nicht überzeugen lassen. In dieser wichtigen Streitfrage hielt er auch in Breslau hartnäckig am alten Dogma fest:

»Es ist ein großer Irrtum bei der Agrarkommission zu vermuten, daß sie durch ihre Vorschläge in die natürliche Entwicklung der Gesellschaft, die zur Vernichtung der unteren Schichten der Eigentümer führt, eingreifen würde ... Wir können und wollen den Kleinbauern nicht konservieren.«

Aber die neuen Gedanken, denen sich einige Jahre später auch Eduard Bernstein anschloß, beschäftigten ihn doch weiter, und bereits auf dem Parteitag zu Hannover /1899/ gab er in der berühmten Bernsteindebatte zu, daß auf agrarischem Gebiet neuerdings »die Entwicklung ein anderes Gesicht erhalten« habe, und daß »die Dinge in der Landwirtschaft noch keineswegs geklärt« seien. Auch die Neubearbeitung seines Buches *Die Frau und der Sozialismus*, die vor einigen Jahren erschien, bringt eine Abschwächung des frühern, extrem agrarmarxistischen Standpunkts. Immerhin enthält auch sie in den umfangreichen Kapiteln *Die Revolution in der Landwirtschaft und Sozialismus und Landwirtschaft* der unhaltbaren Behauptungen noch genug.

⁶⁾ Siehe meinen Artikel *Agrartheoretische und agrarpolitische Wandlungen in der deutschen Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 153 ff.

⁷⁾ Siehe David *Sozialismus und Landwirtschaft*, 1. Band /Berlin 1903/.

Es sei hier nur angeführt, daß sich auch in der 51. Auflage folgender Satz findet, der schon zur Zeit des Erscheinens der 1. Auflage /1879/ nicht mehr berechtigt war:

»Der kleine Bauer ... lebt oft schlechter als ein Hund ... Er kann sich unter den jetzigen Verhältnissen in keine höhere Lebenslage emporarbeiten und wird dadurch ein kulturhemmendes Element. Wer die Rückwärtserei liebt, weil er dabei seine Rechnung findet, mag an der Fortexistenz dieser sozialen Schicht Genugtuung empfinden. Der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwindet.«⁸⁾

So bildet der Entwicklungsgang des von uns allen wohl gleich verehrten Vorkämpfers in seinen die Landwirtschaft angehenden Anschauungen, obwohl auch an ihm die neue Erkenntnis nicht spurlos vorübergegangen ist, doch nur einen weiteren Beweis dafür, wie schwer es die fortschrittlichen Gedanken hatten sich in der Partei durchzusetzen, solange die Sozialdemokratie in Preußen durch ein ungerechtes Wahlrecht und zu langes Verharren bei der Wahlenthaltung von der praktischen Mitarbeit an der Agrargesetzgebung ausgeschaltet war.



IT dem Einzug von 7 Parteigenossen in das preußische Abgeordnetenhaus im Jahr 1908 beginnt für die deutsche Sozialdemokratie die 3. Periode ihrer agrarpolitischen Betätigung und agrartheoretischen Entwicklung. Nach ihren ersten Reden zu urteilen waren die Mitglieder unserer Fraktion bei Beginn ihrer Tätigkeit Anhänger des Agrar**marxismus** in seiner vom Genossen K. Kautsky systematisierten und ein wenig modernisierten Gestalt. Allein es scheint sie doch allmählich stutzig gemacht zu haben, daß gerade die reaktionärsten Elemente des preußischen Adels und Großgrundbesitzes, wie es erst vor kurzem wieder der Fürst Salm-Salm im Herrenhaus tat, in ihrer Polemik gegen den kolonisationsfreundlichen Liberalismus und Revisionismus sich gern auf ihre Übereinstimmung mit solchen Sozialdemokraten berufen, die im Bann parteitraditioneller Anschauungen für den landwirtschaftlichen Großbetrieb und gegen das kleine und mittlere Bauerngut zu plädieren gewohnt sind.⁹⁾ Die durch diese verdächtige Bundesgenossenschaft erweckten Zweifel an der Richtigkeit der parteioffiziellen Anschauungen scheinen sich bei einigen Fraktionsmitgliedern durch eigene Studien verstärkt zu haben. Bei jedem auch nur oberflächlichen Eindringen in die Materie müssen sie ja auch zu der Überzeugung kommen, daß so bedenkliche Erscheinungen wie die Landflucht der deutschen Landarbeiter, die Überflutung der Großgrundbesitzprovinzen mit Russen und Galiziern, die Fleishteuerung, der Geburtenrückgang, das politische Übergewicht der preußischen und mecklenburgischen Großgrundbesitzer und so manches andere Übel nur durch energische Güteraufteilung und Neuschaffung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe und entwicklungsfähiger Landarbeiterstellen wirksam bekämpft werden können. Jedenfalls ist es eine erfreuliche Tatsache, daß unsere Landtagsabgeordneten in wichtigen Fragen, beispielsweise in Sachen der

⁸⁾ Siehe Bebel *Die Frau und der Sozialismus*, 51. Auflage / Stuttgart 1910 /, pag. 441; gleichlautend schon in *Die Frau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* / Zürich 1883 /, pag. 143.

⁹⁾ Wenn die fortschrittlich-volksparteiliche *Hilfe* aus Anlaß der Herrenhausdebatte, in der Fürst Salm-Salm in der landwirtschaftlichen Betriebsfrage dem sozialdemokratischen Abgeordneten Leinert zustimmen zu können erklärte, von einem »blau-roten Block gegen den deutschen Bauern« spricht, so ist dem entgegenzuhalten, daß Genosse Leinert bei der Abstimmung über den Antrag Dr. Engelbrecht betreffend beschleunigte Domänenaufteilung und bei anderen Gelegenheiten seine großbetriebsfreundlichen Erklärungen erfreulicherweise durch sein praktisches Verhalten desavouiert hat.

Landarbeiteransiedlung und der Domänenaufteilung¹⁰⁾, weit mehr im Sinn des sozialdemokratischen Agrarreformismus als in dem des Agrarmarxismus gesprochen und gestimmt haben. Nachdem nun in Niederrhein der auf diesem Gebiet sachverständige Genosse Otto Braun ins Abgeordnetenhaus gewählt ist, dürfte auch in Preußen die unvermeidliche Abkehr von den alten, offiziellen, agrarpolitischen Prinzipien raschere Fortschritte machen und auch in den breiten Massen unserer Partei einen aufnahmefähigern Boden für die neuen Ideen schaffen helfen.

Von der Mitarbeit unserer verstärkten Landtagsfraktion an der agrarpolitischen Gesetzgebung dürfte auch, ähnlich wie vor 20 Jahren von dem Wirken unserer Genossen in den süddeutschen Landtagen, ein Anstoß zur Fortbildung der sozialistischen Agrartheorie ausgehen. Deren Zustand ist heute noch sehr unbefriedigend. Die agrartheoretischen Grundanschauungen, die Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* /1899/ niedergelegt hat, standen schon zur Zeit ihrer Veröffentlichung im Widerspruch zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und haben sich in den 14 Jahren seither fast sämtlich als unzweifelhaft falsch erwiesen.¹¹⁾ Die von seinem Antipoden David vertretene Agrarlehre ist zwar in der Hauptsache richtig, aber unfertig, da sie nur die Betriebsfrage umfaßt. Die wichtigere und schwierigere Besitz- und Eigentumsfrage mit den dazu gehörigen Problemen der Bauern- und Arbeiteransiedlung, der Erbrechtspolitik, des Real- und Personalkredits, der Verschuldung und Entschuldung, des landwirtschaftlichen Versicherungswesens sind bisher nicht einbezogen. Und selbst in der Betriebsfrage ist in dem Jahrzehnt seit dem Erscheinen des Davidschen Werks doch manches geschehen und erforscht worden, was jene Aufstellungen zu ergänzen und in einigen Punkten zu berichtigen nötigt. Vor allem leiden sie an dem Fehler zu sehr auf die Zustände des deutschen Südwestens, speziell Rheinhessens eingestellt zu sein und den Verhältnissen im deutschen Osten, der doch im nächsten Menschenalter der Hauptschauplatz der praktischen Agrarpolitik sein muß, nicht genügend Rechnung zu tragen. Nur hierdurch erklärt sich beispielsweise Davids Voraussage, der Getreidebau werde durch »Kulturen mit höherm Arbeitsfassungsvermögen«, durch Gemüse- und Handespflanzenbau, Obst- und Blumenzucht, kurz, durch eine Spatenkultur, wie er sie in seiner Heimat beobachtete, allmählich verdrängt werden. Diese den irreführenden Einfluß der deutschen Freihandelschule, besonders Brentanos, verratende Entwicklungsphilosophie der Landwirtschaft hat bisher für den weitaus größten Teil Deutschlands, vornehmlich für den Osten, wo der Gemüse- und Obst- und speziell der Handespflanzenbau noch immer minimal sind, eine Bestätigung nicht gefunden und dürfte sie auch in Zukunft nicht finden. Getreidebau und Viehzucht werden hier dauernd die Hauptbetriebszweige der Landwirtschaft bleiben müssen.

Ausgehend von den mir von Jugend an vertrauten ländlichen Verhältnissen

¹⁰⁾ Siehe meinen Artikel *Preussische Domänenpolitik* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 608 ff.

¹¹⁾ In manchem kann die Landtagsfraktion natürlich auch von dem Genossen Kautsky lernen. Wenn beispielsweise ihr Redner zum Domänenetat, Genosse Leinert, alljährlich fordert, die Staatsdomänen sollten in Staatsregie durch Staatsbeamte bewirtschaftet werden, so sollte es ihm doch zu denken geben, daß auch Genosse Kautsky (*Unser neues Programm* in der *Neuen Zeit*, 1894-1895, 2. Band, pag. 590) schreibt: »Die Bewirtschaftung der Staatsländereien auf eigene Rechnung ist offenbar nichts Neues. Es ist die herkömmliche Bürokratenwirtschaft, die in der Landwirtschaft als höchst irrational gilt, und die fast allenthalben durch die Verpachtung der Domänen ersetzt worden ist. Welchen Grund die Sozialdemokratie haben soll deren Erweiterung anzustreben, wissen wir nicht.«

Ostdeutschlands, speziell Ostpreußens, aber auch mit nun schon langjähriger Kenntnis der Landwirtschaft des deutschen Südens und Westens ausgestattet, habe ich, um den Mängeln der bisherigen sozialistischen Agrarlehre abzuweichen, und vor allem um einer vernünftigen agrarpolitischen Praxis besonders der preußischen Sozialdemokratie die Bahn zu ebnen, in bisher 30 Artikeln und in der von mir seit 1909 bearbeiteten landwirtschaftlichen Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* die Grundzüge einer Agrartheorie dargelegt, die in manchen Punkten vielleicht als Synthese der Anschauungen der Genossen David und Schippel bezeichnet werden kann. Ich glaube darin nachgewiesen zu haben, daß »Feld und Viehstand des kleinen Bauern« entgegen der Meinung Dietzgens, sehr moderne Arbeitsmittel sind, und daß deshalb der kleine und mittlere Betrieb keineswegs von dem Großbetrieb »wie Spreu vor dem Wind zerfliehet« sondern sich kräftig ausbreitet. Ich glaube ferner gezeigt zu haben, daß der kleine Bauer nicht mehr, wie Bebel behauptet hat, »oft schlechter als ein Hund lebt« und ein »kulturhemmendes Element« ist, vielmehr daß die kleineren und mittleren Bauerngüter im großen und ganzen in der Kultur des Getreides ebensoviel, in der Fleisch- und Milchproduktion mehr als das Großgut leisten, daß sie mehr Menschen auf dem Land ernähren und mehr Steuern aufbringen, und daß deshalb ihre Vermehrung auf dem Weg innerer Kolonisation auch durch die Sozialdemokratie gefördert werden muß. Während diese Gedanken und Anregungen mehrere Jahre hindurch von den Genossen Kautsky, Dr. Grumach, André, Marchionini und anderen *Agrarmarxisten* in der offiziellen Parteiwochenschrift heftig bekämpft wurden, hat mir vor einigen Monaten der in Agrarfragen besonders kompetente Genosse Otto Braun, Mitglied des Parteivorstands und neugewählter Landtagsabgeordneter für Niederbarnim, in weitem Umfang recht gegeben, indem er gleich mir zu meiner Genugtuung für staatlich geleitete Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter auf eigenem Grund und Boden nachdrücklich eintrat.¹²⁾ Da Genosse Braun gleichzeitig eine erneute Erörterung der mit der ländlichen Arbeiterfrage unlöslich verbundenen landwirtschaftlichen Betriebsfrage in Aussicht stellte, wird ihn, hoffe ich, die innere Konsequenz seiner neuen Stellungnahme und weiteres Studium wohl dahin führen mit mir auch die Förderung der Ansiedlung von Klein- und Mittelbauern auf aufgeteiltem Großgrundbesitz als Aufgabe der Sozialdemokratie zu erklären. Dann hätte unsere Partei, falls sie sich uns anschließt, in der heute wichtigsten Agrarfrage einen Standpunkt gewonnen, der nicht nur sachlich richtig sondern in ganz Ost- und Norddeutschland sowie in großen Gebieten Mitteldeutschlands (Sachsen, Anhalt, Braunschweig) auch agitatorisch wirksam wäre.

IM klein- und mittelbäuerlichen Teil im Zentrum des Reichs (Thüringen, Hessen) sowie im Süden und Westen, wo im wesentlichen nur noch Heiden und Moore (besonders Hannover, Oldenburg und Südbayern) zur Kultivierung und Besiedelung zur Verfügung stehen, dürfte allerdings unsere Befürwortung der Landarbeiter- und Bauernansiedlung weniger zünden. Bei unserer Landagitation und unserer Mitarbeit an der Agrargesetzgebung in den süd-, west- und mitteldeutschen Staaten müßten daher andere Forderungen unseres zukünftigen Agrarpro-

¹²⁾ Siehe Braun *Landflucht, Selbsthaftmachung der Landarbeiter und Sozialdemokratie und Landarbeiteransiedlung und Sozialdemokratie in der Neuen Zeit*, 1912-1913, 1. Band, pag. 494 ff. und 875 ff.

gramms mehr in den Vordergrund gestellt werden. Welche es sein müßten, hat die *Münchener Post* vom 21. Juli dieses Jahres aus Anlaß des großen Wahlerfolgs, den der Führer des *Bayrischen Bauernbundes* Eisenberger im Reichstagswahlkreis Weilheim gegen das Zentrum erzielte, angedeutet:

»Die Entwicklung einer unabhängigen Bauernbewegung von politisch radikaler Färbung ist unter allen Umständen als ein Fortschritt zu begrüßen, nicht zum wenigsten wegen der dann zu erwartenden Klärung auch der wirtschaftspolitischen Fragen. Die Sozialdemokratie kann sich sehr wohl über ein bauerliches, niemals über ein junkerliches Agrarprogramm verständigen. Auf dem Gebiet der Organisation wären vor allem Landwirtschaftskammern anzustreben, in denen das bauerliche Element herrscht; in Bayern haben die Jahrzehnte der Zentrumshegemonie, trotz allen bauernfreundlichen Geredes, solche Organisation nicht zu erreichen vermocht, man hat sie im Gegenteil verhindert. In der Zollpolitik wäre hauptsächlich die Beseitigung der Futtermittelzölle anzustreben. Das Allerwichtigste wäre aber eine vernünftige Verbindung der bauerlichen Produktion und des städtischen Konsums durch direkten Verkehr der Bauern mit den Arbeiterkonsumgenossenschaften und durch Förderung kommunaler Lebensmittelversorgung.«

Diese Sätze der *Münchener Post*, denen ich auf das wärmste zustimme, verdienen ein Hauptbestandteil des in Angriff genommenen Agrarprogramms zu werden. Besonders wertvoll ist die energische Betonung des Gedankens die Organisation unserer Lebensmittelversorgung dadurch zu verbessern und zu verbilligen, daß der preisverteuernde Zwischenhandel in einheimischen Agrarprodukten durch Anbahnung vernünftiger Geschäftsbeziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften und den städtischen Konsumvereinen und Stadtgemeinden möglichst ausgeschaltet wird. Diese dringlich werdende Reform unserer volkswirtschaftlichen Organisation dürfte sich aber nur dann durchführen lassen, wenn der Gegensatz, der zwischen Industriearbeitern und Bauern auf dem Gebiet der Zoll- und Außenhandelspolitik besteht, nicht unnötig verschärft wird. Unter diesem Gesichtspunkt ist es sehr erfreulich, daß die *Münchener Post* ihre frühere unbedingte Gegnerschaft gegen sämtliche Agrarzölle einschließlich der Vieh- und Fleischzölle auf die sehr berechnete und auch von mehreren bauerlichen Organisationen verfochtene Forderung der Aufhebung der Futtermittelzölle eingeschränkt hat. Eine ähnliche begrüßenswerte Wandlung in der zoll- und handelspolitischen Stellungnahme unserer Partei scheint sich neuerdings auch in Norddeutschland vorzubereiten. Symptomatisch ist hierfür die tatkräftige Stichwahlhilfe, die die Sozialdemokratie dem Führer des *Deutschen Bauernbunds* Dr. Boehme geleistet hat, obwohl der neue Abgeordnete für Salzwedel-Gardelegen an ausgesprochen schutzzöllnerischem Agrarismus nichts zu wünschen übrigläßt.

Sollte die sich nun endlich anbahnende Abkehr weiterer Parteikreise vom extremen Freihandelsstandpunkt Fortschritte machen, so würden sich dem freiheitlichen Ausbau des Deutschen Reichs und Preußens hoffnungsreiche Perspektiven eröffnen. Und weshalb sollte sie es nicht? Weshalb sollte nicht beispielsweise die kürzlich offiziös angekündigte Novelle zum Zolltarif ebenso gut wie die große diesjährige Reichsfinanzgesetzgebung gegen die Konservativen von einer Mehrheit der Linken angenommen werden können, zu der sowohl die Sozialdemokratie als auch die deutschen und die bayrischen Bauernbündler gehörten? Sicherlich würde dabei der Konsumentenstandpunkt besser fahren als wenn eine rein negative Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber unterschiedslos sämtlichen Agrarzöllen die Ver-

treter des freiheitlich, aber naturgemäß auch schutzzöllnerisch gesinnten Bauerntums nötigte die Reform des Zolltarifs mit den selben Konservativen durchzuführen, zu denen sie seit der Tarifberatung des Jahres 1902 in der ihnen jetzt und für die Zukunft mindestens ebenso wichtigen Frage der Änderung der Besitzverteilung durch innere Kolonisation in einen so scharfen Gegensatz geraten sind. Glücklicherweise zeigen Tatsachen wie das Verhalten unserer Partei bei den beiden letzten Nachwahlen in der Altmark und in Altbayern, daß auch auf zoll- und handelspolitischem Gebiet die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Doktrinarismus zum Reformismus fortschreitet. Man kann daher hoffen: Auch unser zukünftiges Agrarprogramm wird nicht derart ausfallen, daß es wegen extrem freihändlerischer Ablehnung allen und jeden Agrarschutzes auf dem Land wirkungslos zu verhallen Gefahr liefe.

ROBERT SCHMIDT · STILLSTAND ODER RÜCKGANG DER PARTEI?

NTER dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht wird der Gradmesser für die Stärke einer politischen Partei, der sicherste Ausdruck für ihre Werbekraft, immer in der Zahl der Wähler liegen, die ihre Stimme für sie abgeben. Daneben aber bleiben auch die Höhe der Organisation und der Leserkreis der Parteizeitungen ein beachtenswerter Faktor. Für keine Partei gilt dies mehr als für die Sozialdemokratie, die sicherlich die beste politische Organisation besitzt und von ihren Mitgliedern in viel höherem Maß als irgendeine andere die Erfüllung bestimmter Pflichten und die Einfügung des einzelnen in ihren politischen Ideenkreis fordert. Diese Forderung ergibt sich aus ihrem Gegensatz zu der bürgerlichen Gesellschaft und dem fortgesetzten Druck, den die herrschenden Parteien gegen sie üben. Eine Partei, gegen die so andauernd und ganz ohne Bedenken alle Machtmittel aufgeboten werden, kann sich nur behaupten und sich den Aufstieg sichern, wenn sie die Schar ihrer Anhänger fest zusammenschweißt. Darum muß die Organisation das Rückgrat der Sozialdemokratie bilden.

Der Bericht des Parteivorstands an den Parteitag muß nun die unerfreuliche Tatsache konstatieren, daß die Zahl der männlichen Mitglieder in den Parteiorganisationen im letzten Geschäftsjahr nicht gestiegen ist; nur durch die Zunahme der weiblichen Mitglieder hat sich eine geringfügige Vermehrung der Organisierten ergeben. Von 1906 bis 1913 waren die Mitgliederzahlen in den Parteiorganisationen die folgenden:

Jahr	Mitgliederzahl	Steigerung in %
1906	384 327	—
1907	530 466	38,0
1908	587 336	10,7
1909	633 309	7,8
1910	720 038	13,6
1911	836 562	16,1
1912	970 112	15,9
1913	982 850	1,3

Dieses Ergebnis ist recht bedenklich. Bisher waren wir immer an Fortschritte gewöhnt, der Stillstand muß uns stutzig machen. Leider können wir die Entwicklung der Partei nicht weiter rückwärts verfolgen, da erst mit der neuen Organisationsform die Mitgliederzahlen ermittelt werden konnten. Die Tabelle, die nur über so wenige Jahre reicht, zeigt in der Zunahme der Mitglieder bedeutende Schwankungen, die nicht zufällige sind sondern in engem Zusammenhang mit den Schwankungen der Arbeitslosigkeit stehen.

Die vom reichsstatistischen Amt im *Reichsarbeitsblatt* bekannt gegebenen Ziffern über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden¹⁾ sind die folgenden:

Jahr	Arbeitslose in % der Mitglieder
1907	1,53
1908	2,93
1909	2,81
1910	1,93
1911	1,86
1912	1,97
1913 (1. Quartal)	2,96

Die Zahlen sind ein Gradmesser des Auf und Ab auf dem Arbeitsmarkt. 1907 war die Arbeitslosigkeit nur gering; dieses Jahr zeigt auch den größten Zuwachs bei den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei. Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit bis 1909 sinkt auch die Erhöhung der Mitgliederzahl, sie steigt von neuem mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit bis 1912 und erreicht endlich ihren bisher größten Tiefstand im Jahr 1913. Da der Parteivorstand das Geschäftsjahr diesmal am 1. April abschließen mußte, und das 1. Quartal jedes Jahres immer die höchste Arbeitslosenzahl aufweist, war auch für die Feststellung des Mitgliederstands der Zeitpunkt besonders ungünstig. Jedenfalls kann es nicht zweifelhaft sein, daß in den Perioden starker Arbeitslosigkeit viele Arbeiter ihre Parteimitgliedschaft aufgeben. Und dieser Zusammenhang wird um so deutlicher hervortreten, je höher die Parteibeiträge sind. Wenn der Arbeiter sich einschränken muß, wird er zunächst diese Beiträge zu sparen suchen; der Rücktritt aus der Gewerkschaft kommt für ihn schon deshalb weniger in Betracht, weil hier die Unterstützungseinrichtungen eine große Anziehung bieten. Trotzdem trat während der schlechten Wirtschaftskonjunktur der Jahre 1908 und 1909 auch in den Gewerkschaftsorganisationen ein Rückgang ein, der mit dem wirtschaftlichen Aufstieg wieder in eine kräftige Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen umschlug. Die freien Gewerkschaften nahmen im Jahr 1912 um 159 763 Mitglieder zu, ihr Mitgliederbestand stieg von 2 400 018 im Jahr 1911 auf 2 559 781 im Jahr 1912; auch im 1. Quartal 1913 dauerte die Zunahme fort. Die Gewerkschaften haben also vorläufig dem Druck standgehalten.

In der Parteipresse zeigt sich die gleiche Bewegung wie in den Parteiorganisationen. Auch in dem Etat des *Vorwärts* kommen Rückschläge vor. Seine Einnahmen waren von 1905-1906 bis 1912-1913 die folgenden:

¹⁾ Diese Ermittlungen erstrecken sich auf ungefähr 2 Millionen Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit wird nur an einem bestimmten Stichtag im Monat festgestellt. Das 1. Quartal 1913 ist nicht in Vergleich mit dem Jahresdurchschnitt zu stellen, da im 1. Quartal die Arbeitslosigkeit stets größer ist. Das 1. Quartal 1913 wird aber nur durch die Prozentzahl von 3,93 im Jahr 1909 übertroffen.

Jahr	Abonnements (ohne Postabonnements) in Mark
1905-1906	839 837,45
1906-1907	1 037 650,00
1907-1908	1 118 277,25
1908-1909	1 061 362,55
1909-1910	1 076 694,20
1910-1911	1 264 309,55
1911-1912	1 391 298,95
1912-1913 ²⁾	1 345 785,42

Also auch durch die große Mitgliedschaft Berlins kann keine fortgesetzte Steigerung der Abonnentenzahl des *Vorwärts* erzielt werden.

Ob die unangenehme Tatsache des Stillstands in der Parteiorganisation nun ausschließlich auf die ungünstige Wirtschaftskonjunktur zurückzuführen ist, erscheint fraglich. Folgt man übrigens der Genossin Luxemburg, so braucht man die Tatsache als solche (die doch gerade die *Radikalen* in unserer Partei so aufregt) eigentlich gar nicht zu bedauern. Denn sie sieht in der großen Organisation Gefahren, gegen die sie warnend ihre Stimme in der *Leipziger Volkszeitung* erhebt:

»Je mehr unsere Organisationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen aufgebracht wird, gänzlich auf die kleinen Kollegien an der Spitze: auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier, über. Was für die große Masse der Mitglieder übrigbleibt, sind die Pflichten zum Beitragszahlen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen. Das Musterbeispiel in dieser Hinsicht ist die Berliner Organisation, in der so ziemlich alles Wichtige an Leitung und Entschluß von dem Zentralvorstand erledigt wird, und wo die Initiative von unten sich gewöhnlich an dem Gitterwerk der zahllosen Instanzen wie an einem Stacheldrahtzaun bricht. . . Für die großen Massen muß viel mehr die Quantität in eine ganz andere Qualität umschlagen. Die großen Massen müssen sich in einer ihnen eigenen Weise betätigen, ihre Massenergie, ihre Tatkraft entfalten können, sie müssen sich selbst als Masse rühren, handeln, Leidenschaft, Mut und Entschlossenheit entwickeln. Da aber unser alltäglicher Organisationsapparat unmöglich ein solches Leben bieten kann (gehören doch auch geschichtliche Situationen dazu, die sich nicht künstlich schaffen lassen), da in unserer Organisation umgekehrt selbst das mögliche Minimum an geistigem Leben der Masse durch den Zentralismus erstickt wird, so muß man sich ein für allemal von dem Wahn freimachen, als ob uns je gelingen würde die ganze gewaltige Masse des arbeitenden Volkes in beitragszahlende Mitglieder der Wahlvereine zu verwandeln.«

Eine Organisation, um die uns alle anderen Parteien beneiden, taugt also nichts mehr, weil sie sich nicht in Entzücken vor dem Phrasenschwall einer Massentheorie beugt, die sich auf Doktrinen statt auf reale Werte aufbaut. Die Arbeiterbewegung auf solche windigen Spekulationen stellen hieße aber sehr leichtfertig handeln. Niemand denkt daran, daß man erst warten müsse, bis auch der letzte Proletarier organisiert ist, ehe die Arbeiterklasse den Aufmarsch zu einer politischen und wirtschaftlichen Machtentfaltung vollzieht. Wohl aber müssen wir das Wollen dem Können anpassen. Jeder Irrtum wird hier schwer gestraft. Wäre die Masse wirklich so zuverlässig und so leicht zu Taten geneigt, so hätte sich das im letzten Bergarbeiterstreik

²⁾ Da der Geschäftsbericht nur 3 Quartale umfaßt, so ist ein Quartal in durchschnittlicher Berechnung hinzugefügt, um den Vergleich zu ermöglichen.

zeigen müssen. Hier handelte es sich um Interessen, die jeden einzelnen der Arbeiter angingen, jeden in den Kampf hineintreiben mußten. Dennoch versagte die Masse hier vollkommen. Diese unorganisierte Masse ist eben wohl leicht zu entflammen, aber sie verrät skrupellos ihre Führer, sobald der Erfolg auf sich warten läßt. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Gegner durch einen kühnen Handstreich überrumpelt werden konnte. Heute bedarf es langandauernder Kämpfe, die weder mit kleinen Organisationen noch mit einem großen Heer der Zulaufenden geführt werden können.

Gegenüber der Zahl der sozialdemokratischen Wähler ist unsere Parteiorganisation noch immer sehr bescheiden. Bei der letzten Reichstagswahl wurden von 12 207 529 gültigen Stimmen 4 250 401, das heißt 34,88 % der gesamten Stimmenzahl, für die Sozialdemokratie abgegeben. Nach dem Bericht des Parteivorstands haben wir aber nur 841 735 männliche Parteimitglieder. Zieht man davon die Nichtwähler ab, so dürften nahezu fünf Sechstel aller sozialdemokratischen Wähler unorganisiert sein. Die unorganisierte Masse spielt also bei den Wahlen eine bedeutende Rolle. Nur ein kleiner Teil dieser Nichtorganisierten dürfte durch ihre Stellung als Beamte oder Geschäftsleute von dem Beitritt zur Parteiorganisation zurückgehalten werden. Die übrigen sind Mitläufer. Die Partei hat sich wohl bisher auf diesen Anhang verlassen können; aber töricht wäre es zu glauben, daß diese Mitläufer zu jedem Opfer bereit sind, daß auf ihre Teilnahme Massenaktionen begründet werden können, daß sie eine Politik des rücksichtslosen Draufgängertums mitmachen würden. Die preußischen Landtagswahlen haben den besten Gegenbeweis dafür geliefert. In Industriebezirken, die bei der letzten Reichstagswahl eine sozialdemokratische Mehrheit aufbrachten, waren die Wahlbeteiligung wie das Wahlergebnis geradezu kläglich. Weit stärker noch als etwa tatsächlich berechtigt war wirkte schon bei den Wählern die bloße Befürchtung, es könnten für sie Schädigungen entstehen, wenn sie ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgaben. Nirgends war etwas von Entschlossenheit oder Energie zu sehen.

Das sind nicht die Leute, denen etwa die Ziele oder die inneren Fragen der Partei von Wichtigkeit wären. Sie sind vielmehr nur deshalb für die Sozialdemokratie, weil sie in ihr ihren besten wirtschaftlichen Sachwalter finden. Sie werden sicherlich nur durch bestimmte wirtschaftliche Momente und durch politische Tagesereignisse zur Partei hingezogen. Ihre Forderungen können aber natürlich nicht durch einen Wechsel auf Massenaktionen beglichen werden, vielmehr nur durch praktische Erfolge: im Parlament, in der Gewerkschaft und in der Genossenschaft.

XX

WOLFGANG HEINE · DIE VERFOLGUNG DER ARBEITERJUGEND



IESER Aufsatz hat nicht die Aufgabe Dokumente über die Entwicklung und jetzige Lage der Arbeiterjugendbewegung und die immer zunehmenden Verfolgungen wiederzugeben. Dies wäre schon aus Gründen des Raumes nicht möglich und wird voraussichtlich in dem Bericht der *Zentralstelle für die arbeitende Jugend* an den Parteitag geschehen. Hier genügt es festzustellen: Die zahlenmäßige Ent-

wicklung der Arbeiterjugendbewegung ist durchaus erfreulich, wenn man die Umstände bedenkt, unter denen sie arbeiten muß. Sie paradiert nicht mit fiktiven Ziffern wie die staatliche Jugendpflege und der *Jungdeutschlandbund*, denen durch irgendeinen Federstrich Hunderttausende *angeschlossen* werden, ohne daß ein neues inneres Leben aus einem solchen Zusammenschluß erwüchse. Dagegen ist die rechtliche Stellung der um höhere körperliche und seelische Ausbildung ringenden jungen Arbeiter gegenwärtig so angefochten, daß man sie mit der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz vergleichen kann. Offene Vergewaltigung, wozu das Vereinsgesetz und die Schulaufsichtsrechte der Behörden die Formen hergeben müssen, ungeschminkte Willkür und Ungerechtigkeit im Vergleich zu der Behandlung der bürgerlichen Jugendorganisationen, Versuche gewaltsamer Einpferchung und raffinierter Verlockung in die Ställe der ausgesprochen politischen offiziellen Jugendpflege sind die Mittel, womit man die geistige Unabhängigkeit der Arbeiterjugend zu unterdrücken sucht. Die Verwaltungspraxis zieht ihre Schlingen immer enger und enger.

Die offenkundige Absicht dabei ist die Jugend der arbeitenden Klasse zwangsweise im reaktionären Sinn zu politisieren. Die militärischen Jugendspiele, die sehr wohl als Mittel körperlicher und auch geistiger Ausbildung ausgestaltet werden könnten, dienen in erster Reihe nicht diesen Zwecken sondern der Erziehung zur Abhängigkeit und Unterordnung. Gewiß ist die Fähigkeit zur Einordnung in eine große Gemeinschaft eine Tugend, die die Jugend lernen soll. Was aber die militärisch gefärbte Jugendpflege betreibt, das ist nicht die Erziehung zur Hingabe an den freiwilligen Dienst einer selbst gewählten Überzeugung sondern die Verbreitung einer blinden Militärschwärmerei und Kriegslust und eines devoten Verzichts auf eigenes Gewissen gegenüber dynastischen und anderen Autoritäten; vor allem aber die Bekämpfung freier Gesinnung als solcher, vornehmlich derjenigen, die dem jungen Arbeiter die natürliche ist: der demokratischen und sozialistischen.

Dazu bedient man sich ohne jede Zurückhaltung politischer Agitationen. Schon der Kampf gegen eine politische Partei ist genau so *politisch* wie die Werbung für die politischen Ziele einer Partei, die nach der herrschenden Rechtsprechung als politisch angesehen wird. Aber diese Organisationen der Jugendpflege gehen ja weiter. Ihre Presse arbeitet systematisch daran für jede Vermehrung von Heer und Flotte Stimmung zu erzeugen, und Demonstrationen zugunsten der herrschenden politischen Richtung sind alltäglich; dadurch daß dies Treiben sich *patriotisch* nennt, kann der politische Charakter solcher Kundgebungen natürlich nicht beseitigt werden. Namentlich betreibt diese wie Pilze aus der Erde schießende Jugendliteratur eine Erregung der Kriegslust, die unmittelbar die auswärtigen Beziehungen des Reichs, also eine *politische Angelegenheit*, berührt und trotz gelegentlicher Beteuerungen der Friedensliebe einer Regierung Schwierigkeiten machen kann, die ernsthaft auf die Erhaltung des Friedens hinarbeiten will. Die amtliche Fortbildungsschule arbeitet in der selben Richtung. In Schkeuditz bei Halle hat der Schulvorsteher eine aufdringlich militaristische, politische Artikel enthaltende, übrigens ihrem Bildungsgehalt nach mehr als dürftige Zeitschrift *Wir sind Deutschlands Jugend als Lernmittel* eingeführt und zwingt die Schüler sie zu bezahlen.

Gegen alle Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft aber werden Polizei, Schulaufsichtsbehörden und Gerichte mobil gemacht, unter krassester Verletzung aller Zusicherungen einer liberalen und von kleinlicher Verfolgung freien Handhabung des Vereinsgesetzes, die der jetzige Reichskanzler von Bethmann Hollweg als Staatssekretär des Innern gemacht hatte. Dabei muß auf das bestimmteste konstatiert werden, daß alle diese von der Arbeiterschaft ausgehenden Unternehmungen, die auf geistige und körperliche Ausbildung der Arbeiterjugend und auf ihre Bewahrung vor den Gefahren der Straße, des Tanzbodens, des Gasthauses und nichtiger stimulierender Vergnügungen abzielen, gänzlich unpolitisch sind.

Ich habe in meinem Beruf von unzähligen derartigen Fällen genaueste Kenntnis erlangt. Nicht in einem einzigen Fall haben die Behörden auch nur einen ernsthaften Versuch gemacht zu beweisen, daß das Turnen und die Jugendspiele, wissenschaftliche Vorträge und Wanderfahrten zur politischen Beeinflussung der Jugend ausgenutzt würden. Wo es zu Beweisaufnahmen darüber kam, ist das Gegenteil positiv festgestellt worden: daß nämlich die Veranstalter sorgfältig jede mögliche Vorkehrung treffen, um selbst beiläufige Vermischungen mit Politik auszuschließen. Was natürlich nicht hindert, daß die Befürworter aller Unterdrückungsmaßregeln dreist und gottesfürchtig immer wieder die alte Lüge verbreiten.

Um die Bildungsanstalten der Arbeiterschaft für politisch zu erklären, muß man sich, weil tatsächlich nur das Gegenteil festzustellen ist, der Umwege gewundener Deduktionen bedienen. Man beruft sich darauf, daß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften die Förderung der Bildungsbestrebungen der Jugend beschlossen haben und sie tatsächlich unterstützen, und man behauptet, daß ein solcher Zusammenhang mit einer politischen Partei jede Veranstaltung politisch mache, auch wenn nicht ein einziges politisches Wort in ihr gefallen sei. Es liegt auf der Hand, daß mit der selben Beweisführung sämtliche evangelischen und katholischen Jugendvereine, die Turnvereine der *Deutschen Turnerschaft* und alles, was sonst zu der staatlich abgestempelten Jugendpflege gehört, für politisch erklärt werden müßten; denn auch sie genießen solche Förderung.

Ferner wird behauptet, die Bildungstätigkeit der Arbeiterschaft bezwecke unter den jungen Arbeitern Sympathien für die Sozialdemokratie zu erwecken und sich dadurch künftige Anhänger heranzuziehen. Auch dies ist nicht wahr, denn der Zweck unserer Bildungsarbeit ist lediglich die Förderung der jungen Leute selbst. Aber auch wenn wir auf den Dank rechneten, mit dem die Jugend uns das, was wir für sie tun, vielleicht lohnt, so wäre unsere Arbeit doch keine politische. In dieser Weise kann loyalerweise der Begriff des Politischen nicht ausgedehnt werden. Jede Partei unterstützt auch unpolitische Kulturarbeiten; diese werden dadurch nicht politisch, soweit nicht der Staat und seine Organe als Mittel dafür in Bewegung gesetzt werden sollen. Gerade dies aber tut die bürgerliche Jugendpflege, und schon aus diesem Grund ist sie im Sinn der herrschenden Gesetzesauslegung (die ich damit nicht als besonders geistreich anerkennen möchte) politisch, nicht die der Arbeiter. Selbstverständlich wird die Bildungstätigkeit der Arbeiterschaft, wie jede echte Bildungsarbeit, bei denen, die dazu fähig sind, eine po-

sitive Weltanschauung hervorrufen. Aber auch dies ist keine *Politik*, selbst dann nicht, wenn letzten Endes sich aus der Anwendung dieser Weltanschauung auf politische Gegenstände auch politische Schlüsse ergeben müssen. Auch hierin ist die Arbeiterjugendbewegung nicht im geringsten Grad politischer als eine katholische oder evangelische. Auch aus deren Weltanschauungen ergeben sich schließlich politische Konsequenzen.

Trotzdem wird mit größter Einseitigkeit und kleinlicher Gehässigkeit der Kampf gegen die jungen Arbeiter geführt. Die Bureaukratie, die ja kein Gefühl für das Lächerliche besitzt, hat es wirklich fertig gebracht zu erklären, daß die Erziehung zu »ganzen Menschen«, die in einem Artikel der Arbeiterturnzeitung gefordert worden war, identisch wäre mit der Erziehung zu Sozialdemokraten. Und sie schnüffelt begierig nach jedem Gebrauch der Silbe *frei* in irgendwelchem Zusammenhang unter den jungen Arbeitern, weil sie darin eine sozialdemokratische Kundgebung wittert. Das ist sehr schmeichelhaft für die Sozialdemokratie, aber zugleich ein Beweis der Jämmerlichkeit unserer politischen Zustände. Sie unterscheiden sich wirklich nicht wesentlich von denen zur Zeit der Demagogenverfolgung und des allgemeinen Turnverbots in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Mit Hilfe solcher Sorte von *Beweisführung* werden alle von Arbeitern oder für Arbeiter gegründeten Vereine, welchen Zwecken sie auch dienen mögen, für *politisch* erklärt; selbstverständlich mit Ausnahme der sich *christlich* oder *national* nennenden und der ausgesprochen gelben, von den Unternehmern gegründeten. Dabei spielt die Berufung auf die Verbandszeitschriften eine hergebrachte Rolle. Findet sich in einer solchen Zeitung gelegentlich ein Artikel, der sich auf Staatseinrichtungen bezieht, was wirklich nicht immer zu vermeiden ist, so wird frischweg erklärt, der Zweck des ganzen Verbandes und damit jedes einzelnen ihm angehörigen Vereins sei die Verbreitung gerade dieses Artikels, also ein *politischer*. Während doch der einfachste Verstand sich sagen muß, daß die Herausgabe einer solchen Bundeszeitung nicht der Zweck des Verbandes sondern eins der üblichen Mittel für ihn ist, und daß der Zweck, mag er nun Turnen oder ein anderer Sport, intellektuelle oder sittliche Beeinflussung sein, nicht durch einen gelegentlichen Zeitungsaufsatz verändert und bestimmt werden kann. Auf diese Art hat das preußische Oberverwaltungsgericht neuerdings jeden dem Arbeiterturnbund angeschlossenen Turnverein für politisch erklärt, weil das Organ der Arbeiterturner, neben seinem zu 99 % rein sportlichen und belletristischen Inhalt Artikel veröffentlichte, die den Staat und seine Organe betrafen. Dazu wurden vornehmlich auch Auslassungen des Blattes gezählt, worin dieses nachweist, daß der Arbeiterturnbund mit Unrecht als politisch behandelt werde, und gegen die Maßnahmen der Verwaltung als gesetzlich nicht gerechtfertigt und rechtsbeugend protestiert. Darin sieht das Oberverwaltungsgericht eine *Aufreizung der Massen* und einen Versuch auf die Verwaltungsmaßnahmen der Staatsregierung einzuwirken, also eine politische Bestrebung. Das läuft darauf hinaus: Ein Verein, der sich nicht widerstandslos die Fesseln des Vereinsgesetzes anlegen lassen will, wird eben durch diesen Widerstand *politisch*. Alle Anerkennung für solche juristische Logik. Auch die Kritik und Bekämpfung der offiziellen Jugendpflege, die bekanntlich gerade zur Unterdrückung der Bestrebungen junger Arbeiter ins Leben

gerufen worden ist, wird als *politische Angelegenheit* bezeichnet. Dieses Vorgehen gegen den *Arbeiterturnerbund* bezweckt, wie gar nicht verhehlt wird, jungen Arbeitern das Turnen in den Arbeiterturnvereinen unmöglich zu machen; gleichzeitig aber überträgt man den Turnunterricht der staatlichen Fortbildungsschule auf die Turnvereine der *Deutschen Turnerschaft*, die eine ausgesprochen politische Zeitung herausgibt, politische Verfolgungen treibt, wie sich eben wieder in Stuttgart erwiesen hat, und schon durch ihre Zugehörigkeit zum *Jungdeutschlandbund* als politische Organisation gekennzeichnet wird.

Zugleich wird die Bestimmung des § 17 des Vereinsgesetzes, wonach Jugendlichen die Beteiligung an geselligen Veranstaltungen auch politischer Vereine freisteht, eine der berühmten *liberalen Garantien*, rücksichtslos mit Füßen getreten. Daß Zusammenkünfte, bei denen lediglich geturnt wird, darunter fallen, erkennt auch die Theorie an; aber es finden sich immer wieder Behörden (sogar auch ordentliche Gerichte), die, nachdem sie völlig ohne Grund einen Arbeiterturnverein für politisch erklärt haben, auch das bloße Turnen in ihm als Teilnahme an einer politischen Versammlung behandeln. Wissenschaftliche Vorträge von Jugendlichen verhindert die Polizei mit Vorliebe dadurch, daß sie ohne jede Spur einer Begründung behauptet, es sei ein politischer Vortrag beabsichtigt und die Entfernung der Jugendlichen verlangt. Obgleich bei Beratung des Vereinsgesetzes ausdrücklich festgestellt worden ist, daß die Polizei kein Recht zu Präventivverboten gegen Versammlungen habe, maßen die Behörden in Preußen sich ein solches an und beginnen Versammlungen schon deshalb zu verbieten, weil sie der Arbeiterjugendbewegung dienen sollen. Und wo die Polizei schlechterdings über die Schranken des Vereinsgesetzes nicht hinaus könnte, greift die Schulaufsichtsbehörde ein und untersagt Turnen und belehrende Vorträge als *Unterricht*, wogegen es nicht einmal ein ordentliches Rechtsmittel gibt. Den Gipfel dieser Unterdrückungsmaßnahmen bezeichnet gegenwärtig wohl eine Verordnung der anhaltischen Regierung, wodurch Schulkindern sogar die Teilnahme an gänzlich unpolitischen gemeinsamen Spielen, die von ihren Eltern eingerichtet und geleitet wurden, um die Kinder von der Straße zu entfernen, unter Androhung von Schulstrafen und der Verweisung in die untere Volksschule verboten werden soll. Ein Vorgehen gegen die Eltern wird in einem gleichen Fall aus Neukölln berichtet. Man muß sich nur wundern, daß sich immer noch Lehrer bereit finden die Mittel der Schulzucht zu solchen politischen Unterdrückungen anzuwenden und dadurch ihr Verhältnis zu der ihr anvertrauten Jugend rettungslos zu verderben. In dieser Weise geht man dem Turnen und jedem Spiel und Sport, jedem Versuch geistiger Ausbildung und sittlicher Leitung der jungen Arbeiterschaft zu Leibe und bereitet sogar schon einen Vorstoß gegen die Abstinenzbewegung in der Arbeiterschaft vor. Daß man gleichzeitig die jungen Arbeiter in die offiziell geförderten Jugendveranstaltungen hineinzuzwängen sucht, kann keinen Ersatz bieten für das, was man ihnen nimmt. Betätigung freien Jugendmuts und amtlicher Zwang sind eben Dinge, die einander ausschließen.

Es ist für den, der nicht unmittelbaren Einblick in die Arbeiterbewegung hat, schwer zu ermessen, welche Menge von treuester aufopfernder Arbeit, wieviel Segen für Körper und Seele der Kinder unseres Volkes durch solche klein-

liche gehässige Verfolgungssucht zerstört werden, welcher bodenlose Haß gegen den Staat, welche Verachtung gegen die dabei beteiligten Organe, namentlich auch der Rechtspflege, die Folge davon sein müssen. Leider jubelt fast der gesamte bürgerliche Liberalismus auch in seinen radikalen Vertretern der politisch reaktionären Jugendverhetzung zu und schweigt zu der grenzenlosen Ungerechtigkeit und Unwahrhaftigkeit der gegen die Arbeiterjugend gerichteten Verfolgungen (wenn er nicht gar seinen Segen dazu gibt, wie es kürzlich im anhaltischen Landtag geschehen ist). Ich glaube nicht, daß eine solche Unterdrückung guter und notwendiger Bestrebungen zugunsten der Jugend der Wunsch der liberalen Führer war, als sie dem Bülowblock zu Liebe den Jugendparagraphen des Vereinsgesetzes annahmen. Damals äußerten sie die Absicht einer verfrühten politischen Festlegung ungereifter Seelen vorzubeugen, keineswegs aber die eine solche politische Verhetzung in konservativer Richtung zu ermöglichen, reine Bildungsarbeit zu vereiteln und in die selbstverständlichen Rechte der Eltern einzugreifen. Freilich war es ein großer Fehler des Liberalismus, daß er unsere Warnungen, die das meiste, was jetzt eingetreten ist, voraussagten, optimistisch in den Wind schlug. Trotzdem braucht die damalige Zustimmung zum Reichsvereinsgesetz gegenwärtig den Liberalismus nicht zu veranlassen diese unerhörten Mißbräuche gutzuheißen.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß genau, daß sie sich und ihrer Zukunft schuldig ist ihren Nachwuchs an Geist und Leib stark und gesund zu machen; sie kennt aus eigener Anschauung die fürchterlichen physischen und sittlichen Gefahren, die in der kapitalistischen Gesellschaft ihre Kinder bedrohen. Deshalb kann sie nicht daran denken ihre Bildungsarbeit aufzugeben und sie Leuten zu überlassen, die entweder auf ein hohles Vergnügungstreiben oder auf eine Verhetzung der Jugend gegen ihre Eltern hinauswollen.

Was am nächsten liegt und verhältnismäßig am wenigsten Mittel erfordert, ist die Ausfüllung der Lücken, die die Volksschule gelassen hat, und die Herstellung eines Zusammenhangs der Kenntnisse, eines so viel als möglich systematischen Weltbildes. Selbständiges Beobachten, Prüfen und Denken muß dabei das Ziel sein. Wichtiger und schwieriger ist natürlich noch die Charakterbildung, zumal nur ein Teil der jungen Leute Befähigung, Interesse und Zeit für intellektuelle Weiterbildung mitbringen dürfte. Selbstvertrauen und Selbstzucht, Mut und Hingabe, Pflichttreue gegen die Gemeinschaft und gegen die eigene Individualität, Überwindung des kindlichen Egoismus und Erzeugung eines Solidaritätsgefühls, das auf dem Bewußtsein einer idealen Bestimmung beruht, bilden hier die Aufgaben. Ein hoher Schwung, eine stolze Gesinnung sind keinem Alter so natürlich wie diesen Jahren des Heranwachsens. Dies alles ist keine *Politik*, selbst im ausge dehntesten Sinn der preußischen Polizeipraxis.

Man könnte allerdings eine solche Erziehung von vornherein nach Inhalt und Richtung *partei politisch* gestalten. Aber das ist nicht nur ganz unnötig sondern würde meiner Überzeugung nach der Bildungsarbeit direkt schaden und muß deshalb vermieden werden. Keineswegs nur, weil man dadurch den Gegnern eine Waffe gegen unsere Arbeit in die Hände spielen

und ihnen ihre politische Giftmischerei erleichtern würde. Vielmehr sehe ich das Alter zwischen 14 und 18 Jahren überhaupt nicht als das geeignete für politische Beeinflussungen an. Die Jugend, die eben dem Zwang der Schule entwachsen ist, fordert vor allem freies Sichausleben des Körpers und des Geistes. Dieser Drang zur Betätigung individueller Neigungen ist natürlich und gesund, auch wenn er sich gelegentlich in burschikoser Weise austobt, aber er ist gerade das Gegenteil dessen, was ein Politiker braucht. Politische Aktionen ohne das gereifte Verantwortlichkeitsgefühl des Erwachsenen werden eine gemeine Gefahr. Politische Bildung in unserm Sinn ist zunächst intellektuelle Bildung, Wissen und Urteilkönnen. Eine auf Stimmungsmache beruhende Hurrapolitik überlassen wir unseren Gegnern; auf sie ist der *Jungdeutschlandbund* zugeschnitten. Politisieren ohne die Grundlage positiven Wissens und gereiften Denkens wird zum faden Geschwätz. Solche Kenntnisse und Übung erwirbt der erwachsene Arbeiter durch das Leben, dem Kind könnte man sie vorwiegend nur durch theoretische Belehrung geben. Nun ist aber das Alter der Pubertätsentwicklung im allgemeinen der Lerntätigkeit nicht günstig; es will mehr erleben als studieren. Wollten wir, um heranwachsenden Kindern die Fähigkeit zum Politisieren zu geben, ihnen bereits politische Kenntnisse und Theorien eintrichtern, so würden wir ihnen damit höchstens die Jugendlichkeit nehmen, ohne ihnen die für politisches Denken erforderliche Reife des Alters geben zu können. Das Unternehmen würde aber gar nicht gelingen, weil die Jugend mit einem gesunden Ekel darauf reagieren würde. Jahrelang hat die Schule der Jugend kirchliche Dogmen und vorgeblich *patriotische* Phrasen eingepumpt, mit dem Resultat einen unbezwinglichen Widerwillen gegen diese Dinge in jedem gesunden Herzen zu erzeugen. Wollten wir jetzt von neuem einen Nürnberger Trichter ansetzen und nur aus einer andern Flasche hineingießen, so müßte das Resultat eine ebensolche Ablehnung sein.

Schon aus diesem Grund wollen und können wir gar nicht an das denken, was die Gegner fortwährend uns wahrheitswidrig nachsagen, während sie selber es tun, nämlich unsere Arbeit für die Jugend parteipolitisch zuspitzen. Wir könnten die Jugend und unsere Sache durch nichts empfindlicher schädigen.

Deshalb glaube ich aber auch, daß der Schwerpunkt der erzieherischen Tätigkeit für die Arbeiterjugend weniger in Vorträgen und Lektüre als in Sport und Spiel zu suchen ist.

Man lasse die Jugend, was für dies Alter das natürlichste Bedürfnis ist, ihre körperlichen Kräfte auf dem Turn- und Spielplatz und bei der Wanderschaft austoben. Dort mögen sie lernen ihre Sinne zu gebrauchen, Mut und Willen zu stählen. Dort werden sie auch kameradschaftlichen Sinn und Hilfsbereitschaft, Abscheu vor unedler Kampfweise, vor Unwahrhaftigkeit und Betrug sich aneignen und das Lächerliche eines hohlen Renommistentums erkennen, das mit künftigen Heldentaten prahlt, für die es nicht die Kraft besitzt. Diese Erziehung wird allen Kindern, Knaben wie Mädchen, förderlich sein; durch solche Kameradschaftlichkeit gewinnt auch das Verhältnis der Geschlechter zu einander an Reinheit und Weihe.

Denen aber, die Neigung und Anlage zu wissenschaftlicher Vertiefung zeigen, gebe man vor allem Einblick in die Natur mit ihrer unerbittlichen Abhän-

gigkeit des einzelnen vom Ganzen und des Ganzen von der Summe der einzelnen, mit ihrer ausnahmslosen Fort- und Rückwirkung alles Geschehenen. Man zeige der Jugend in der Menschheitsgeschichte die inneren Zusammenhänge der geistigen Entwicklungen, man lehre sie die überwundenen Stufen nicht zu verachten sondern zu verstehen und die hohen Ziele der menschlichen Art in dem Werden des menschlichen Geistes vorgezeichnet zu finden. Die deutsche Wissenschaft und unsere klassische und nachklassische Literatur sind überreich an positivem Gehalt, der für solche Zwecke verwendbar ist. Verachtung der hohlen Phrase und Ablehnung von Unwahrscheinlichkeit und Ungerechtigkeit ergeben sich schon als selbstverständliche Folge eines geläuterten und gestärkten Gefühls für Wahrheit und Gerechtigkeit. Auch zum kritischen Denken führt jede Übung im eigenen Beobachten, jede positive wissenschaftliche Arbeit von selbst. Bei der Auswahl des Bildungsmaterials wäre es durchaus verkehrt, wenn man sich durch Sympathieen für den Stoff, den es behandelt, leiten ließe. Produkte einer uns höchst sympathischen Gesinnung können sehr irreführend in ihren Tatsachenangaben oder geschmacklos in ihrer Form sein, und sehr witzige und gute Produkte älterer Literatur können von der Zeit überholt und für die Gegenwart nur noch historisch zu werten sein, wozu der Jugend die Voraussetzungen fehlen. Gar die Beschäftigung mit der politischen oder literarischen Tagespolemik ist für die Jugend kein notwendiges Bildungsmoment. Sie ist schwer übersehbar, und ihr materieller Gehalt nicht leicht von den hergebrachten Formen des Kampfes zu trennen. In unentwickelten Geistern, denen keine ausreichenden Kenntnisse zur Seite stehen, um die nötigen Einschränkungen von selbst hinzuzufügen, ist sie geeignet statt eigenen Urteils gedankenloses Nachsprechen und peinliche Selbstüberhebung zu erzeugen.

Selbstverständlich wird man hier und da junge Leute treffen, die eine gewisse frühreife Neigung und Fähigkeit für politische Fragen besitzen. Diesen weiter zu helfen werden sich immer einzelne finden; das ist nicht Sache der von uns zu schaffenden Organe für die Bildung der großen Mehrzahl der jugendlichen Arbeiter. Diese wird ihr politisches Urteil am besten selber aus ihrer allgemeinen Bildung und aus den Lebensverhältnissen, von denen sie umgeben ist, ableiten. Wir brauchen weiter gar nichts dazu beizutragen. Wer mit Gerechtigkeitsgefühl, Wahrheitsliebe und der Fähigkeit zu klarem Denken ausgerüstet als gereifter Arbeiter in die Welt hineintritt, um den brauchen wir uns nicht zu sorgen. Macht ihn das Leben nicht zum Sozialdemokraten, so würden es frühe Lehren auch nicht vermocht haben.

Ich möchte nun wahrlich nicht behaupten, daß ich hiermit der Arbeiterjugendbewegung neue Ratschläge gäbe, vielmehr will ich nur beweisen, weshalb sie eine parteipolitische Beeinflussung der Arbeiterjugend selber gar nicht wollen kann. Ich weiß ganz genau, daß im großen und ganzen die Bildungsarbeit der Arbeiterklasse, sowohl die von der *Zentralstelle für die arbeitende Jugend* geleitete als die von den einzelnen Gewerkschaften ausgehende, ebenso die der Turnvereine und die Veranstaltungen für Spiel und Sport, durchweg von diesen Grundsätzen geleitet werden.

Allerdings mag es sein, daß anfangs manche sich die Arbeiterjugendbewegung anders gedacht haben. Vor dem Reichsvereinsgesetz

gab es ja einige Bestrebungen, die direkt auf parteipolitische Beeinflussung der Arbeiterjugend hinausliefen. Diese haben seither ihre Tätigkeit eingestellt. Aber auch nach Erlaß des Vereinsgesetzes, in den Debatten vor dem Parteitag zu Nürnberg und auf diesem, sind noch mancherlei Äußerungen gefallen, die bewiesen, daß nicht alle sich der Bedenken gegen eine unmittelbare Politisierung der Jugend ausreichend bewußt waren. Es wäre auch gar kein Wunder, wenn in einer Zeit, wo die politischen Kämpfe eine solche Rolle spielen und das ganze Leben auch bis in das Privathaus hinein erfüllen, Kämpfer, die in der ersten Reihe der politischen Schlacht stehen, vielleicht die unmittelbare politische Organisation überschätzten. Auch die brutale Ungerechtigkeit des Reichsvereinsgesetzes mochte manchen veranlassen seinem Ärger in einem *Nun gerade!* Ausdruck zu geben, ohne daß er sich fragte, ob dies möglich oder auch nur wünschenswert wäre. Jedenfalls hat hier wieder einmal die praktische Arbeit ihren Wert als Lehrmeisterin bewiesen. Gegenwärtig ist die gesamte der Arbeiterjugend geleistete Tätigkeit eine im Sinn des Vereinsgesetzes *unpolitische*, viel unpolitischer als die der sogenannten *staatlichen Jugendpflege*. Gelegentliche Entgleisungen und Ungeschicklichkeiten mögen vorgekommen sein; sie sind unvermeidlich, wo junge Leute einen wesentlichen Teil der Arbeit selbst zu besorgen haben. Diese Selbständigkeit der Jugend aber ist nötig, wenn das Werk die geistigen Früchte tragen soll, die man von ihm erwartet.

Immerhin könnte noch manches vermieden werden. Die der Jugend eigene und sehr verzeihliche Neigung ihre Gesinnungen und Leistungen etwas herauszustreichen und sich ihrer zu rühmen hat zu manchem überflüssigen und Mißdeutung zulassenden Zeitungsartikel geführt, der besser unterblieben wäre. Der Tätigkeitsdrang der Jugend äußert sich hier und da in der Neigung Organisationsformen anzunehmen und zur Schau zu tragen, wo gar keine Organisation vorhanden und auch nicht nötig ist. Kinder wandern eben lieber, wenn einer mit einer Fahne vorangeht. Solche Dinge aber können vermieden werden und müssen es, um den Gegnern nicht Vorwände zu Angriffen zu geben. Auch die wohlgemeinten poetischen Erzeugnisse, die jeder jugendlichen Seele in diesem Alter entströmen, werden am besten auf den Weg mündlicher Mitteilung im nächsten Freundeskreis verwiesen anstatt sie der Öffentlichkeit und der bissigen Kritik der Gegner preiszugeben. Jugendlische Poesie ist meist ein sehr wunder Punkt, namentlich wenn sie Tendenzdichtung sein will. Sie beweist immer wieder, daß die Begeisterung allein noch keine Kunst erzeugt.

Neben Turnen, Spiel, Sport und Wanderfahrt ist das wichtigste Mittel, um der proletarischen Jugend vorwärts zu helfen und sie vor den ihr besonders drohenden Gefahren zu schützen, die Errichtung und Erhaltung von Arbeiterjugendheimen für die schulentlassene Jugend und von Spielvereinigungen der Eltern für die Schulkinder. Das Jugendheim bietet den jungen Leuten, die in ihren unzulänglichen Wohnungen, Schlafstellen und bei ihren Lehrherren keinen gesunden und angenehmen Aufenthalt haben, Gelegenheit ihre Mußestunden in einem gesunden, wohlgefälligen Raum mit Altersgenossen in harmloser Beschäftigung ohne Verlockung zum Alkoholismus und Tabakgenuß zu verbringen. Sie sind das einzige Mittel die Jugend von der Straße, dem Tanzboden und der Kneipe fernzuhalten. Derartige Ju-

Jugendheime sollten, wenn irgend möglich, ohne Verbindung mit der Parteiorganisation durch unabhängig zusammentretende Gruppen gegründet und von den Parteilokalen räumlich getrennt gehalten werden, damit den Gegnern die Behauptung abgeschnitten wird, es handle sich um parteipolitische Veranstaltungen.

Es ist selbstverständlich, daß in den Jugendheimen keine irgendwie politisch gefärbten Vorträge gehalten werden dürfen; meines Wissens wird dies auch jetzt streng beobachtet. Aber es dürfte sich empfehlen auch unpolitische Vorträge in den Jugendheimen ganz zu vermeiden, weil diese von der Schulbehörde als *Unterricht* und von der Polizei als *politische Reden* erklärt werden würden, auch wo weder das eine noch das andere vorliegt. Es ist das beste die Jugendheime ausschließlich der freien geselligen Betätigung der Jugendlichen vorzubehalten. Die Auslegung von Zeitungen ist notwendig. Dabei wird man gut tun verschiedene politische Richtungen zu berücksichtigen. Es kann jungen Leuten, deren politisches Interesse erwacht, nur förderlich sein, wenn sie sich über die Äußerungen mehrerer Parteien informieren. Eine geeignete Aufsicht in dem Jugendheim muß dafür sorgen, daß nicht der Übereifer und das persönliche Interesse einzelner allgemeine politische Diskussionen entfachen und damit wieder Wasser auf die Mühle unserer Feinde liefern. Auch muß alles vermieden werden, was der Polizei den Vorwand zu der Verdrehung geben könnte, die Besucher der Jugendheime bildeten einen Verein. Legitimationskarten für den Besuch, Erhebung von Beiträgen für das Heim von den Jugendlichen, Abonnierung und Verteilung der Zeitung *Die Arbeiterjugend* im Jugendheim sind deshalb vom Übel. Auch auf die an sich erzieherisch wertvolle Einrichtung einer Art Selbstverwaltung des Jugendheims durch die Jugendlichen wird man, so bedauerlich es ist, verzichten müssen.

Ganz das selbe, was von den Jugendheimen für die Schulentlassenen, gilt von den Spielvereinigungen für Schulkinder; nur daß es bei diesen noch viel leichter ist sich vor der Unterstellung politischer Absichten zu schützen.

Wo solche freien Jugendheime entstehen, ist es freilich nötig, daß die Arbeiterschaft ihnen Vertrauen entgegenbringt, obgleich sie keine Parteiinstitutionen sind und in den Rechenschaftsberichten der Partei über sie nichts enthalten sein kann. Die organisierte Arbeiterschaft muß sich stark genug fühlen, um der freien Tätigkeit ihrer Freunde Vertrauen und Spielraum zu gewähren. Verfährt man in dieser Weise konsequent und geschickt, so hat man das Vereinsgesetz auf seiner Seite. Solche Zusammenkünfte sind rein geselliger Natur, also ist auch die Teilnahme von Jugendlichen daran nicht ungesetzlich. Dies gilt selbst dann, wenn die Vereinigung, die das Jugendheim unterhält, ohne jeden vernünftigen Grund für einen politischen Verein erklärt wird.

Gegen Gewaltakte der Schulbehörden, die Fortbildungsschülern den Besuch der Jugendheime und Schulkindern die Teilnahme an gemeinsamen Spielen verbieten, wie sie ihnen das Turnen in Arbeiterturnvereinen untersagen, gibt es freilich keinen gesetzlichen Schutz. Die Schule aber weiß recht gut, daß gerade die tüchtigsten Kinder und besonders im Alter des Heranreifens lieber zehnmal Schulstrafen erleiden als sich einem solchen schmachvollen Zwang fügen. Je häufiger und gegen je mehr Schüler solche Strafe voll-

streckt wird, desto unwirksamer wird sie, ja es kann den Kindern zur Ehrensache werden sie zu erdulden. Das weiß jeder praktische Schulmann. Der leidtragende Teil würde dann die Schule sein, die sich selber um jede Achtung bringen muß, wenn sie Schulkindern, die mit Bewilligung ihrer Eltern ihre Freizeit in sittlich bedenkenfreier Weise verbringen, mit Schulstrafen entgegentritt. Deshalb dürfen wir hoffen, daß die Schule eines solchen ausichtslosen und ihr wenig Ehre eintragenden Kampfes bald müde werden würde.

Die Sozialdemokratie als politische Partei aber kann der ganzen Sache mit guter Ruhe zuschauen. Fines ist zweifellos: Je mehr die harmlosen und gesunden Bildungsbestrebungen der jungen Arbeiter, ihr Lernen, ihr Turnen, Spielen und Wandern polizeilich drangsaliert werden, je gewaltsamer die offizielle Jugendpflege ihnen Verachtung der Überzeugung ihrer Eltern einzupumpen sucht, desto mehr und glühendere Sozialdemokraten werden dadurch herangezogen werden.

XX
EDMUND FISCHER · REVOLUTION UND REFORM



WEIT mehr als ein halbes Jahrhundert ist verflossen, seit Ferdinand Freiligrath die eben niedergeworfene Revolution in einem prächtigen Gedicht prophezeien läßt, sie werde wiederkommen. »Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehen!« Befreierin und Rächerin und Richterin werde sie sein, das Schwert entblößt, werde sie den gewaltigen Arm ausrecken, daß er die Welt erlöse. Gekommen ist diese europäische Revolution, auf die auch Marx und Engels große Hoffnungen gesetzt hatten, freilich nicht mehr. Im Gegenteil, die ökonomischen und politischen Verhältnisse haben sich in Deutschland wie in den meisten anderen europäischen Ländern so entwickelt, daß wir uns immer weiter von revolutionären Situationen entfernten, und diese Entwicklung von der Revolution weg hält noch an.

In England vollzieht sie sich bereits seit 250 Jahren ohne Unterbrechung. Nichts spricht dagegen, wohl aber spricht die Gestaltung der modernen politischen und ökonomischen Verhältnisse dafür, daß sich im allgemeinen auch in den anderen europäischen Staaten mit anderer Verfassung die weitere Entwicklung so vollziehen wird wie es in England bisher der Fall war und noch ist. In einem demokratischen Land, wie in England, der Schweiz, in Norwegen, Dänemark, Italien, Holland usw., wo sich der Wille der Mehrheit stets auf gesetzlichem Boden Geltung verschaffen kann, wären Revolutionen überhaupt sinnlos, sie sind da etwas Überwundenes. Vor unseren Augen geht ja auch in all diesen Ländern der politische, soziale und kulturelle Aufstieg in ruhiger Reformarbeit vor sich. Aber auch in den minder demokratisch entwickelten Ländern, wie in Deutschland, herrscht nichts weniger als Stillstand. Und nur derjenige kann an dem politischen, sozialen und kulturellen Fortschritt in Deutschland verzweifeln wollen, der von der Weltgeschichte große Sprünge erwartet. Die Mühlen des politischen Fortschritts mahlen eben sehr langsam. Und die *sozialen Revolutionen* sind Prozesse von Generationen und Jahrhunderte langer Dauer. Am Ende des römischen Reiches, nach einer großen Geschichte von 500 Jahren, mit vielen *Klassenkämpfen*, war die Produktion kaum merklich höher entwickelt als zu ihrem

Beginn. Der Feudalismus entwickelte sich bis zu seiner Blütezeit in einem Zeitraum von mindestens 1200 Jahren. Und seit dem 12. Jahrhundert bereits vollzieht sich die kapitalistische Entwicklung, ohne daß sie bis jetzt ihren Höhepunkt erreicht hätte. Soziale Revolutionen, die plötzlich die sozialen Verhältnisse umgestaltet hätten, hat es in der Weltgeschichte niemals gegeben und kann es auch nicht geben. Eine soziale Neugestaltung kann nur, wie in dieser Zeitschrift schon so oft dargelegt worden ist, in langsamer Reformarbeit vor sich gehen, in einem Aufbauen von unten auf. Und so läßt sich auch nicht ein neuer politischer Zustand aus dem Erdboden stampfen. Ein Volk von mehr als 60 Millionen, wie das deutsche, das durch den 30jährigen Krieg politisch um Jahrhunderte zurückgeworfen wurde, zur Demokratie zu erziehen, erfordert eine lange, zähe Arbeit. Diese Erziehung des Volkes ist aber die erste Vorbedingung der Demokratie, nicht die Gesetzgebung. In dem Maß, in dem das Volk demokratisch wird, vollzieht sich auch in Deutschland die Entwicklung zur Demokratie.

Langsam, wie die politische Entwicklung schreitet, sterben auch alte, überlebte Ideen und Glaubenssätze ab. Und so hat auch der Glaube an die Revolution, an eine nahe und schnelle Erlösung, in jenen Ländern noch lange fortgelebt, in denen die Revolutionen der Geschichte angehören. Der mißverstandene Marxismus hat in der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung auf die Revolution immer neu belebt. In neuester Zeit wird es zwar abgeleugnet, aber es ist doch so, daß den deutschen Arbeitern jahrzehntelang verkündet wurde, der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft stehe nahe bevor, als ein naturnotwendiges Ereignis der ökonomischen Entwicklung. Und als die Revolution in Rußland ausbrach (damals steckte dort die kapitalistische Entwicklung noch in ihren ersten Anfängen), da schien endlich die Zeit gekommen, in der die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen gerieten. Die Buchhandlung *Vorwärts* gab eine Revolutionsschrift heraus (1649—1789—1905), die in vielen Hunderttausenden von Exemplaren in Deutschland verbreitet wurde, und in der K. Kautsky, der getreue Hüter des *marxistischen* Dogmas, der staunenden Welt verkündete, die russische Revolution eröffne »eine Ära europäischer Revolutionen, die mit der Diktatur des Proletariats endigen werden, mit der Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft«. Und Rosa Luxemburg wußte es noch besser: »Mit der russischen Revolution geraten wir bereits in die Übergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft.«

Ach, wie schnell sind diese Halluzinationen zerstört worden. Zwar hat man sich heftig dagegen gestraubt eingestehen zu müssen, daß es mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft immer noch gute Wege habe. Als ich nach der Niederwerfung des Moskauer Aufstands im *Armen Teufel* schrieb, was jedem klar denkenden Menschen offenkundig sein mußte, daß die russische Revolution ihr Ende erreicht habe und es von nun an für die russischen Sozialdemokraten nur noch ein Wirken auf dem gewonnenen gesetzlichen Boden geben könne, da wurde ich in der maßlosesten Weise beschimpft. Und doch ist alles so gekommen wie ich es damals sagte. Rußland entwickelt sich in der selben Weise wie Preußen nach 1848 oder England nach 1649. Im übrigen Europa hat die russische Revolution aber keine anderen Spuren hinterlassen als eine große Ernüchterung in jenen Kreisen,

die in der russischen Revolution ein Anzeichen des bevorstehenden Endes der kapitalistischen Gesellschaft zu sehen glaubten.

Der revolutionäre Glauben ist seit dem Ende der russischen Revolution immer mehr verblaßt. Und je mehr gegen den Reformismus gedonnert wurde, je mehr man die Reformisten in der Partei verfolgte, desto mehr ergriff die reformistische Erkenntnis, daß nicht in der Vorbereitung auf eine illusionäre Revolution sondern im reformistischen Wirken das Heil der Arbeiter und des Sozialismus liege, die ganze Sozialdemokratie. Wo ist der Sozialdemokrat, der heute noch an den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft glaubt, auf den allein sich doch der Glaube an die Revolution stützt? Wo ist das sozialdemokratische Tageblatt, das noch im marxistischen Geist redigiert wird? Wo ist der sozialdemokratische Redner (von einzelnen jungen Parteigenossen abgesehen, die, beladen mit der Wissenschaft zweier Jahrhunderte, von der Parteischule zurückkehren), der noch in jener alten, *marxistisch* genannten Art redet? Vom wirklichen Marxismus ist der Entwicklungsgedanke Gemeingut der Partei geworden. Vom Revolutionismus aber ist nichts geblieben als eine sehr gezwungen klingende revolutionäre Phrase, mit der die Unentwegten den Rückzug zu decken suchen. K. Kautsky mußte sich vor einiger Zeit von denen, die er selbst die »Russen« nennt, sagen lassen, daß er selber Revisionist geworden sei. Und in einer Parteiversammlung in Leipzig mußte der *radikale* Genosse Grenz wehmütig eingestehen, der Revisionismus sitze manchem unserer Genossen mehr im Nacken als er zugeben wolle. Die Tatsache läßt sich eben erfreulicherweise nicht mehr abstreiten, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrer praktischen Arbeit auf reformistischem Boden bewegt, und daß sie in ihrem Wirken und Vorwärtsschreiten nur noch durch die revolutionären und syndikalistischen Phrasen einiger unklarer Köpfe gestört wird.

Das ist die *Überwindung des Revisionismus*, von der nun in der *Neuen Zeit* und in Parteiversammlungen jene *Radikale* faseln, die nicht den Mut haben zu scheitern, was sie nun auch geworden sind: Revisionisten. Die Revisionisten waren niemals eine einheitliche Richtung in der Weise, daß sie in allen Fragen übereinstimmten. Aber das war allen gemeinsam, daß sie der revolutionären Illusion die praktische Reformarbeit, das Aufbauen von unten auf, die Umgestaltung der Gesellschaft durch Reformen entgegensetzten. Wenn jetzt auch in der *Neuen Zeit* der Revolutionsmacherei entgegengetreten und konstatiert wird, daß man revolutionäre Situationen nicht künstlich erzeugen könne, so ist dies das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie ihre Hoffnung nicht auf eine Revolution setzen könne sondern reformistisch mitarbeiten müsse. Das tut sie ja auch. Und mit der Schaffung der Besitzsteuern im Reichstag, durch ihr Zusammenarbeiten mit den liberalen Parteien hat sie einen parlamentarischen Sieg errungen und vielleicht eine politische Entwicklung in Deutschland angebahnt, die für die zukünftige politische und soziale Gestaltung Deutschlands von größter Bedeutung werden könnte.

Der revolutionäre Glauben ist freilich bequemer als das reformistische Mitarbeiten. Deshalb wird die revolutionär klingende Phrase auch immer wieder Gläubige finden. Aber diese bleiben eine kleine Minderheit. Und sie stören die praktische Arbeit und den Fortschritt. Nichts kann der Wahl-

reform in Preußen hinderlicher werden als das Spielen mit der Massenstreikidee. Die Wahlreform in Preußen wird durchdringen wie die Steuerreform im Reich: durch ein planmäßiges Zusammenwirken der Sozialdemokraten und derjenigen Parteien, die an dem Fortbestand der Herrschaft einer konservativen Minderheit kein Interesse haben.

In normalen Zeiten gibt es überhaupt keine revolutionären Parteien, kann es nur ein reformistisches Wirken geben. Revolutionäre Situationen lassen sich nicht nur nicht machen sondern auch nicht einmal mit einiger Sicherheit voraussehen; auf sie kann man also keine Hoffnungen setzen. Sollte einmal eine revolutionäre Situation kommen (wofür augenblicklich in Deutschland gar keine Aussicht ist), so werden auch Parteien in den revolutionären Strudel gerissen, die sich nie mit der Revolution beschäftigt haben. Aber alle Pläne, Programme und Berechnungen, die in einer frühern, in der normalen Zeit aufgestellt worden sind, werden dann über den Haufen geworfen. Als eine revolutionäre Partei kann in normalen Zeiten nur diejenige erscheinen, die eine Revolution *machen* will. Das lehnt die Sozialdemokratie heute verständigerweise ab. Sie ist deshalb eine Reformpartei. In nichtrevolutionären Perioden kann es ja auch nichts anderes geben als Reformarbeit. Nur sollte die Sozialdemokratie auch endlich den Mut finden das zu scheinen, was sie ist. Damit würde sie die politischen und sozialen Reformen beschleunigen, durch die allein die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft vor sich gehen kann.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
**PAUL HUG · SOLL DER MASSENSTREIK EIN
 JENA FINDEN?**



UCH diesem Jenaer Parteitag wird wahrscheinlich eine Debatte über die Frage des Massenstreiks nicht erspart bleiben. Denn da es, wie die Versammlungen der letzten Zeit beweisen, in der Partei eine große Zahl von Leuten gibt, die der Ansicht sind, daß jetzt etwas Besonderes geschehen müsse (freilich weiß niemand von ihnen einen einleuchtenden oder überhaupt einen Vorschlag zu machen), so wird wohl ein Antrag die Tagesordnung mit der Massenstreiksache zu belasten eine Mehrheit finden. »Der Parteitag wird schon finden, was in der Massenstreikfrage gemacht werden muß.« Mit diesen Worten tröstete sich ein Redner in einer der zahlreichen Versammlungen, in denen jetzt darüber gesprochen wurde. Es ist anzunehmen, daß dieser Genosse und alle die, bei denen der dunkle Drang nach irgendeiner großen Tat ungestüm hervorgebrochen ist, sich mit einer Resolution beruhigen werden. Ob freilich dadurch in den Massen selbst, ohne die es dabei doch nicht ginge, die Massenstreikidee lebendiger werden kann, das ist die Frage. Vielleicht wird der Jenaer Parteitag auch ein wirkliches Jena für alle die unklaren, wenn nicht gar demagogischen Massenstreikprediger.

Es gibt wohl keinen einzigen Genossen, der ein prinzipieller Gegner von Massenstreiks wäre, wenn es sich einmal um die Eroberung von Grundrechten handeln sollte, die nur so den herrschenden Klassen abgerungen werden können. Aber daß jetzt irgendeine politische Notwendigkeit für seine Anwendung vorläge, oder die Situation dafür irgendwie günstig wäre,

oder daß gar die Massen selbst darauf brennen ihn zur Er kämpfung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen zu veranstalten, das kann nur jemand behaupten, dem Tatsachen Federdaunen sind, die ein Kind in die Luft blasen kann; jedenfalls kennt er die Massen nicht und verwechselt sich selbst nebst seinem kleinen Häuflein mit der Masse der Arbeiterschaft. Zum Glück ist nicht zu befürchten, daß der Parteitag mit seinen Beschlüssen eine Torheit begehen und die organisierte Arbeiterschaft in naher Zukunft in einen aussichtslosen politischen Generalstreik hineintreiben wird; denn die große Masse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder denkt sehr kühl über dieses letzte Mittel im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse. Es sind nicht allzuviele, die an die Thesen der Massenstreiktheoretiker wie an ein Naturgesetz glauben und wie diese sogar einen verlorenen Streik als einen Sieg feiern würden. Diesen Fanatikern genügt übrigens jetzt gar nicht mehr der Massenstreik als solcher. Sie haben sich, hauptsächlich aus den Streikereignissen in der russischen Revolution und in Belgien, ein ganzes Streiksystem auf angeblich wissenschaftlicher Basis zurechtgebaut. Aber über die notwendige Dauer solcher Streiks sind sie sich wenig einig. Einige glauben zuversichtlich, durch einen einzigen Massenstreik im nächsten Winter oder Frühjahr könne das preußische Dreiklassenwahlrecht sofort über den Haufen gerannt werden. Andere reden von einer ganzen Kette oder Periode politischer Massenstreiks. Der eine Theoretiker läßt sie 10 Jahre lang dauern, der andere sieht eine ganz unbestimmte längere Zeit dafür vor. Wie über die Dauer so hegt man auch über die Form dieser Streiks sehr verschiedenartige Ansichten. Es wird darüber diskutiert, ob es zweckmäßiger sei sie nach belgischem oder nach russischem Muster anzuwenden, mit dem organisierten oder dem wilden Streik zu beginnen. Sollte es aber wirklich einmal in Deutschland dahin kommen, dann dürften die Streikenden kaum solche feinen Unterscheidungen anstellen sondern einfach ihren Impulsen folgen und nur instinktiv die eigenen Kräfte und die der Gegner gegen einander abwägen. Dann hätten wir, wie Genosse Edmund Fischer hier ganz richtig sagte, eben die Revolution.¹⁾

Läßt die Situation in Deutschland oder in Preußen nun wirklich den Ausbruch einer proletarischen Revolution erwarten? Auch darin hat Fischer recht: Weder der belgische Zweiwochenstreik noch die Periode der politischen Streiks in Rußland lassen sich auf Deutschland übertragen. Die Genossin Rosa Luxemburg lehnt in ihrer Streikpropaganda den politischen Putsch ab. Tatsächlich würde ihre Agitation aber zu nichts anderm als zu solchen Putschen führen. Sie weist immer wieder auf das russische Beispiel hin, das gewiß in seiner Art gewaltig und achtungsgebietend war; nur vergißt sie dabei zu sagen, daß sich die russische Arbeiterschaft in der Revolutionsbewegung an diesen Streiks verblutet hat. Sie vergißt zu sagen, daß nach dem Abflauen der Massenstreiks und nach dem Mißlingen des bewaffneten Aufstands in Moskau jene furchtbare Reaktion einsetzte, durch die die besten Kämpfer des russischen Proletariats scharenweise hingeopfert und der Arbeiterklasse der größte Teil der eroberten Rechte und Freiheiten wieder genommen wurde. Und die deutsche Arbeiterklasse hätte bei einem solchen Machtkampf sehr viel mehr zu verlieren. Es wäre ihr bei einem Fehlschlag ein schwacher Trost, wenn man ihr mit den Massenstreikanhängern sagen wollte, die naturgesetzliche Entwicklung, die zum Aufstiege

¹⁾ Siehe Fischer *Der moderne Putschismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 831

Arbeiterklasse, schließlich zum Sieg der Sozialdemokratie führe, könne in letzter Linie auch durch Niederlagen nicht aufgehalten werden. Dieser Argumentation gegenüber dürfte man wohl fragen: Können die einzelnen Genossen, können Partei und Gewerkschaften nicht jedenfalls sehr viel leichter über die Perioden relativer politischer Stille hinwegkommen, die nach anstrengenden politischen Aktionen einzutreten pflegen, als über den Jammer, das Elend, die Erschlaffung und Kräftevernichtung nach einem mißlungenen Massenstreik?

Letzten Endes ist die nervöse Jagd nach dem Generalstreik nur dem Unbehagen über die Stagnation in der Parteibewegung zuzuschreiben, die nach den großen Anstrengungen und Aufregungen der letzten Reichstagswahlen (und zum Teil auch der diesjährigen preußischen Landtagswahlen) an manchen Stellen eintrat. Man sucht dieses Unbehagen loszuwerden, indem man die parlamentarische Tätigkeit schmäht, womöglich überhaupt als wertlos hinstellt. Augenblicklich dient die Zustimmung unserer Fraktion zum Wehrbeitrag als Beweis, wie korrumpierend der Parlamentarismus auf die Erkorenen des Volkes wirke, wie leicht er sie dahin bringe bewährte Grundsätze mehr oder weniger leichtherzig preiszugeben. Und diese törichte Herabsetzung der parlamentarischen Tätigkeit geht von den selben Leuten aus, die die schärfsten Mittel anwenden wollen, um diese in Preußen erst zu ermöglichen, um eine größere Zahl von sozialdemokratischen Vertretern in den preußischen Landtag zu bringen. Dieser klaffende Widerspruch in den eigenen Anschauungen allein muß schon die Massen stutzig machen. Er ist durch keine Phrasen zu vertuschen, die dem Wertschatz der Männer von der direkten Aktion entnommen sind, und die, soweit sie einen Inhalt haben, auf die Empfehlung der blanquistischen Taktik hinauslaufen. Oder was sonst bedeutet wohl der folgende Satz einer von der Genossin Luxemburg in einer Parteiversammlung in Niederbarnim vertretenen und dort angenommenen Resolution?

»Nur eine solche scharfe revolutionäre Taktik [gemeint ist die völlige Abstinenz von positiver Tätigkeit im Reichstag und die Inszenierung von Massenstreiks], die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt, und die vor keiner Konsequenz zurückschreckt, ist geeignet in den Reihen der Organisierten die Kampfesenergie und den Idealismus wach zu halten sowie die Unorganisierten in wichtigen Augenblicken mitzureißen und für die gewerkschaftliche und politische Organisation dauernd zu gewinnen. Da die Partei und auch die Gewerkschaften die Agitation und die Organisation zum Lebenselement haben, so sind sie immer gerüstet für Aktionen, die sich aus einer verschärften politischen und wirtschaftlichen Situation ergeben. Sie werden an den spontanen Kundgebungen der Massen nicht tatlos vorübergehen können.«

Von solchen »spontanen Kundgebungen«, revolutionären Zeichen, klassenkämpferischem Drängen haben wir in Deutschland eigentlich nichts bemerkt. Nicht einmal bei der Wahl zum preußischen Landtag. Die pflichtbewußten Parteigenossen verrichteten eifrig die Werbe- und Kleinarbeit, die Massen folgten zum Teil der Wahlparole, zum Teil kümmerten sie sich nicht um die Wahl, handelten also immer noch nach der Ansicht, die 30 Jahre lang in der Sozialdemokratie herrschend war, das elende preußische Dreiklassenwahlrecht könne ruhig verfaulen. Ganz richtig meint Genosse K. Kautsky, das Reichstagswahlrecht lähme oder beeinflusse zum mindesten den Wahlrechtskampf in Preußen. Die gleiche Erfahrung mußte man ja auch bei den Wahlreformbewegungen in Hamburg und Oldenburg machen. Bei der oldenburgischen Wahlrechtsbewegung waren trotz der größten Anstrengungen der

Partei die Massen nicht einmal in die Demonstrationsversammlungen hineinzubringen, obgleich dem oldenburgischen Volk ein Wahlrecht aufgedrängt werden sollte, das noch schlechter war als das preußische Dreiklassenwahlrecht, und das Auftreten der Reaktionäre geradezu aufreizend wirken mußte. Und dabei hing die Entscheidung an einem Haar, es handelte sich um Mehrheiten von nur 1 oder 2 Stimmen. Sicher ist es richtig, daß die Zusammensetzung des preußischen Parlaments für die politische, soziale und kulturelle Entwicklung des Deutschen Reichs von ungleich größerer Bedeutung ist als die des hamburgischen oder oldenburgischen oder eines halben Dutzend anderer Parlamente; aber für die oldenburgischen Arbeiter und Kleinbürger konnte es doch auch nicht gleichgültig sein, ob in den gesetzgebenden Körperschaften ihres Landes nur das kapitalistische Interesse und der brutalste Besitzegoismus herrschten, oder ob die Gesetzgebung nach liberalen Grundsätzen beeinflußt wurde. Wie groß die Gefahr war, konnte man ja an der Gestaltung des Wahlrechts und an der Steuergesetzgebung deutlich genug spüren.

Ich bestreite nun keineswegs, daß man versuchen muß, mit allen agitatorischen Mitteln auch die Indifferenten für den politischen Kampf zu gewinnen. Nur soll man sich von vornherein klar machen, daß dieser Versuch immer nur für den kleinsten Teil glücken kann. Heute darf man sich doch nicht mehr einem so aussichtslosen Glauben hingeben wie ihn einst der edle Blanqui selbst oder die Blanquisten vor und nach ihm hatten. Wir wissen heute genau, daß in den Reihen der Indifferenten der Idealismus, die selbstlose Hingabe nicht herrscht, wie sie ein Massenstreik mit allen seinen Folgeerscheinungen fordert. Soweit die indifferente Masse nicht tief in den Nebeln des Unverstands steckt, gehört sie zu den unversöhnlichsten Gegnern. Darum ist der Optimismus des Genossen Karl Liebknecht unbegreiflich, der im *Vorwärts* meinte, es würde leichter sein die christlichen Organisationen und die Gewerkvereine für einen politischen Massenstreik zu gewinnen als für einen wirtschaftlichen Streik. Der letzte Bergarbeiterstreik gibt uns einen Fingerzeig, wie luftig diese Hypothese ist. Man kann 100 gegen 1 wetten, daß die Zentrumsführer die christkatholischen Bergarbeiter sehr viel eher von der Teilnahme an einem politischen Massenstreik zurückhalten könnten als von einem wirtschaftlichen Streik. Noch kann man christlichen Arbeitermassen mit dem alten Schreckmittel drohen: wenn die Sozialdemokratie einmal zur vollen Macht gelange, so werde sie die Ausübung der religiösen Kulte verbieten. Ohne das Mitgehen der Bergarbeiter und der Eisenbahner könnte ein Massenstreik aber niemals erfolgreich durchgeführt werden: das muß sich jeder sagen, der nicht den Blick für die realen Verhältnisse vollkommen verloren hat. Die Genossin Luxemburg meint, die Organisationen, also Partei und Gewerkschaften, seien stark genug, um die Führung der Massen zu übernehmen und bei einer Streikaktion die Unorganisierten mitzureißen. Solche Massenkämpfe müßten, nach ihrer Ansicht, gerade zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beitragen. Das ist im Einzelfall möglich, als Regel ist es nicht aufzustellen, und jedenfalls wäre das Gegenteil mit ebenso triftigen Gründen aus Geschichte und politischer Erfahrung zu belegen. Für die Gewerkschaften liegt ja die Sache so, daß ein großer, vielleicht der größte Teil der Indifferenten ihnen direkt feindlich gegenübersteht. Es wäre absurd von diesen die Opfer zu fordern, die ein Massenstreik mit sich bringt. Sie würden sehr

viel eher eine solche Situation ausnutzen, um Rache an den Organisationen zu nehmen, ganz besonders heute, in der Zeit absteigender Konjunktur, wo in den Industriestädten schon Tausende von Arbeitern auf der Straße liegen, und in Berlin die Gewerkschaften sich bereits veranlaßt sahen Arbeitslosenversammlungen einzuberufen, um die Zahl der Arbeitslosen festzustellen und eventuell bei den städtischen und staatlichen Behörden Maßnahmen zur Linderung ihrer Not durchzusetzen. Sehr treffend hat Schippel neulich hier darauf hingewiesen, daß Massenstreikerörterungen »in ihrem Fortgang wesentlich von der Gestaltung der Wirtschaftskonjunktur abhängen« müssen.²⁾ Zu der indifferenten Masse, die man mitreißen zu können glaubt, gehören auch alle die Tausende, die nach den Aufregungen der Wahl wieder aus der Partei ausgetreten sind, in Berlin und anderen Städten die Parteizeitung wieder abbestellten, die die Gewerkschaftsbeiträge stets zu hoch finden, ohne gute Bezahlung kein Flugblatt verbreiten usw. Der Glaube, der allen diesen Elementen die heroischen Taten und Opfer zutraut, die ein Massenstreik oder gar eine ganze Periode von Streiks erheischen, kann vielleicht Berge versetzen, für die reale Wirklichkeit ist er ein Köhlerglaube. Es ist eine starke Zumutung ihn auch noch anderen aufdrängen zu wollen. Wer freilich glaubt, daß zum Beispiel in Berlin die Indifferenten den *Vorwärts* darum nicht läsen, weil er ihnen nicht mehr radikal genug ist, wer also wünschen muß, daß aus den indifferenten Kreisen eine neue Redaktion gebildet wird, dem kann man ruhig seinen Glauben lassen; an dessen Ansicht ist nichts verloren. Die Gewerkschaften und auch die Partei müssen jedenfalls ihre Anhänger und Kämpfer zählen, sie müssen, um ein militärisches Wort zu gebrauchen, ihren Gefechtswert berechnen können, sie müssen materielle Sicherungen und Fonds besitzen, die Stärke der Gegner kennen, kurz die gesamte Situation überblicken. Sie dürfen nach 50jährigen Kämpfen, die doch auch etliche Siege brachten, nicht alles auf eine Karte setzen, nicht den leidenschaftlichen Ausbruch, den sich die indifferenten Freischärler einen Tag gestatten würden, zu hoch bewerten.

Für die Gewerkschaften ist jetzt die Situation sicher nicht gegeben einen Generalstreik zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen vorzubereiten. Die ziemlich heftig einsetzende wirtschaftliche Krise lähmt die Aktionsfähigkeit gerade in mehreren großen Organisationen. Wie dürften sie sich da in eine so abenteuerliche politische Aktion hineintreiben lassen! An mehreren Parteiornten, wie in Halle, ist ja in den letzten Wochen die Kampfbereitschaft, der Wille zum baldigen Massenstreik verkündet worden. Zugleich erfährt man aber, daß in Halle jetzt 1000 Metallarbeiter und 600 Bauarbeiter arbeitslos sind. Die Gesamtzahl der organisierten Metallarbeiter beträgt dort 5000. In den Versammlungen herrscht, wie berichtet wird, kein Leben. Die Löhne sind niedrig, unter den gegebenen Verhältnissen kann aber die Organisationsleitung zu ihrer Aufbesserung nichts unternehmen. Und bei einer derartigen Lage will man in Halle einen Massenstreik führen! Lieber setzen die Kollegen 3 bis 4 Wochen aus, ehe sie einen einzigen Tag streiken, schreibt ein Arbeiter in einem Brief. Dieser Ausspruch eines einfachen Arbeiters, der aber politisch und gewerkschaftlich organisiert ist, zeichnet die Kehrseite zu der Medaille der Massenstreikstimmung auf der Kreiskonferenz des

²⁾ Siehe Schippel *Der Umschlag in der Wirtschaftskonjunktur in den Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 843.

halleschen Wahlkreises. Wollten die Gewerkschaften wirklich an die Vorbereitung eines Massenstreiks herangehen, so müßten sie zunächst einmal das Verhältnis der Zahl der Organisierten und der Unorganisierten festzustellen suchen. Da dürfte sich aber ein nicht sehr erfreuliches Ergebnis zeigen. Den 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter stehen in Deutschland rund 20 Millionen für Lohn und Gehalt Erwerbstätiger gegenüber, die bei einem Massenstreik als Indifferente zu zählen wären.^{*)} Für Preußen läßt sich danach die gleiche Verhältniszahl unschwer berechnen. Die Gegnerschaft, die der Partei in Preußen gegenübersteht, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: Nach den Veröffentlichungen des *Reichsanzeigers* waren bei der letzten Reichstagswahl in Preußen 8 883 149 Wähler vorhanden. Auf die Kandidaten der Sozialdemokratie entfielen 2 416 730 oder 30 % der gesamten Wahlstimmen. Auch der stärkste Optimist wird wohl nicht behaupten wollen, daß alle diese 2½ Millionen sozialdemokratischer Wähler als Massenstreikkämpfer in Betracht kämen. Nein, das sind zum größten Teil solche, die eine Anzahl Reformen wollen und sie von der Sozialdemokratie erhoffen. Nebenbei gesagt wären diese Wähler äußerst erstaunt und enttäuscht gewesen, wenn unsere Fraktionsgenossen, die sie mit in den Reichstag geschickt hatten, gegen die Deckungsvorlage gestimmt hätten, die dem Besitz die Kosten der Heeresvermehrung auferlegte. Sie hätten das als einen Verrat an den Interessen des arbeitenden Volkes angesehen, und ihre Sympathieen für die Sozialdemokratie wären dadurch jedenfalls stark gedämpft worden. Sicher aber hätten sie sich deshalb nicht für die Massenstreikidee fanatisch begeistert.

Nein, so heiß auch unser Wunsch sein mag das Dreiklassenwahlrecht in Preußen so bald wie möglich verschwinden zu sehen, ehrliche Überlegung und politisches Verständnis, die uns jeden Erfolg mitnehmen heißen, der im politischen Tageskampf auf dem Weg allmählicher Reform errungen werden kann, müssen uns lehren, daß gegenwärtig die Dinge nicht so liegen, daß sie die Proklamation eines Massenstreiks rechtfertigten oder auch nur die geringste Gewähr für das Gelingen eines solchen böten. Die bisher auf unseren Parteitag gefaßten Beschlüsse lassen die Möglichkeit eines Massenstreiks offen, sobald die Massen, Organisierte wie Unorganisierte, sich unter dem Druck des preußischen Dreiklassenwahlrechts so tief entwürdigt fühlen, daß sie aus eigenem Drang heraus um seiner Beseitigung willen alles wagen. Die Pflicht der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisationen wird es aber nach wie vor nur bleiben der Arbeiterbewegung immer neue Kämpfer zu gewinnen. Darüber hinaus können sie nichts tun, auch dann nicht, wenn man der Agitation ein besonderes Etikett anklebt. Das Schreien nach einer besonders Massenstreikpropaganda mutet zuweilen an wie das Rufen jener wild gewordenen badischen Spießbürger, die zu der einen Republik noch eine zweite haben wollten. Der Massenstreik läßt sich nicht erzwingen, auch nicht dadurch, daß man, wie der Genosse Breitscheid in Kiel verlangte, die Stimmung dafür in die Massen hineinträgt. Was ein Generalstreik auf der passiven Seite für sie bedeutet, das wissen die Massen selbst am besten. Sie

^{*)} Dazu sei bemerkt, daß bei den 2½ Millionen Gewerkschaftern die christlichen Arbeiterorganisationen nicht mitgerechnet, vielmehr als Gegner oder Indifferente anzusehen sind. Es sind nur 20 Millionen der in Frage kommenden Erwerbstätigen angenommen, obschon die letzte Zählung folgendes Ergebnis zeigte: Erwerbstätige im Alter von 14 bis 16 Jahren 1 538 969, von 16 bis 30 Jahren 11 919 871, von 30 bis 60 Jahren 13 549 719.

werden sich aktiv nur dafür ins Zeug legen, wenn sie den politischen und wirtschaftlichen Druck wirklich als unerträglich empfinden und andererseits auch fest an die unbesiegbare Macht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsorganisationen glauben. Diesen Glauben haben wir ihnen aber noch erst beizubringen. Bis dahin aber gibt es andere Möglichkeiten, um die Feste des Dreiklassenwahlrechts zu berennen, Möglichkeiten und Wege, die nicht wie die Massenstreikagitation zu einem Jena führen können.

XX

AUGUST ERDMANN · ULTRAMONTANE SAMM- LUNGSPOLITIK ODER GROSSBLOCK DER LIN- KEN?



IN den neunziger Jahren und danach bis Ende 1906 war das Zentrum im Reich guter Dinge. Es konnte im Reichstag eine Mehrheit nach zwei Seiten bilden: mit der Rechten für und mit der Linken gegen die Regierung. Mit seinen rund 100 Abgeordneten war es Herr der Lage, es war ausschlaggebende, regierende, gebietende Partei, und es hat diese Zeit auch reichlich ausgenutzt. Die Ereignisse zu Ende 1906 räumten mit diesem bekömmlichen Dasein auf. Der Bülowblock schaltete das Zentrum auf 2½ Jahre aus, bis es im Sommer 1909 an der Seite der Konservativen wieder in die Höhe kam. Die Reichstagswahl vom Januar 1912 machte auch diesem Zustand ein Ende. Das Zentrum zog, wesentlich geschwächt, in den neuen Reichstag ein, die Konservativen desgleichen. Mit dem blauschwarzen Block war es vorbei und erst recht mit der Möglichkeit einer nach rechts und links wechselnden Mehrheit. Als das Zentrum sich im Sommer 1909 den Konservativen zugesellte, sah man darin das natürlichste Verhältnis zweier Parteien, die wirtschaftlich und kulturell so viel gemeinsam haben. Wenn es auf die Grafen, Bauern und Kleinbürger im Zentrum, wenn es auf die Herren der Kirche ankäme, würden wir im Reich gewiß mit einem engen und dauernden Bündnis der Konservativen und Ultramontanen zu rechnen haben. Aber im Zentrum gibt es auch kapitalistische Kreise, die namentlich im Westen, aber auch im Süden und Osten, stärker und stärker werden. Es gibt im Zentrum Arbeiter, die, wenn auch in bescheidenem, aber immerhin doch in höherem Maß als den Konservativen lieb ist sozialpolitische Forderungen stellen. Und was besonders ins Gewicht fällt: Das Zentrum hat zwar die große Mehrzahl seiner Mandate in sicherm Besitz, aber es hat auch unsichere Mandate, deren Zahl von Wahl zu Wahl wächst. Es hat Köln und Düsseldorf verloren; wenn es Essen, Krefeld, Aachen und München-Gladbach verliert, ist es im Westen eine reine Bauernpartei, und das wäre eine üble Sache für das Zentrum, das gerade hier seiner kapitalistischen Beziehungen wegen Wert darauf legt nicht völlig aufs Land gedrängt zu werden. Es hat die Hoffnung Köln und Düsseldorf wiederzugewinnen noch nicht aufgegeben, jedenfalls aber will es sich seine übrigen städtischen Sitze noch recht lange erhalten. Dazu bedarf es der Hilfe der Liberalen, und um sich deren Gunst zu sichern, hat es alle Ursache sich nach rechts hin nicht mit beiden Händen zu binden sondern sich wenigstens eine Hand nach links hin frei zu halten. Das ist das Streben der Kölner Richtung, die gegenwärtig noch, wenn auch unter starken Anfechtungen, die Politik des Zentrums bestimmt.

Diese Rücksicht auf die Freundschaft der Liberalen hat schon das Zentrum bei seinen Maßnahmen im Wahlkampf 1912 geleitet. Im Januar 1911 verhandelte die Generalversammlung des *Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse* über die bei den kommenden Reichstagswahlen zu befolgende Taktik, und bei dieser Gelegenheit wandte sich der *Volksvereins*-direktor Brauns (München-Gladbach) gegen die Anschauung, daß man die Wahltaktik lediglich auf das Zusammenarbeiten von Zentrum und Konservativen gründen solle. Zur Gesundung des politischen Lebens, meinte Brauns, sei wenigstens ein Teil der Nationalliberalen zu der rechts stehenden positiv schaffenden Mehrheit heranzuziehen. Auf der rechten Seite des Liberalismus ständen Kreise, die der Erhaltung der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik innerlich geneigt seien. Diese Kreise, die zumeist die Großindustrie, viele Vertreter der Wissenschaft und auch einen beträchtlichen Teil der liberalen Presse hinter sich hätten, müßten wieder zu einem Zusammengehen mit dem Zentrum und den Konservativen gewonnen werden, und daraufhin sei das Verhalten bei den Wahlen einzurichten. Und bei der Frühjahrsgeneralversammlung des *Augustinusvereins* im Jahr 1912 wiederholte sich das Schauspiel. Generaldirektor Dr. Pieper vom *Volksverein* redete über einige wichtige Lehren aus den letzten Reichstagswahlen. Er erklärte dabei unter lebhafter Zustimmung, daß die Konservativen, da sie fast nur in Ostdeutschland heimisch seien, zur Festigung der Herrschaft des Zentrums und ihres Besitzstands nichts mehr zu bieten hätten; das Zentrum müsse sich auf jene Volksschichten einrichten, die da in Betracht zur Mitarbeit kämen, wo das Zentrum seine Hauptverbreitung habe: in West- und Süddeutschland, und demgemäß müsse sich das Zentrum den Liberalen nähern. Wenn man an die Dienste denke, die das Zentrum bei der Reichstagswahl im Januar 1912 den Nationalliberalen in Duisburg und Bochum, die es weiter im März 1912 den nationalliberalen Zechenbesitzern leistete, indem es die ultramontanen Gewerkschaften von der Beteiligung an dem Streik der Ruhrbergleute abhielt, dann besteht kein Zweifel, daß es ihm ernst ist mit dem Vorhaben mit den Nationalliberalen gute Nachbarschaft zu halten.

Gewiß wäre es dem Zentrum am liebsten gewesen, wenn die Wahlen von 1912 jene schöne Zeit zurückgebracht hätten, wo es seine Künste in gleichem Maß nach rechts und links hin spielen lassen konnte. Aber das geschah nicht. Eine Mehrheit nach rechts ist unmöglich, und seine Politik auf eine Mehrheit nach links zu richten geht für das Zentrum nicht an. Das verbietet ihm die in letzter Zeit mehr als je betonte Gegnerschaft zur äußersten Linken, das verbietet der *staatserhaltende* Sinn, in dessen Ausweis sich das Zentrum nicht genügt kann. Was also tun? Das Zentrum hat sich geraume Zeit gegönnt, um über diese Frage mit sich ins reine zu kommen. Es mag nach den Wahlen auf irgendein Wunderbares, eine Reichstagsauflösung etwa, gehofft und gewartet haben, das ihm die schöne Zeit vor 1907 wiederbringen werde. Es ist nichts dergleichen geschehen, und das Zentrum muß sich im Reichstag einrichten so gut und so schlecht es geht. Und da sich ihm nun weder nach rechts noch nach links die Gelegenheit zu einer Mehrheit bietet, so kann auch das Zentrum mit aller seiner politischen Weisheit nichts anderes als was immer noch der Ausweg in solcher Lage war: es bläst zum Sammeln aller im Sinn einer *nationalen* Politik arbeitswilligen Parteien. Zuerst erging der Ruf an die Konservativen, die seit der Verabschiedung

der Wehrvorlage dem Zentrum grollten, weil es sie in der Deckungsfrage im Stich gelassen und sich zu den Liberalen geschlagen hatte. »Zwecklose Erörterungen« nannte die *Schlesische Volkszeitung* am 10. Juli die Klagen der konservativen Blätter über die Lösung der Deckungsfrage; man solle, so rät das Blatt, das Ergebnis der Nachwahlen ins Auge fassen, an den Zolltarif denken und an die ausschlaggebende Bedeutung der National-liberalen in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit. Mit der selben Begründung schrieb die *Kölnische Volkszeitung*, die Konservativen müßten zu der Erkenntnis kommen, daß ihr Platz an der Seite der übrigen bürgerlichen Parteien sei. Und einige Tage danach, am 19. Juli, richtete das Kölner Zentrumsblatt seine Mahnung an die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien. *Der Zwang zum Schaffen* überschrieb sich der Artikel, worin es hieß, daß nach Lage der Verhältnisse im Reichstag eine ersprießliche Geschäftsführung nur möglich sei durch ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien. Im allgemeinen werde die Arbeitsmehrheit aus Nationalliberalen, Konservativen und Zentrum bestehen, was aber nicht hindere, daß auch die fortschrittliche Volkspartei mitarbeite, und die Konservativen sich gelegentlich zurückzögen. Allerdings, meint das Blatt weiter, habe ein Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien im Reichstag nur dann Sinn und Verstand, wenn nicht bei den Wahlen auf den Großblock der Linken hingearbeitet werde, das heißt wenn nicht »eine der Mehrheitsparteien diejenige Partei unterstützt, die sich allen als Todfeindin gegenüberstellt und einen Hemmschuh bildet für fruchtbringende parlamentarische Tätigkeit«. Und feierlich schwört das Zentrum unter diesen Bedingungen jeden Blockgedanken ab: »Das Zentrum«, schreibt die *Kölnische Volkszeitung* am 28. Juli, »wird sich nach allen Seiten hin freie Hand bewahren: es wird mit der Rechten gehen, wo dies sein Programm und seine Interessen zulassen, es wird mit der Linken stimmen, wo es im Interesse des Vaterlands für die weitere Entwicklung unseres politischen Lebens nötig ist. Das Zentrum kennt keinen Block und will keinen Block kennen, solange nicht eine einheitliche Front der Linken einen Zusammenschluß aller christlich-konservativen Elemente im Staat zur Abwehr nötig macht.«

Man sieht, wie selbstlos, wie vorurteilsfrei, wie entgegenkommend das Zentrum sein kann, wenn ihm das Wasser an den Hals geht. Seine Selbstlosigkeit beweist es auch dadurch, daß die *Kölnische Volkszeitung* am 22. Juli den Konservativen das Geheimnis verrät, sich »populär« zu machen: sie sollen im preußischen Abgeordnetenhaus für eine Modernisierung der Verwaltungen und für eine Heranziehung breiter Schichten des Volks zur Verwaltungslaufbahn eintreten. Und nicht nur im Reichstag sondern auch im preußischen Abgeordnetenhaus soll die große bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ihre segensreiche Tätigkeit entfalten. Die *Kölnische Volkszeitung* hält es am 28. Juli für möglich, »daß die 3 größten Parteien, die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen, sich außerparlamentarisch auf gewisse Richtlinien einigen, um das Dreiklassenwahlrecht in ein modernes umzuwandeln«. Vorher, am 10. Juli, hatte das Blatt in seinem Schaffenseifer schon Vorschläge zur Reform des preußischen Wahlrechts gegeben: Wahlpflicht, geheime Stimmabgabe, direktes Wahlverfahren, Verhältniswahl in den einzelnen Regierungsbezirken, Zuteilung von Mehrstimmen für Alter, Arbeitseinkommen und Familiengründung; Vorschläge, die allerdings am 9. August wesentlich eingeschränkt werden.

Und warum dieser Sammlungseifer des Zentrums, warum dieser überströmende Drang zum Schaffen im Bund mit allen bürgerlichen Parteien? Zunächst weil es mit Rücksicht auf die Parteilage im Reichstag nicht anders geht, weil es mit der doppelten Mehrheit ebenso aus ist wie mit dem blauschwarzen Block, weil die Ultramontanen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen es ebensowohl mit den Konservativen wie mit den Nationalliberalen halten müssen. Und aus diesem Grund erklärt es sich auch, weshalb das Zentrum sich bemüht die Konservativen in Preußen auf bessere Wege zu führen, weshalb es auf die Modernisierung der Verwaltung hinweist, wodurch die Liberalen geködert werden sollen, und auf die Reform des Wahlrechts, wodurch das Mißtrauen der katholischen Arbeiter gegen die Konservativen beseitigt werden soll. Vor allem aber dient den Ultramontanen die Sammlungspolitik als Mittel den gefürchteten Großblock der Linken vom Reich fernzuhalten. »Gibt die gemeinsame Arbeit um die Stärkung unserer Wehrmacht den Anstoß zur Zurückdrängung der Sozialdemokratie, die bei gemeinsamem Vorgehen gar nicht schwer ist, so hat sie nicht nur unsere Kraft nach außen, sondern auch unsere innere nationale Widerstandsfähigkeit erfreulich gehoben«, schließt die *Kölnische Volkszeitung* ihren schon genannten Artikel über den *Zwang zum Schaffen*. Zurückdrängung der Sozialdemokratie: das ist der Hauptzweck der ultramontanen Sammlungspolitik. Die Liberalen sollen helfen dem Zentrum Köln und Düsseldorf wiederzugewinnen und ihm seine übrigen städtischen Mandate zu erhalten, und natürlich gelten derartige Pflichten auch gegenüber den Konservativen. Erhalten die Ultramontanen ihre 100 Mandate wieder, und bringen es die Konservativen wieder auf ihre frühere Stärke, dann kehrt (wovon die klerikalen Sammlungspolitiker allerdings nicht reden) auch die schöne, selige Zeit wieder, wo das Zentrum mit der wechselnden Mehrheit nach rechts und nach links im Reich den Gang der Dinge nach Belieben leiten konnte.

Es kommt auf die Liberalen an, ob und wie weit sie sich als Vorspann für die Machtgelüste des Zentrums benutzen lassen wollen. Es wäre eine gewagte Sache für sie, wenn sie dem Zentrum den Gefallen täten an den Versuchen zur Niederhaltung und Ausschaltung der Sozialdemokratie mitzuwirken, eine Sache, bei der man 10 gegen 1 wetten kann, daß sie für die Liberalen übler als für die Sozialdemokratie ausläuft. So weit sollten die liberalen Führer die Stimmen ihrer Wähler im Land doch kennen, um zu wissen, daß jeder Schritt, den sie, die Führer, zum Zentrum hin tun, von ihrem Gefolge mit drei Schritten nach der Sozialdemokratie hin beantwortet würde. Und so hoch auch die staatsmännischen Fähigkeiten der Herren Bassermann und Genossen stehen, sie könnten auf die Dauer doch nicht hinlangen ihrer Partei die Wähler zu ersetzen (abgesehen davon, daß auf jeden Wahlkreis, wo das Zentrum den Liberalen zum Lohn für ihre Arbeitswilligkeit durchhelfen kann, 3 Wahlkreise kommen, wo wir sie zur Strafe hineinfallen lassen können). Nicht nur für ihren Bestand sondern auch für ihren Ruf ist es wirklich besser, wenn die Liberalen sich nach links statt nach rechts entscheiden. Das Zentrum droht mit der Bildung des Blocks aller christlich-konservativen Elemente im Staat, wenn der Großblock der Linken zustande käme. Diese Drohung sollte ihre Schrecken verloren haben, seit durch die Wahlen erwiesen worden ist, daß dieser christlich-konservative Block der Mehrheit entbehrt und vollends seiner Gefährlichkeit beraubt werden kann, wenn die bürgerliche Linke sich ihrer Pflicht bewußt ist. Das Zentrum

herrscht mit Ausnahme von Baden in allen süddeutschen Staaten; es hat als Bundesgenosse der Konservativen einen ungehörlichen Einfluß in Preußen: es wäre die Höhe staatsmännischer Kunst, wenn die Liberalen in dieser Zeit, wo die Massen zur Demokratie drängen, nichts besseres zu tun wüßten, als dem Zentrum auch wieder zur Herrschaft im Reich zu verhelfen.

XX

KARL SEVERING · DIE NÄCHSTEN UND DRINGENDSTEN FORDERUNGEN AN DIE PREUSSISCHE SOZIALPOLITIK



M Ende des vorigen Jahres wies ich hier darauf hin, daß durch eine vernünftige Kooperation der Linksparteien ein Mittel gegeben sei eine volksfreundlichere Zusammensetzung des Landtags herbeizuführen und damit einem gesunden Fortschritt auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Wege zu ebnen.¹⁾ Leider ist es nicht dazu gekommen dieses Mittel praktisch zu erproben; die vernünftige Kooperation der Linksparteien kam nicht zustande. Die Verständigung zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten hätte sich nicht auf die Stichwahlen beschränken dürfen sondern auch auf die Hauptwahlen erstrecken müssen. Es ist jetzt nicht die Zeit darüber zu rechten, wen die Schuld an dieser Versäumnis trifft. Wenn in unserer Partei Aussprüche fielen wie *Lieber Strosser als einen unzuverlässigen Fortschrittler!*, so ist dergleichen nicht gerade geeignet der heftigen Voreingenommenheit des liberalen Bürgertums gegen die Sozialdemokratie entgegenzuwirken und den Fortschrittlern ein Zusammengehen mit uns zu erleichtern. Derartige Schlagworte klingen ja recht tapfer und radikal, es sind aber doch nur hohle Redensarten, mit denen man der Partei nicht dient und die nur den anderen einen billigen Vorwand liefern eine Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie abzulehnen. Wir sollten uns deshalb hüten sie zu gebrauchen und noch sorgfältiger vermeiden in ihrem Sinn zu handeln, wenn die Schwächung der Reaktion und die Unterstützung fortschrittlicher Bestrebungen die Richtschnur unserer politischen Tätigkeit sein soll. Freilich hat das Verhalten der Fortschrittler in vielen Bezirken des Landes den Vertretern der Auffassung *Lieber Strosser usw.* genug Stützpunkte für ihre Ansichten geliefert, und es gehört schon die ganze Kaltblütigkeit des Realpolitikers dazu einzusehen, daß die üblichen Folgerungen aus dem Vorgehen des Liberalismus dennoch sehr irrtümlich sind. Verschiedene Umstände erschwerten von vornherein außerordentlich jede Verständigung. Sie war gänzlich unmöglich, wo eine Verbindung zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen unter der Bedingung zustande gekommen war die Sozialdemokratie grundsätzlich von jeder Wahlverabredung auszuschließen. Ebenso erschwerte das Verhalten der fortschrittlichen Wähler bei den Urwählerstichwahlen ein ferneres Zusammengehen; in den meisten Fällen gaben sie ihre Stimme ohne weiteres für den bürgerlichen Kandidaten gleichviel welcher Färbung ab und führten so die Niederlage des Sozialdemokraten herbei. Immerhin ist zu hoffen, daß die Lehren der letzten Landtagswahl nicht ohne Nutzen an den Linksparteien vorübergehen werden; man sollte sich hier in Preußen, wo eine Parteienver-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Sozialpolitik in Preußen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1628.

ständigung noch notwendiger erscheint als im Reich, die Erfolge des taktischen Zusammengehens der Linken und der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen zum Exempel dienen lassen.

Für die jetzt beginnende Legislaturperiode kommen diese Wünsche allerdings zu spät. Für sie ist die Zusammensetzung des Landtags entschieden, und zwar in einem für die Entwicklung der Sozialpolitik wenig günstigen Sinn. Die Neuwahlen haben eine wesentliche Verschiebung in den Machtverhältnissen nicht bewirkt. So erfreulich an sich auch die Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate ist, und so sehr man besonders den Eintritt Hues in die kleine sozialdemokratische Landtagsfraktion begrüßen mag, so ist doch ein wahrnehmbarer *Ruck nach links* nicht eingetreten. Die Aussichten auf eine kraftvolle Entwicklung der Sozialpolitik in Preußen sind also nicht besser geworden.

Und doch wäre gerade jetzt ein schnelleres Tempo in dem Fortgang der preußischen Sozialpolitik dringend geboten. Wir nähern uns einer schweren Wirtschaftskrise. Im Süden Deutschlands macht sie sich schon allgemein bemerkbar. In einigen großen Industriestädten, wie in München, Nürnberg und Frankfurt, ist heute schon die Arbeitslosigkeit so stark, daß die städtischen und staatlichen Behörden sie nicht mehr unbeachtet lassen können. In ihren Antworten auf die Eingaben der Arbeitervertreter, die Maßnahmen zur Abstellung der durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Notlage forderten, erkannten die staatlichen Behörden in Bayern das Vorhandensein und den Umfang der Arbeitslosigkeit an und versprachen der Erscheinung ihre Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen. Ein Erlaß des Prinzregenten Ludwig bestätigte ausdrücklich diese Zusage und stellte Erwägungen über die Durchführung einer Arbeitslosenunterstützung in Aussicht.²⁾ Übrigens hat die bayrische Regierung bereits früher Versuche gemacht der Frage der Arbeitslosenversicherung näherzutreten. Zwar hat damals das Studium der Frage die Arbeitslosenversicherung noch nicht gebracht, und auch heute wäre es eine große Selbsttäuschung, wollte man glauben, die jetzigen Erwägungen würden schon in nächster Zeit dahin führen. Auch die bayrische Regierung überstürzt sich nicht; immerhin marschiert sie darin Preußen weit voran. Auch in Preußen wird sich der Niedergang des Wirtschaftslebens bald fühlbar machen, und zwar wahrscheinlich weit schärfer und empfindlicher als in Süddeutschland. Nach den Erfahrungen früherer Jahre wird auch der Umfang der Arbeitslosigkeit in den preußischen Industriestädten dann absolut und relativ größer sein als im Süden. Wenn regieren vorausschauen heißt, dann hätte also die Regierung längst Vorsorge treffen müssen, um den Schäden zu begegnen, die eine Wirtschaftskrise besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung mit sich bringen muß. Dieser Pflicht ist die preußische Regierung bisher nicht gerecht geworden, und man kann wohl sicher annehmen, daß sie sich auch fernerhin zur Linderung der Arbeitslosigkeit auf die Maßnahmen beschränken wird, die sie schon in früheren Jahren der Arbeitslosigkeit angewandt hat. Diese Maßnahmen bestanden hauptsächlich in der Vergebung von Notstandsarbeiten durch das Handelsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Ihr Wert ist durchaus nicht zu verkennen. Durch neue Bahnbauten und die Arbeiten für das dazu nötige

²⁾ Siehe Kampffmeyer *Die Arbeitslosenversicherung und der Jencer Parteitag* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 976.

Eisenbahnmaterial wird Tausenden von Arbeitern lohnende Beschäftigung geboten. Dennoch bleiben solche Hilfsmittel unzulängliche Halbheiten. Ganz abgesehen davon, daß diese Arbeiten an sich unwirtschaftlich sind, da keine zwingende Notwendigkeit zu ihrer Ausführung vorliegt und sie so die finanziellen Kräfte des Staats unnötig belasten, können sie auch nur ganz bestimmten Kategorien von Arbeitern, nicht allen Arbeitslosen zugute kommen. An die Stelle solcher Notstandsaktionen, die nur auf den Augenblick eingestellt sind und von vornherein auf einen kleinen Kreis von Arbeitern beschränkt bleiben müssen, muß deshalb die planvolle und wirk-same Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die staatliche Arbeitslosenversicherung treten.

Ohne jede Frage wäre eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung jeder andern vorzuziehen. Schon weil sie eine einheitliche wäre und auch alle anderen Vorteile zentralisierter sozialpolitischer Gesetze mit sich brächte. Das Wichtigste ist aber schließlich nicht, welche Instanzen die Regelung der Frage übernehmen sollen, sondern vielmehr, daß überhaupt eine Regelung stattfindet. Die prinzipiellen Gegner der Arbeitslosenversicherung haben sich nun schon immer hinter die Zuständigkeitsbedenken versteckt, und es besteht die Gefahr, daß hinter der Kompetenzfrage schließlich die Diskussion über das eigentliche Problem, wie nämlich den Arbeitslosen schnell zu helfen sei, ganz in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Wenn irgendwo, dann trifft hier die alte hausbackene Weisheit das Rechte: daß man an der einen Stelle tun soll, was man auch an der andern nicht lassen darf. Schon allzu lange haben die Reichsbehörden versucht den Gemeinden die Lösung der Arbeitslosenfrage zuzuschieben, und die Gemeinden wiederum trösteten die Arbeitslosen mit dem Hinweis auf die Verpflichtungen des Reichs. Dieses unwürdige Spiel muß endlich aufhören. In allen Parlamenten, in denen sozialdemokratische Vertreter sitzen, muß in den nächsten Wochen der Ruf nach Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ertönen. Besonders laut aber müßte er im preußischen Abgeordnetenhaus erhoben werden. Preußen weist in den Krisenjahren die größte Zahl von Arbeitslosen auf und ist darum am ehesten verpflichtet sich ihrer anzunehmen. Man darf zu der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags das Vertrauen haben, daß sie dieser dringenden Forderung des Tages gerecht werden wird. Die Frage darf nicht eher von der Tagesordnung der Parlamente verschwinden, bis sie auf die eine oder andere Weise gelöst worden ist.

Ebenso wichtig und dringend wie die Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ist die gesetzliche Lösung der Wohnungsfrage. Auch hier ließ die Diskussion über die Zuständigkeitsfrage die Sache selbst lange in den Hintergrund treten. Schon vor mehr als 10 Jahren erkannte die preußische Regierung an, daß auf dem Gebiet des Wohnungswesens schwere Mißstände bestehen, die auf gesetzlichem Weg zu bekämpfen seien. Über diese schönen Worte und die berühmten preußischen Erhebungen kam sie aber nicht hinaus, es sei denn, daß man einen Vorentwurf aus dem Jahr 1904, ein ganz unbrauchbares Sammelsurium von Polizeivorschriften über die Wohnungsaufsicht, als einen Versuch zur gesetzlichen Regelung der Wohnungsfrage ansehen will. Auch heute noch würde die Angelegenheit auf dem gleichen toten Geleise stehen, hätte sich nicht der Reichstag in-

zwischen entschlossen eine Art Initiative zur Lösung der Wohnungsfrage zu ergreifen. Er ernannte im vorigen Jahr eine Kommission, die die Aufgabe hatte Mittel zur Abstellung der Mißstände im Wohnungswesen vorzuschlagen. Diese Kommission empfahl nach längeren Beratungen eine reichsgesetzliche Regelung der Frage und bezeichnete in einer längern Resolution im einzelnen die Maßnahmen, deren Ausführung sie bei der anzustrebenden Reform für unerlässlich hielt. Auch im Plenum des Reichstags kam die Frage eingehend zur Sprache, und vermutlich dadurch sah sich die preußische Regierung veranlaßt Ende Januar im *Staatsanzeiger* einen Wohnungsgesetzesentwurf zu veröffentlichen, der eine landesgesetzliche Regelung anstrebt und dem Landtag bei seinem Zusammentritt im nächsten Winter zu gehen soll. Sollte dieser Vorentwurf, was ausgeschlossen erscheint, bis dahin nicht noch bedeutende Veränderungen erleiden, so wird sich die Vorlage nicht wesentlich von den Grundzügen der Polizeiverordnungen unterscheiden, die ein anderes preußisches Ministerium vor 10 Jahren unbegreiflicherweise als einen Wohnungsgesetzesentwurf bezeichnete.³⁾ In der der Veröffentlichung beigegebenen Begründung wird zugegeben, daß auf dem Gebiet des Wohnungswesens Mängel und Mißstände herrschen. Es wird offen ausgesprochen, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung in Räumen wohne, die den Anforderungen eines gesunden Familienlebens und den Grundsätzen der Hygiene in keiner Weise entsprechen. Ebenso wird auf die sittlichen Gefahren hingewiesen, die aus der Überfüllung der Schlafräume mit familienfremden Personen entstehen. Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß der Entwurf keinerlei Maßnahmen vorsieht, um diesen Gefahren wirksam zu begegnen und die Herstellung von Wohnungen zu ermöglichen, die den Anforderungen des Familienlebens und der Gesundheitspflege besser gerecht werden. Er beschränkt sich auf den Erlaß bau- polizeilicher Vorschriften, will Wohnungsordnungen einführen und andere polizeiliche Bestimmungen treffen. Von einer Wohnungsfürsorge dagegen, das heißt von einer Bereitstellung von Geldmitteln zur Beschaffung guter und billiger Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, ist darin nirgends die Rede. An diesem Punkt sollen die Gemeinden eingreifen. Dagegen liegen gewiß keine grundsätzlichen Bedenken vor. Im Gegenteil, eine kommunale Wohnungsfürsorge entspricht durchaus den Forderungen des sozialdemokratischen Kommunalwahlprogramms, das ja Verwendung von Gemeindeländereien zur Errichtung von Wohnhäusern mit allen Anforderungen der Volkswohlfahrt entsprechenden Wohnungen verlangt. Aber bei dem antisozialen Geist, der nicht zuletzt infolge des Hausbesitzerprivilegs in vielen städtischen Parlamenten herrscht, ist es ungeheuer schwierig die Kommunalvertretungen zu einer wirksamen Wohnungsfürsorge zu veranlassen. Unterläßt die gesetzliche Regelung in diesem Punkt obligatorische Vorschriften, so wird sie das Wohnungselend nicht mildern sondern verewigen. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten sein den trockenen Polizeiparagraphen des Entwurfs durch die Einführung wirk-samer, aufbauender Bestimmungen Leben einzuhauchen und so erst eine durchgreifende Wohnungsreform zu ermöglichen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben zu der Baufachausstellung in Leipzig beachtenswerte Beiträge geliefert. Durch Ausstellung von Schutz-

³⁾ Siehe Lindemann *Der preußische Wohnungsgesetzesentwurf* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 356 ff.

vorrichtungen, Mustergerüsten und ähnlichen Sicherheitseinrichtungen zeigten sie, daß sie nicht allein Klagen führen und die Mißstände bei den Bauten aufdecken sondern auch praktische Vorschläge zu ihrer Abstellung machen können. Ein Bauarbeiterschutzbund hat jetzt die Wünsche der Bauarbeiter nach weiteren gesetzlichen Schutzvorschriften zusammengefaßt und den Parlamenten unterbreitet. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß viele dieser Sicherheitseinrichtungen auch ohne gesetzliche Vorschrift anwendbar wären; fehlen aber solche ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen, so unterbleibt eben ihre Durchführung erfahrungsgemäß in zahlreichen Fällen. Sehr viel tragen auch die Preisunterbietungen bei Submissionen dazu bei, daß die Unternehmer die nötigen Schutzeinrichtungen unterlassen. Alle diese Dinge sind der größeren Öffentlichkeit durch die Bauausstellung und die aus diesem Anlaß herausgegebenen Publikationen der Gewerkschaften bekannt geworden. Auch die preußische Regierung sollte sie nicht unbeachtet lassen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Regierung ohne eine kräftige Einwirkung von dritter Seite ihren Widerstand gegen eine gesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes aufgeben wird. Wird sich das preußische Abgeordnetenhaus zu dieser Einwirkung entschließen? Das Zentrum, die Fortschrittler und die Sozialdemokraten haben schon wiederholt Anträge nach dieser Richtung gestellt. Bisher aber scheiterten alle ihre Versuche an dem Widerstand der Rechten und der Nationalliberalen. Die Wortführer der Opposition wandten sich besonders gegen die Bestrebungen Arbeiter mit der Kontrolle der Bauten zu betrauen. Sie befürchteten dadurch eine Verletzung des Prinzips vom *Herrn im Hause* und eine Erstarkung des sozialdemokratischen Einflusses. Es liegt auf der Hand, daß man mit diesem Einwand jeden sozialpolitischen Fortschritt ablehnen kann. Wirkliche Grundlagen stützen ihn jedoch nicht. Wo sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter zu amtlichen Funktionen berufen wurden, haben sie ihre Obliegenheiten stets in der objektivsten Art, frei von jedem Vorurteil, wahrgenommen. Der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Schiffer, gewiß ein einwandfreier Zeuge, hob vor einigen Jahren gegenüber den landläufigen Verdächtigungen der Sozialdemokratie die gewissenhafte Pflichterfüllung und die Sachlichkeit der Arbeiterbeisitzer an den Sondergerichten hervor. Und sollten heute seine Richterkollegen Zeugnis über das Verhalten sozialdemokratischer Schöffen ablegen, so würden sie zu keinem andern Urteil kommen. Stichhaltige Bedenken gegen einen wirksamen Bauarbeiterschutz bestehen also nicht, es sei denn, daß Regierung und Parlamentsmehrheit die Interessen der Bauunternehmer höher stellen wollen als Gesundheit und Leben der Bauarbeiter. Am 8. März 1912 beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus zum letzten Mal mit einem sozialdemokratischen Antrag auf gesetzliche Regelung des Bauarbeiterschutzes. Man darf wohl annehmen, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Landtag recht bald Gelegenheit geben wird zu zeigen, ob die Forderungen der Bauarbeiter in dem neuen Haus ein besseres Schicksal finden werden.

Was für den Bauarbeiterschutz gilt, gilt selbstverständlich auch für den Arbeiterschutz im allgemeinen. An Stelle der vielen unwirksamen Polizeiverordnungen müßten klare landesrechtliche Vorschriften treten (so weit nicht überhaupt eine reichsgesetzliche Regelung vorzuziehen wäre). Die Gewerbeinspektion müßte so ausgebaut werden, daß die Beamten die Betriebe wirklich inspizieren und beaufsichtigen können. Das alles sind so be-

scheidene und eigentlich selbstverständliche Forderungen, daß man annehmen sollte, zu ihrer Vertretung würden sich alle Parteien im Landtag vereinigen. Doch läßt das Ergebnis früherer Verhandlungen auf diesem Gebiet leider diese Erwartung nicht gerechtfertigt erscheinen.

Eine weitere dringliche Aufgabe des preußischen Landtags ist die Lösung der Landarbeiterfrage. Diese Lösung wird um so zwingender, je mehr sich die Industrie ausbreitet und mit ihr die Landflucht wächst, je mehr junge Leute vom Land zum Waffendienst eingezogen werden, je mehr die industrielle Entwicklung in den östlichen und südlichen Nachbarländern den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte unterbindet. Die erste Bedingung dieser Lösung ist die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den industriellen. Es ist eines Kulturstaaes unwürdig, daß seine erwachsenen Angehörigen auf dem Land unter Rechtsverhältnissen leben, die ihnen schmachvolle Pflichten auferlegen, aber gar keine Rechte gewähren. Die buntscheckige Musterkarte von Gesindeordnungen, die zum Teil das ehrwürdige Alter einiger Jahrhunderte haben und gleichwohl heute noch in einzelnen Bezirken des preußischen Staates gelten, bietet eines der am meisten betrieblenden Bilder in dem Buch preußischer Sozialpolitik. Ob und inwieweit die rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter Reichsgesetze berührt, soll hier unerörtert bleiben. Es handelt sich hier darum, daß die preußischen Gesetze, die den Landarbeitern den Stempel der Hörigkeit aufdrücken, so abzuändern sind, daß sie ihres aufreizenden Ausnahmecharakters entkleidet werden.

Die Versuchung liegt sehr nahe in diesem Zusammenhang auch die Frage der innern Kolonisation und ihre Einwirkung auf die Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiter zu besprechen; davon will ich indes absehen. Ich möchte nur hervorheben, daß die ländliche Wohnungsfrage nicht minder dringend einer Lösung bedarf wie die der Großstädte. Und da die kleineren ländlichen Gemeinden oder Kreisverbände noch sehr viel schwerer zu einer durchgreifenden Wohnungsfürsorge zu bewegen sind als die Städte, so muß der Staat zur Beseitigung des Wohnungselends auf dem Land eingreifen. Der Geburtenrückgang in Deutschland wird ja zu einem kleinen Teil durch einen Rückgang der Sterblichkeitsziffer, insbesondere der Jugendlichen, ausgeglichen. An diesem Sterblichkeitsrückgang der Jugendlichen hat aber das Land keinen Anteil. Das sollte denen zu denken geben, die die Sorge um die nationale Verteidigung in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktionen stellen. Mit Gesindeordnungen, Kontraktbruchgesetzen und dem Legitimationszwang für ausländische Arbeiter erzieht sich der Staat keinen leistungsfähigen und gesunden Arbeiterstamm. Dieses Ziel läßt sich nur auf dem Weg sozialer Reformen erreichen. Wenn die Versorgung des deutschen Volks mit den Erzeugnissen seiner eigenen Landwirtschaft eine nationale Lebensfrage geworden ist, wie die agrarischen Kreise betonen, so hat man erst recht die Pflicht dafür zu sorgen, daß der deutschen Landwirtschaft eine leistungsfähige Arbeiterschaft geschaffen und erhalten wird.

Das sind einige der dringendsten Aufgaben der preußischen Sozialpolitik. Daneben sind noch andere von Wichtigkeit, die hier nicht ausdrücklich hervorgehoben wurden. Der preußische Staat hat zu vieles unterlassen, er hat jetzt zu vieles nachzuholen. Der Erfüllung der aufgezählten Forderungen aber darf er sich auf keinen Fall länger entziehen.

XX

ADOLPH VON ELM · DIE LEISTUNGEN DER VOLKSFÜRSORGE



IT wahrem Heißhunger hat die kapitalistische Konkurrenz auf die Veröffentlichung der Tarife und der Versicherungsbedingungen der *Volkspflege* gewartet, um sie dann in der in der Versicherungsbranche üblichen unfairen Art bearbeiten zu können. Den großen kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften steht mit verschwindend wenigen Ausnahmen die gesamte bürgerliche Presse zur Verfügung, und so ist es erklärlich, daß es zurzeit in dieser von Artikeln wimmelt, um die Leistungen der *Volkspflege* herabzusetzen. Und was in den Partei- und *parteilosen* kapitalistischen Organen nicht eingehend genug erörtert werden kann, das besorgen die Direktionen und Subdirektionen der verschiedenen Gesellschaften. Bei der Unkenntnis, in der die Lebensversicherungsgesellschaften die großen Massen des Volkes bisher über die Technik der Lebensversicherung geflissentlich erhalten haben, wäre es schon denkbar, daß auch der *Volkspflege* sympathisch gegenüberstehende Kreise durch die gegen sie inszenierte systematische Hetze zu dem Glauben verleitet werden könnten, daß die *Volkspflege* anderen Gesellschaften gegenüber in ihren Leistungen nicht auf der Höhe sei. Es ist deshalb schon notwendig in einer auch dem Laien verständlichen Weise über die Grundsätze des technischen Aufbaus der Lebensversicherung einige Erklärungen zu geben.

Für die Berechnung der *Nettoprämien* einer Lebensversicherung gleich viel welcher Art gelten 2 Regeln: 1. das durch Zins und Zinseszins herbeigeführte Wachsen des Kapitals, 2. die Berechnung des zu tragenden Risikos auf Grund von Sterbetafeln.

Bei der Berechnung des Zinszuwachses wird fast ausnahmslos eine Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ % pro Jahr angenommen. Auf Grund von Zinstabellen ist mit Leichtigkeit festzustellen, wie groß der Zinszuwachs bei einer bestimmten Summe eingezahlter Prämien im Lauf einer Reihe von Jahren sein wird. Umgekehrt läßt sich ebenfalls berechnen, wie hoch die regelmäßig zu zahlenden Prämien des Versicherungsnehmers sein müssen, wenn eine feste Summe nach Verlauf von bestimmten Jahren ausgezahlt werden soll. Bei einer Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ % wächst zum Beispiel ein eingezahltes Kapital in 20 Jahren auf annähernd das Doppelte; will man nach 20 Jahren durch Zinseszins ein Kapital von 100 Mark erhalten, so brauchen zu Beginn nur 50,26 Mark eingezahlt zu werden. Der Zinssatz von $3\frac{1}{2}$ % ist deshalb als allgemeine Regel aufgestellt worden, weil mit Sicherheit zu erwarten ist, daß dieser von einer Gesellschaft dauernd bei der Anlage von Geldern in Hypotheken oder Wertpapieren erreicht wird. Allgemein bekannt ist, daß infolge der Geldknappheit der Zinssatz selbst bei 1. Hypotheken schon seit vielen Jahren höher als $3\frac{1}{2}$ % ist. Die Summe, die eine Lebensversicherungsgesellschaft durch eine höhere Verzinsung über $3\frac{1}{2}$ % hinaus erzielt, bildet für sie den sogenannten *Zinsgewinn*.

Die Zinszuwachsrechnung allein würde zur Feststellung der erforderlichen Höhe der Prämien selbstverständlich nur dann ausreichen, wenn alle versicherten Personen bestimmt bis zum Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer am Leben blieben. Da dies nicht der Fall ist, die volle Ver-

sicherungssumme bei festen Kapitalversicherungen aber auch nach Ablauf der in den Versicherungsbedingungen vorgesehenen Karenzzeit bei dem vorzeitigen Ableben eines Versicherten gezahlt werden muß, ist es erforderlich nach bestimmten Grundsätzen die Sterblichkeitswahrscheinlichkeit festzustellen und dementsprechend das Risiko durchschnittlich auf die einzelne Versicherung zu verteilen. Nach dem Kreis der zu Versicherten hat man die Lebensversicherung in 2 Arten geschieden, in die große und die kleine Lebensversicherung. Für die große Lebensversicherung kommen erheblich günstigere Sterblichkeitsverhältnisse in Betracht als für die kleine, bei der die Höchstversicherungssummen 1500 respektive 2000 Mark nicht übersteigen dürfen.

Den Grundsatz der Solidarität kennt die heutige kapitalistische Gesellschaft nicht. Sie zieht auf allen Gebieten einen dicken Strich zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. Dies geschieht selbstverständlich auch bei den kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaften. Anstatt das zu tragende Risiko bei der Lebensversicherung auf alle Versicherten gleichmäßig zu verteilen, sind für die große und für die kleine Versicherung 2 Arten der Prämienberechnung eingeführt worden; die eine auf Grund von statistischen Feststellungen bei durch ärztliche Untersuchungen ausgewählten Risiken, gewonnen aus den langjährigen Erfahrungen der großen Lebensversicherungsgesellschaften selbst; die andere auf Grund allgemeiner Volksterbtafeln. Für die Volksversicherung werden allgemein die letzteren verwandt. Nach diesen Sterbtafeln, auf denen für eine bestimmte Periode von Jahren im Durchschnitt für alle Personen gleichen Alters die Zahl der Lebenden und der Verstorbenen verzeichnet ist, wird durch Versicherungsmathematiker das zu tragende Risiko für die verschiedenen Jahrgänge berechnet. Mit dem zunehmenden Alter wächst die Wahrscheinlichkeit des Ablebens der Menschen. Eigentlich müßte also ein Versicherter, je älter er wird, desto höhere Prämien bezahlen. Da namentlich bei Volksversicherungen gerade den im höhern Lebensalter stehenden Versicherten dies jedoch schwer fallen würde, wird die Prämiensumme für die gesamte Dauer der Versicherung gleichmäßig auf alle Jahre verteilt.

Die hier entwickelten Grundsätze zur Berechnung der Nettoprämien müssen von jeder Versicherungsgesellschaft befolgt werden. Ein Unterschied für die Volksversicherung besteht allerdings insofern als auch hierfür 2 verschiedene Reichsterbtafeln verwandt werden, die eine für die Periode 1871-1872 bis 1880-1881, die andere für die Periode 1891 bis 1900. Seit der ersten Periode haben sich die Sterblichkeitsverhältnisse wesentlich günstiger gestaltet. Sowohl die Kindersterblichkeit als auch die Sterblichkeit der Erwachsenen hat abgenommen. Einige Zahlen mögen dies illustrieren:

Bei dem männlichen Geschlecht betrug von 100 000 im selben Jahr Geborenen

	die Zahl der Lebenden nach der Sterbtafel		die Zahl der Gestorbenen nach der Sterbtafel	
	1871 bis 1880	1891 bis 1900	1871 bis 1880	1891 bis 1900
nach 15 Jahren	60 892	66 462	39 108	33 538
" 30 "	54 454	61 274	45 546	38 726
" 40 "	48 775	56 402	51 225	43 598
" 50 "	41 228	49 002	58 772	50 998
" 60 "	31 124	38 308	68 876	61 692

Man sieht, daß nach den beiden Sterbetafeln eine Differenz zugunsten der neuesten Sterbetafel von 6- bis 8000 besteht.

Hat eine Gesellschaft als Grundlage ihrer Prämienberechnung die alte Sterbetafel genommen, so müssen dementsprechend ihre Nettoprämien höher respektive ihre Versicherungssummen kleiner sein, als wenn von einer andern Gesellschaft die neueste Sterbetafel angewandt wurde. Die bestehenden älteren Gesellschaften haben fast sämtlich ältere Sterbetafeln verwandt, während die *Volkspfürsorge* die neueste Reichssterbetafel von 1891 bis 1900 als Grundlage der Nettoprämienberechnung genommen hat. Verläuft die Sterblichkeit bei den Versicherten einer Gesellschaft günstiger als nach der angewandten Sterbetafel angenommen worden ist, so erzielt die Gesellschaft dadurch einen Sterblichkeitsgewinn, im umgekehrten Fall entsteht ein Sterblichkeitsverlust.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen wird auch der Laie verstehen, wie bei Lebensversicherungsgesellschaften die Nettoprämie oder, kaufmännisch ausgedrückt, der Einkaufspreis der Ware Lebensversicherung ermittelt wird.

Der Einkaufspreis ist jedoch nicht der Verkaufspreis, die Nettoprämie nicht die Brutto- oder Tarifprämie, die der Versicherte zu zahlen hat. Wie der Kaufmann je nach den Unkosten, die er in seinem Geschäft hat, je nach dem Profit, den er erzielen will, je nach dem Prozentsatz, den er seinen Kunden als sogenannte *Dividende* vom Verkaufspreis zurückvergüten will, einen Aufschlag auf den Einkaufspreis seiner Ware macht, so auch eine Lebensversicherungsgesellschaft. Sie kann die Ware Lebensversicherung dem Versicherten nicht kostenlos zur Verfügung stellen; bei jeder Lebensversicherung entstehen durch die Akquisition (Werbung von Versicherten), durch das Inkasso (Erhebung der Prämien), durch die notwendigen Buchungen und Kontrollen im Hauptbureau, durch die zu versendenden Drucksachen, durch die Agitation usw. Unkosten, die selbstverständlich von den Versicherten gedeckt werden müssen. Ist bei einer Versicherungsart Gewinnbeteiligung in Aussicht gestellt worden, so muß entsprechend ihrer Höhe natürlich auch hierfür ein Aufschlag auf die Nettoprämien genommen werden. Erhalten die Aktionäre hohe Dividenden, die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder hohe Tantiemen, so müssen, wie sich das für jeden denkenden Menschen von selbst versteht, die Versicherten mit dem entsprechenden Teil ihrer Tarifprämien auch hierfür aufkommen.

Bei der Festsetzung der Aufschläge auf die Nettoprämien verfolgen nun die Versicherungsgesellschaften ganz verschiedene Methoden. In neuerer Zeit sind einige Gesellschaften dazu übergegangen die Versicherungssummen auf Grund solcher Prämien zu berechnen, in denen Aufschläge für eine Gewinnbeteiligung der Versicherten nicht einkalkuliert sind, wodurch sich die Versicherungssummen natürlich erhöhen. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, wenn eine Gesellschaft dies von vornherein ihren Versicherungsnehmern erklärt, ihnen ehrlich sagt: Auf einen Gewinn von irgendwelcher nennenswerten Bedeutung habt ihr bei unserer Gesellschaft nicht zu rechnen; dafür haben wir von vornherein höhere Versicherungssummen angenommen. Unehrllich, ja geradezu gewissenlos aber ist es, wenn die Agitation für eine Gesellschaft, die keine oder fast keine Gewinnbeteiligung bei ihren sämtlichen oder auch nur bei einer ihrer Versicherungsarten kalkuliert hat, gegen-

über einer andern, bei der die Gewinnbeteiligung der Versicherten nicht nur auf dem Papier steht, mit dem Hinweis auf die höheren Versicherungssummen betrieben wird. In der Praxis hat die Methode durch höhere Versicherungssummen Versicherungsnehmer einzufangen zu wollen Schiffbruch erlitten, wie das Beispiel der *Vereinsversicherungsbank* in Düsseldorf beweist. Sie versprach ihren Versicherungsnehmern enorm hohe Versicherungssummen und auch Gewinnbeteiligung; ihr Erfolg war trotz der für sie betriebenen skrupellosen Agitation so kläglich, daß sie, um einem völligen Bankerott vorzubeugen, in ihrer letzten Generalversammlung ihre Liquidation beschließen mußte.

Die Methode durch höhere Versicherungssummen Versicherungsnehmer zu werben haben bei ihrer Volksversicherung auch die öffentlichrechtlichen Provinzialanstalten und bis zu einem gewissen Grad die ebenfalls in diesem Jahr gegründete *Deutsche Volksversicherungsaktiengesellschaft* eingeschlagen. Bei der für sie betriebenen Agitation im Land werden jetzt gegen die *Volkstürsorge* in der unbedenklichsten Art die höheren Versicherungssummen der genannten beiden *nationalen* Gesellschaften ausgeschlachtet. *Wie wehren wir uns gegen die sozialdemokratische Volkstürsorge?* lautet ein Artikel in der vom Freiherrn von Reischwitz geleiteten *Deutschen Arbeiterzeitung*. Das bekannte Scharfmacherorgan wiederholt zunächst seine schon früher aufgestellten Behauptungen, daß die *Volkstürsorge* eine »ungeheure Gefahr« für die Arbeitgeber, die »wirtschaftsfriedlichen Arbeiter« und für die »nationale Sache« bedeute und präsentiert als Abwehrmittel dann Vergleiche zwischen den Versicherungssummen der *Victoria*, der *Friedrich Wilhelm*, der *Volkstürsorge* und den sogenannten *nationalen* Gesellschaften: der *Deutschen Volksversicherungsaktiengesellschaft* und der Volksversicherung der öffentlichrechtlichen Provinzialanstalten Preußens. Nach diesen Vergleichen zahlen *Victoria* und *Friedrich Wilhelm* niedrigere Versicherungssummen, die *Deutsche Volksversicherungsaktiengesellschaft* etwas höhere, dagegen sind für die öffentlichrechtliche Volksversicherung Summen angegeben, die um 2- bis nahezu 300 Mark höher sind als bei der *Volkstürsorge*. Und dann folgt ein Satz, in dem das »Abwehrmittel« enthalten ist: »Sämtliche genannten Versicherungsunternehmen beteiligen ihre Versicherten am Gewinn.« In dieser völligen Gleichstellung der Gesellschaften respektive der Gewinnbeteiligung der Versicherten steckt der Schwindel, mit dem operiert werden soll. Gewiß, Gewinnbeteiligung versprechen den Versicherten auch die Öffentlichrechtlichen; aber jeder Versicherungsfachmann weiß, daß bei den in Aussicht gestellten hohen Versicherungssummen ein Gewinn nicht zu erwarten ist. Verschwiegen wird auch in dem angeführten Artikel, daß die deutsche Volksversicherungsaktiengesellschaft eine Gewinnbeteiligung erst nach Ablauf von 5 Jahren nach dem Versicherungsabschluß gewährt. *Ehrlich währt am längsten* kann gegenüber dieser unehrlichen Methode mit ruhigem Gewissen die *Volkstürsorge* sagen. Die Tarife der *Volkstürsorge* sind derart kalkuliert, daß den Versicherten ein mit den Jahren ständig wachsender Gewinn zufließen muß. Es wäre für die *Volkstürsorge* ein leichtes auf Grund ihres Geschäftsplans den Gegnern zu antworten: Unser Gewinn wird voraussichtlich so und so viel Prozent betragen, dieser Prozentsatz den Versicherungssummen hinzugerechnet, ergibt weit höhere Beträge, als ihr den Versicherten verspricht. Die *Volkstürsorge* verschmäht es mit solchen Wahrscheinlichkeitsrechnungen zu ope-

rieren, weil keine Gesellschaft mit völliger Sicherheit ihren voraussichtlichen Gewinn für die Zukunft angeben kann.

Wovon hängt der Gewinn einer Versicherungsgesellschaft ab?

Wie anfänglich erklärt: 1. von der Höhe der Zinsen, die sie bei ihren Kapitalanlagen erzielt (es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die *Volksfürsorge*, wenn sie den genossenschaftlichen Wohnungsbau bei ihren Anlagen fördern will, keine höheren, wahrscheinlich sogar niedrigere Zinsen erzielen wird als andere Gesellschaften); 2. von einem eventuellen Sterblichkeitsgewinn. Da die *Volksfürsorge* die neueste Sterblichkeitstafel von 1891 bis 1900 als Grundlage ihrer Nettoprämienberechnungen genommen hat, wird ihr Sterblichkeitsgewinn ebenfalls kein höherer, wahrscheinlich sogar ein niedrigerer sein als bei den alten Gesellschaften. Die *Volksfürsorge* hat keine Gefahrentarife für besonders gefährliche Berufe, wie solche von einer ganzen Anzahl von Gesellschaften geführt werden. Sie schließt bei ihren Aufnahmen keinen Distrikt Deutschlands aus, wie dies ebenfalls von einigen Gesellschaften bei günstigen Tarifen geschieht, wenn in einem Distrikt eine hohe Sterblichkeit vorhanden ist.

Es wäre Torheit den Versicherten nicht von vornherein zu sagen, daß, obwohl die organisierten Arbeiter in allererster Linie sich bei der *Volksfürsorge* versichern werden und bei ihnen die Sterblichkeitsverhältnisse günstiger sind als im allgemeinen, dennoch aus den angeführten Gründen auf einen hohen Sterblichkeitsgewinn nicht zu rechnen ist. Anders liegen aber die Verhältnisse bei dem Teil des Gewinns, der aus den Zuschlägen zu den Nettoprämien erwächst. Die *Volksfürsorge* zahlt keine Tantiemen an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder; dieser Teil des Überschusses, der bei den kapitalistischen Gesellschaften den Versicherten entzogen wird, verbleibt ihnen bei der *Volksfürsorge*. Dadurch allein würden allerdings die Leistungen der *Volksfürsorge* für die Versicherten in erheblichem Maß auch noch nicht wachsen, wenn nicht ein weiterer Umstand hinzukäme, wodurch die *Volksfürsorge* ihre Überlegenheit schließlich allen anderen Gesellschaften gegenüber zeigen wird.

Die *Volksfürsorge* ist ein Unternehmen, erwachsen aus der Solidarität der organisierten Gewerkschafter und Genossenschafter; wie Gewerkschaften und Genossenschaften durch die freiwillige und freudige Mitarbeit ihrer Mitglieder groß und stark geworden sind, so wird es auch bei der *Volksfürsorge* sein. Sie wird deshalb auch wesentlich niedrigere Verwaltungskosten haben als andere Gesellschaften. Nehmen wir zunächst die Werbekosten. Die *Victoria* verausgabte für den Abschluß einer Volksversicherung in den letzten Jahren an 7 Mark und darüber. Die *Volksfürsorge* hat in ihrem Organisationsplan festgelegt, daß für die Entgegennahme und Vermittlung eines Antrags 30 Pfennig an die Vertrauensperson und 10 Pfennig an die örtliche Rechnungsstelle gezahlt werden. Und in ganz Deutschland haben sich die organisierten Gewerkschafter und Genossenschafter freudigst bereit erklärt für diese niedrigen Sätze für die *Volksfürsorge* zu wirken. Weiter: an Inkassoprovisionen zahlt die *Victoria* zirka 13 % der Prämieinnahme. Die *Volksfürsorge* wird dafür bei ihrer Sparversicherung 4 %, bei festen Kapitalversicherungen 9 % zahlen. Dadurch werden ganz enorme Beträge für die Versicherten erspart. Nun behaupten allerdings auch die *nationalen* Gesellschaften, auch sie würden

billige Verwaltungskosten haben. Nur hat noch keine von ihnen, wie dies die *Volkspfürsorge* ohne weiteres getan hat, öffentlich bekannt gegeben, welche Beträge oder wieviel Prozent sie für Akquisition und Inkasso zahlen wird.

Man operiert gegen die *Volkspfürsorge* mit hohen Versicherungssummen, verschweigt, daß dabei eine Gewinnbeteiligung der Versicherten nur in ganz bescheidenem Maß möglich ist und unterläßt es wohlweislich über den Punkt, auf den es doch hauptsächlich ankommt, über die Verwaltungskosten, die im Durchschnitt aller Gesellschaften bei der Volksversicherung im Jahr 1911 29 % der Prämieinnahme betrug, auch nur eine positive Mitteilung zu machen. Das ist bezeichnend für die unfaire Art, mit der gegen die *Volkspfürsorge* gekämpft wird. Bei denkenden Arbeitern wird diese Agitation selbstverständlich nicht verfangen. Sie wissen: Die *Volkspfürsorge* ist ein Unternehmen, aufgebaut nach streng genossenschaftlichen Grundsätzen, der ganze Überschuß wird den Versicherten zugute kommen; je größer die Zahl der Versicherten, desto größer der Nutzen für den einzelnen. Deshalb arbeiten die organisierten Gewerkschaften und Genossenschaften für die *Volkspfürsorge* mit Begeisterung.

Trotz des Aushängeschildes der Gemeinnützigkeit sind auch die sogenannten *nationalen* Gesellschaften Gebilde, die dem Kapitalismus dienen; die öffentlichrechtlichen wollen die Gelder des arbeitenden Volkes programmgemäß für die Entschuldung des Grundbesitzes verwenden, sind also ausgesprochen agrarkapitalistische Institutionen. Die Gründer der *Deutschen Volksversicherungsgesellschaft* sind kapitalistische Privatversicherungsgesellschaften, die eine weitere Entwicklung der *Volkspfürsorge* fürchten. Sie befürchten, daß, wenn erst einmal auf dem Gebiet der Volksversicherung der Anfang mit einer durchgreifenden Reform gemacht worden ist, diese schließlich auch auf die große Lebensversicherung sich ausdehnen wird. Woher sonst so plötzlich bei den Generaldirektoren und Aktionären die große Liebe zum Volk, wovon bei ihnen doch vor der Gründung der *Volkspfürsorge* keine Spur vorhanden war?

Die *Volkspfürsorge* ist ein Unternehmen im Interesse des Volkes mit anti-kapitalistischer Tendenz: Das ist der Grund der Gegenmaßnahmen gegen sie, kein anderer. Hie Kapitalismus, hie Volksinteressen: darum geht der Kampf. Der Indifferentismus des Volkes ist der Sockel der Herrschaft des Kapitalismus; deshalb gilt es auch auf diesem Gebiet Licht und Aufklärung zu verbreiten. Viel Feind, viel Ehr', kann mit Recht die *Volkspfürsorge* von sich sagen, und deshalb werden auch bei dem gegen sie im Interesse des Kapitalismus mit so viel Gift und Galle geführten Kampf alle wahren Volksfreunde begeisterte Streiter für die *Volkspfürsorge* sein.

XXX
THEODOR LEIPART · DER WERFTARBEITERSTREIK



WÄHREND man bei uns in Deutschland sonst eigentlich nur gewöhnt ist, daß ein Streik der Weber oder ein großer Bergarbeiterstreik die breite Öffentlichkeit in stärkerem Maß erregt, haben jetzt auch die Vorgänge auf den deutschen Seeschiffswerften in der gesamten Presse ein lautes Echo gefunden. Das kommt daher, daß auch dieser Werftarbeiterstreik keine alltägliche Erschei-

nung darstellt. Zum Glück für uns, es wäre sonst schlecht um die deutsche Gewerkschaftsbewegung bestellt. Die Besonderheit des Falles rechtfertigt auch den Wunsch der Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte* den Streik hier besprochen zu sehen, und so benutze ich gern die Gelegenheit, nicht um eine Schilderung des ganzen Werftarbeiterstreiks zu geben sondern nur um an die bedauerlichen Begleiterscheinungen, die der regelwidrige Kampf gezeitigt hat, einige allgemeine Betrachtungen zu knüpfen.

Die Tatsachen kann ich als bekannt voraussetzen. Schon im Vorjahr drängten die Werftarbeiter auf eine neue allgemeine Bewegung hin, um die Mißstände, die bei der vorigen Bewegung im Jahr 1910 ungeregelt geblieben waren, zu beseitigen, die Arbeitszeit abzukürzen und vor allen Dingen auch eine Lohnerhöhung zu erreichen. Die beteiligten Gewerkschaften veranlaßten zunächst, daß die Beschwerden der Arbeiter gesammelt und geprüft, daß alle für eine Lohnbewegung erforderlichen Vorarbeiten gründlich erledigt wurden. Auch die Forderungen wurden aufgestellt, zunächst in internen Sitzungen, dann im größern Kreis der Vertrauensmänner und auf Konferenzen von Vertretern aller Werftorte. Alsdann wurden die Forderungen eingereicht, und sehr bald begannen auch die Verhandlungen. Nicht wie bei den großen Tarifverhandlungen in anderen Gewerben mit den offiziellen Vertretern der Gewerkschaften sondern zunächst nur zwischen Vertretern der Werftbesitzer und der auf den Werften beschäftigten Arbeiter. Nur aus Hamburg und Kiel war je ein örtlicher Beamter des Metallarbeiterverbands mit zu den Verhandlungen zugelassen worden. Wie aber vorauszu-sehen war, brachten diese Verhandlungen keinen Erfolg, wenigstens nicht schon beim ersten und zweiten Anlauf. Über die zweimaligen Verhandlungen wurde einer neuen Vertreterkonferenz Bericht erstattet; die Vorstände der Verbände wollten auf diese Weise in möglichst enger Fühlung mit den Vertretern der Werftarbeiter und damit zugleich mit diesen selbst bleiben. Sie ließen sich auch zu allem Überfluß von den Werftarbeiterdelegierten aus allen Städten erst den ausdrücklichen Auftrag erteilen nunmehr ihrerseits in die Verhandlungen einzugreifen. Kaum aber konnten die Vorstände an die Ausführung dieses Auftrags herangehen, ihr schriftlicher Antrag war noch nicht in die Hände des Unternehmerverbands gelangt, da begannen die Hamburger Werftarbeiter bereits auf der ganzen Linie die Arbeit einzustellen, und wie ein Flugfeuer breitete sich dieser wilde Streik auf sämtliche Werftorte aus. Nur in Bremerhaven folgten die Werftarbeiter und in Bremen die Holzarbeiter allein noch der Leitung ihrer Organisation, so daß hier wenigstens ein ordnungsgemäßer Beschluß über die Arbeitseinstellung noch gefaßt und diese mit Genehmigung der Verbandsleitungen erfolgen konnte. In Hamburg fanden die beschließenden Versammlungen erst statt, als die Streikenden die Arbeit schon verlassen hatten. Es war angeblich am Morgen der Arbeitseinstellung das Gerücht verbreitet worden, die Ortsverwaltung des Verbandes befürwortete den Streik, und so wurde dieser ohne jede Abstimmung begonnen.

Hierbei darf allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß die Arbeiter, wenigstens in Hamburg, von den Unternehmern provoziert worden waren. Zwar sind nicht alle hierüber verbreiteten Gerüchte zutreffend, aber die Tatsache der Provokation an dem Morgen des ersten Streiktags steht fest. Das entschuldigt aber nicht die Werftarbeiter, die leider solche Provokationen schon

immer gewöhnt sind und gerade deshalb noch besser als die übrigen Gewerkschaftsangehörigen wissen mußten, daß es im gewerkschaftlichen Kampf keinen größern Fehler geben kann als sich durch eine Provokation der Unternehmer den Zeitpunkt für eine Angriffsbewegung bestimmen zu lassen. Die Vorstände der Verbände, die in Eile aufs neue zusammentraten, mußten daher beschließen, daß dieser Streik nicht anerkannt und auch nicht aus den Mitteln der Organisationen unterstützt werden könne. Sie mußten leider voraussehen, daß die Unternehmer die angebotenen Verhandlungen der Vorstände jetzt nach dem Ausbruch des Kampfes mit Hohnlachen abweisen würden, und diese Voraussicht erfüllte sich auch prompt. Auf die Erwiderung der Vorstände, daß sie ihr Angebot auch nach dem Beginn des Streiks keineswegs als erledigt angesehen wissen möchten, gaben die Unternehmer überhaupt keine Antwort mehr. Versuche der Vorstände in Bremerhaven und Bremen zu direkten Verhandlungen mit den dortigen Werftbesitzern zu kommen, um die Arbeitseinstellung auf diesen Werften noch zu verhüten, scheiterten an der strikten Weigerung der Werftbesitzer überhaupt jetzt noch zu verhandeln.

Weitere Einzelheiten aus dem Verlauf des Kampfes, die Stellungnahme eines Teils der Arbeiterpresse und einzelner Zahlstellen der beteiligten Verbände an anderen Orten, ebenso auch die vom Metallarbeiterverband einberufene außerordentliche Generalversammlung sollen hier nicht näher erörtert werden, weil das zu weit führen würde. Trotz des mit 126 gegen 18 Stimmen gefaßten Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbands, der das diszipliniwidrige Vorgehen der Kollegen in den Werftorten »auf das entschiedenste verurteilt« und weiter ausspricht, daß »der Vorstand nicht anders handeln konnte als er gehandelt hat, sogar so zu handeln verpflichtet war«, trotz dieser ausdrücklichen Billigung der Haltung der Vorstände durch die größte der beteiligten Gewerkschaften werden die Vorwürfe gegen die Vorstände wegen ihrer Ablehnung des Streiks voraussichtlich so bald noch nicht verstummen; darum möge über diese Seite der Werftarbeiterbewegung, die auf so bedauerliche Art in die Brüche gegangen ist, hier einiges gesagt sein.

Auf alle Angriffe und Einwendungen gegen die Haltung der Vorstände kann und will ich natürlich nicht eingehen. Manche Einzelheit darf ja auch aus taktischen Gründen gar nicht öffentlich erörtert werden. So kann ich zum Beispiel der *Sozialen Praxis* keine erschöpfende Antwort auf ihre »moralische Frage« geben, ob der Streik nach Ansicht der Führer sich hätte erfolgsversprechender gestalten können, falls er ein paar Tage später »amtlich eingeleitet worden wäre«. Dieses angesehene Blatt, das den Beschluß des außerordentlichen Verbandstags der Metallarbeiter »eine Tat« nannte und den Sieg der Disziplin aufs wärmste begrüßte, hatte sich 2 Wochen vorher selber einige Argumente der Disziplinbrecher gegen die Vorstände zu eigen gemacht, indem es die Vermutung aussprach, daß die Führer wohl von Anfang an nicht den Willen hatten es auf einen Kampf ankommen zu lassen, und daß sie den Grundsatz, daß Lohnbewegungen nur eingeleitet werden dürfen, wenn der Wille und die Kraft vollauf vorhanden sind beim Versagen der friedlichen Verhandlungsmethode zu einem aussichtsreichen Streik überzugehen, nicht genügend beachtet hätten. »War der Kampf am Tag vor der Arbeitsniederlegung nach Auffassung der Führer aussichtsvoll, so war

er es am Tag des Streikbeginns auch noch.« Das sind olle Kamellen für jeden Verbandsvorstand, der sie immer zu hören bekommt, wenn unzufriedene Mitglieder über den Bürokratismus der Leitung räsonnieren. Als wenn es sich bei dem Verlangen der Vorstände die statutarischen Vorschriften nicht durch die eigenen Mitglieder mißachten zu lassen nur um bloße Formalien und nicht um bittere Lebensnotwendigkeiten für den Gewerkschaftskampf handelte.

Auch aus den eigenen Reihen ist eingewandt worden, die Paragraphen dürften nicht zu *Fesseln* gemacht werden. Nun, unsere Gewerkschaften sind bekanntlich Kampforganisationen, und daraus ergibt sich von selbst, daß keine Gewerkschaftsleitung an dem toten Buchstaben des Statuts hängen kann und darf. Jede Lohnbewegung, auch wenn sie am Ende der Verhandlungen zu einem friedlichen Abschluß führt, bedeutet ein hartes Ringen und Kämpfen. Das Gelingen des Kampfes erfordert stets ein bestimmtes Maß von Beweglichkeit und Freiheit in der Führung, wie sie die Erfahrung und das Geschick der Führer für nötig halten. Sowohl die Taktik wie die Kampfesmittel müssen variabel sein, und zwar umsomehr als auch die Unternehmerorganisationen immer mehr eine kluge Kampfestaktik erlernt haben und in der Anwendung neuer Kampfesmittel nicht immer wählerisch sind. Ich kenne darum auch kein Gewerkschaftsstatut, daß dem Vorstand des Verbandes bei der Genehmigung und der Leitung der Lohnkämpfe in allen Fällen die Hände bindet. Aber es gibt andererseits auch keine Gewerkschaft, die heute noch die wichtigste Entscheidung in der Lohnbewegung, nämlich den Zeitpunkt der Arbeitseinstellung zu bestimmen und diese selbst zu beschließen, ganz allein den beteiligten Mitgliedern überlassen könnte. Wohl sind noch Unterschiede in der Beschränkung der Bewegungsfreiheit der örtlichen Organisationen vorhanden, aber ein bestimmtes Maß einschränkender Bestimmungen findet sich in den Statuten aller Gewerkschaften, weil das Wachstum der Bewegung sie mit der Zeit unentbehrlich machte.

Vor 20 Jahren enthielten die meisten Statuten noch keinerlei Vorschriften für die Streikführung. Soweit schon Regeln aufgestellt waren, hatte man aus Rücksicht auf die behördlichen Einmischungen besondere Streikreglements für sie geschaffen, die neben dem Statut bestanden und deshalb den Polizeibehörden nicht, wie es mit dem Statut geschehen mußte, eingereicht zu werden brauchten. Von einer geordneten systematischen Führung der Lohnbewegungen und Streiks war aber in den meisten Verbänden keine Rede. Oft kam die Bewegung über Nacht. Es fehlte außerdem an erfahrenen, durch eine längere Praxis geübten Unterhändlern, und so führten die meisten Bewegungen sehr schnell zur Arbeitseinstellung. Wer sich dann als Streikender meldete, erhielt auch Unterstützung, einerlei ob er der Gewerkschaft als Mitglied angehörte oder nicht. Es genügte, wenn der Unorganisierte sich am Tag der Arbeitseinstellung oder später als Mitglied aufnehmen ließ, in manchen Fällen wurde aber auch dies nicht einmal verlangt, geschweige denn, daß man wie heute die Erfüllung einer Karenzzeit, das heißt eine bestimmte Mitgliedschaftsdauer als Vorbedingung für das Anrecht auf Streikunterstützung fordert. Daß auch die Aufbringung der Unterstützungsgelder gar nicht oder nur ganz primitiv geregelt war, ist noch genügend in Erinnerung. Aber auch die Höhe der Unterstützung war nicht

für alle Fälle gleich bestimmt sondern richtete sich nach den örtlichen Ver dienstverhältnissen und vor allem nach den vorhandenen Mitteln. Es war nicht viel anders und nur wenig besser als heute noch in Frankreich, wo die Streikenden mit den *gemeinschaftlichen Suppen* unterstützt werden. Trotz der Uneinigkeit der Unternehmer gingen viele Streiks verloren, und mit den Streiks zugleich auch die Organisationen. Erst nach Jahren, wenn die Niederlage und die Enttäuschung, die das Fehlschlagen der gewöhnlich mit den größten Erwartungen eingeleiteten Bewegung im Gefolge hatte, wieder vergessen waren, konnte man das Spiel von vorn beginnen. Die besten Kräfte mußten sich in der mühevollen Agitation aufreiben, die praktischen Erfolge waren selten und gering, der Fortschritt daher äußerst langsam.

Die harten Lehren der Vergangenheit sollten nicht so schnell vergessen werden. Aber es geht wie im privaten Leben, die unangenehmen Erinnerungen verblassen bald, wenn man erst in besseren Verhältnissen leben kann. Wer die trüben Zeiten im Anfang unserer gewerkschaftlichen Entwicklung nicht mehr kennt, der hat auch keine richtige Vorstellung von dem wahren Wert und der großen Bedeutung der Fortschritte und Erfolge, die wir seither in mühseligem Vorwärtsschreiten nach und nach erringen konnten. Die große Masse der Mitglieder, insbesondere die jüngere Generation unter ihnen, kennt die Gewerkschaft mit allen ihren Einrichtungen und Gesetzen nur so, wie sie sich ihnen heute vor Augen stellt. Die Entwicklungsgeschichte und die Gründe für die heute vorhandenen Einrichtungen und Gesetze sind ihnen leider nicht immer genügend bekannt. Die Angriffe gegen die Vorstände, die in dem vorliegenden Fall von den Werftarbeitern und anderen, die den Werftarbeitern ihre Sympathie aussprechen wollten, zum Teil in so scharfer Form erhoben worden sind, haben wieder, wie schon so oft, die Auffassung verraten, als wenn die Statuten von den bösen Vorständen aufgetroyt wären. Daß diese Auffassung keinerlei Berechtigung hat, brauche ich hier nicht weiter zu erörtern. Ich will an dieser Stelle auch nicht gegen die heute wieder so beliebte Anpreisung neuer und gewagter Kampfmethoden und Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse polemisieren, nicht auf die Wirkung dieser Anpreisung eingehen, aber zu empfehlen wäre doch unseren Genossen im Land häufiger auch die harten Erfahrungen in der Vergangenheit und ihre Lehren sich vor Augen zu halten, anstatt bei jeder Gelegenheit auf den Gewerkschaftsführern herumzuhacken und ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe allein zu überlassen.

Die statutarischen Vorschriften für die Genehmigung und Unterstützung von Streiks sind keine teuflische Erfindung der Vorstände sondern nichts weiter als die Quintessenz der in den früheren Kämpfen gesammelten Erfahrungen. Sie sind von den Mitgliedern oder deren gewählten Vertretern selbst beschlossen und bieten nicht nur die Gewähr dafür, daß keine Anarchie in den eigenen Reihen aufkommen kann sondern bilden zugleich auch einen sichern Schutz gegen etwaige Willkür der Vorstände. Sie haben auch noch keine Anfeindung aus den Reihen der eigenen Mitglieder gefunden, außer von solchen, die einmal in Übereilung oder Unüberlegtheit dagegen verstoßen haben. In solchen Fällen heißt es dann gewöhnlich: die Vorschriften sind gut, aber unser Fall bildet eine Ausnahme und muß deswegen anders behandelt werden. Es ist wohl nicht unwichtig darauf zu verweisen, daß auch die Hamburger Metallarbeiter und ihre Verbandskollegen in den anderen

Werftorten vor dem jetzigen Streik keinen Anlaß sahen eine Änderung ihres Verbandsstatuts zu beantragen, obwohl der soeben erst abgehaltene Verbandstag in Breslau doch die günstigste Gelegenheit dazu geboten hätte.

Es handelt sich doch nicht etwa darum, daß die Vorstände von einer kindlichen Freude über eine gute Disziplin der Mitglieder beseelt wären und nicht in dieser Freude gestört sein wollten. Die Disziplin bildet vielmehr eins der Kampfmittel, das noch wichtiger ist als die anderen unerläßlichen Vorbedingungen für die Erfolgsmöglichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, nämlich: Begeisterung, Kampfesmut, Entschlossenheit und Ausdauer, Stärke der Organisation, eine gefüllte Kasse usw. Wo die Disziplin fehlt, geht die eigene Sicherheit verloren, das Vertrauen zur Organisation, das Ansehen und die Macht der Gewerkschaft. Die Personen der Führer können wechseln, aber kein Nachfolger wird auf die unbedingte Disziplin der Mitglieder verzichten können, möge es dem einzelnen auch mitunter unbequem sein sich in den Rahmen der organisatorischen und taktischen Notwendigkeiten willig einzufügen.

Anschließend wäre dann noch einiges zu den zahlreichen Versuchen der Unternehmerpresse aus dem Werftarbeiterstreik gegen die Verhandlungs- und Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften Kapital zu schlagen zu sagen. Es ist sogar (in der *Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen* vom 17. August 1913) behauptet worden (ob wider besseres Wissen oder aus totaler Unkenntnis, möge dahingestellt sein), daß die Werftarbeiter unter Bruch der bestehenden Tarifverträge in den Streik getreten seien. Natürlich ist diese Behauptung unrichtig, denn vorläufig haben für die Werften noch keine Tarifverträge existiert; die Werftbesitzer haben solche bisher aus Prinzip abgelehnt. Aber auch sonst ist entschieden zu bestreiten, daß dieser Streik ein Argument gegen die Tarifverträge sei. Ich halte es ganz im Gegenteil für völlig ausgeschlossen, daß es zu diesem wilden Streik gekommen wäre, wenn die Werftbesitzer bei der letzten Bewegung im Jahr 1910 auf den Abschluß eines Tarifvertrags eingegangen wären und die vereinbarten Verpflichtungen nach Treu und Glauben erfüllt und gehalten hätten. Ich verweise nur auf das Beispiel im Baugewerbe, in der Holzindustrie, im Schneidergewerbe, bei den Buchdruckern und anderen. Haben die Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge in allen diesen Berufen nicht viele Wochen gedauert, viel länger also als die Werftverhandlungen, und haben die Arbeiter nicht im vollen Vertrauen auf ihre Vertreter in Ruhe das Ergebnis der Verhandlungen abgewartet? Gerade der stichhaltigste Entschuldigungsgrund, den die Werftarbeiter für ihr Vorgehen anführen, ist ihre Beschwerde über die willkürliche Behandlung auf den Werften, über die protzenhafte Haltung der Werftbesitzer, über die Nichtanerkennung der Organisationen. Wer die Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeitskämpfe näher kennt, der weiß, daß die Gefahr plötzlicher Arbeitseinstellungen überall dort am größten ist, wo in Ermangelung von Tarifverträgen die Arbeiter tagtäglich um ihren Lohn und um ihre Rechte handeln und feilschen müssen, und wo die Gewerkschaft, statt beruhigend und vermittelnd in die Streitigkeiten eingreifen zu können, noch um ihre Anerkennung kämpfen muß. Und wenn bisher auch die Tarifverträge spontane Streiks noch nicht ganz verhindern können, so liegt das zumeist an den betreffenden Arbeitgebern, die es mit der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen

tungen nicht genau nehmen. Man wird in einem Gewerbe mit Tarifverträgen vergeblich nach einem Beispiel suchen, das dem Werftarbeiterstreik an die Seite gestellt werden könnte. Dieser Streik spricht also nicht gegen sondern umgekehrt für die Tarifverträge, und es kann den Werftbesitzern nur geraten werden einmal die Probe auf das Exempel zu machen. Selbst die *Weserzeitung* in Bremen hat ja in den Tagen des Streiks, am 23. Juli, sich zu dem Geständnis bequemt, daß auch den Unternehmern nicht mit solchen Verstößen gedient ist, daß sie »keineswegs mit dem lachenden Dritten vergleichbar sind sondern die ordnungsmäßige Vorbereitung einer angemessenen Friedensperiode, wie sie nur allein gedeihlicher Arbeit dienen kann, vorziehen«. Allerdings müßten die Verhältnisse auf den Werften in mancher Beziehung erst von Grund auf umgestaltet werden, ehe der Abschluß von Tarifverträgen möglich wäre.

Welche Folgen wird nun der Streik in der Zukunft zeitigen? Sein Ausgang wird vielfach, auch in Arbeiterkreisen, als eine Niederlage für die Werftarbeiter bezeichnet. Das ist nicht richtig. Wir haben manchen Kampf schon verloren, aber eine Niederlage sieht anders aus. Die Werftarbeiter sind nicht den Werftbesitzern unterlegen, denn der eigentliche Kampf um die aufgestellten Forderungen ist ernstlich ja gar nicht aufgenommen worden. Allerdings scheinen die Werftbesitzer sich in der Rolle des Siegers zu fühlen. Aber den Unternehmern wird ihr jetziges Verhalten nicht zum Nutzen und den Gewerkschaften nicht zum Schaden dienen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Werftarbeiterbewegung ist mit diesem bedauerlichen Zwischenspiel nicht beendet. Die Verstimmung zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Vorständen muß und wird sehr bald wieder verschwinden. Wir haben uns in der Arbeiterbewegung schon oft gestritten und sind schließlich doch immer wieder zur Verständigung gekommen. So schrieb denn auch die *Metallarbeiterzeitung* am 23. August im Anschluß an den außerordentlichen Verbandstag: »Aus den Ereignissen soll man lernen, und wo sich herausstellt, daß etwas verbesserungsbedürftig ist, da wäre es töricht sich gegen die Verbesserung zu wehren. Sicher wird auch dieser Kampf zu vielen Verbesserungsvorschlägen anregen. Mögen sie alle sachliche Würdigung finden!« Die Werftarbeiter haben gewiß eine schwere Prüfung durchgemacht. Niemand wird nachträglich noch einen Stein auf sie werfen. Um so weniger als sie am Ende keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß auch sie fest entschlossen sind die Einigkeit der Arbeiter unter allen Umständen hochzuhalten.

Die Entwicklung schreitet unaufhaltsam fort. Aus den kleinen Anfängen sind unsere Gewerkschaften zu der heutigen Größe emporgewachsen; sie werden noch stärker werden und sich auch bei den Werftbesitzern und den übrigen Metallindustriellen durchsetzen. Je größer aber unsere Bewegung wird, je mehr sie an die Öffentlichkeit tritt, desto mehr untersteht sie auch der Kontrolle und Kritik der Öffentlichkeit. Schon heute bilden die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die Kämpfe jedes einzelnen Verbandes nicht mehr eine interne und private Angelegenheit der beteiligten Mitglieder, sondern die gesamte Öffentlichkeit fordert Rechenschaft darüber, Rechenschaft sowohl von den Unternehmern als auch von den Arbeitern, die jeweils im Kampf gegen einander stehen und oft weite Kreise in Mitleiden-

schaft ziehen. Je größer die Kämpfe in der Zukunft werden, desto mehr und deutlicher tritt diese Tatsache hervor. Sie wird auch dem letzten unserer Mitglieder klar werden, und die Zeit ist sicher nicht mehr fern, wo in dieser Hinsicht jedes Gewerkschaftsmitglied sich mit den Vorständen in gleichem Maß verantwortlich fühlt.

XX HEINRICH PEUS • ORGANISATION UND BEGEI- STERUNG



AN ist mit dem Leben in der Partei nicht zufrieden. Es erscheint zu schläfrig und führt nicht schnell genug zu Erfolgen. Kann das besser werden? Ist die Organisation selber das Hemmnis? Wie kann der darin liegende Widerspruch aufgehoben werden? Gehen die Vorstellungen vom Möglichen über das wirklich Mögliche nicht zu weit hinaus?

Ohne Zweifel ist es ein großer Irrtum, wenn man meint, daß das eigentliche politische Leben, das sich in dauernder Beschäftigung mit den politischen Fragen, sei es durch Lektüre sei es durch Beteiligung an Diskussionen in Versammlungen, Vereinen, Klubs oder privaten Kreisen, darstellt, im selben Maß wachsen müsse oder könne wie unsere Wählerstimmen, unsere Abonnenten oder unsere politisch Organisierten an Zahl zunehmen. Daß der Mensch heute schon durchweg die Neigung habe als *ζῷον πολιτικόν*, als Staatsbürger im ausgeprägtesten Sinn zu wirken, davon kann noch gar keine Rede sein. Früher, als die Partei noch sehr viel kleiner war, erschien natürlich der Prozentsatz der politisch intensiv Interessierten weit größer. Da waren die, für die das Leben im politischen Klub den eigentlichen Lebensinhalt abgab, ein außerordentlich großer Teil der Gesamtpartei. Nun ist aber seit der Zeit vor einem Vierteljahrhundert eine große Erweiterung und Teilung des Arbeitsfelds für die Parteigenossen entstanden. Die gewaltig wachsende Gewerkschaftsbewegung, die nicht minder riesenhaft sich entwickelnde Genossenschaftsbewegung mit ihren Verzweigungen, die die Wohnungsfrage erzeugte, beschäftigen heute Tausende mit Tagesfragen, die vor drei Jahrzehnten sich wahrscheinlich auch vor allem mit der Erörterung politischer Probleme, besonders in ihrer prinzipiellen Zuspitzung, beschäftigt haben würden. Aber auch die Geselligkeits- und Sportvereine aller Art, Gesangvereine, Turnvereine, Radfahrervereine usw. nehmen heute große Massen unserer Parteigenossen weit mehr in Anspruch als im vorigen Jahrhundert. Auch in diesen Vereinen ist ja die Organisation ins Riesige gewachsen. Wer aber möchte all diese verschiedenartigen Betätigungen missen oder sie auch nur einschränken?

Bei der Beurteilung der politischen Regsamkeit läuft auch noch leicht eine psychologische Selbsttäuschung unter. Von den Millionenmassen so hohes oder auch nur ähnliches politisches Interesse zu erwarten wie die es haben, für die die Politik gleichzeitig Berufsarbeit ist, geht natürlich nicht an. Vorläufig gilt den Menschen ihre Berufsarbeit, die ihnen unmittelbar ihre Existenz gibt, immer noch als das, was für sie die Hauptsache zu sein habe. Bei den Berufspolitikern, Abgeordneten, Redakteuren, Schriftstellern, Agitatoren, Parteisekretären fallen Berufsinteresse und politisches Interesse in der Regel angenehm zusammen. Ich meine dabei keineswegs nur etwa das

materielle Berufsinteresse, sondern die Gesamtheit aller der Interessen, die dem Leben eines Menschen seinen Inhalt geben. Nun ist, seitdem das Reichsvereinsgesetz die politische Organisation so sehr erleichtert hat, das Streben entstanden jeden, der sich als sozialdemokratischer Wähler betätigt, ja jeden Erwachsenen, sei's Mann oder Weib, der die Interessen der Arbeit politisch zu vertreten Ursache hat, in die politische Organisation hineinzubekommen. Wir zählen nun in Deutschland 982 850 politisch organisierte Sozialdemokraten, die alle der Partei den festgesetzten Beitrag zahlen. Keine Partei in Deutschland, ja sicher keine Partei in der ganzen Welt hat so viele zahlende Mitglieder. Doch dürfen wir uns auch nicht täuschen: In ihrer größten Zahl sind es eben auch nur zahlende Mitglieder, nicht aktive, den politischen Kampf mitführende Kämpfer. Auch zahlen sie weniger aus individueller Erkenntnis der Notwendigkeit politischer Organisation als aus einem allgemeinen Solidaritätsgefühl heraus, aus einem gewissen Pflichtgefühl, daß man sich den Interessen seiner Klasse, seiner Partei nicht entziehen dürfe. Wie viel zahlende Parteimitglieder es gäbe, wenn es ganz persönlich jedem einzelnen überlassen würde sich zur Mitgliedschaft zu melden, wenn keinerlei Appell an das Pflichtgefühl der Klasse gegenüber erfolgte, das sei dahingestellt. Unsere politische Organisation ist eben Massenbewegung, Ausfluß eines Gefühls verpflichtender Abhängigkeit, der Unterordnung unter einen Gesamtwillen, dessen machtvolle Realität allein dem einzelnen den erforderlichen Schutz bietet. Diese Charakterisierung der Organisation nimmt ihr nichts von ihrem Wert, hindert aber auch ihr Werte anzudichten, die sie nicht besitzt und nicht besitzen kann. Wenn wir die Zahl unserer Organisierten von Jahr zu Jahr vermehren, so bedeutet das nicht gleichzeitig eine Steigerung des geistigen Lebens in der Partei, es bedeutet eine Vermehrung der Parteisteuerzahler und auch eine Steigerung der aus Zahlen hervorgehenden Macht der Partei. Das geistige Leben der Partei nimmt deshalb noch nicht zu. Für einen sehr großen Teil der Organisierten verbindet sich mit der Erfüllung der Zahlung das Gefühl, daß damit die Pflicht gegen die Partei erfüllt sei. Ich bin doch organisiert: diese, nicht seltene Äußerung gibt deutlichen Aufschluß über die Meinung solches Sprechers; das heißt: ich erfülle meine Pflicht, ich zahle, ich diene dem Interesse des Ganzen, ich tue das meine. Sicher steht der, der so empfindet, außerordentlich viel höher als der, der gar nicht daran denkt einen Pfennig einer politischen Partei zu opfern, der nur bei Wahlen sich für die eine oder andere politische Partei entscheidet. Aber das ist auch wahr, daß diese äußerliche Organisation für den geistigen Habitus des Betreffenden, für sein eigenes, selbständiges politisches Denken noch wenig oder gar nichts besagt. Das Kind, das in der Schule angemeldet wird und das Schulgeld bringt, lernt dadurch noch nichts. Die Schulpflicht für die organisierten Parteigenossen aber einzuführen, möchte wohl nicht angehen und auch nichts nützen.

Nein, geistiges Leben wächst nur aus geistiger Freiheit, nur aus der einzelnen Seele, die wohl der geistigen Anregung durch andere bedarf, die aber eben rein geistig sein muß und durch jede Beimischung autoritärer Beeinflussung Schaden leidet. Hier haben wir den Punkt, wo Macht und Freiheit, Organisation und Begeisterung mit einander in Widerspruch geraten. Dieser Konflikt ist im Grunde genommen der selbe wie der zwischen dem Staat mit seinen Forderungen an das Individuum und dem Freiheit heischenden Einzelwesen, das sich nur so weit glücklich fühlt, be-

geistert ist, als es aus sich selber lebt. Auch die Organisationen der Arbeiterklasse sind staatähnliche Wesen, die das größte Gewicht auf machtvolle Geschlossenheit legen. Die Solidarität, der Gehorsam gegen das Ganze ist für jede große Organisation die höchste Tugend, Disziplin das unentbehrlichste Erfordernis.

Nun gilt ja in der Theorie, daß jeder das Recht hat den Gesamtwillen der Partei in seinem persönlichen Sinn zu beeinflussen. Aber in der Praxis gestaltet es sich erheblich anders. Der Wille der Gesamtheit wird auch in der Partei von wenigen nur gemacht, und nicht nur die reinen Gedanken, auch die Willensmächte, auch die Interessen der Personen kämpfen mit einander; auch Herrschsucht und Eitelkeit spielen mit. Da ist es denn kein Wunder, wenn in der Masse derer, die nur zahlen, eine gewisse Gleichgültigkeit, ja Verdrossenheit Platz greift. Begeisterung wächst eben nur aus eigener Seele, aus freier eigener Erkenntnis.

Wie dieser Widerspruch zu lösen ist? Es gibt keinen andern Weg als Förderung der individuellen geistigen Freiheit mit allen Mitteln, insbesondere aber Unterordnung der Organisation unter diese geistige Freiheit. Das heißt nicht die Geschlossenheit und Macht der Organisation, insbesondere dem Feind gegenüber, opfern, preisgeben, es heißt nur sie nicht zum Selbstzweck machen sondern stets dessen eingedenk bleiben, daß die Organisation nur Mittel zum Zweck ist, daß die Freiheit, die freie Entfaltungsmöglichkeit aller der eigentliche Zweck ist. Darum hat alle Organisation nichts sorgsamer zu prüfen als die Grenzen ihrer eigenen Berechtigung. Organisation ist notwendig, unentbehrlich; aber sie verliert ihren Zweck und wird verderblich, wo sie der geistigen Freiheit mehr Schranken setzt als unbedingt erforderlich sind. Alle Organisation hat notwendig einen Hang zur Schablone, zur Verallgemeinerung, zur Beherrschung, zur Umwandlung ihrer Qualität als Mittel zum Zweck. Welche Schablonisierung hat man nicht schon als Ausfluß des Organisationswillens im Versammlungswesen erlebt! Da werden Demonstrationen gleichsam durch das ganze Reich befohlen. Das geht einmal, zweimal, dann aber wird es langweilig, die Demonstration bleibt tatsächlich aus, aber man gesteht das Fiasko nicht ein. Das ganze Versammlungswesen der Partei leidet sehr darunter, daß der Organisation mehr Autorität zugestanden wird als ihr zukommt. Statt das Versammlungswesen nur zu fördern, wird sie zu seiner absoluten Herrin. Die Parteigenossen haben innerhalb der Partei ein freies Versammlungsrecht nur theoretisch. Die Genossen sind durch die Überspannung des Organisationsgedankens allmählich dazu gekommen nur die Versammlungen als für sie in Betracht kommend anzusehen, die offiziell von der Organisation einberufen sind. Ein einzelner kann noch so sehr das Bedürfnis haben seinen Mitbürgern über eine interessante Sache etwas zu sagen, er findet keine Beachtung, wenn nicht eine große, mächtige Organisation ihm die Tribüne baut. Solch einzelner liefe leicht Gefahr als Zerstörer der Organisation zu gelten. Es liegt aber auf der Hand, daß solche Handhabung der Dinge der jeweiligen Organisationsleitung eine gewaltige Macht verleiht, die dem Interesse der geistigen Freiheit durchaus entgegenwirkt.

Besonders deutlich tritt der Konflikt zwischen Organisation und geistiger Freiheit in der Presse hervor. Ohne Zweifel ist die Presse berufen der Orga-

nisation in ihrem Kampf gegen die Gegner als Machtwaffe zu dienen. Aber wir brauchen auch eine Presse als freie Diskussionstribüne. Und ich halte diese Aufgabe für nicht minder wichtig als die andere. Die aus freier Diskussion hervorgehende Wahrheit ist immer auch die mächtigste Waffe gegen den Feind. Unsere Presse ist aber ganz und gar das Opfer des überspannten Organisationsgedankens geworden. Daß an einem Ort, und sei er noch so groß, mehr als ein Parteiblatt existieren dürfe, wird als ganz hirnverbrannte Idee angesehen. Wenn die räumlichen und technischen Verhältnisse es zuließen, möchte man ein Parteiblatt fürs ganze Reich als das beste ansehen. Daß die wenigen, die ein Blatt redigieren, bei aller Festhaltung derokratischer Formen in der Auftragserteilung eine gewaltige persönliche Macht ausüben, wird nur zu leicht übersehen. Gewiß, jeder, der seinen Mitbürgern etwas zu sagen hat, kann das tun, er braucht ja nur eine Broschüre oder ein Buch zu schreiben. Wieviel schwerer es aber ist auf diese Weise an das Leserpublikum heranzukommen als auf dem Weg der Presse, das bedarf keiner Auseinandersetzung. Der Ausweg aus diesem Dilemma wäre leicht gegeben. Das Organisationsinteresse mag es erheischen, daß es dabei bleibt, daß an jedem Ort nur ein Parteiblatt existiere, aber jedes Parteiblatt sollte jederzeit ein Stück Papier für freie Diskussion zur Verfügung stellen. Mit der bloß äußerlichen Einrichtung wäre es aber natürlich nicht getan, sondern in den Redaktionen wie bei den lesenden Parteigenossen müßte die Wertschätzung der geistigen Freiheit ganz gewaltig zunehmen, damit daraus etwas Fruchtbare und Nützliches würde. Solange der überwuchernde Organisationsgedanke jede Meinungsäußerung nur unter dem Gesichtspunkt prüft, wie die geäußerte Meinung auf die Macht und Geschlossenheit der Organisation wirkt, ist an einen Erfolg für die geistige Freiheit nicht zu denken.

Während unsere Tagespresse insbesondere dem Kampf gegen die Gegner zu dienen hat, während diese insofern dem Bedürfnis der Organisation mehr Rechnung tragen muß als rein an sich erwünscht ist, steht es ganz anders mit der vor allem dem wissenschaftlichen Erkennen dienenden Zeitschriftenliteratur. Hier sollte vor allem die Sicherung des geistigen Fortschritts das Höchste sein, und das Organisationsinteresse ganz zurücktreten. Aber man weiß, wie auch hier das Organisationsinteresse sich in den Vordergrund gedrängt hat. Auch hier meint man im Grunde, es dürfe nur ein offizielles Diskussionsorgan für die ganze Partei geben. Die Existenz jedes nicht von der Organisation offiziell abgestempelten Organs ist dem echten und rechten Organisationsfanatiker ein Dorn im Auge. Gibt es doch sogar Leute, die es für eine Sünde halten auf eine nichtoffizielle Zeitschrift zu abonnieren. Und doch müßte jeder, der in Wahrheit um die Stärkung und Weiterentwicklung der Partei zu immer größerer Macht besorgt ist, nur wünschen, daß es in ihr so viele freie Organe gäbe wie für sie nur immer irgendein Fundament in der Zahl der Abonnenten gefunden werden könnte, falls diese unbeeinflusst von der Organisation ihrem Bedürfnis folgen könnten. Denn auch bei der Zeitschrift wirkt jede Redaktion im Sinn ihrer eigenen Auffassung, und nur wenn sie dies tut, wird aus der Zeitschrift ein charakteristisches Gebilde. Darum kann auch hier die geistige Freiheit nur durch möglichste Vielheit der Organe gewahrt werden. Der Zeitschrift ist überhaupt in der Zukunft noch eine große Aufgabe gestellt. Die Tagespresse wird immer mehr nicht nur Kampfesorgan sondern Nachrichtenbringer und (leider) Sensations-erzeuger. Ein Franzose sagte mir vor einiger Zeit: »Ein gebildeter Mensch

liest überhaupt keine Zeitung mehr sondern nur noch Revuen.« Er wollte damit (freilich das Kind mit dem Bad ausschüttend) sagen, der Nachrichtenwust und der Sensationscharakter der Tagespresse verleidet es dem ernstesten Menschen mit dem Lesen solch unnützen Zeuges seine Zeit zu verlieren. Er fördert darum lieber die Zeitschrift, die Revue, die die jeweils wichtigen Fragen der Zeit durch Schriftsteller behandeln läßt, die in ernster Arbeit ihre Meinung sagen. Wollen wir Begeisterung in der Partei schaffen, dann kann ich mir dafür kein besseres Mittel denken als energische Förderung eines allein die geistige Freiheit zum Palladium erhebenden Zeitschriftenwesens, das von jedweder Organisation ganz unabhängig ist und sein Fundament nur in der Unterstützung hat, die diejenigen ihr bringen, die von der Notwendigkeit ihrer Aufgaben überzeugt sind. Mag der Kampf der freien Diskussion dann so lebhaft wie möglich werden, nur eins darf nicht vorkommen: Boykottierung und Ächtung einer Anschauung oder eines Anschauungskreises.

Nur wenn in solcher Weise die Organisation sich selber Schranken setzt, und das geistige Leben der Partei in einem denkbar großen Ausmaß geistiger Freiheit gefördert wird, darf man hoffen, daß mit der Macht und Geschlossenheit der Organisation sich jene Begeisterung verbindet, die letzten Endes auch allein den Sieg bringen kann.

XX
**ADOLF HEPNER · SOZIALISTISCHE PARTEIEN-
 MISCHUNG IN AUSLÄNDISCHE JUSTIZ**



M offiziellen deutschen Protokoll des außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses zu Basel vom 24. und 25. November 1912 liest man auf Seite 39:

»Vorsitzender Greulich: »Genossen, während wir hier tagen, stehen 2 Genossen¹⁾ in Amerika vor Gericht, in Gefahr, daß ein Justizmord an ihnen begangen wird. Giovannitti und Ettore²⁾ sind des Mordes beschuldigt, nicht weil sie eine Frau getötet hätten, nicht weil sie auch nur zugegen waren, als die Frau getötet wurde, sondern weil sie Führer eines Streiks armer Weber waren, bei welcher Gelegenheit die Polizei diese Frau ermordet hat [Stürmische Pfuirufe]. Das internationale sozialistische Bureau hat bereits einen Protest gegen das geplante scheußliche Verbrechen abgesandt. Da die Jury heute zusammentritt³⁾, haben wir im Namen des Kongresses ein Telegramm an sie und an das Gericht gesandt. Ich denke, der Kongreß schließt sich einstimmig diesem Protest an [Lebhafter Beifall].«

Außer den Mitgliedern des internationalen sozialistischen Bureaus und den italienischen sowie den schweizerischen Kongreßteilnehmern befanden sich in der Versammlung wohl nur wenige, denen von der in Greulichs Ansprache flüchtig angedeuteten Sache etwas Näheres bekannt war, da die europäische Parteipresse, von einigen Ausnahmen abgesehen, es in der Regel nicht der Mühe wert hält sich selbst und ihr Lesepublikum über amerikanische Vorgänge von Belang einigermaßen zu orientieren. Das folgende diene daher zur Erläuterung des vom Vorsitzenden Greulich Gesagten.

In Lawrence (Massachusetts) waren die Weber (zum großen Teil Italiener und gleichzeitig Mitglieder der syndikalistischen *Industrial Workers of the*

¹⁾ Es waren ihrer 3.

²⁾ Ettore, nicht Ettore (der Hauptangeklagte), Giovannitti und Caruso.

³⁾ Soll heißen: in Beratung tritt; denn ausgelost und zusammengesetzt wurde sie einige Wochen zuvor bei Beginn der Verhandlungen.

World) seit Ende 1911 ausständig. Am 29. Januar 1912 wurde bei einem Streikauflauf die italienische Arbeiterin Annie Lapizza durch einen Revolverschuß getötet. Wie verschiedene Zeugen bekundeten, war es die Kugel eines *Hüters des Gesetzes*, der sie einem *Agitator* zugedacht hatte, im Göttemmel aber sein Ziel verfehlte. Nach Behauptung der Polizei dagegen war der Schießbold ein Streiker, der irgendeinen sozialen Gegner niederstrecken wollte und statt dessen eine Mitarbeiterin traf. Niemand hat den Täter *in flagranti* ergriffen; keine der beiden Zeugenparteien wußte ihn später ausfindig zu machen; er ist bis heute nicht ermittelt worden. Die 3 italienischen Hauptagitatoren des Streiks, Ettore, Giovannitti und Caruso, wurden unter der Anklage verhaftet den Revolverschuß des Unbekannten intellektuell verursacht zu haben, indem sie während des Aufstands Gewaltmaßnahmen gegen die herrschende Klasse, insbesondere die Unternehmer der Textilbranche gepredigt hätten; insofern sollten sie sich eines mit Todesstrafe bedrohten Verbrechens schuldig gemacht haben.

Die Staaten der Union wie auch diese selbst haben nämlich aus Altengland ein ganz und gar unlogisches Kriminalgesetz übernommen, das folgendermaßen lautet:

»Wenn ein Verbrechen begangen wurde, sind Anstifter, Anrater, Helfer [accessory before the fact] gleich dem Haupttäter zu bestrafen, auch wenn dieser nicht zu ermitteln war.«⁴⁾

Als »Anstiftung« wird nicht nur direkte Inszenierung des Verbrechens betrachtet sondern zeitweilig beliebt es den anklagenden Mächten für Ausschreitungen einiger Phantasten oder Exaltierten in den Reihen Ausständiger die Agitatoren oder ihre Führer als intellektuelle Ursache kriminalrechtlich verantwortlich zu machen, indem man einen scheinbaren Zusammenhang zwischen unvorsichtigen, sogenannten *aufreizenden* Bemerkungen in Reden oder Schriften leitender Personen und einer von unbekannten Anhängern der Sache begangenen Ungesetzlichkeit herausklügelt. Im Fall Ettore und Genossen erhoben sich allerdings für die kapitalistischen Gegner nur ganz geringe Schwierigkeiten den ersehnten Kausalzusammenhang künstlich zu konstruieren, da die Bezichtigten als *Sozialrevolutionäre*, wie sie sich nennen, das Wort zu wägen nicht sonderlich gewöhnt waren; und redeten sie zu ihren italienischen Landsleuten ausschließlich in ihrer Heimatsprache, fühlten sie sich erst recht nicht bewogen wählerisch im Ausdruck zu sein, wie auch manche andere *Radikale* nichtenglischer Zunge in Amerika, die dessen Rede- und Versammlungsfreiheit gar zu gern auf die allerhärteste Probe stellen.

Nach Ansicht vieler amerikanischer Sozialisten (die übrigens ihren bedrängten politischen Antipoden von den *Industrial Workers of the World* tatkräftig beistanden, obwohl sie wußten, daß ihnen nur mit Undank gelohnt werden wird) hatten die Urheber dieser Anklage, die Leiter des Webereibesitzerverbands, denen die Polizei sekundierte, es lediglich auf einen terroristischen Streich gegen die Organisation der Webereiarbeiter abgesehen, um den rebellischen Lohnsklaven einen Denkartzettel zu verabreichen, im entferntesten aber nicht daran gedacht den Henker in Aktion treten zu lassen. Andere dagegen in unserer amerikanischen Partei

⁴⁾ Die Verfassungswidrigkeit und Immoralität dieses Gesetzes habe ich in einer von der amerikanischen Parteileitung 1899 verbreiteten Schrift *Immoral and Unconstitutional our Accessoryship-Laws* / New York 1899 / behandelt.

erachteten die Aussichten der Angeklagten, weil diese *Ausländer* waren, für sehr ungünstig. Denn es liegt in der Natur der Dinge, daß die Justiz jedes Landes vermeintliche oder wirkliche Ausschreitungen von Eingewanderten noch strenger behandelt als ähnliche Vergehen Einheimischer. Man erinnerte sich in Arbeiterkreisen ferner des Präzedenzfalls des Chicagoer Anarchistenprozesses von 1887, wo ebenfalls die Anklage auf intellektuelle Urheberschaft ausging, wenn sie auch nicht so lautete; denn keiner der 8 Angeklagten hatte die Haymarketbombe des 4. Mai 1886 geworfen, und doch wurden 7 von den ausschließlich kleinbürgerlichen Geschworenen zum Tod, 1 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, und nur 2 der Todeskandidaten vom Gouverneur zu lebenslänglicher Einsperrung begnadigt. Es würde hier zu weit führen die völlige Unähnlichkeit der beiden Fälle darzutun und zu zeigen, daß der blutige Ausgang des Chicagoer Prozesses das Resultat einer großen Reihe von unseligen Umständen war, die in die Sache Ettor und Genossen ganz und gar nicht hineinspielten. Im Vergleich mit dem durch jahrelanges radikales Wüten vieler Chicagoer Anarchisten aufhäuften komplizierten Belastungsmaterial für das, beiläufig, einer Hälfte der Angeklagten die moralische Verantwortung völlig zu Unrecht aufgebürdet wurde, waren die Lawrence Wirren eine triviale Affäre. Immerhin muß zugegeben werden, daß die Lage der italienischen Angeklagten von Lawrence prekär war, weil der Streik manche häßlichen Episoden aufwies, die sich gegen Ettor und Genossen ausbeuten ließen. So versuchte der Staatsanwalt die Angeklagten mit einem von Ausländern verbreiteten Flugblatt in Verbindung zu bringen, in dem gesagt war: »Kommt einer zu euch mit dem Rat die Arbeit aufzunehmen, so werft ihn die Treppe herunter!«



AS italienische Verteidigungskomitee in Amerika agierte mit syndikalistischer *Schlaueit*. Gegner politischer Aktion der Arbeiterklasse, und demgemäß kapitalistischer Klassenjustiz durch ihr Mitverschulden ausgeliefert, wußten diese Leute in ihrer Not nichts Besseres zu tun als die Arbeiterpresse Europas durch Zirkularbriefe anzugehen, daß sie die öffentliche Meinung über die bevorstehende Gefahr eines Justizmords aufrütteln möge. Merkwürdige Naivetät von *Sozialrevolutionären*: Zu glauben, daß ein amerikanisches Bourgeoisgericht, wenn es von Vorurteilen gegen Arbeiteragitatoren und Streikrebelln beherrscht ist, durch deren ausländische Genossen zur Selbstprüfung und Selbstkorrektur gebracht werden könne. Vermutlich wurde der Protest des internationalen sozialistischen Bureaus durch diese Hilferufe des italienischen Komitees veranlaßt. Der Wortlaut jener Kundgebung ist meines Wissens weder durch die europäische noch durch die amerikanische Parteipresse bekanntgegeben worden und ebensowenig die Adresse, an die sie gerichtet war; w a n n die Absendung erfolgte, geht aus dem an der Spitze dieses Artikels befindlichen Protokolltext auch nicht hervor, dagegen ersehen wir daraus, daß am 25. November das Präsidium des Baseler Kongresses in dessen Namen ein Telegramm an die Jury und das Gericht abgesandt hat. Den Wortlaut erfahren wir weder aus dem Kongreßprotokoll noch aus der Parteipresse. Aber dem Zusammenhang des Greulichschen Passus nach zu urteilen war dieses Telegramm auch ein »Protest gegen das geplante scheußliche Verbrechen«.

Eine Abscheuerklärung an die (durch die Presse vertretene) öffentliche

Meinung einer fremden Nation hat unter gewissen Umständen Sinn und Zweck. Es ist aber bei Formulierung unseres Unwillensausdrucks in solchem Fall genau zwischen Exekutiv- und Justizgang zu unterscheiden. Wir mögen also beispielsweise gegen Vollstreckung der Todesstrafe an einem Individuum protestieren, das, unserer aus den Prozeßverhandlungen gewonnenen Überzeugung nach, zu Unrecht verurteilt wurde. Dagegen steht niemandem die Berechtigung zu, ohne daß Richter oder Geschworene Verdacht hervorgerufen haben, gegen die Eventualität einer Verurteilung Einspruch zu erheben, im voraus etwas von der Justiz zu fordern, das sie erst nach vollendeter Beweisaufnahme in öffentlicher Verhandlung tun darf. Deshalb muß die Einmischung unserer Parteivertretung in die unfertige Gerichtssache Ettor und Genossen mittels *Protests* als durchaus ungehörig abgelehnt werden. Im besten Fall waren jene Proteste geeignet auf der andern Seite des Ozeans ein Kopfschütteln über den Gerechtigkeitsbegriff sozialistischer Notabeln zu erzeugen, mit dem sich der Gedanke verbindet: wer zu uns gehört, ist von vornherein unschuldig; was ihr an Gegenbeweisen vorrätig haben mögt, gilt für uns als nichts, der Angeklagte muß freigesprochen werden.

Als das Baseler Kongreßpräsidium sein Telegramm absandte, hatte es von den Prozeßvorgängen der letzten 10 Tage gar keine genaue Kenntnis. Gleichwohl begnügte man sich nicht mit Adressierung der Kundgebung an die öffentliche Meinung durch das Medium der Presse sondern richtete sie, unter dem Beifall der Versammlung, direkt »an die Jury und an das Gericht«, ein Verfahren, für das mir das Verständnis fehlt. Selbst wenn der Webereifabrikantenbund in Verschwörung mit der Polizei wirklich einen Justizmord geplant haben sollte, brauchen die Geschworenen und der sie leitende Richter doch nicht von vornherein als Ablagerungsstelle für unsern Unmut herzuhalten. Darf es doch als weltbekannt gelten, daß im amerikanischen Kriminalgericht dem Angeklagten der denkbar weiteste Spielraum zur Verteidigung gewährt ist: Das System beliebiger Examinierung der Jurymitglieder vor Gericht über ihre Voreingenommenheit existiert nirgends in solchem Umfang wie in den Vereinigten Staaten; und wie in keinem andern Land darf der amerikanische Verteidiger die Gegenzeugen durch Kreuzverhör bis zur Erschöpfung ausfragen und bis zur Verwirrung erschöpfen. Allerdings ruht auf der amerikanischen Justiz von altersher ein (wenn auch in unserer Zeit stetig sich verringernder) Makel partieller Unsauberkeit. Kenner der amerikanischen Verhältnisse wissen aber positiv, daß jene Korruption sich nicht auf willkürliche Bestrafung Unschuldiger erstreckt sondern sich auf Konnivenz gegen einflußreiche Schuldige beschränkt, zu deren Gunsten das Gesetz nicht selten *gedehnt*, falsch ausgelegt, lau gehandhabt wird. Und seit dem Erstarken der Arbeiterbewegung kennt man allerdings in Amerika auch das, was die deutsche Sozialdemokratie *Klassenjustiz* nennt. Es ist aber noch sehr die Frage, ob die amerikanische Justiz der europäischen unterlegen, ob sie ihr nicht vielmehr in manchem überlegen ist. Denn sowohl die Klassenjustiz wie die Justizentgleisung bei Verfolgung von politisch oder sozial mächtigen Missetätern werden in Amerika überwunden werden, sobald das sozialistische Votum von heute sich verdreifacht hat. Die amerikanische Sozialdemokratie ist nun, da sie die Millionengrenze erreicht hat, im Aufstieg; bei 3 Millionen Stimmen erwählt sie einen so namhaften Teil des Richterkorps, daß die Korruption der von den alten

Parteien erwählten Richter sich nicht mehr herauswagen, und an Stelle der Klassenjustiz eine Rechtsprechung treten wird, die nach Grundsätzen der Billigkeit und Gerechtigkeit für alle das Land zufriedenstellt. Nach den Fortschritten der amerikanischen Sozialdemokratie während der letzten 12 Jahre zu urteilen, dürfte dieses Ziel in weiteren 12 Jahren sehr nahe sein. Dagegen lassen sich innerhalb des nächsten halben Menschenalters die Schäden der europäischen Justizausübung nicht heilen: die Fehler der Rechtsprechung, die aus der Furcht des Richters entspringen durch vernünftige Milde sich in seiner Karriere zu schädigen oder aus der Geringschätzung des Ehrgefühls einfacher, anständiger Leute aus dem Volk.

Gar keinen Vergleich gestattet der von mir besprochene Fall des sozialistischen Protestes mit den vor 3 Jahren aus allen zivilisierten Ländern nach Spanien gerichteten stürmischen Protesten zur Rettung des Professors Ferrer. Dort war es ein Kriegsgericht, gegen dessen in geheimer, unkontrollierbarer Verhandlung erlassenes Urteil sich der Unwille aller Humanen (nicht nur der Freidenker) erhob. Kriegsgerichtliche Erkenntnisse, die in außergewöhnlichen Zuständen, unter Ausnahmegesetzen und durch der Militärdisziplin unterworfenen Persönlichkeiten und gänzlich oder teilweise mindestens unter Ausschluß der Öffentlichkeit sowie unter willkürlicher Beschränkung der Verteidigung erfolgen, kann die moderne Zivilisation unmöglich als Ergebnisse ordentlicher Justizverwaltung gelten lassen.

Wenn man die zahlreichen fehlerhaften Gerichtserkenntnisse betrachtet, die in Europa den hilflosen Teil der Menschheit bedrücken, möchte man die amerikanische laxen Gerichtspraxis gegen die großen Spitzbuben für das kleinere der beiden Übel erklären. Auch aus diesem Grund spreche ich meinen europäischen Parteigenossen das Recht ab sich über die amerikanische Justiz durch Absendung einer Warnung vor Verübung eines Justizmords eine Oberkontrolle anzumaßen. Die Affäre wird aber zur Groteske durch das, was ich in nachstehendem zu sagen habe.



LETTOR und Genossen wurden freigesprochen, und Ettor erhob sich, um, wie die *New Yorker Volkszeitung* vom 27. November berichtet, folgendes zu sagen: »Ich danke Ihnen, auch im Namen meiner Kameraden und der Arbeiterklasse. Ich fühle mich auch gezwungen dem Richter für die unparteiische Leitung des Prozesses meinen Dank auszusprechen.«

Der Vollständigkeit halber sei mitgeteilt, daß die Geschworenen am 25. November um 1 Uhr nachmittags sich zurückzogen und um 7 Uhr abends herauskamen. Der Richter war bereits um 5 Uhr nach Hause gegangen und ließ den Geschworenen melden, daß er sie erst am nächsten Morgen um 8 Uhr anhören könne; sie mußten also bis dahin in ihrem Hotel unter Aufsicht des Sheriffs in Gewahrsam bleiben. Die amerikanischen Geschworenen werden, mag die Verhandlung des Prozesses so lange wie immer dauern, von der Welt streng abgeschlossen, insbesondere wenn es um Tod oder Leben eines Angeklagten geht, und eine der Parteien (Anklage oder Verteidigung) Grund zur Besorgnis hat, daß Einfluß von außen auf die Geschworenen versucht werden könnte. Haben sich die Geschworenen in ihr Beratungszimmer zurückgezogen, dürfen sie es durch den Türhüter den Richter wissen lassen, wenn sie zum Zweck einer Information seiner bedürfen. Von anderer Seite dürfen

sie in ihrer Klausur keine Mitteilung empfangen. Da nun der Vorsitzende Greulich dem Baseler Kongreß von der Absendung der Depesche »an die Jury und das Gericht« in der kurz vor 3 Uhr eröffneten Nachmittagsitzung des 25. November Kenntnis gab, so mag das Telegramm in den Mittagsstunden abgelaufen worden sein; aber auch wenn dies am Vormittag geschah oder vor Eröffnung der Morgensitzung (»kurz vor 10 Uhr« laut Protokoll), kann das Telegramm in Anbetracht der 4 Stunden 25 Minuten betragenden Zeitdifferenz zwischen Basel und New York nicht vor 3 Uhr nachmittags in der Gerichtsstadt Salem (Massachusetts) eingetroffen sein, zu einer Zeit also, da die Geschworenen bereits eingeschlossen und dem Telegraphenboten wie jedem andern unzugänglich waren. Der Richter konnte ihnen, falls die Botschaft an sie direkt adressiert war, das Telegramm erst am nächsten Morgen, als er sie aus dem Dienst entließ, aushändigen. War aber das Gericht, das heißt der die Jury leitende Richter, der Adressat und Empfänger des Telegramms, so hat er es einfach *ad acta* gelegt und es für überflüssig erachtet den Geschworenen bei ihrer Entlassung Kenntnis von dieser ungehörigen Einmischung einer europäischen sozialistischen Notablenversammlung in die ihm amtlich anvertraute Justizsache zu geben.

Diese meine Vermutung gründet sich darauf, daß ich in der *New Yorker Volkszeitung*, die nach Schluß des Prozesses viele *post festum*-Notizen darüber brachte, weder über das Baseler Kongreßtelegramm noch über den Protest des internationalen sozialistischen Bureaus etwas gesehen habe. Jedenfalls erfolgte der Freispruch nicht als Wirkung der Proteste aus Brüssel und Basel. Vom Telegramm des 25. November mindestens läßt sich mit ziemlicher Gewißheit sagen, daß es zu den Brieflein gehörte, die sie (die Geschworenen) *nicht erreichten*.

XX
WILHELM SCHMIDTBONN · DIE INSEL · EINE
LEGENDE



IN Mädchen von vier Jahren war in einem Schiffbruch allein von allen Insassen lebendig an eine Insel getrieben worden. Nachdem es einen Tag nach ihrer Mutter und ihrer Puppe geschrien hatte, fing es an Beeren zu pflücken. Vor den Tieren hielt es sich noch ein wenig versteckt, bis es sie, nach ein paar Wochen, alle kannte und mit ihnen im Spiel durch den Wald sprang. Die Kleider hingen bald in Stücken herab. Es warf sie von sich und brannte in der Sonne so schwarz, daß es, wenn es vor einem Baumstamm stand, den Tieren unsichtbar war. Als die Regenzeit kam, bedeckte sich seine Haut mit einem feinen und dichten Haar. Die wenigen Worte, die es von den Menschen gelernt hatte, vergaß es bald und rief den Rehen und Vögeln in ihren eigenen tierischen Lauten zu. Als sie eine Reihe von Jahren älter war, schleifte ihr Kopfhaar schwarz und verwachsen wie ein Pelz, mit Lücken, die von den Ästen hier und da hineingerissen waren, hinter ihr über die Erde her. Sie warf es sich selbst oft über das Gesicht, um den schönen starken Geruch davon einzuziehen.

Um diese Zeit fing sie an Tiere, mit denen sie freudig war, anders in ihre Arme zu ziehen, anders den Kopf an ihren Kopf zu legen als bisher. Sie hatte es immer nur im Spiel getan. Jetzt trieb sie ein Verlangen ein Tier

so fest an sich zu drücken, daß sie ihm Schmerz bereitete. Oft legte sie sich ins Gras und wartete, daß ein Tier komme, anders als die Tiere bisher gekommen waren: wie, wußte sie nicht. Kam eins, so stieß sie es weg, saß dann lange, stierte auf das Gras, streckte die Arme nach irgendetwas aus, und plötzlich brach ihr das Wasser aus den Augen über das ganze Gesicht, wie sie ähnliches bei den Tieren nie gesehen. Immer wieder trieb es sie dann zu einer geraden Stelle irgendeines Baches oder zu einer geringen Wasserfläche, die das Meer zurückgelassen hatte. Sie spiegelte sich hier und sah, daß sie anders auf ihren Beinen stand als die übrigen alle, und war stolz, warf mit den Steinen nach den Tieren, um dann wieder an die Erde hinzubrechen und in Stößen laut zu schreien. Sie fühlte mit den Händen an ihre Brüste, die schwellen und schmerzhaft schwer wurden. Sie strich mit der Hand über den Bogen ihrer Hüfte, voll Schmeicheln und Verlangen, errötend und erstrahlend, als ob die Hüfte einem fremden Wesen angehöre. Sie saugte mit den offenen Lippen am Fleisch ihrer Arme, biß mit den Zähnen hinein, bis ein seltsamer roter Saft heraustropfte. Sie lief von allen Tieren fort, lag tagelang, ohne zu essen, ohne die Augen aufzutun. Aber sie hörte nachts die Brunstschreie der Tiere, schlich hinzu, sah, wie sie einander mit den Köpfen umkosten und sich paarten. Sie riß ein Tier an sich. Als es von ihr floh, statt sich an sie zu schmiegen wie an die anderen, tötete sie es, indem sie es mit einem gefallenen Ast schlug. Dann lief sie keuchend in das dichteste Gebüsch, riß sich mit den Händen Haare aus, riß sich mit den Nägeln die Brüste blutig, hielt sich für immer von den Tieren fern, verkroch sich für immer in eine Felshöhle, die sie nur noch verließ, um einige Beeren zu pflücken und am Bach eine Handvoll Wasser zu trinken. Sonst saß sie und brütete, stumm und unbewegt, wie die Bäume, die vor ihrer Höhle in der Sonne standen.

Viele Regenzeiten brachen ein und versiegten. Sie sah längst nicht mehr nach ihrem Bild im Bach. Wenn ihr Blick einmal von selber darauf fiel, sah sie eine knochige Gestalt mit krummem Rücken und lang hängenden Brüsten. Ihr Haar war weiß geworden wie der Schaum des Baches. Sie sammelte nur noch selten Beeren ein, weil ihre Beine sie nicht mehr so weit von der Hütte weg trugen. Ihr Herz schlug manchmal so schwach, daß sie mit der Hand danach griff, die Augen schließen mußte und vor Schwäche umfiel.

Eines Tages sah die Greisin aus der blauen Weite des Meeres ein großes Etwas näherschwimmen. Sie hielt es für ein Tier. Es war schwarz, mit weißen Flügeln. Sie geriet in große Furcht davor, machte ihre Höhle mit Zweigen von außen unsichtbar, verbarg sich hinein, sah nur noch mit einem Auge durch die Blätter. Aber als das Schiff ruhig am Ufer liegen blieb, schlich sie heran. Sie sah, wie kleine Tiere, nicht größer als sie selbst, aus dem Bauch des großen hervorkamen, Tiere, die (das Herz stand ihr still) anders waren als alle, die sie kannte, die aufrecht durch die Luft gingen wie sie selber. Diese seltsamen Tiere warfen ihre Felle ab und sprangen in das Wasser. Ohne Fell waren sie weiß wie die kleinen Wolken am Himmel und blitzten in der Sonne. Das Mütterchen, während ihr Herz die Brust ganz ausfüllte und keinen Atem mehr hineinließ, empfand mit einmal keine Furcht mehr, nur noch den Drang: hin, sehen, anfühlen! Aufrecht trat sie

aus dem Wald, ging über den Sand zu den weißen Geschöpfen hin, den Kopf vorgestreckt, die Augen geweitet, um den Mund ein unbezwingbares Lachen der Hoffnung, der Furcht, der Hoffnung. Die Geschöpfe drehten die Köpfe nach ihr hin, starrten eine Weile, lachten dann laut, kamen herbei. Das höchste und weißeste von ihnen, das gelbe Locken auf dem Haupt trug, ging voran. Das Mütterchen stand und schaute, während das Weiß in ihren Augen sonderbar, wie von einer dahinter angezündeten Lampe, zu leuchten anfang. Sie hob langsam und eckig die Arme hoch, war aber unfähig, einen Schritt entgegen zu tun. Als das fremde Tier vor ihr stand, begann das Mütterchen am ganzen Leib zu zittern, als ob sie unter einem kalten Wind fröre, sah mit den Augen immer in die fremden Augen, näherte ganz langsam eine Hand der Haut des andern und fühlte darüber. Alle kamen heran. Des Mütterchens Augen aber sahen niemand an als den ersten. Sie drückte sich an ihn, geborgen, unterwürfig, lockend, als ob sie ein junges Mädchen wäre, sie nahm eine seiner Hände und legte sie sich auf ihr Haar, bat ihn mit den Augen, daß er über ihr Haar hinstreicheln solle. Als er es verwundert und gutmütig tat, versteckte sie mit seeligem Erröten ihr Gesicht an seiner Brust. Während alle lachten und der erste, durch das Lachen der anderen beschämt, sich anschickte die Greisin von sich zu lösen, füllte sich die schlaffe Haut der Frau, nahm Glanz an, die Adern spannten sich, der ganze Leib streckte sich, rundete sich, die Brüste stellten sich auf, und als die Frau ihr Gesicht hochhob, war es wirklich das Gesicht eines jungen Mädchens, die ihre Jugend noch unvergeben hatte, so daß alle, nach kurzem Staunen, den Kameraden beneideten und hinzudrängten, um selber um das Mädchen zu werben. Sie aber tat, als ob sie von der Gegenwart der anderen nichts wisse, legte die runden Arme um den sehnigen Hals des Mannes, hielt ihm den halboffenen Mund mit den weißen Zähnen hin, und während er sie küßte, von ihrem Strahlen angestrahlt, sank sie in seinen festen Armen um. Er trug sie in den Wald und blieb mit ihr den Tag und die Nacht vereint. Als er am nächsten Morgen nach ihr sah, erkannte er, daß ihr Herz nicht mehr schlug, und daß ihr Leib schon wieder anfang schnell zu welken. Er begrub sie und setzte ihr ein Kreuz aufs Grab, obwohl er nicht dachte es mit einer Christin zu tun zu haben. Dann ging er aufs Schiff zurück.

XX

KURT EISNER · SHELLEY

I



IE Dichter sind die unanerkannten Gesetzgeber der Welt. Zu diesem Wort erhebt sich Shelley in einer Anfang 1821 geschriebenen Abhandlung *Verteidigung der Dichtkunst*. Schon früher, in der Vorrede zu seinem lyrischen Drama *Der entfesselte Prometheus*, hatte er den sozial tätigen Beruf des Poeten verkündet:

»Wir verdanken die großen Schriftsteller des goldenen Zeitalters unserer Literatur dem leidenschaftlichen Erwachen des Gemeinnsinns, der die vollste und bedrückendste Form der christlichen Religion zertrümmerte. Wir verdanken Milton dem Fortschritt und der Entwicklung des selben Geistes. Der göttliche Milton war (seien wir dessen immer eingedenk) Republikaner und ein kühner Forscher auf dem Gebiet der Moral und Religion. Die großen Schriftsteller unseres Zeitalters sind, wie wir Grund haben anzunehmen, die Begleiter und Vorläufer einer ungeahnten Veränderung in unseren sozialen Verhältnissen oder in den Anschauungen, die sie zusammenhalten.«

Aber er fügt hinzu, wenn er auch mit Platon und Bacon lieber in die Hölle als mit Malthus in den Himmel komme, so dienten seine poetischen Arbeiten doch nicht unmittelbar der politisch-sozialen Reformtätigkeit; didaktische Poesie sei vielmehr ein Gegenstand seines Abscheus, und was in Prosa gleich gut ausgedrückt werden könne, sei in Versen langweilig und überflüssig.

Mit jener Anschauung Shelleys, daß der Dichter der visionär gestaltende Prophet der Menschheit sei und in der innigen Gemeinschaft mit allen Qualen der Kreatur, in der lebendigen Teilnahme an den Kämpfen der Gegenwart der führende, gestaltende, nicht predigende und belehrende Seher der Zukunft sei, gesellt sich dieser musikalisch weltflüchtigste aller Poeten dennoch in die noble Reihe der großen Erscheinungen, die gerade der Stolz der englischen Literatur sind: Dichter zugleich und revolutionäre Politiker. Ihr Schaffen ist Tendenzkunst höchsten Stils; in der Gestaltung eigenen Erlebens erlebt die Menschheit ihre Zukunft.

Die beiden Jünglingsgestalten der Weltliteratur des 19. Jahrhunderts, die so die Sendung des Poeten auffaßten, der Deutsche Georg Büchner und der Engländer Shelley, gehören darum dem Sozialismus. Während nach der erloschenen großen Revolution aller Zukunftswillen zerbrochen schien, hatte die Zukunft ihr Asyl in den fiebernden Hirnen dieser Dichter. Shelleys Dasein ist der Verkündung der demokratischen Republik, des sozialistischen Zukunftsstaats, der Freiheit der Persönlichkeit geweiht; in einer Zeit, da das herrschende England ganz Europa als Söldner seines sich gewaltig aufreckenden Kapitalismus gegen Napoléon in den Krieg schickte und nach dessen Sturz seiner Industrie unangefochten die Welt gewann, im Innern aber die verzweifelten Ausbrüche der hungernden Arbeiter blutig niederschlug. Dieser heldenhaft träumende Jüngling, der Sproß aus vornehmstem Adelsgeschlecht, stand gegen alles, was die mächtigen Gewalten seines Vaterlands heiligten. Von ihrem brandschatzenden Christentum schied er sich in laut bekanntem Trotz als gekreuzigter Atheist. Der Monarchie warf er den Haß des Republikaners, der Herrschaft der Lords das Recht der Demokratie, der Tyrannei der Reichen die Verkündung der sozialistischen Gleichheit entgegen. Ihre moralische Wohlanständigkeit verletzte er durch das offene Bekenntnis zur freien Leidenschaft, und um sich ganz sicher außerhalb der englischen Gesellschaft seiner Zeit zu stellen, verherrlichte er zum Entsetzen der prüden Unzucht nicht nur die freie sondern wohl auch die blutschänderische Liebe.

Seine Zeit rächte sich für die Verachtung, die er ihr zollte. Sie verfemte und verleumdete ihn. Niemand las seine Dichtungen, von denen gerade nur das unbedeutende Jugendwerk *Queen Mab* bekannt wurde (in Deutschland verbindet man noch heute den Namen Shelley nur mit diesem Werk¹⁾),

¹⁾ Deutschland hat eine fast 100jährige Schuld an Shelley noch immer zu sühnen. Wir haben keine deutsche Übersetzung des Gesamtwerks von Shelley. Nur in den Anatomien der Anglizisten von Fach wird Shelley verarbeitet. Seine Prosaschriften sind überhaupt noch nicht übertragen worden. Von seinen Versdichtungen ist seit der (auch nicht vollständigen) Ausgabe von Julius Seybt, der im Jahr 1844 seine knirschend knochige Übertragung der weichen Melodien des Dichters veröffentlichte, keine umfassende Übersetzung erschienen. Strodtmanns schöne Nachdichtungen geben nur eine kleine Auswahl, die gerade das Bedeutendste vermissen läßt. Eine Ergänzung bietet in neuerer Zeit die Übersetzung des *Entfesselten Prometheus*, die Helene Richter bei Reclam herausgab. Es wäre die würdigste Aufgabe eines deutschen Verlegers (der schließlich auch ein Parteiverleger sein könnte) die großen deutschen Lyriker der Gegenwart für die Mitarbeit an einem deutschen Shelley zu gewinnen.

seine Dramen blieben verschollen, seine politischen Abhandlungen und geschichtsphilosophischen Arbeiten fanden nicht einmal den Weg zur Buchdruckerpresse. Im Grunde war die ganze Lebensarbeit Shelleys Nachlaß, und der Dichter des Zukunftsstaats wurde erst nach seinem Tod lebendig. Shelley trug in demütig-stolzer Zuversicht sein Los der Verfernung, der Sorge, der Unrast, der Krankheit. Sein Zukunftsglaube gab ihm die innere Sicherheit, daß er sich nie verlieren könnte. Er war in Wirklichkeit schon Bürger jener neuen Erde, die er kommen sah. Und auch die Ahnung frühen Endes schreckte ihn nicht; denn in seinem Pantheismus, der für ihn nicht äußere Meinung sondern erfüllende, tiefste Empfindung war, fühlte er sich eins mit Blumen und Vögeln, mit Quellen und Gletschern, mit Meer und Gebirge, und mit allen im Unerdlichen kreisenden Welten. Sein an hellenischer Bildung genährter Geist, der mit Aischylos und Platon vertraute Zwiesprach pflog, der sich in den Feuern Rousseaus geläutert, der Goethe liebte und Wielands sich freute, war zugleich Mitglied jenes geheimen Parlaments, das der Zukunft Gesetze gibt und über das Budget der Ewigkeit entscheidet, indem es zum Kampf gegen das Gegenwärtige ruft. Der zarte Ariel der englischen Poesie ist doch auch der Verfasser von stürmischen Aufrufen an die unterdrückten Iren und von Broschüren, die Wahlreform verlangen. Der Jünger Rousseaus, der einsiedlerisch sich in die große Natur, fernab vom Menschengewimmel, flüchtet, der Kündler freier Persönlichkeit, erkennt doch bereits, daß die Befreiung der Menschheit nur das Werk einer Massenbewegung sein kann. Als die englische Regierung 1819 die hungernden Proletarier in London niedermetzelte, dichtete Shelley das furchtbare Strafgericht *Die Maske der Anarchie*, und hier schon wird der Gedanke des Massenkampfes der gekreuzten Arme ausgesprochen:

»Stehet ruhig, Kampfgenossen,
Wie ein Wald, stumm und geschlossen.
Verschränkt die Arme, das Aug' voll Trutz,
Das sind eure Waffen zu Wehr und Schutz . . .

Auf wie aus dem Schlaf der Leu,
Schüttelt ab der Tyrannei
Joch, wie leichten Morgentau,
Das im Schlummer auf euch fiel:
Sie sind wenige — ihr seid viel!«

II

FÜR die Anhänger einer medizinischen Kunstbetrachtung, der Genie nur ein Abszeß ist, bietet Shelley ein ganzes Arsenal von Beweisen. Dieser Dichter war keinen Tag recht gesund und, seitdem er Schule und Universität verlassen, kaum einen Monat am gleichen Ort. Krankheiten aller Art, Angstzustände, ein regelmäßig wiederkehrender mehrstündiger tiefer Schlaf am frühen Abend, Visionen, Halluzinationen, ewige Unordnung aller bürgerlichen Verhältnisse, ruhelose Erotik, die höchste Beseelung mit der physischen Durchbrechung jeder herkömmlichen Moral vereinigt: in diesem leidenschaftlichen Schwärmer ist auch gar nichts irgendwie normal. Und dennoch und deshalb ist seine Kunst die große Gesundheit erhöhten Lebens, das keine Krankheit und keinen Tod kennt.

Percy Bysshe Shelley wurde am 4. August 1792 auf seinem Familienschloß bei Horsham in Sussex geboren. Es sind die Tage, da in Paris die Tuileries

erstürmt wurden. Der Knabe wird mit 12 Jahren in das Stiftsgymnasium zu Eton verbracht, wo die englische Aristokratie ihre Söhne erziehen läßt. Reizbar, träumerisch, gerät Shelley schon in dieser Anstalt in Gegensatz zur Welt. Seine Phantasie nährt sich (eine Erscheinung, die wir auch bei manchem andern Dichter beobachten) an gierig verschlungenen Schundromanen voll Greueln und Abenteuern. Mit 17 Jahren beginnt sein ruheloses Suchen nach der idealen Geliebten. Den Reigen führt eine anmutige Base, die sich leider mit einem *clod of earth*, einem gewöhnlichen Landjunker verlobt. 1810 bezieht Shelley die Universität Oxford, und in dieser konservativsten aller Lehranstalten vollendet sich schon der Revolutionär des Gedankens und des Lebens. In dem schmalschultrigen, hochaufgeschossenen, blauäugigen Jüngling, der den Kopf scheu und ungeschickt nach vorn beugt, als ob er ihm zu schwer wäre, glimmt von Anfang der prometheische Funke. Shelley muß sich gegen jeden Zwang und jede Unterdrückung auflehnen, wie er auch später jeden Fall von Ungerechtigkeit und Mißhandlung, der zu seiner Kenntnis gelangte, furchtlos und opferwillig zur eigenen Sache machte. Der Oxford Student wählt gleich das Mittel, das ihn für immer von der anständigen Gesellschaft scheidet. Er verfaßt eine Abhandlung über die *Notwendigkeit des Atheismus* und läßt die Schrift öffentlich ankündigen und drucken. Shelley wird, als der Verfasserschaft verdächtig, vor das Universitätsgericht geladen und »wegen trotziger Ablehnung der gestellten Fragen und wegen Weigerung das Pamphlet abzuleugnen« nebst einem Freund schimpflich von der Universität gejagt. Von nun verfolgt ihn der Schimpfname *Atheist*, den er mit um so größerm Stolz trägt, als seine innerliche Religiosität sich immer mehr vertieft: eine Erscheinung, die bei etlichen Verteidigern Shelleys die vergebliche Bemühung veranlaßt hat den bis zu seinem Tod unerschütterten Feind des Kirchentums auf dem Weg zum positiven Glauben sich zurückfinden zu lassen (wenn er länger gelebt hätte).

Seit jenem Märztag 1811, da der relegierte Student nach London kam, ziemlich mittellos, von der Familie verstoßen, beginnt nun sein unstetes Wanderleben. Er dichtet, reist, studiert, liebt. Gleich verletzt er auch in seiner Lebensführung alle Satzungen der Konvention. Die 17jährige Harriette Westbrook, ein schönes, aber seelenloses *Rassetier*, fühlt sich im Schulzwang unglücklich. Sofort beginnt Shelley sie zum Gegenstand seiner Belehrungen zu wählen, und nachdem er sie genügend zur ebenbürtigen Gefährtin seines Geistes erzogen zu haben glaubt, entführt der Aristokratensohn die bürgerliche Miß und heiratet sie. Am Ende seines Lebens, als er die bebenden Verse des *Epipsychidion* seinem letzten Idol, einer im Kloster trauernden jungen Gräfin, weihte, gestand er:

»Ich sucht' in manchem Weib des Erdentals
Den Schatten meines Seelenideals.
Und ein'ge waren schön: doch Schönheit flieht;
Und andere klug: doch trog ihr Schmeichellied;
Und eine treu: ach! warum mir nicht treu?
Dann wandte ich, wie der gejagte Leu,
Den hetzenden Gedanken mich entgegen,
Zu Tode wund, mit matten Herzensschlägen.
Der kalte Tag sah bebend meine Qual,
Als mir urplötzlich, wie ein Frührotsstrahl,
Befreiung winkte. Denn ein Wesen stand
Auf meinem Pfad«

Solch Wesen stand oft auf seinem Pfad.

Bald erkennt Shelley, daß die schöne Harriett ihm durchaus keine Genossin seines Fühlens und Strebens sei, er sucht bei anderen Frauen die schöne Seele und den großen Geist. Harriett benutzt die erste Gelegenheit, um den Gatten mit dessen bestem Freund zu betrügen; und als Shelleys Bahn dann Mary Wollstonecraft kreuzt, die bedeutende Tochter jener Frau, die zuerst (neben dem Königsberger Bürgermeister Hippel) das gleiche Recht des weiblichen Geschlechts verkündete, verläßt der Dichter Harriett und gesellt sich Mary in freiem Liebesbund, der später zur Ehe führt, nachdem die arme Harriett sich ertränkt hatte, nicht weil sie Shelley, sondern weil sie irgendein anderer Liebhaber verlassen.

Mit Mary findet Shelley auch deren Stiefvater, den berühmten Sozialphilosophen William Godwin, der freilich damals sich schon überlebt hatte. Aber jener individualistische Kommunismus, den Godwin 1793 in seiner *Political Justice* begründet hatte, ist auch Shelleys politische Überzeugung. Dieser idyllische Kommunismus führt auf Rousseau zurück: er verneint die ganze geschichtlich gewordene Kultur, bekämpft den Luxus und predigt die natürliche Freiheit des einzelnen, Einfachheit der Sitten, Gleichheit des Eigentums und Vernichtung aller Gewalt. Aber der Verkehr mit Godwin wird nicht nur entscheidend für des Dichters politische Gedankenrichtung (sein metaphysisches Denken orientiert sich an Spinoza) sondern auch zum Quell schwieriger Geldnöte. Der verstoßene Erbe muß sich anfangs mit einer bescheidenen Rente begnügen, aber auch als er in den Bezug des großen Familienvermögens gelangt, ist er nur selten ohne finanzielle Bedrängnis, die ihn wiederholt in die drohende Nähe des Schuldturms bringt. Denn Shelley gibt bis zur Selbstaufopferung jedem, der seine Hilfe begehrt. Vor allem ist es Godwin, der ewig in üblen Geschäften steckt und herrisch immer wieder große Summen fordert und erhält.

Mary, die Shelley in der Zueignung von *Laon und Cythna* das Kind des Lichts und der Liebe, seine Herzensheimat nennt, bleibt ihm die gleichgesinnte, verständnisvolle Gefährtin und Mitarbeiterin. Doch vielleicht gerade das Ebenmaß ihres klaren Geistes lockt ihn auch während dieser harmonischen, nur zuweilen durch dunkle Zwischenfälle gestörten Ehe das geheimnisvolle Wesen der Liebe in anderen Frauenerscheinungen zu suchen, denen seine Phantasie die Schleier schimmernder Rätsel lieh. Undurchsichtig in ihrer wahren Natur sind seine innigen Beziehungen zu der Halbschwester Marys, Jane, einem schönen Geschöpf mit einer herrlichen Stimme, aber einem Irrwisch voll flackernder Launen und verzehrender Leidenschaften; einem flüchtigen Bund Janes mit Byron ist das Kind Allegra entsprossen, das bald starb. Seine Freundschaft zu dieser Halbschwester seiner Frau läßt ihm sogar ein schmutzig verleumdendes Erpresserpaar gefährlich werden. Die Frauen lieben den schwärmerischen, kindlich enthusiastischen Dichter, der in der Liebe den Sinn der Welt erkennt und heiligt. Aber im Reich der bürgerlichen Ordnung kommt Shelley um so weniger zur Ruhe, je reiner sein Menschheitsglaube ist. Die Kinder erster Ehe werden ihm durch Gerichtsbeschluß entzogen. Ringsum Tod und Selbstmord. Auch die Kinder, die ihm Mary gebar, welken früh dahin; nur ein Sohn überlebt den Vater, zugleich der letzte seines Geschlechts.

Immer auf der Suche nach einer stillen Zufluchtsstätte inmitten lieblicher

Natur wechselt Shelley unablässig seinen Aufenthalt. Weite Bootfahrten auf der Themse, Reisen nach Frankreich, Deutschland, Holland, der Schweiz und Italien sollen seine Unrast beschwichtigen, seinen Körper gesunden und seine Dichtungen befruchten. Im Wandern auf Fluß und Meer gestalteten sich die Eingebungen seines Genius. In dem damaligen Geschlecht, das immer wie auf dem Marsch war und mit dem Tod spielte, ist auch der Dichter unseßhaft wie ein Grenadier der großen Armee. Im März 1818 verläßt er für immer seine Heimat, und der Rest seines Daseins erfüllt sich in Italien. Auch hier zieht er von Ort zu Ort. In Pisa findet er Ruhe, wo er regen Verkehr mit Byron unterhält. Am 8. Juli 1822 gerät Shelley, der in einem offenen Segelboot einem Freund nach Livorno entgegenfahren will, in einen Gewittersturm und versinkt mit dem Boot und zwei Gefährten in der Tiefe des Meeres. Der Leichnam wird Ende des Monats ans Land gespült und verbrannt. Aus den Flammen riß ein Freund das Herz des Dichters, das dem Feuer widerstand und der Gattin gebracht wurde. Die Asche ist auf dem protestantischen Kirchhof zu Rom beigesetzt. Ein Stein trägt die Inschrift:

»Percy Bysshe Shelley
Cor Cordium —«,

als ob es der Beruf des Dichters gewesen wäre das *Herz der Herzen* zu sein. Und hinzugefügt sind die Verse aus Shakespeares *Sturm*:
»Nichts von ihm wird vergehen sondern eine Wandlung erleiden in einen reichen und seltsamen Meerstoff.«

III

MIT 18 Jahren wagte Shelley den ersten Flug in das Zukunftsparadies der Menschheit, das er im Feenmärchen der *Königin Mab* zeigte. Der sanft klingenden Musik der Dichtung folgten da wilde Anmerkungen (die in der deutschen Ausgabe bei Reclam fortgelassen sind) wider alle heiligen Altäre seiner Welt: wider das Christentum, wider Krieg und Heer, wider Könige und Staatsminister.

In diesen Anmerkungen ist Shelley bereits der sozialistische Kritiker:

»Es gibt keinen wahren Reichtum, außer der Arbeit des Menschen. Wären die Berge von Gold und die Täler von Silber, so würde die Welt nicht um ein Getreidekorn reicher sein... Die Armen werden veranlaßt zu arbeiten — wofür? Nicht für das Brot, nach dem sie hungern; nicht für die Decken, deren Mangel ihre Säuglinge in der Kälte ihrer elenden Hütten erfrieren läßt; nicht für jene Bequemlichkeiten der Zivilisation; nein, für den Hochmut der Gewalt, für die Isolierung des Stolzes, für die falschen Freuden des hundertsten Teils der Gesellschaft.«

Er weist auf Godwins Untersuchung hin, daß bei gleichmäßiger Verteilung der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft jeder Mensch nur 2 Stunden täglich zu arbeiten braucht. Der Ehezwang wird bekämpft:

»Nicht einmal der Verkehr der Geschlechter ist von dem Despotismus positiver Verordnungen befreit. Das Gesetz maßt sich sogar an die unlenksamen Triebe der Leidenschaft zu beherrschen, den klarsten Schlußfolgerungen der Vernunft Fesseln anzulegen und, indem es an unsern Willen appelliert, die unwillkürlichen Neigungen unserer Natur zu unterdrücken... Ein Ehemann und eine Ehefrau sollten so lang mit einander vereint bleiben, als sie einander lieben; jedes Gesetz, das sie zum Zusammenleben auch nur einen Augenblick nach dem Erlöschen ihrer Neigung verpflichtete, wäre eine unerträgliche Tyrannei.«

Diese Gedanken beflügeln seine Dichtungen bis zum letzten Vers, den er erdacht, wie immer auch die künstlerische Gewalt seiner Phantasie sich von

Werk zu Werk vollendet und vertieft. Seine Dichtungen sind die Stücke einer großen Autobiographie, die sich pantheistisch auflöst in die Erscheinungen der erhabenen und anmutigen Natur, in die Mythen urwesentlicher Weltkräfte, in die Gebilde einer Zukunftsgesellschaft, die aus den Qualen der Gegenwart die erlöste Menschheit emporführt. So wirken sich jene Gedanken aus in den mächtigen 12 Gesängen des Weltepos *Laon und Cythna oder Die Revolution der goldenen Stadt: Eine Vision aus dem 19. Jahrhundert*, in dessen Vorrede er sagt:

»Ich habe mich bemüht die Harmonie der metrischen Sprache, die luftigen Gebilde der Phantasie, die schnellen und feinen Übergänge der Leidenschaft, kurz alles, woraus ein Gedicht wesentlich besteht, für die Sache einer freien und umfassenden Sittlichkeit zu gewinnen. . . Zu dem Zweck habe ich eine Erzählung gewählt, in der die menschliche Leidenschaft in ihrem umfassendsten Charakter auftritt. Sie ist ausgeschmückt mit rührenden und romantischen Abenteuern und wendet sich, alle angeerbten Meinungen und verderbten Institutionen verachtend, an die jedem Menschenherz gemeinschaftlichen Sympathieen.«

Alle Freiheitskämpfer seiner Zeit finden in Shelley den voranstürmenden Sänger. In dem Blutjahr 1819, als die englische Regierung Straßen und Plätze Londons mit dem Blut der Arbeitenden wusch, schuf Shelley die klirrenden Strophen, in denen er das Vorbild aller sozialen Freiheitslyrik wurde. Englands Männern ruft er zu (und dieses eine Gedicht sei in der Sprache des Dichters wiedergegeben):

»Men of England, wherefore plough
For the lords who lay ye low?
Wherefore weave with toil and care
The rich robes your tyrants wear?

Wherefore feed, and clothe, and save,
From the cradle to the grave,
Those ungrateful drones who would
Drain your sweat — nay, drink your blood?

Wherefore, Bees of England, forge
Many a weapon, chain, and scourge,
That these stingless drones may spoil
The forced produce of your toil?

Have ye leisure, comfort, calm,
Shelter, food, love's gentle balm?
Or what is it ye buy so dear
With your pain and with your fear?

The seed ye sow, another reaps;
The wealth ye find, another keeps;
The robes ye weave, another wears;
The arms ye forge, another bears.

Sow seed — but let no tyrant reap;
Find wealth — let no impostor heap;
Weave robes — let not the idle wear;
Forge arms — in your defence to bear.

Shrink to your cellars, holes, and cells;
In halls ye deck, another dwells.
Why shake the chains ye wrought? Ye see
The steel ye tempered glance on ye.

With plough and spade, and hoe and loom,
Trace your grave, and build your tomb,
And weave your winding-sheet, till fair
England be your sepulchre.«

Als der griechische Freiheitskrieg ausbricht, spendet er den Griechen jubelnd sein lyrisches Hellasdrama.

Die Höhe erreicht sein Schaffen in dem Prometheusdrama. Das Zwiegespräch des gefesselten Titanen mit den Weltmächten gehört zu dem Erhabensten der Kunst aller Zeiten. Hätten wir einen Theaterleiter und ein Publikum, das die gesprochene Wortmusik ewiger Gedanken ebenso darzustellen und zu genießen vermöchte wie die tönende Musik, so könnte man hoffen diesen gewaltigen Mythos sogar einmal auf der Bühne zu schauen. Prometheus, die revolutionäre Kraft der Menschheit, wird frei, nachdem Jupiter, der Urheber aller Menschenqual, gestürzt ist. Der Titan findet Asia, die Geliebte, wieder, das Wesen der Liebe. Die erlöste Menschheit wandelt im Garten der Freude, und die Hymnen des irdischen Zukunftslands schwingen fort im befreiten All der Sternmilliarden.

Der Dichter des Prometheus selbst aber blieb angeschmiedet in den Ketten seiner gemarterten Zeit. In *Adonais* hat er sein Erdenschicksal gesungen in den Versen, die in der Übersetzung eines deutschen Shelleyforschers unserer Tage, Ackermanns, wiedergegeben seien:

»Mit der geringern Zahl kam ein Phantom,
Ein schwaches Menschenbild; gefährtenlos
Wie des verbrauchten Sturmes letzter Strom,
Dess' Donner ihn verweht; er, wie ich schloß,
Erblickte der Natur Geheimnis bloß
Wie einst Aktäon, und nun flieht er hin
Mit schwachem Schritt im wilden Weltgetos,
Und die den schroffen Pfad nun mit ihm ziehn,
Der gierigen Meute gleich, Gedanken folgen ihm.

Ein Geist, dem Panther gleich, so flink und hehr;
Ein Liebeshorst in Leid gehüllt; die Kraft,
Von Schwäche rings umgeben; trägt kaum mehr
Der Stunden Last in seiner schweren Haft;
Ein matter Regen, Lämpchen ohne Saft,
Der Woge Brechen — wie der Mund noch spricht,
Ward sie gebrochen nicht? Auf welchem Schaft
Der Blume lacht die Sonne: warum nicht
Auf Wangen Lebensglut, indes das Herze bricht?

Verblühte Blumen rankten um sein Haupt,
Verwelkte Veilchen, bunt und blau und weiß;
Ein leichter Speer, zypressenkranzbelaubt,
Um dessen Schaft des Efeus dunkles Reis,
Auf dem des Waldes Tauglanz schimmert leis,
Erzitterte, so oft des Herzens Schlag
Die schwache Hand bewegt; in seinem Kreis
Kam er zuletzt, zur Seit' und einsam nach;
Ein einsam endend Wild, dess' Herz die Kugel brach.

Sie standen alle fern, ob seinem Lied
In Tränen lächelnd: Wußte doch die Schar,
Wer nun beweint, was Gott ihm selbst beschied;
Da er in Weisen, fremd und wunderbar,
Sang neues Leid. Urania nahm ihn wahr,
Die Trauernde, und lispelt: »Wer bist du?«
Er sagte nichts; doch bot er plötzlich dar
Die Stirn gebrandmarkt, blutbeflekt dazu,
Wie Kain oder Christ — Warum fiel ihm dies zu?»

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LARS ONOE · POLITIK UND TECHNIK



In einer ganzen Reihe von Versammlungen ist die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Wehrbeitrag und zur Vermögenszuwachssteuer Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Mitglieder der Fraktion selbst haben zum Ausdruck gebracht, daß sie den Fraktionsbeschluß, der die Abstimmung festlegte, bekämpft hätten. Die einen hätten es lieber gesehen, wenn die Fraktion prinzipienfest jede Steuer abgelehnt hätte, die mit der Wehrvorlage irgendwie in Verbindung stand. Die anderen finden die Zustimmung zur Vermögenszuwachssteuer geboten, weil sie sonst gefallen wäre; dem Wehrbeitrag gegenüber aber hätte man das Prinzip hochhalten sollen: denn er wäre ja ohnehin angenommen worden, da auch die Konservativen für ihn eintraten. Es ist zu befürchten, daß der musterhafte Opportunismus dieser zweiten Gruppe, deren Standpunkt namentlich der Genosse Lensch vertritt, keinen großen Anklang finden wird. Der schlichte Arbeiter wird im allgemeinen fordern, daß sein Vertreter im Reichstag und in anderen Körperschaften für solche Formen unvermeidbarer Steuern stimmt, die die tragkräftigen Schultern belasten; ist aber unser Arbeiter selbst ein unentwegter Prinziptreuer, so wird er nicht leicht begreifen, wie sein Vertreter einmal so und im nächsten Augenblick anders kann. Dazu kommt ein weiteres schwerwiegendes Bedenken. Wenn die Konservativen in einem ähnlichen Fall bis zum letzten Augenblick über ihre Absicht bei der Abstimmung nichts verlauten lassen, oder wenn sie sich bei der Abstimmung teilen, dann wird der prinzipientreue Musteropportunist in die größte Verlegenheit kommen: er wird nicht immer rasch genug übersehen können, ob durch sein Sitzenbleiben die Vorlage gefährdet ist; auch wird es zweifelhaft sein, wer aus der Fraktion für einen stehenden Konservativen prinzipientreu sitzen bleiben darf, oder wer für einen sitzenbleibenden Konservativen zum Prinzipbruch schreiten und sich erheben muß, um die Vorlage vor der unerwünschten Ablehnung zu retten. So fatal diese Schwierigkeit auf den ersten Anblick erscheint, läßt sie sich doch durch ein technisches Verfahren leicht beseitigen, so daß wenigstens von dieser Seite aus dem prinzipientreuen Opportunismus keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ich nehme keinen Anstand dieses Verfahren ohne jeden Patentanspruch zu veröffentlichen:

Man verbinde durch eine Schnur, die unter festen, am Fußboden verschraubten Rollen hindurchläuft, den Hosenboden je eines konservativen Abgeordneten mit dem je eines sozialdemokratischen. Die Schnur ist so lang zu wählen, daß sie lose liegt, wenn beide Herren sitzen, daß sie aber straff gespannt ist, sobald auch nur einer von beiden steht. Erfolgt nun eine kritische Abstimmung, so macht der prinzipientreue Opportunist einen leichten Versuch sich zu erheben. Fühlt er dabei eine Spannung am Hosenboden, so darf er aufatmend den Versuch aufgeben: er kann sicher sein, daß sein konservativer Partner sich erhoben und ihm damit die Möglichkeit gegeben hat das Prinzip hochzuhalten. Fühlt er dagegen keinen Widerstand, so muß er sich, wenn auch schweren Herzens erheben, um das Sitzenbleiben des Konservativen auszugleichen. Auf jeden Fall kann er sich selbst und seinen Wählern sagen, daß er alles aufgeboten hatte, um (sogar automatisch) bis zur letzten Möglichkeit beim Prinzip festgehalten zu werden.

Da es zurzeit im Reichstag mehr sozialdemokratische Abgeordnete gibt als konservative, kann sich nicht jeder sozialdemokratische Abgeordnete diese technische Bequemlichkeit gestatten; naturgemäß müssen in erster Linie die Genossen berücksichtigt werden, die Wert darauf legen nicht nach Gründen, die in der Sache liegen, abzustimmen sondern ihre im übrigen schlechthin prinzipielle Abstimmung durch die Haltung der konservativen Gegner regeln zu lassen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Wilhelm Schröder

Bagdadbahn Die Bagdadbahnfrage geht allmählich ihrer abschließenden Regelung entgegen.

Und für die wenig beneidenswerte Rolle eines schwachen Staatsgebildes im heutigen weltpolitischen Getriebe ist es kennzeichnend, wie bei dieser friedlich-schiedlichen Abgrenzung großer rivalisierender Interessen nur eines der beteiligten Länder kaum zu Wort kommt: die Türkei selber, die als wirkliche Großmacht die gestellten Aufgaben ganz allein zu lösen hätte und ausschließlich im Sinn ihres eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorteils lösen würde. Der russische Widerstand gegen die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in diesem umstrittenen Gebiet der asiatischen Türkei darf bekanntlich seit dem Potsdamer Abkommen vom November 1910 als beseitigt gelten. Die Beschwichtigung Englands hat Deutschland mit einem Zugeständnis erkaufen müssen, dessen Tragweite noch immer eine außerordentlich verschiedene Beurteilung findet; mit dem Verzicht auf den Eigenbau der Eisenbahnstrecke von Basra bis zum Persischen Golf. Die Unterhandlungen mit Frankreich, die augenblicklich noch im Gang sind, laufen vermutlich darauf hinaus durch deutsche Gegenzusicherungen für andere türkisch-asiatische Erschließungspläne Frankreich zum Verzicht auf seinen Bagdadeinfluß zu bewegen. Die französische Kapitalbeteiligung wird hier auf etwa ein Drittel veranschlagt, und nach dem Ausscheiden der russischen und englischen Stütze wird dem französischen Kapital der jetzt vorbereitete Platzwechsel, die Übernahme der im Besitz der *Ottomanbank* gruppe befindlichen Aktien durch die *Deutsche Bank*, kaum noch viel Überwindung kosten. Bei den Gegenleistungen handelt es sich wahrschein-

lich um die vorbehaltlose Überlassung bestimmter Eisenbahnbauten und öffentlicher Werke in Syrien und im östlichen Küstengebiet des Schwarzen Meeres an Frankreich. Dem deutschen Kapital liegt, wie anzunehmen, jetzt vor allem daran die Bauten, die während des Krieges etwas ins Stocken geraten waren, rascher vorwärtszubringen, und man hofft von der türkischen Rückwanderung aus Mazedonien und Thrazien eine weitere günstige Rückwirkung auf die von der Bahn berührten Provinzen des Osmanenreichs. Die deutsche Regierung selber hält sich, offenbar in Rücksicht auf die politische Empfindlichkeit der türkischen Staatsleitung, bei allen diesen Verhandlungen im Hintergrund. Es kann jedoch gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich hierbei die Grundlinien einer allgemeinen Abgrenzung von politischen Interessenssphären zwischen England, Deutschland, Frankreich und Rußland deutlich abheben. Auf keiner Seite sind dabei alle imperialistischen Blühträume der Vergangenheit zur Reife gediehen. Aber gerade was Deutschland anlangt, so ist der Umschwung seit ein paar Jahrzehnten ganz unleugbar: Noch vor einem Menschenalter hätte man in diesem wichtigen Ländergebiet Deutschland überhaupt kaum als vorhanden zu betrachten brauchen. Eine wachsende Internationalität setzt sich in der modernen Politik wenigstens in dem Sinn durch, daß die älteren, früher monopolistisch bevorrechteten Weltmächte mehr und mehr mit dem jüngern Nachwuchs und dessen Anspruch auf Gleichachtung rechnen müssen.

X
Marokko Dagegen scheint das jahrhundertalte Ringen Frankreichs und Spaniens um den überragenden Einfluß im Scherifenreich immer unwiederbringlicher zum Vorteil Frankreichs auszuschlagen. In der spanisch-marokkanischen Zone wa-

ren die Vorstöße der Spanier so wenig vom Glück begleitet, sie führten vielmehr zu einer so unerwarteten Einigung der vorher zersplitterten, sich gegenseitig zerfleischenden Eingeborenenstämme, daß mit der neulichen Abberufung des Generalresidenten Generals Alfau nur der Zusammenbruch des ganzen bisherigen Verwaltungssystems besiegelt war. Raschen Erfolg dürfte nur noch eine gemeinsame französisch-spanische Aktion versprechen, wobei allerdings alles Übergewicht auf die Seite Frankreichs fallen würde. Hervorragende französische Blätter und Politiker reden deshalb einem vertragsmäßigen militärischen und polizeilichen Zusammenarbeiten das Wort, das in der Tat jeder selbständigen Marokkopolitik Spaniens ein Ende bereiten und Spanien in dieser Beziehung zum Vasallen Frankreichs machen würde.

× Mexiko ×
Die Botschaft, die Präsident Wilson am 27. August vor dem amerikanischen

Kongreß verlas, angeblich unter einem Sturm der Begeisterung und Zustimmung, hat in Wirklichkeit an der Unerträglichkeit und Gefährlichkeit der mexikanischen Zustände nicht das geringste geändert. Daß die außerordentlich starke Betätigung des amerikanischen Unternehmungsgeistes in Mexiko und die unzerreißbaren Nachbarschaftsbeziehungen den Vereinigten Staaten ein außergewöhnliches Recht zu vermitteln den Vorstellungen verschaffen, geben die europäischen Mächte, England dabei an der Spitze, selber unumwunden zu. Auch der Vorschlag Wilsons eine allgemeine Wahl, die normalerweise im Oktober fällig sein würde, sofort über die rechtmäßige Regierungsleitung entscheiden zu lassen, ist durchaus verständlich. Aber andererseits werden es lateinamerikanische *de facto*-Regierungen wohl kaum jemals über sich bringen für diese maßgebenden Wahlen aus eigenem Antrieb von vornherein auszuscheiden, wie dies Wilson durch den Sondergesandten Lind, den ehemaligen Gouverneur von Minnesota, von Huerta, dem heutigen Diktator, verlangte. Die Vereinigten Staaten mögen an dem, zweifellos brutal ermordeten letzten Präsidenten Madero viel verloren haben, aber damit ist Huertas Schuld noch lange nicht direkt und zweifelsfrei erwiesen, und er wie seine Umgebung haben sie stets auf das schärfste bestritten. Die meisten europäischen Staaten haben ihn, mangels eines Bessern, anerkannt. Ohne einheit-

lich anerkannte Regierung ist jedoch jeder Fortschritt in Mexiko unterbunden, weil nirgends Gelder für Staatszwecke flüssig zu machen sind. Dieses finanzielle Druck- und Zugmittel ist der Washingtoner Regierung verblieben. Möglich, daß es zuletzt doch noch wirkt; aber ebensogut wäre es denkbar, daß die letzte festere Staatsleitung in Mexiko zusammensinkt, und das alte Chaos von neuem hereinbricht. Die Fremdenkolonien, auch die amerikanischen, haben sich deshalb immer wieder für Anerkennung der tatsächlich bestehenden Regierung, unter baldigen Neuwahlen, ausgesprochen. Nach der Botschaft Wilsons dürfte dieser Weg kaum noch zu beschreiten sein, und so könnten die Vereinigten Staaten, wollend oder nicht-wollend, schließlich in einen Kampf hineintreiben, wie sie ihn seit dem Bürgerkrieg gleich kräfteverzehrend nicht gekannt haben.

× Kurze Chronik ×
Im Haag wurde am 28.

August der von Carnegie gestiftete Friedenspalast feierlich eingeweiht. × Der britische Lordkanzler Haldane hielt am 1. September in Montreal eine Rede über die *höhere Nationalität*, in der er zu einer Verbrüderung der 3 großen angelsächsischen Länder, Großbritannien, Kanadas und der Vereinigten Staaten, aufforderte, die, von der Gemeinsamkeit des Geistes verwandter Völker getragen, auch in Verträgen zum Ausdruck kommen sollte. × In Frankreich beabsichtigt man dem Militärflugwesen eine größere Ausdehnung zu geben.

× Literatur ×
In englischer und französischer Sprache hat ein in London lebender Portu-

giese, António Monteiro Gomes, wohl mit Unterstützung der portugiesischen Regierung, eine in der Lissaboner Nationaldruckerei gedruckte Schrift herausgegeben, die den namentlich von klerikaler Seite in die Welt gesetzten Behauptungen entgegentritt, daß die Republik ihre politischen Gefangenen grausam behandle. *Portuguese Political Prisoners* lautet ihr Titel. Der Verfasser hat seiner Erzählung nach für die Ehrenrettung der Republik erhebliche Opfer bringen müssen. Als im April dieses Jahres unter Protektion der Herzogin von Bedford eine Versammlung in London gegen die angeblichen Grausamkei-

ten protestierte, ist er als Opponent verprügelt und obendrein vom Friedensrichter mit 100 Mark Geldstrafe belegt worden. Nun hat der unerschrockene Verteidiger der republikanischen Ehre die Rede, die er in London nicht halten konnte, zu Papier gebracht und in seiner Schrift außerdem durch amtliche Aktenstücke nachgewiesen, daß die Monarchisten in den Gefängnissen zu Lissabon human behandelt werden. Liest man den Speisezettel für die Gefangenen und die Hausordnungen der einzelnen Gefängnisse, so wird man von Neid erfüllt in der Erinnerung an die Leiden, die Sozialdemokraten in deutschen Strafanstalten auszustehen hatten. Nun lassen sich zwar selbst gute, wohlwollende Verordnungen wehlosen Gefangenen gegenüber je nachdem so auslegen und anwenden, daß man kaum die Freiheitsentziehung spürt, oder auch so, daß einem das Dasein im Gefängnis zur Höllequal wird. Man darf aber wohl hoffen, daß die portugiesische Republik ihren Ruf nicht durch schimpfliche Grausamkeiten schänden wird. × Geschichtlich und staatsrechtlich erörtert Dr. Günther von Schmeling die eigentümliche Gestaltung der Armeeführung und -verwaltung in einem Bundesstaat mit starker Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Selbständigkeit (*Die Entwicklung der Kontingentsverfassung in der deutschen Kriegsmacht* / Straßburg, Singer/). × Eine Zusammenstellung der schlimmsten deutschen chauvinistischen Preßäußerungen bietet Professor Dr. O. Nippold in einer Studie *Der deutsche Chauvinismus* im 9. Heft der *Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung* / Stuttgart, Kohlhammer/.

Sozialistische Bewegung / Joseph Bloch

Deutscher Parteitag 1913 Zum erstenmal kann auf einem Parteitag nicht über eine numerische Vergrößerung der Sozialdemokratie berichtet werden. Die radikale Gruppe unserer Partei ist darüber bestürzt. Das ist begreiflich, denn sozialdemokratische Politik bedeutet für sie Vermehrung der Mitgliederzahl; steht diese still, so hat sie nicht mehr die Illusion Politik getrieben zu haben. Dem sozialdemokratischen Reformisten ist jener provisorische Stillstand erklärlich und nicht bedrohlich. Er sieht die Gesamtstruktur der Gesellschaft und weiß, daß es nicht allein auf die Zahlen sondern auch auf die

produktive Geltung ankommt, und von diesem Gesichtspunkt aus stellen sich ihm die einzelnen Schichten, die die Nation bilden, anders dar als bloß in ihrer Kopfzahl; das zeigt sich allein schon in seiner Bewertung der landwirtschaftlichen Produzenten, mit denen der Radikale (der die Bauern womöglich als eine versinkende, jedenfalls aber als eine entwicklungswidrige Schicht anzusehen gewohnt ist) nichts Rechtes anzufangen weiß: Für den Reformisten bedeutet die Stärke der Partei nicht das Ziel sondern nur den Anfang der Politik. Die große Zahl kann aber bei einer Isolierung der Partei nicht ausgenutzt werden. Die erste Etappe einer reformistischen Politik ist daher die Anbahnung einer Kooperation der Sozialdemokratie mit anderen Parteien, deren Interessen mit den ihrigen auf absehbare Zeit zusammen bestehen können. Mit der vernünftigen Dämpfungsparole bei den Reichstagswahlen 1912 machte die Sozialdemokratie auch einen Versuch dazu. Ihn wirklich fortzusetzen wagte sie aber vorerst nicht (wie überhaupt die Halbheit das Charakteristikum der Parteiaktionen in den letzten Jahren ist). Bei den preußischen Landtagswahlen suchte man die Verständigung erst nach den Urwahlen, als das Gesamtergebnis nicht mehr wesentlich zu beeinflussen war. Im Reichstag war die Selbstauschaltung der Sozialdemokratie bei der Präsidentenwahl auch für die zweite Session in mancher Beziehung noch symptomatisch.

Immerhin führte dann die Frage der Deckung der neuen Militärausgaben ganz von selber zu einer Art Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus. Die sozialdemokratische Fraktion hat mit ihrer Haltung bei den Steuervorlagen durchaus das Richtige getroffen, wenn sie sich auch mehr dem Gebot der Stunde gefügt als etwa weit vorausschauend ein eigenes System aufgestellt hat. Die Zustimmung der Fraktion zu den Deckungsvorlagen ist eine Abkehr von der ganzen bisherigen Tradition der Partei, die in allen Fragen, in die die Heeresvermehrung hineinspielte, bisher vollständig unzugänglich war. Die Radikalen folgern aus der alten Parteigepllogenheit heraus ganz einfach: die Fraktion hat dem Militarismus Gelder bewilligt; das ist ein Widerspruch gegen unser Prinzip der reinen Negation des gesamten Militärsystems. Aber die Sozialdemokratie

verlangt auch prinzipiell die Einführung direkter Reichssteuern und muß daher für sie stimmen. Es besteht somit eine richtige Antinomie zwischen zwei Grundsätzen der Partei selber, und diese kann nicht gelöst werden, solange man an beiden in gleicher Weise festhält. Die Diskussion über die Steuerfrage, die jetzt in der Partei geführt wird, zeigt daher ein Bild vollendeter Hilflosigkeit, wie es auch in unserer Parteigeschichte nur sehr selten zu bemerken war. Die praktischen Forderungen unseres Programms sind eben mit dem Postulat der starren Intransigenz nicht vereinbar.

Die Steuerfrage selber ist hier in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits behandelt worden; über sie braucht in dieser Rundschau nicht referiert zu werden. Es ist anzunehmen, daß der Parteitag nicht wieder durch einen allgemeinen Beschluß die Fraktion festlegen und ihr so die Möglichkeit rauben wird überhaupt einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß im Parlament anzustreben. Der Widersinn solcher allgemeinen Beschlüsse hat sich gerade in der letzten Zeit deutlich gezeigt. In Holland hat die sozialdemokratische Partei sich nicht nur eine einzigartige Gelegenheit entgehen lassen selbst mit an das Ruder zu kommen, sie hat sogar das Werk gefährdet, um das der Wahlkampf überhaupt geführt wurde: die Wahlrechtsreform. Sie hat allen denen, die an die Zukunft der Sozialdemokratie glauben, eine schwere Enttäuschung bereitet; es scheint jetzt, als ob Ängstlichkeit und Unentschlossenheit die sozialdemokratische Politik kennzeichnen, und als ob die Sozialdemokratie sich selber nicht die Fähigkeit zutraut das zu tun, was sie verlangt. Die Führer der holländischen Sozialdemokratie mußten die Interessen ihres Landes preisgeben, um sich einem internationalen Beschluß zu fügen, weil sie befürchteten, daß ihnen sonst die Masse ihrer eigenen Partei rebellisch werden würde. Hier hat man die Folgen jener schlaun Politik, die auch bei uns grassiert, und die da lautet: man lasse die *radikale* Phrase ruhig fortwuchern, man mache sie womöglich selbst mit; wenn es später auf eine Tat ankäme, würde schon das Richtige geschehen. Das bekannte Wort Auers in Hannover von dem Sagen und Tun (das für diesen bedeutenden Mann allerdings seinen guten Sinn und seine gute Geltung

hatte) wird von den Unbedeutenden, die gewohnt sind in Zitate zu denken, immer wieder als politische Maxime eines wahren Reformismus unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt. Aber das gesprochene und geschriebene Wort hat nun einmal seine Macht. Und wenn die eine Seite davon nichts weiß, so weiß es die andere um so besser. Denn wenn nun endlich hinterherum die große Tat geschehen soll, dann stellt sich vorn die Masse auf, von den prinzipiellen Demagogen geführt, und dann entsinkt den Hinterpolitikern der Mut, die große Tat unterbleibt, und es geht im alten Gleis weiter.

In der deutschen Sozialdemokratie ist jeder Fortschritt nur gegen den Widerstand des konservativen *Radikalismus* zustande gekommen; und wenn man schon etwas zuwege gebracht hatte, bevor die anderen Zeit fanden dazwischenzufahren, so folgte hinterdrein dann eine große Abrechnung, und die moralische Bedeutung der Tat war dahin. Hier in der Steuerfrage wird die Unsinnigkeit einer allgemeinen Bindung durch vorausgefaßte Beschlüsse vielleicht stärker empfunden werden; denn hier handelt es sich um materielle Interessen der Schichten, die die Partei vertritt; daher darf der Parteitag die Fraktion nicht desavouieren. Wenn er dabei einsehen lernt, daß es auch ohne einen allgemeinen Beschluß geht, so kann die Behandlung der Steuerfrage (so wenig fruchtbare Gesichtspunkte man von ihr auch erwarten mag) eine erzieherische Bedeutung für die Partei haben.

Der vorübergehende Stillstand in der Partei sollte ihr aber auch Veranlassung geben nach der bloßen Organisation der Massen (der ja gewisse Grenzen gesetzt sind) nun an deren Politisierung zu denken. Dazu kann es jedoch erst kommen, wenn das Prinzip der Intransigenz, das, wenn auch vielfach durchlöchert, so doch bei den entscheidenden Grundfragen der Nation immer wieder offiziell hervorgeholt wird, von der Partei als politisch wertlos erkannt und beseitigt wird. Nichts ist daher verkehrter als den Drang nach größerer politischer Aktivität auf eine Revolutionsspielerei wie die Massenstreikpropaganda abzuleiten. Das neue Wortgetöse um den Massenstreik verdankt sein Entstehen dem müßigen Einfall einer kleinen Gruppe, der leider von einigen links-

liberalen Blättern, die kein Gefühl für die politische Schwere der Dinge haben, ernst genommen und mit einem weit-ausschauenden politischen Projekt verwechselt wurde. Indes, für solche Irrealitäten ist die deutsche Arbeiterbewegung heute nicht mehr zu haben. Die Interessen der Arbeiterklasse sind allmählich auch allzusehr in unserer bürgerlichen Gesellschaft verankert, als daß der Gedanke sie durch einen irgendwie inszenierten Putsch zeitweise in Unordnung zu bringen ihre Vertreter reizen könnte. Der Massenstreik hat in Deutschland immer nur eine bloße Wortexistenz gefristet. Nachdem man vor 8 Jahren ihn in Jena theoretisch akzeptieren mußte, weil man sonderbarerweise glaubte das der Internationale schuldig zu sein, gab man gleich darauf in Mannheim die beruhigende Versicherung, daß davon kein Gebrauch gemacht werden würde. Und dabei wird es wohl auch bleiben.

In der Massenstreiksache ist die Scheidelinie zwischen *Radikalismus* und *Revisionismus* nicht mehr vorhanden. Auch in der Steuerfrage ist sie vielfach durchbrochen; fast in gleichem Maß auch auf dem militärischen Gebiet. In der Tat beginnt der alte Gegensatz zwischen beiden Richtungen seine alte Bedeutung zu verlieren. Das soll nicht heißen, daß man zu jenem primitiven Standpunkt zurückkehrt, den man seit Lübeck 1901 in periodischer Wiederkehr von allerhand braven Genossen vertreten hörte, die stets beteuerten: ich bin weder *Radikaler* noch *Revisionist*, ich bin einfach Sozialdemokrat. Dieser schlichte Mann aus der sozialdemokratischen Geisteswerkstatt, der so eine notwendige Geistesentwicklung durch Nichtanerkennung zu eliminieren glaubte, ist mit der Zeit etwas ausgelacht und daher still geworden. Wenn der Gegensatz heute nicht mehr so stark ist, so aus dem Grund, weil die politischen Probleme selbst durch jene vorwiegend formalen Bezeichnungen nicht mehr gefaßt werden können. Die vollständige Auswirkung des Reformismus ist freilich eine absolute Notwendigkeit, um überhaupt mit einer sozialdemokratischen Politik beginnen zu können. Denn die nächste Voraussetzung dazu ist die Parlamentarisierung Deutschlands, und zu dieser führt kein anderer Weg als der eines Blocks aller nichtkonservativen Parteien, einschließlich der Nationalliberalen (deren Zerfall

merkwürdigerweise immer wieder von uns gewünscht wird, wenngleich er nur dazu dienen würde den Konservativen im Verein mit dem Zentrum müheles eine Herrschaftsmehrheit zu stabilisieren). Kann man sich nicht zu einem deutschen Großblock entschließen, so muß man eben die Staatsgeschäfte der Rechten überlassen. Einige Nachwahlen zum Reichstag haben ein Zusammengehen aller nichtkonservativen Gruppen auf eine neue als möglich erwiesen. Das Eintreten der Sozialdemokratie für Dr. Boehme hat sogar gezeigt, daß die Sozialdemokratie zwischen Agrarismus und Konservatismus zu unterscheiden beginnt. Die Möglichkeit eines Arbeitsblocks aus allen produktiven Schichten des Volks ist gegeben, und dieser würde die Parlamentarisierung Deutschlands bedeuten; denn dazu bedarf es keiner Ministerverantwortlichkeitsgesetze oder ähnlicher politischer Naivitäten sondern nur eines wirklichen Willens der Mehrheit. Das parlamentarische Regime ist keine rechtliche Institution sondern nur der Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses. Können wir dieses schaffen, so folgt jenes automatisch. Dann aber freilich beginnt erst die Sozialdemokratie in ihr wirklich politisches Stadium zu treten. Die politischen Wünsche der Sozialdemokratie gingen bisher in der Hauptsache auf das Formale. (Die sozialdemokratische Politik ist daher im eigentlichen Sinn widermarxistisch.) Aber die formale Demokratie erhält ihren Sinn nur durch den Inhalt der Politik, die man in ihr treibt, und die auf die Nation abzielt. Die Vertreterin der Arbeiterklasse muß dann als Sachwalterin der Volksgemeinschaft fungieren. Dann wird sie die Sache der Landesverteidigung nicht mehr wie jetzt nur als eine Frage der Verteilung der Lasten aufzufassen haben und, da sie dann nicht mehr von dem Gedanken innerer blutiger Auseinandersetzungen hypnotisiert ist, die Armee auch nicht als ein Mittel gegen den *innern Feind*; auch die Flotte nicht mehr als das Geschäftsinteresse einiger Panzerplattenfabrikanten. Die deutsche Sozialdemokratie hat dann zu ihrem Teil die Verantwortung für die Existenz, die Kultur und die Aufgabe des deutschen Volkes. Das, was wir unter dem Begriff der *auswärtigen Politik* zusammenfassen, hört dann auf als Agitationsmittel für die innere Politik zu dienen. Wie die Präponderanz der Reichspoli-

tik vor der Parteipolitik, so ist dann auch die Präponderanz der auswärtigen Politik vor der innern erkannt.

Man kann nicht einem Parteitag die Aufgabe zuschieben die Grundlinien der kommenden Politik zu schaffen. Schöpferische Politik wird nicht auf Parteitagen *beschlossen*. Sie ist das Werk der schöpferischen Kräfte selber, und nur wenn und soweit die Sozialdemokratie über solche verfügt, wird sie die Leitung der Nation ganz oder teilweise übernehmen können. Wohl aber kann der Parteitag das für politische Arbeit überhaupt notwendige innere Gleichgewicht im Reich mit vorbereiten helfen. In diesem Sinn ist die geplante erneute Inangriffnahme des Agrarproblems von besonderer Bedeutung. Die 3 Stadien der Entwicklung der Agrarfrage in unserer Partei hat Arthur Schulz jetzt hier (in diesem Band, pag. 1109 ff.) in großen Zügen gezeichnet. Wir nähern uns dem Beginn eines neuen und des wichtigsten Stadiums, das dann allerdings auch eine veränderte Betätigung in der Wirtschafts- und Handelspolitik mit sich bringt; so daß seine Bedeutung von dem bloßen agrarischen Gebiet auf das der deutschen Volkswirtschaft überhaupt hinübergreift. Wenn der Parteitag in Jena eine Agrarkommission bildet und in diese alle die, wirklich nicht so zahlreichen, Genossen hineinwählt, die als Theoretiker auf agrarwissenschaftlichem Gebiet etwas geleistet haben, so kann man die Hoffnung haben, daß endlich die Voraussetzungen einer sozialdemokratischen Agrarpolitik, unbeschwert von Tradition und Dogmen, und ohne Vergewaltigung der Tatsachen, geschaffen werden. Wenn die nicht gerade notwendigen Steuerdebatten (die an der Lage der Dinge im Reichstag und der dadurch bedingten Haltung unserer Fraktion doch nichts zu ändern imstande sind) und die gänzlich überflüssigen Massenstreikdebatten (die heute nicht einmal mehr so recht als Erbaupredigten dienen könnten) vorüber sind, wird der Beschluß auf Einsetzung einer Agrarkommission, der nur ganz kurze Zeit in Anspruch zu nehmen braucht, vielleicht die einzige, aber die wirkliche Tat des Parteitags 1913 sein.

×
Kurze Chronik Mitten in seiner Tätigkeit ist der Universitätsprofessor Genosse Giovanni Montemartini am 8. Juli

gestorben. Während der Abendsitzung im Kapitol kam ihm eine Gehirnblutung. Er sank um und starb am Morgen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Montemartini ist zuerst durch sein Werk über den Kommunalsozialismus bekannt geworden. Er wurde der Leiter des ersten, von der Mailänder *Umanitaria* begründeten Arbeitsamts in Italien. Als später das Landesarbeitsamt gegründet wurde, wurde er, der der sozialistischen Partei angehörte, zu seinem Generaldirektor ernannt. Vor 3 Jahren wurde er ferner oberster Leiter des italienischen statistischen Landesamts; er hat in dieser Stellung eine Neuordnung der ganzen amtlichen Statistik durchzuführen begonnen. Er war ein Mann von unermüdlicher Arbeitskraft und tiefer sozialistischer Überzeugung. Ein gewaltiger Zug, wie man ihn in Rom selten gesehen hat, gab ihm am 10. Juli das letzte Geleit. Abgeordnete, Senatoren und Minister, Vertreter von Stadtverwaltungen, von Gewerkschaften und anderen Verbänden folgten dem Sarg. Im Rathaus fand eine Sitzung statt, die ganz dem Gedächtnis des Toten gewidmet war. × In Rom starb am 14. Juli auch Carlo Monticelli, ein Sozialist der alten Generation, der noch der italienischen Sektion der alten *Internationalen* angehört hatte, an Herzlähmung. × Als Kandidat im 1. Hamburger Reichstagswahlkreis, der bekanntlich bisher von Bebel vertreten war, ist Otto Stolten, vom *Hamburger Echo*, aufgestellt worden. Stolten ist als ruhiger und besonnener Politiker in beiden Richtungen der Partei geschätzt. × In der Landeskongress der hessischen Sozialdemokratie, die am 9. und 10. August tagte, wurde mit allen gegen 1 Stimme beschlossen dem Jenaer Parteitag die Annahme folgender Resolution zu empfehlen: »Der Parteitag stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.« × Für den 31. Oktober ist ein Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie nach Wien einberufen. Er wird sich, und das ist der wichtigste Punkt seiner Tagesordnung, mit der auswärtigen Politik und der Handelspolitik beschäftigen. × In London fand am 18. Juni zwischen den Vertretern der 3 sozialistischen Organisationen

Englands unter Mitwirkung des internationalen Bureaus, von dem Vandervelde und Huysmans anwesend waren, eine Einigungskonferenz statt. Das Ergebnis war, daß eigentlich niemand Lust hatte jetzt die Verschmelzung zu versuchen. Bruce Glasier von der *Independent Labour Party* führte aus, daß das internationale Bureau die Einigung nicht sowohl zur Förderung des englischen als vielmehr im Interesse des kontinentalen Sozialismus herbeiwünsche. Es sei aber nicht erwiesen, daß beispielsweise die Einigkeit in Frankreich so gut ausgeschlagen sei. Die *Independent Labour Party* halte den Geist der *British Socialist Party* für verhängnisvoll; es wäre daher nicht geraten in engere Beziehung zu ihr zu treten.

✕ **Literatur** ✕
 Nach 10 Jahren lautet der Titel einer Schrift, deren 1. Band im Jahr 1889, deren 2. im Jahr 1890 herauskam. Als Erscheinungsort war London angegeben, als Verlag eine *German Cooperative Publishing Company*. Der Untertitel war *Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes*. Es gibt sicherlich nicht mehr viele, die im Besitz dieser Schrift sind. Denn als ich mir Anfang der neunziger Jahre ein Exemplar von ihr verschaffte, gehörte es schon zu den selteneren Dingen. Und heute ist es vergilbt und nicht leicht zu lesen. Dieses Buch enthält die Geschichte der heroischen Periode der deutschen Sozialdemokratie. Es ist voller Aktenstücke und ganz ohne Romantik geschrieben. Und doch wird auch der gleichgültige Leser von dieser Chronik ergriffen werden. Und wer noch gar selbst mit Bewußtsein auch nur die letzten Jahre des Sozialistengesetzes mit erlebt hat, dem rundet sich das Ganze nicht nur zu einer historischen Beschreibung sondern zu einem Stück seines Lebens. Denn das Sozialistengesetz hat in dem Gefühl eines jeden, der damals zur sozialdemokratischen Partei gehörte, eine Spur hinterlassen, die ein Stück des eigenen Selbst geworden ist. Die *Fränkische Verlagsanstalt* in Nürnberg hat sehr gut daran getan dieses Buch neu herauszugeben. Schön gedruckt (wie es jenes Original nie sein konnte) und gebunden liegen jetzt die Dokumente jener Zeit vor uns. Da haben wir den 1. Teil, der nach 10 Jahren Sozialistengesetz geschrieben

war; er ist *Historisches* betitelt, die Überschriften der Abschnitte sagen, was er enthält: *Stand der sozialistischen Arbeiterpartei vor den Attentaten, Die Attentatshetze, Das Ausnahmegesetz, Sammlung der Partei, Unter dem verlängerten Gesetz*. Der 2. Teil heißt *Die Opfer des Sozialistengesetzes*; seine Abschnitte sind *Städtebilder, Ausgewiesene in Amerika, Die Opfer des kleinen Belagerungszustandes, Verzeichnis verbotener Druckschriften, Nachtrag zu den Schriftenverboten, Verzeichnis verbotener Vereine, Zusammenstellung der unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes erlittenen Freiheitsstrafen*. Die endlos scheinende Aufzählung der Namen in diesem 2. Teil gibt uns wohl den größten Eindruck. Die wertvolle Neuausgabe ist mehr als ein Erinnerungsbuch für die Überlebenden jener Zeit. Der neuen Generation werden da die Leiden der alten gezeigt, und aus der Veränderung zwischen damals und heute kann sie die veränderten Bedingungen ihres Kampfes jetzt besser verstehen lernen. Ein Autornamen war in der ersten Ausgabe nicht angegeben. In diesem Neudruck wird er uns mitgeteilt: Ignaz Auer hat jene beiden Bände geschrieben. Wer Auer kannte, hätte sich das selber sagen müssen. Denn diese schmucklose, rein auf das Sachliche gehende, jede Übertreibung vermeidende, genaue Art, und doch diese Glut, die nirgends hervorbricht, die aber ganz tief unten in dem trockenen Bericht der Begebenheiten liegt: das war einzig und allein Auer, der so die Dinge meistern konnte. Und das ist das zweite Verdienst des Verlags, der diese Neuausgabe gemacht hat: daß er die deutsche Sozialdemokratie wieder an ihren Führer Ignaz Auer erinnert hat, der vor 6 Jahren starb, und dessen Größe nie, weder zu seinen Lebzeiten noch nach seinem Tod, erkannt worden ist. In der bürgerlichen Öffentlichkeit, und ebenso in der sozialdemokratischen Partei, hatte man sich den Typus des *schlaun Auer* zurechtgemacht (eine Bezeichnung, die so ziemlich das Gegenteil dessen traf, was dieser tiefe, grundwahre und grundgütige Mensch war). In dem Geleitwort der neuen Ausgabe hat Adolf Geck die Daten von Auers äußerem Leben zusammengestellt. Von seiner geistigen und seelischen Persönlichkeit finden wir freilich wenig darin. Um so erschütternder wirkt der Bericht, wie Auers

Gesundheit durch den Kampf, der ihm das Leben war, untergraben wurde, und wie dieser mächtige Stamm, im Innern ausgehöhlt, schließlich fallen mußte. Dieser Ignaz Auer hat das Leiden der Partei selber gelitten. Wenn bei einem, so wäre bei ihm unversöhnlicher Haß verständlich gewesen. Und doch war Auer der eigentliche Vater des Reformismus in unserer Partei. Alle die Bedrückungen und Infamieen haben seinen klaren Sinn nicht verdunkelt. Er blieb an den Dingen nicht kleben, er stand über ihnen und sah in weitem Umkreis das werdende. Daher wollte er auch nichts vom Revolutionsgerede wissen, obwohl, wenn überhaupt einer, so gerade er die Kraft und den Willen zur Revolution gehabt hätte. Er fürchtete nichts. Denn er hatte den wahren Glauben an die Zukunft, der kein revolutionäres Feuerwerk braucht. Aber er wünschte keine Katastrophe herbei, denn dazu war das Gefühl der Verantwortung in ihm von einer Lebendigkeit wie wohl kaum bei einem zweiten. Ich setze noch einmal, wie schon vor 6 Jahren, die Worte hierher, die er am Schluß seines Vortrags *Von Gotha bis Wyden* gesprochen hat; denn diese Worte zeigen uns den wirklichen Auer: »Sollte je ein neues Sozialistengesetz kommen, so wird es die selben Kräfte und die selben energischen Gegner finden wie das erste. Sollte es aber nicht kommen, so ist es besser.« So kann uns die schöne Gabe des Nürnberger Parteiverlags, die den Namen Auer uns neu erweckt, auch daran erinnern, wie Ignaz Auer über den neuen, alten Putschismus gedacht hat, und wie er die Aufgaben einer neuen Zeit zu erfassen verstand.

Wirtschaft / Max Schippel

Krisenverlauf Manche Erfahrungen der jüngsten Zeit legen die Vermutung nahe, daß die Rückschlagsperiode, in die wir in Deutschland zweifellos eingetreten sind, vielfach anders verlaufen wird als frühere Krisenzeiten. Es wäre nicht unmöglich, daß gerade die vielbedauerte Hemmung, die jahrelang auf das ganze Wirtschaftsgetriebe, durch immer wiederkehrende politische Beunruhigungen und vor allem durch die *Verknappung* des Geldmarkts wirkte, ein allzu arges Mißverhältnis zwischen vorläufiger Produktion und zurückbleibendem Verbrauch nicht hätte aufkommen lassen, so daß auch kata-

strophale Zusammenbrüche im frühern Sinn weniger um sich greifen. Im Verein mit einer großen politischen Entspannung, wie sie leider nur sehr ruckweise und langsam sich herausbildet, könnte dies den ökonomischen Niedergang wesentlich milder gestalten und vielleicht auch in der Dauer verkürzen.

× Eisen- und Metallmarkt × Dies alles ist natürlich unsichere Zukunftsspekulation.

Aber wider Erwarten hat sich beispielsweise in letzter Zeit eine Reihe von Eisenpreisen wieder verbessert, ohne daß vorher schon von einem maßlos übertriebenen Sturz geredet werden konnte. So ist der Durchschnittspreis für gewöhnliches Stabeisen, das Standardprodukt des Fertigisenmarkts (siehe meinen Artikel *Der Umschlag in der Wirtschaftskonjunktur* in den *Sozialistischen Monatshefte*, 1913, 2. Band, pag. 847 f.), zurzeit wieder nahe an 100 Mark die Tonne heraufgerückt; der Exportpreis beträgt ungefähr 95 bis 96 Mark fob Antwerpen.

Möglich, daß das nur eine rasch vergängliche Belebung ist. Aber ganz anders als in den ersten Monaten der Krisis von 1907 bewegen sich auch die Metallmärkte, die bei fast sämtlichen Metallen eine gewisse Erholung und Befestigung zeigten. »Als es im Jahr 1907«, schreibt der kundige Berichterstatter des *Berliner Tageblatts* am 28. August, »mit der Konjunktur bergab ging, da stürzten die Kupfernotierungen in scharfem Tempo von ihrem hohen Stand, den sie beim Übergang vom 1. zum 2. Quartal des Jahres innehatten, bis Jahresschluß auf ein recht niedriges Niveau. Dieser Preissturz ging ohne jegliche Erholung vor sich, und lange Jahre hat es gedauert, bis erstmals eine bemerkenswerte Erholung der Kupfernotierungen zu verzeichnen war. Hatte der Jahresdurchschnittspreis für das rote Metall in den Jahren 1906 und 1907 noch etwa 87 Pfund Sterling pro Tonne für die Standardmarke betragen, so sahen wir im Jahr 1908 einen Durchschnittspreis von etwa 60 Pfund Sterling, im Jahr 1909 einen solchen von 58%, Pfund Sterling, im Jahr 1910 einen solchen von etwa 57 Pfund Sterling und im Jahr 1911 sogar nur einen solchen von 56 Pfund Sterling. Das erstmal, daß nach dem scharfen Preissturz des Jahres 1907 von einer bemerkenswerten Erholung am Kupfermarkt gesprochen werden konnte, war erst das Jahr 1912. Bei Beginn dieses Jahres finden wir die Tonne Standard-

kupfer an der Londoner Metal-Exchange auf etwa 63 Pfund Sterling stehen, bei Jahresschluß dagegen auf zirka 77 Pfund Sterling. Dieses Niveau konnte im laufenden Jahr aber nur wenige Tage behauptet werden. Schon bald nach Neujahr gerieten die Kupferpreise wieder in eine scharfe Abwärtsbewegung. Ende Januar 1913 finden wir sie bereits auf 68½ Pfund Sterling, Ende Februar auf zirka 65 Pfund Sterling stehen. Auch die folgenden Monate brachten verhältnismäßig geringe Preisschwankungen. Um die Mitte Juli dieses Jahres begegneten wir einem neuen Tiefstand, der bei etwa 62 Pfund Sterling pro Tonne lag. Seitdem hat sich aber ein merklicher Tendenzumschwung vollzogen. An der gestrigen Londoner Metal-Exchange war der Kupferpreis bei recht fester Tendenz wieder auf über 70 Pfund Sterling pro Tonne angelangt. Der jahrelang ununterbrochene Abwärtsdruck von damals ist also diesmal, vorläufig wenigstens, nicht zu beobachten. Ebenso hat sich der Zinnpreis innerhalb eines Zeitraums von etwa 6 Wochen von 178 bis 179 Pfund Sterling pro Tonne bis auf 192½ Pfund Sterling Ende August gehoben. Die Zinkpreise fingen, wenigstens in den Vereinigten Staaten, wieder an zu steigen: von etwa 5 Cents pro amerikanisches Pfund im Juni auf fast 6 Cents Ende August. Die Bleipreise haben ihren hohen Stand bisher überhaupt nicht eingebüßt; sie waren beim letzten Rückfall der Zinkpreise diesen ziemlich nahegerückt, während früher das Zink mitunter doppelt so hoch wie das Blei gewertet wurde.

✕ **Goldmarkt** ✕ Von der gewohnten Regel entfernen sich auch die Erscheinungen auf dem Geld-

markt. Vielleicht war es nur der langandauernde Diskonothochstand, der bisher eine plötzliche Panikerhöhung verhütete, wie sie früher die Banken bei dem großen Wetterumschlag fast immer vornehmen mußten. Aber nicht nur die eigentliche Panikerhöhung ist ausgeblieben, sondern tatsächlich macht sich auf fast allen Geldmärkten eine Erleichterung fühlbar, und wir würden wahrscheinlich schon mitten in Diskontherabsetzungen stehen, wenn nicht der große Herbsttermin, in vielen Jahren der Zeitpunkt des größten Zahlungsmittelbedarfs, so nahe herangerückt wäre. Bei der Bank von England hat sich seit geraumer Zeit der Goldbestand und die Totalreserve fortgesetzt erhöht. Wenn

trotzdem der offizielle Bankdiskont auf 4½ % festgehalten wird, so stellt sich andererseits, wie in Paris gleichfalls, Ende August der Privatkont auf 3¼ %, tägliches Geld auf 2¼ %.

✕ **Reichsbank** ✕ Nach den Ausführungen des Vizepräsidenten von Glasenapp in der letzten Sitzung des Zentralausschusses verfügte die deutsche Reichsbank am 23. August 1913 über einen Goldbestand von 1153 Millionen Mark gegen 976 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Dieses Mehr von 180 Millionen Mark konnte erzielt werden, obwohl bereits 24 Millionen Mark Gold an den neuen Reichskriegsschatz abgegeben worden sind. Allerdings ist, wie der Vizepräsident hervorhob, dabei zu berücksichtigen, daß die Stärkung des Goldvorrats zum Teil mit der Vergrößerung des Umlaufs der kleinen Noten zusammenhängt. Wegen der Anforderungen des Septemberschlusses denkt die Reichsbank mit ihrem Diskontsatz auf 6 % zu bleiben, dann aber für den Rest des Jahres mit dem jetzigen Satz auszukommen. Der Privatkont ermäßigte sich in Berlin bis Ende August auf 4¼ %, tägliches Geld stellte sich auf 3 % und darunter. Die Seehandlung, deren regulierender Einfluß für den offenen Markt sich in jüngster Zeit immer merkbarer geltend machte, gab Geld von Ultimo August bis zum 6. September zu 4¼ %, für große Beträge zu 4½ %. Über die stärkere Durchsetzung des alltäglichen Zahlungsverkehrs mit kleinen Noten mag das Urteil sehr verschieden lauten; dem Goldbestand unseres Zentralnoteninstituts hat die Maßregel selbstverständlich wirksam aufgeholfen. Betrug dieser Goldbestand am 23. August des Vorjahrs 973 057 Mark, so diesmal nicht weniger als 1 153 686 Mark.

✕ **Getreidepreise** ✕ Nachdem die letzten Kriegsbefürchtungen geschwunden sind, und nachdem endlich auch wieder trockeneres Wetter zurückgekehrt ist, dürften die Getreidepreise ihre, seit März-April unterbrochene Ermäßigung wieder zurückgewinnen und vielleicht noch weiter fortsetzen. Die Reichsstatistik, die für den ganzen Monat August noch nicht abgeschlossen vorliegt, verzeichnet als Berliner Großhandelspreis in der Woche vom 18. bis zum 23. August folgende Preise pro Tonne: für Roggen 161,71 Mark, das wäre gegen den letzten

Höchststand im Mai 1912 (199,07 Mark) eine Ermäßigung um nicht weniger als 37,36 Mark oder über 18½ %, für Wein 198,50 Mark, oder gegen den Juni 1912 (231,80 Mark) eine Ermäßigung um 33,30 Mark, gleich 14¼ %. Es hieß dem schlimmsten Brotwucher, nämlich dem des Zwischenhandels, dienen, wenn man nicht unermüdlich auf solche Preiserabsetzungen hinwies, die selbstverständlich dem Konsumenten in entsprechend billigem Brot und Mehl zugute kommen sollen. Trotzdem brauchte die Kaufkraft der Produzenten, der Landwirtschaft, keinen Schaden zu leiden, da die mäßigeren Preise, im Vorjahr wie wahrscheinlich auch im laufenden Jahr, mit einer entsprechend größeren Erntemenge zusammenfallen.

× Arbeitsmarkt ×
Daß der Rückgang der Konjunktur auf den Arbeitsmarkt bisher schon

überaus stark wirkte, haben allmählich selbst die Gemeinde- und Staatsverwaltungen zugestehen müssen, obwohl sie über die Art ihres, nachgerade unumgänglichen sozialpolitischen Eingreifens nach wie vor im Dunkeln tappen. Auch die Berichterstattung des *Reichsarbeitsblatts* erkennt von Monat zu Monat das Wachstum des Druckes an. Aus der letzten Übersicht, für den Monat Juli, sei hervorgehoben: »Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarkts zeigt in seiner Gesamtheit gegenüber dem Vormonat und Vorjahr fast durchweg einen weitem Rückgang... Über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden berichteten für den Monat Juli 45 Fachverbände mit 1 998 044 Mitgliedern. Von diesen waren am Ende des Monats 2,9 % arbeitslos. Ende Juni betrug die Arbeitslosenzahl 2,7 % und Ende Juli 1912 1,8 %. Es ist also gegenüber dem Vormonat, besonders aber gegenüber dem Vorjahr eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Ähnliches zeigt sich in den Ergebnissen der *Arbeitsnachweise*. Bei deren Gesamtzahl standen im Berichtsmonat 100 offenen Stellen bei den männlichen Personen 174 Arbeitssuchende gegen 168 im Juni 1913 und 140 im Juli 1912 gegenüber. Auch bei den weiblichen Personen ergab sich eine Steigerung der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vormonat (101) und Juli 1912 (97) auf 103 im Juli 1913. Einen Beleg für den Rückgang des allgemeinen Beschäftigungsgrads bieten auch die Beschäftigtenziffern der an das *Reichsarbeitsblatt* berichtenden Krankenkassen. Deren Mitgliederzahl war am

1. August um insgesamt 41 756 Personen niedriger als am 1. Juli. Diese Abnahme setzt sich zusammen aus einer Minderung von 31 294 männlichen und 10 462 weiblichen Personen.»

Andrerseits ist der entsprechende Juli-nachweis des Londoner Handelsamts für England noch immer günstig. Von den berichterstattenden Gewerkschaften mit 926 787 Mitgliedern waren dort Ende Juli 1,9 % arbeitslos, gegen 2,6 % Ende Juli 1912. Die Lohnveränderungen bestrafen nach der gleichen Quelle im Juli 233 000 Arbeiter, davon 229 000 im günstigen Sinn, so daß als Gesamtergebnis eine wöchentliche Lohnerhöhung um 13 700 Pfund Sterling (274 000 Mark) zu verzeichnen wäre.

× Kurze Chronik ×
An der Börse erfuhren die

Brunkohlenwerte eine unerwartete Steigerung, weil man starken Umbildungen im Grubenbesitz entgegensieht. Vor allem war es ein böhmischer Großhändler, Petschek (Aussig), der für eine Reihe mitteldeutscher und niederlausitzer Gruben die *Majoritäten* kaufte; neuerdings soll er seine Fühler weiter nach dem niederrheinischen Revier erstreckt haben. × Ein zweites Feld lebhafterer Spekulationen bildeten die *Petroleumaktien*. Die rumänische Produktion rückt dabei wieder mehr in den Vordergrund, zum Teil wohl im Zusammenhang mit den deutschen Monopolplänen, denen alle Gegengewichte gegen die *Standard Oil Company* sehr willkommen sein müssen. Die *Steaua Romana*, die Schutzbefohlene der Deutschen Bank, wird ihr Aktienkapital verdoppeln (von 50 auf 100 Millionen Lei); ferner ist vor ein paar Wochen mit 4 Millionen Mark Grundkapital eine Aktiengesellschaft *Bayrischer Lloyd* gegründet worden, die hauptsächlich dem Transport russischen und rumänischen Petroleums auf der Donau und der Versorgung Süddeutschlands dienen soll. Das englische Kapital entfaltet in allen möglichen Quellengebieten eine noch regere Betätigung als früher, seitdem der Übergang der gesamten Kriegsmarine Englands zur Ölfeuerung beschlossene Sache ist. Neuerdings wird besonders auf die Erschließung der sizilischen Fundstätten hingearbeitet, um im Mittelmeer große Versorgungslager zur Hand zu haben.

× Literatur ×
Im 9. Band der *Probleme der Weltwirtschaft*, die Professor Harms (Kiel) herausgibt /Jena, G. Fischer/, versucht Dr.

Adolf Henningsen die gleitende Skala für Getreidezölle als zollpolitisch verwertbar nachzuweisen. Zu diesem Zweck geht er zunächst, an der Hand des zeitgenössischen Quellenmaterials, vor allem der parlamentarischen Reports, die Geschichte der englischen Kornzölle und ihrer Wirkungen durch und kommt zu dem Ergebnis, daß das Urteil, das sich auf Grund der älteren Regelungen fast allgemein über die englischen *sliding scales* herausgebildet habe, eigentlich auf die vollkommeneren Formen der Schlußperiode nicht zutreffe; nur der Umschlag zum vollen Freihandel habe zu gegebener Zeit weitere praktische Nachprüfungen unterbunden. Dieser Teil des Werkes mit seinen reichen statistischen Angaben über die Wandlungen der Produktion und Zufuhr von Getreide, über Preis- und Pachtrentenbewegung, über die Zielpunkte und die historischen Voraussetzungen der englischen Gesetzgebung ist unbestreitbar wertvoll. Bei der Anwendung auf die Gegenwart geht Dr. Henningsen von der an sich zweifellos richtigen Grundanschauung aus: ein Zollbetrag, der in einer Preiskrisenzeit einen für die Produzenten wünschenswerten und für die Konsumenten durchaus erträglichen und unschädlichen Preisausgleich schaffe, werde in Jahren zeitweiligen Preishöherstands zu einer Überbelastung des Konsums und durch die Rückwirkungen auf die Grundrente und die Kapitalsbewertung des Bodens alsdann sogar zu einer Schädigung der getreidebauenden Produzenten selber. »Das ist der Nachteil des festen Zollsystems, daß es eine Gleichmäßigkeit sowohl der Getreide- als auch der Bodenpreise in keiner Weise zu erzielen vermag. Es wird nie möglich sein Perioden landwirtschaftlichen Aufschwungs ohne Unterbrechung beizubehalten, wenn nicht ein Weg gesucht und gefunden wird die Landwirte vor Überschätzung der Zollwirkung und der günstigen Konjunkturen zu bewahren. Konstante Getreidepreise sind hierzu Vorbedingung.« Auch das kann man mit einigen Vorbehalten zugeben, und weiter ist die Übersicht über die parlamentarischen und literarischen Anläufe zur direkten oder indirekten Preisregelung (einerseits Antrag Kanitz andererseits Befürwortung gleitender Zölle) noch immer dankenswert. Der Schlußvorschlag wird jedoch kaum einen gangbaren Ausweg bieten: ein auf längere Dauer berechneter Grundzoll, der, wie alle unsere bisherigen Agrarzölle, aus den Preiserfahrungen

der jeweils jüngsten Vergangenheit abgeleitet ist, soll kombiniert werden mit rascher variablen Zöllen, die den Zweck haben sich den, vorher nicht übersehbaren Gegenwartspreisen regulierend anzuschmiegen. Dadurch soll der »gewählte Normalpreis« im großen Durchschnitt gesichert werden. Tendieren die Preise in der Tat nach jener Normalhöhe, so wäre »eine gleichmäßige Entwicklung der Bodenrente« angebahnt; es dürfte »gelingen die Rente dem gewählten Normalpreis entsprechend zu gestalten, da alle Pacht- und Kaufverträge auf seiner Grundlage abgeschlossen würden«. Schon an ihrer innern Kompliziertheit müßte wahrscheinlich eine solche Maßnahme scheitern. Auch internationale Zollvereinbarungen würden sich mit diesem System schwer vertragen: das getreideausführende Ausland müßte sich vertragsmäßig dazu verstehen gerade in den Zeiten größter Überproduktion und drängendsten Abstoßungsbedürfnisses von Zollerhöhungen getroffen zu werden. Indes ist die erneute Anregung wohl des Nachdenkens wert, und auch die parlamentarischen Arbeitervertreter könnten nach dem Prinzip des *kleinern Übels* einmal zwischen beweglichem und starrem Getreideschutz zu wählen haben.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Internationale Organisation Die 3. internationale Konferenz der Buchbinder tagte vom 24. bis zum 26.

Juni in Brüssel. Vertreten waren Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, die Schweiz und Ungarn. Insgesamt gehörten dem internationalen Buchbindersekretariat 14 Verbände mit 26 897 männlichen und 23 009 weiblichen Mitgliedern an. Die Einnahmen betrugen 1912 1 336 862 Mark, die Ausgaben 973 211 Mark, der Vermögensbestand war Ende 1912 1 737 681 Mark. Nach dem Bericht des internationalen Sekretärs Kloth (Berlin) beschäftigte sich die Konferenz mit der Frauenarbeit. Es soll unter den angeschlossenen Verbänden eine Verständigung darüber herbeigeführt werden, was für die Tarife als Männer- und was als Frauenarbeit zu betrachten ist. Kloth referierte über Verfassung und Einrichtungen der angeschlossenen Verbände mit besonderer Berücksichtigung ihrer Kampfmittel. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die empfiehlt bei ausgedehnten Kämpfen in erster Linie die Gewerkschaften des

eigenen Landes und dann erst die ausländischen Bruderorganisationen zur Hilfsleistung heranzuziehen.

Die 6. internationale Schneiderkonferenz tagte in Wien vom 16. bis zum 19. Juli. Anwesend waren Vertreter von Amerika, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Österreich, Serbien, Bulgarien, der Schweiz und Ungarn. 16 Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 177 397 sind dem Verband angegliedert; davon stellt Amerika allein 82 000 und Deutschland 50 000 Mitglieder. An den Bericht des internationalen Sekretärs (des Verfassers dieser Rundschau) schloß sich eine Diskussion, die sich hauptsächlich um den weitem Ausbau der internationalen Beziehungen, die Berichterstattung der Organisationen unter einander, die Herausgabe eines Bulletins in deutscher, englischer und französischer Sprache und endlich um die Frage drehte, welche Rechte den Mitgliedern beim Übertritt aus einer Landesorganisation in die andere zu gewähren seien. Auswandernde Mitglieder sollen verpflichtet sein in die Organisation des Landes überzutreten, in dem sie Arbeit nehmen. Smítka (Wien) referierte über den Heimarbeiterschutz in den verschiedenen Ländern. Es wird eine Resolution angenommen, die den internationalen Verband auffordert für die gesetzliche Regelung der Heimarbeit, und zwar an erster Stelle für die gesetzliche Festlegung eines von Arbeitern und Unternehmern vereinbarten Minimallohns zu wirken.

Am 6. und 7. August tagte in Berlin auch der 7. internationale Metallarbeiterkongreß, zu dem Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und Ungarn zusammen 85 Delegierte entsandt hatten, die 28 Organisationen mit 1 069 712 Mitgliedern vertraten. Den Bericht gab der internationale Sekretär Schlicke (Stuttgart). Danach wurde über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen der nationalen Verbände beraten. Es handelte sich darum, wann im Ausland die Verbandsmitgliedschaft aufrechterhalten werden solle, wie und unter welchen Bedingungen im Kampf stehende nationale Verbände von den Bruderorganisationen moralisch und materiell zu unterstützen seien. Es wurde dazu beschlossen, daß ein Extrabeitrag nicht über die Dauer von 6 Wochen erhoben werden und 8 Pfennig pro Mitglied nicht übersteigen solle.

X

X

Kongresse und Verbandstage Die 11. Generalversammlung der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen fand vom 9. bis zum 14. Juni in Berlin statt. Nach dem Bericht stieg die Zahl der männlichen Mitglieder in den letzten 3 Jahren von 5542 auf 5829, der weiblichen von 3910 auf 5259, insgesamt also von 9452 auf 11 088, während im Beruf im ganzen 9000 Arbeiter und 21 000 Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Zahl der Strohhutnäherinnen wuchs von 12 000 auf 15 000, von denen mehr als die Hälfte Heimarbeiterinnen sind: von ihnen gehören 1300 bis 1400 dem Verband an. Es wurden 334 Lohnbewegungen geführt, an denen 10 365 Mitglieder beteiligt waren. Die Gesamteinnahme betrug 786 000 Mark, die Gesamtausgabe 686 000 Mark. Davon wurden ausgegeben für Streiks 56 616, für Arbeitslose am Ort und auf der Reise 196 550, für Kranken- und Sterbegeld 90 000, für Umzugsbeihilfe 13 295 Mark. Die Frage der Verschmelzung mit anderen Verbänden wird vertagt.

Eine außerordentliche Tagung des Tabakarbeiterverbands fand in Heidelberg vom 4. bis zum 9. August statt. Die Organisation zählte Ende 1912 37 211 Mitglieder, darunter 18 053 weibliche, in 488 Zahlstellen. Eingenommen wurden 1912 1 529 685,67 Mark, davon aus Beiträgen allein 817 282,25 Mark, aus allgemeinen Unterstützungen durch die *Generalkommission* 356 505,07 Mark. Ausgegeben wurden 1 422 992,12 Mark, und zwar für Lohnbewegungen und Streiks 379 731,06, für Gemaßregeltenunterstützung 199 427,95, für Rechtsschutz 1920,89, für Arbeitslosenunterstützung 166 373,90, für Umzugsunterstützung 13 397,66, für Krankenunterstützung 228 826,43, für Sterbegelder 12 485 Mark. Da diese Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen zu hoch waren, mußte eine gründliche Reorganisation des Beitrags- und Unterstützungs wesens vorgenommen werden.

Eine außerordentliche Generalversammlung hatte auch der Metallarbeiterverband für den 8. und 9. August nach Berlin einberufen. Sie sollte über den Werftarbeiterstreik entscheiden. Mit 126 gegen 18 Stimmen gab sie das Votum ab, daß der Streik zu verurteilen, die Haltung des Verbandsvorstands zu billigen sei, und die Werftarbeiter aufgefordert werden sollten die Arbeit sofort wieder aufzunehmen; wenn sie dieser Aufforderung nachkämen, sollte Streik- und Gemaßregeltenunterstützung ausgezahlt werden. Die Wiedereinstellung der

Arbeiter durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber stieß auf einige Schwierigkeiten, die indes behoben wurden.

Aus dem gleichen Anlaß hatte schon am 24. Juli in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung der Schiffszimmerer stattgefunden. Angesichts der Tatsache, daß die Schiffszimmerer durch andere Organisationen in den Streik hineingezogen worden waren, wie auch der schwierigen Situation, in der sie standen, wurde beschlossen ausnahmsweise die Unterstützung voll aus-zuzahlen.

✕ **Dänemark** ✕ Der dänische Gewerkschaftskongreß tagte vom 23. bis zum 26. April in

Kopenhagen. Die Gewerkschaften haben jetzt zusammen 107 067 Mitglieder, die in 52 Verbänden mit 1216 Filialen und 5 Lokalvereinen organisiert sind. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der Reorganisation. Es wurde beschlossen, daß die obligatorische gegenseitige Streikunterstützung und die dadurch gegebene straffe Zentralisation bestehen bleiben sollen. Von Bedeutung ist auch die beabsichtigte obligatorische gegenseitige Unterstützung der skandinavischen Landesorganisationen, über die ebenfalls diskutiert wurde. Ferner verhandelte man noch über die Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Kopenhagen, über Arbeitslosenkassen und Gesetzgebung und endlich nahm man Stellung zur Regelung der Differenzen im genossenschaftlichen Arbeitsverhältnis, zur Einrichtung von Unterrichtskursen für Arbeiter und zum Entwurf eines neuen Strafgesetzes. Die 4tägigen Verhandlungen boten ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Schulung und Solidarität.

✕ **Norwegen** ✕ Der norwegische Gewerkschaftskongreß fand vom 22. bis zum 29. Juni in

Kristiania statt. 63 000 organisierte Arbeiter waren durch 200 Delegierte vertreten. Die Mitgliederzahl ist in den letzten 3 Jahren um 20 000 gestiegen. Während dieser Periode sind sehr zahlreiche Arbeitskämpfe ausgefochten worden. Insgesamt wurden 573 Lohnbewegungen geführt, an denen 92 365 Arbeiter beteiligt waren. 162 Arbeitseinstellungen fanden statt, die 57 711 Arbeiter betrafen. Die gezahlten Streikunterstützungen erreichten eine Summe von 1 703 671 Kronen. In der Frage der Organisationsform und der Taktik wurde die Errich-

tung lokaler Gewerkschaftskartelle beschlossen, die syndikalistische Aktion gegen die Tarifverträge mit großer Mehrheit zurückgewiesen, und die Tarifvertragspolitik auch für die Zukunft gutgeheißen. Der obligatorische Beitrag zum Streikfonds wurde von 7,20 auf 10,40 Kronen jährlich erhöht. Der Kongreß protestierte gegen die Absicht der liberalen Regierung durch Gesetz das obligatorische Schiedsverfahren in gewerkschaftlichen Kämpfen einzuführen. Es wurde noch beschlossen die Konsumgenossenschaftsbewegung eifrig zu unterstützen und ein Zusammenwirken der Zentralleitungen der Gewerkschaften und der Genossenschaften zu veranlassen.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Der Landarbeiterverband hatte Ende 1912 18 157 Mitglieder in 508

Ortsgruppen. Seine Gesamteinnahme betrug 84 468,60, seine Gesamtausgabe 80 793,60, der Kassenbestand 19 764,21 Mark. ✕ Der Hausangestelltenverband zählte am Ende des 4. Quartals 1912 5554 Mitglieder, darunter 23 männliche. Die Jahreseinnahmen betrugen 57 554, die Ausgaben 54 224, der Kassenbestand 7694 Mark, davon in der Hauptkasse 2608,49. ✕ Im Verband der Schiffszimmerer findet eine Urabstimmung über den Anschluß an den Holzarbeiterverband statt.

✕ **Literatur** ✕ Von Emil Kloths *Geschichte des Deutschen Buchbinderverbands*, die die

Verbandsleitung herausgibt, liegt nunmehr der 2. Band vor. In 8 Unterabteilungen mit je einem besondern Titel behandelt er zunächst die Entwicklungsgeschichte der Buchbinderei. Er schildert dann die wirtschaftliche Lage der Buchbindereiarbeiterschaft vor und zu der Zeit der Verbandsgründung und gibt endlich die eigentliche Geschichte dieser Gründung selbst mit allen Polizeischikanen, die damals sämtliche Gewerkschaften zu erdulden hatten. Auch der Opfer des Sozialistengesetzes gedenkt das Buch. Die theoretischen Erörterungen beziehen sich auf die Stellungnahme des Verbands zur Arbeiterinnenfrage und Arbeiterinnenorganisation, zu den Hilfsarbeitern, zur Stückarbeit und zur Mai-feier; den Kampf mit den Innungen behandelt ein besonderes Kapitel. Sehr anschaulich ist die Darstellung des Streits über die Organisationsform, der Anfang der neunziger Jahre im Verband tobte und sich noch auf dem ebenfalls geschilderten Gewerkschaftskongreß zu

Halberstadt /1892/ und dem sozialdemokratischen Parteitag in Köln /1893/ fortsetzte. Was sich während seines 25jährigen Bestehens im Verband an Wandlungen vollzogen hat, wird gewissenhaft verzeichnet. Lehrreich ist auch die Schilderung der Kämpfe mit dem Verband der Buchbindereibesitzer um den Dreistädte-tarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart, besonders der Aussperrung von 1906. Beigegeben sind dem Buch verschiedene Abbildungen von Maschinen, die in der Buchbinderei verwandt werden, und im Anhang Statuten und Tarife.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

England

Der dem Jahreskongreß der britischen Genossenschaften vorgelegte Bericht des Zentralkomitees wies sehr günstige Ziffern auf. Die Zahl der dem Genossenschaftsbund angeschlossenen Vereine sank zwar von 1531 Ende 1911 auf 1520 Ende 1912, die der berichtstattenden von 1526 auf 1512; es ist dies jedoch nur eine Folge der fortschreitenden Konzentration innerhalb der Genossenschaften. Es stieg nämlich die Mitgliederzahl von 2 760 531 auf 2 876 892, der Umsatz von 2 322 001 980 auf 2 457 708 220 Mark und der Überschuß von 259 310 380 auf 265 786 120 Mark. Die einzelnen Genossenschaftsarten sind an diesem Ergebnis wie folgt beteiligt:

Art und Jahr	Zahl	Mitglieder	Umsatz (in Mark)	Reingewinn (in Mark)
Großeinkaufsgesellschaften	1911 2 1912 2	1 428 1 432	714 861 360 762 468 240	20 010 360 20 604 960
Konsum-Genossenschaften	1911 1 407 1912 1 399	2 640 091 2 750 633	1 496 049 380 1 577 121 960	233 678 400 229 148 440
Produktiv-Genossenschaften	1911 112 1912 109	32 110 34 528	65 841 320 71 899 160	4 334 580 4 771 860
Bezugs-Genossenschaften	1911 4 1912 4	85 608 85 608	40 803 000 40 803 000	925 740 925 740
Besondere Genossenschaften	1911 6 1912 6	1 294 1 318	4 426 900 5 101 820	1 085 060 1 513 300
				175 780

Hierzu ist noch folgendes zu bemerken:

Von den beiden Großeinkaufsgesellschaften hatte die englische im Jahr 1912 1162 Mitglieder, einen Umsatz von 594 643 080 und einen Überschuß von 14 134 680 Mark, während die schottische bei 270 Mitgliedern nur 167 825 160 Mark umsetzte und dabei einen Reingewinn von 6 470 280 Mark erzielte. Von den abgesetzten Waren stellte die englische Großeinkaufsgesellschaft für 151 136 440, die schottische für 50 688 620 Mark in eigenen Betrieben her. Der Bericht macht diesmal auch Angaben über die Eigenproduktion der Konsumvereine. Danach stellen 771 Vereine Waren im Wert von 166 Millionen Mark her. Diese Ziffer bleibt jedoch nicht unwesentlich hinter den in der amtlichen Genossenschaftsstatistik gegebenen zurück und hat daher nicht allzuviel Wert. Die durchschnittliche Rückvergütung der Konsumvereine betrug 12½ %, ist also um etwa 4 % höher als die deutsche. Bei den Produktivgenossenschaften sind Umsatz und Eigenproduktion eins. Es ist hier zu beachten, daß unter den Genossenschaften dieser Gruppe sich eine ganze Reihe befindet, die Eigentum der organisierten Konsumenten sind (Bäckerei- und Müllereigenossenschaften), deren Umsatz also logischerweise dem der Konsumvereine zugerechnet werden mußte. Die landwirtschaftliche Eigenproduktion der Konsumvereine und der beiden Großeinkaufsgesellschaften ist auch im Berichtsjahr nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Von 2 selbständigen landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften arbeitete die eine mit Gewinn, die andere mit Verlust.

× England: Der Kongreß fand in der Pfingstwoche in Aberdeen tag 1913

Der Kongreß fand in der Pfingstwoche in Aberdeen statt. Er war von zirka 1500 Delegierten und einer großen Zahl von Gästen besucht. Aus Deutschland waren Scherling, Bästlein und Riemann erschienen.

Die Verhandlungen wurden durch eine sympathische Begrüßungsrede des Oberbürgermeisters von Aberdeen eingeleitet. Dann richtete der diesjährige Präsident, Deans aus Kilmarnock, seine Inauguraladresse an den Kongreß, in der er sich mit der aktuellsten Frage der britischen Genossenschaftler, der des Zusammengehens mit den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, beschäftigte. Er sprach die Überzeugung aus, daß sich unter den genossenschaftlichen Führern und

unter den Mitgliedern so viel Intelligenz, Loyalität und gesunder Gemeinsinn finde, daß nichts geschehen könne, was der Bewegung Schaden bringe. Von programmatischer Bedeutung war es aber, was der Redner über die weiteren Aufgaben der Bewegung und das »Schlachtfeld der Zukunft« sagte. Der endgültige Kampf wird seiner Meinung nach zwischen Trusts und Konsumvereinen auszufechten sein. Die Genossenschaften müßten auf möglichst rasche Ausdehnung ihrer Produktion, die bisher mehr einen häuslichen Charakter getragen habe, bedacht sein. Sie müßten dazu übergehen alle Bedürfnisse der Konsumenten zu decken und schließlich auch die Nachfrage der öffentlichen Körperschaften befriedigen können. Den Gewerkschaften sollen aus den jährlichen Profiten der Genossenschaften Gelder zur Gründung von Produktivunternehmen geliehen werden. Ferner müsse ein Zentralfonds gegründet werden, aus dem die Einzelgenossenschaften Unterstützung erhalten können, um Preismanövern der Trusts und der großen Filialgeschäfte die Spitze zu bieten. Der Redner machte dann noch eine Reihe weiterer Vorschläge, die in ihrer Gesamtheit auf eine Wiederaufnahme der berühmten Grayschen Idee einer Nationalgenossenschaft hinausliefen. Die Deansche Adresse fand allgemeine Zustimmung. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Minimallohnfrage. Hierzu lag eine Resolution vor, die die Einführung eines gesetzlichen Minimallohns forderte. Dieser Antrag wurde mehrfach mit der Begründung bekämpft, daß die Genossenschaften damit zugeben würden, daß sie allein zu schwach wären, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, und die Resolution wurde daher zurückgezogen. Das Hauptinteresse des Kongresses konzentrierte sich auf die Frage des Zusammengehens mit den anderen Kräfte. Sie hat seit Monaten die Gemüter der britischen Genossenschafter aufs lebhafteste bewegt. Bedeutete doch der Vorschlag bis zu einem gewissen Grad einen Bruch mit dem Prinzip der absoluten politischen Neutralität, unter dessen Herrschaft die Bewegung groß geworden ist. Der Diskussion lag eine von Charter (Cambridge) begründete Resolution zugrunde, der Kongreß möge die Bemühungen billigen, die ein engeres Zusammengehen zwischen den Kräften der organisierten Arbeit und der

Genossenschaftsbewegung herbeizuführen suchen. Der Genossenschaftsveteran E. O. Greening (London) hatte eine Gegenresolution eingebracht, in der zwar die gemeinschaftliche Aktion mit den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung gebilligt, aber eine direkte Vereinigung mit der politischen Arbeiterpartei verworfen und der Verbandsvorstand aufgefordert wird streng die politische Neutralität der Bewegung aufrechtzuerhalten. Greening meinte, der Genossenschaftsbewegung werde es, wenn sie mit der Partei eine Verbindung eingehe, wie der jungen Dame aus Indien gehen, die einen Ritt auf einem Tiger unternahm und im Magen des Tigers zurückkehrte. Maxwell trat mit aller Energie für die gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaften und ihren 2 Millionen Mitgliedern ein, die den Genossenschaften ungeahnte Entwicklungsmöglichkeit schaffen werde. Dagegen warnte er vor der Vermischung mit der Politik. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme der Resolution Greening mit 1358 gegen 580 Stimmen, durch die also ein freundschaftliches Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Arbeiterpartei festgelegt, aber eine Vereinigung abgelehnt wird. Jedenfalls dürfte diese Lösung am besten die Interessen sowohl der Genossenschaften als auch der anderen Zweige der Arbeiterbewegung wahren. Den Schluß der Verhandlungen bildete ein Referat W. G. Harrisons über die besten Mittel und Wege zur Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion. Der Kongreß nahm einstimmig eine Resolution an, die besagt, daß in Anbetracht der Unsicherheit und Leistungsunfähigkeit der auf der freien Konkurrenz aufgebauten Wirtschaftsordnung die Zeit für einen großen Schritt vorwärts in der Ausgestaltung der verschiedenen Formen genossenschaftlicher Gütererzeugung nunmehr reif sei. Mit diesem Ausblick in die Zukunft schloß der Kongreß, der, wie kaum einer seiner Vorgänger, von kraftbewußter Arbeitsfreudigkeit getragen war.

X Kurze Chronik Der Verein für Sozialpolitik veranstaltet Untersuchungen über das Konsumgenossenschaftswesen, die die geschichtliche Entwicklung, die einzelnen Zweige der genossenschaftlichen Betätigung, Genossenschaftsrecht, Entwicklungsbedingungen umfassen. Es ist

ferner die Herausgabe einer Anzahl Monographien über verschiedene genossenschaftliche Probleme sowie einzelner Vereine beabsichtigt. X Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein erzielte im Geschäftsjahr 1912-1913 bei 56 000 Mitgliedern einen Umsatz von 27 024 934 Mark, das sind 3 041 720 Mark mehr als im Vorjahr. Er hat mit diesem Umsatz den des bisher größten deutschen Konsumvereins, des Breslauer, der im Jahr 1912 bei 97 864 Mitgliedern für 25 758 587 Mark verkaufte, überholt. X Am 30. Juni ist der *Generalverband ländlicher Genossenschaften* (Raiffeisen) aus dem *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften*, dem er zirka 5 Jahre lang angehört hatte, wieder ausgeschieden. Die Trennung erfolgte in gutem Einvernehmen. Das für das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wichtige Ereignis wird hier noch behandelt werden. X Der *Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften* hielt am 9. und 10. Juli in Leipzig seine 10. Generalversammlung ab. Der Verband umfaßte Ende 1911 797 Genossenschaften, von denen 656 berichtende 71 772 Mitglieder zählten. Auf der Tagesordnung standen nur Fragen, die Spezialangelegenheiten der Kredit- und der Handwerker-genossenschaft berührten.

X **Literatur** Das interessante Genossenschaftsland Finnland besitzt schon eine vorzüglich ausgebildete Statistik, obwohl die Bewegung selbst erst ganz jungen Datums ist. Die erste Genossenschaft wurde dort im Jahr 1903 in das Handelsregister eingetragen. 1911 zählte man in Finnland 1929 Genossenschaften, die 178 000 Mitglieder umfaßten. Diese Entwicklung ist in erster Linie der Wirksamkeit der Gesellschaft *Pellervo* zu verdanken, jener eigenartigen Organisation, in der Gelehrte, Studenten, Arbeiter, Handwerker, Bauern einen Boden gemeinsamen Wirkens für die Genossenschafts-sache gefunden haben. Diese Gesellschaft ist es auch, die sich die Pflege der genossenschaftlichen Statistik zur Aufgabe gemacht hat, da man dort der Meinung ist, daß die Statistik am ehesten die Fehler und Schwächen einer Bewegung zu erkennen gibt. Ein eigenartiger Gedanke war es nun die Ergebnisse dieser statistischen Arbeiten, die sich über 9 Jahre erstrecken, in deutscher Sprache zu veröffentlichen, um sie so der internationalen Genossenschafts-

welt zugänglich zu machen. Es ist dies in einem Buch geschehen, das von dem Vorsitzenden der Gesellschaft *Pellervo*, Dr. Hannes Gebhardt, dem Dozenten für Agrarpolitik und Statistik an der Universität Helsingfors, herausgegeben worden ist und das den Titel *Betriebsstatistische Untersuchungen über die Molkerei-, Kredit- und Konsumgenossenschaften in Finnland 1904 bis 1910* /Helsingfors, *Pellervo*/ trägt. Das Werkchen enthält zunächst eine orientierende Übersicht über den heutigen Stand des finnischen Genossenschaftswesens, um dann die einzelnen Genossenschaftsarten in ihrer historischen Entwicklung und ihrem gegenwärtigen Stand in Sonderberichten zu behandeln, wobei ein besonderer Nachdruck auf die Darstellung der Finanzgebarung der Genossenschaften gelegt wurde. Das Studium der wertvollen Schrift kann als ebenso interessant wie lehrreich empfohlen werden.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Rechtsberatung Minderbemittelter Das reichsstatistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, hat für das Jahr

1912 wieder eine umfassende Erhebung über die Einrichtungen zur Rechtsberatung minderbemittelter Volkskreise vorgenommen, deren Ergebnisse in einer Sonderbeilage zum *Reichsarbeitsblatt* soeben veröffentlicht worden sind.

Nach den ersten vorsichtigen Versuchen der freien Gewerkschaften Mitte der neunziger Jahre durch Errichtung von Arbeitersekretariaten dem Bedürfnis nach Rechtsberatung und Vertretung zu genügen sind in der Folge von verschiedenen Seiten Rechtsauskunftsstellen eingerichtet worden. Die freien Gewerkschaften haben nicht nur das Verdienst den ersten Versuch mit der Errichtung von Rechtsauskunftsstellen gemacht zu haben, ihre Institute, die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen der Kartelle, stehen der Zahl und Bedeutung nach auch heute noch an erster Stelle unter den Einrichtungen zur Rechtsberatung der Minderbemittelten. Den freien Gewerkschaften sind die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gefolgt; politische Vereinigungen, konfessionelle Vereine, Frauenvereine, die Verbände der Privatangestellten, ländliche Genossenschaften, Arbeitgeber, gemeinnützige Vereinigungen, Gemeinden und Staat haben aus den verschiedensten Motiven heraus Rechtsauskunftsstellen geschaffen.

Im Jahr 1912 bestanden 119 Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften, 211 Auskunftsstellen der Kartelle der freien Gewerkschaften, 55 Arbeitersekretariate der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, 55 der christlichen Gewerkschaften, 8 Sekretariate und Auskunftsstellen der polnischen Berufsvereinigung, 6 Auskunftsstellen anderer Arbeitervereinigungen, 23 Rechtsauskunftsstellen von Verbänden der Privatangestellten, 23 von evangelischen, 122 von katholischen, 32 von politischen Vereinigungen, 9 von ländlichen Genossenschaften, 9 von Arbeitgebern, 32 von gemeinnützigen Vereinigungen, 119 von Gemeinden und Staaten und 93 Rechtsauskunftsstellen für Frauen. In diesen 916 Stellen wurden 1841 364 Auskünfte erteilt und 468 028 Schriftsätze angefertigt. An der Spitze stehen die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen der freien Gewerkschaften mit 753 420 Auskünften und 192 645 Schriftsätzen. Ihnen folgen im weiten Abstand die staatlichen und gemeindlichen Auskunftsstellen mit 337 071 Auskünften und 57 563 Schriftsätzen. Die 122 Auskunftsstellen katholischer Vereinigungen verzeichnen 235 638 Auskünfte und 90 713 Schriftsätze und die 32 Stellen gemeinnützigen Vereinigungen 194 292 Auskünfte und 36 016 Schriftsätze. Die Institute aller anderen Vereinigungen und die der Arbeitgeber bleiben je weit unter 100 000 Auskünften. Von je 100 der Auskünfte entfielen auf Arbeits- und Lehrvertrag 14,9, sonstiges bürgerliches Recht 29,4, Sozialversicherung 24,8, Zivilprozeß 6,8, Strafrecht und Strafprozeß 5,2, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 12,0, sonstige Gebiete 6,9. In den Arbeitsplänen der von den Gewerkschaften aller Richtungen unterhaltenen Stellen nimmt die Sozialversicherung den ersten Platz ein. Das gleiche gilt für die von konfessionellen Vereinigungen errichteten Institute. Bei den Auskunftsstellen der Privatangestelltenverbände überwiegen die Fragen des Arbeits- und Lehrvertrags und bei den anderen Stellen solche aus den sonstigen Gebieten des bürgerlichen Rechts.

× Heimarbeit Unsere Kenntnisse über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der

Heimarbeit sind in den letzten Jahren durch Ausstellungen mit Produkten der Heimarbeiter und durch Untersuchungen, die sich auf die persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Heimarbeiter erstrecken, und deren Er-

gebnisse in zahlreichen Monographien veröffentlicht worden sind, wesentlich erweitert worden. Neue Veröffentlichungen dieser Art können wohl noch einige Besonderheiten aus dem einen oder dem andern Zweig der Heimarbeit herausarbeiten oder Verschiedenheiten, die durch lokale Verhältnisse bedingt sind, schärfer hervorheben, aber sie können das Bild, das die wirtschaftliche und soziale Lage der Heimarbeiter bietet, kaum noch verändern. Dieses Bild ist durchaus nicht einheitlich sondern zeigt die verschiedensten Farben. Das eben Gesagte gilt auch für die Arbeit *Die Heimarbeit in der Dresdener Zigarettenindustrie* / Leipzig, Duncker & Humblot/ von Dr. Friedrich Sternthal und für die Monographien, die Professor Paul Arndt im Auftrag des wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeitsausstellung Frankfurt am Main 1908 kürzlich herausgegeben hat (*Die Heimarbeit im rheinmainischen Wirtschaftsgebiet*, 3. Band, 1. Teil / Jena, G. Fischer/). Damit soll natürlich die Untersuchung der Verhältnisse der Heimarbeit und die Veröffentlichung der Ergebnisse nicht für überflüssig erklärt werden. Auch die beiden genannten Publikationen haben als Zustandsschilderungen ihren Wert. So bestätigen die von Arndt herausgegebenen Monographien, die sämtlich Zweige der Bekleidungsindustrie zum Gegenstand haben, aufs neue die großen Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter in den Zweigen der Bekleidungsindustrie, was leicht begreiflich ist, da hier vom Heimarbeiter der Herrenmaßschneiderei der Großstadt mit seiner sorgfältigen und schwierigen Arbeit bis zur Näherin, die billigste Stapelware in bunter Arbeiterwäsche immer zu Dutzenden anfertigt, Arbeiter und Arbeiterinnen mit sehr unterschiedlicher beruflicher Leistungsfähigkeit in Frage kommen.

Sternthal sowie einige der Bearbeiter der von Arndt herausgegebenen Monographien nehmen auch zu der Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit Stellung. Das Verbot der Heimarbeit lehnen alle ab, und zwar mit einer so auffallenden Entschiedenheit, als wenn von irgendjemand das Verbot jeder Heimarbeit gefordert worden wäre, was bisher meines Wissens nicht geschehen ist. Einführung der Registrierpflicht, Vorschriften über Beschaffenheit der Arbeitsräume, Verbot des Mitgebens von Heimarbeit an Fabrikarbeiter und Regelung der Arbeitszeit der Jugendlichen.

und Kinder werden von einigen direkt als notwendig, von anderen als wünschenswert bezeichnet. Dagegen finden die Forderungen nach Festlegung einer Ruhezeit für die Heimarbeiter und der Anzeigepflicht für Räume, in denen Heimarbeit angefertigt wird, keine Befürworter sondern nur Gegner. Auch die Festsetzung von Minimallöhnen findet nur einmal eine recht unbestimmte Vertretung.

Der Aufgabe das Problem der gesetzlichen Regelung der Verhältnisse der Heimarbeit darzustellen und Wege zu seiner Lösung zu zeigen hat sich Dr. Käthe Gaebel in ihrer Schrift *Die Heimarbeit. Das jüngste Problem des Arbeiterschutzes* /Jena, G. Fischer/ unterzogen. In dem Geleitwort, das Professor Dr. Wilbrandt dem Buch mit auf den Weg gegeben hat, drückt er die Hoffnung aus, daß das Buch das Seine dazu tun möge, »daß auch bei uns aus dem Hausarbeitsgesetz, jenem geschickten Machwerk ohne heilende Kraft, ein wirklicher Arbeiterschutz auch für die am meisten seiner Bedürftenden folgen wird«. Dr. Gaebel untersucht die Bedeutung der Heimarbeit für die Unternehmer und für die Arbeiter, wobei besonders das Interesse der verheirateten Frauen und der »halben Kräfte« an der Heimarbeit erörtert wird. In eingehender Weise bespricht die Verfasserin dann die Versuche die Lage der Heimarbeiter zu verbessern. Was an gesetzlicher Hilfe für die Heimarbeiter in Deutschland durch das Hausarbeitsgesetz und durch die Reichsversicherungsordnung geschaffen worden ist, soll nach Meinung der Verfasserin zum nicht geringen Teil auf die überaus geschickte und kluge Vertretung der Forderungen des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen durch seine 1. Vorsitzende zurückzuführen sein. Dieses Urteil wird wohl berechtigtem Widerspruch begegnen. Ein großer Teil des Buches ist den Lohnämtern gewidmet. Entstehung und bisherige Wirksamkeit der Lohnämter in England und ihr Einfluß auf die Industrien, für die durch Lohnämter die Regulierung der Löhne vorgenommen ist, werden zum Teil auf Grund eigener Untersuchungen geschildert. Daneben werden auch die australischen Lohnämter und die in anderen Staaten für die Errichtung von Lohnämtern unternommenen Versuche dargestellt, darunter selbstverständlich auch die parlamentarischen Kämpfe in Deutschland für den Schutz der Heimarbeiter, die vorläufig mit der Annahme

des Hausarbeitsgesetzes im Jahr 1911 beendet worden sind. Dieses Gesetz hat bekanntlich Lohnämter nicht gebracht sondern nur Fachausschüsse, deren Errichtung vom Bundesrat beschlossen werden kann. Ihre Bedeutung wird auf alle Fälle nur gering sein, da sie nur anregen und Vorschläge machen, aber keine Anordnungen treffen dürfen. Von den Lohnämtern verspricht Dr. Gaebel sich einen größeren Einfluß auf die Lohnfrage, deren bessere Gestaltung sie mit Recht als die Voraussetzung für die Verbesserung der hygienischen Zustände in der Heimarbeit erklärt. Sie erwartet allerdings von den Lohnämtern nicht mehr, als starke Organisationen durch Tarifverträge auch erreichen können. An diesen fehlt es aber, und solange sie nicht existieren, ist das vom Gesetz zu schaffende Lohnamt immer ein Mittel dem allergrößten Elend der Heimarbeit zu begegnen. Nach den Erfahrungen in England trägt das Lohnamt auch zur Entstehung und Entwicklung der Organisationen wesentlich bei. Der Zusammenschluß der Arbeiter und der Arbeitgeber ist in England den Lohnämtern bald gefolgt und damit die Grundlage zu Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation geschaffen worden. Der englische Versuch zeigt aber auch, daß die Lohnämter und die ihnen zugedachten Aufgaben durchzuführen sind.

Das Buch Dr. Käthe Gaebels wird, wenn ich auch nicht allen Behauptungen und Schlußfolgerungen zustimmen kann, auch den Gewerkschaftern wertvolle Dienste tun. Es zeigt, daß Deutschland, das auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung zum Teil wegweisend vorgegangen ist, in den Fragen des Arbeiterschutzes und speziell im Schutz der Heimarbeiter weit zurückgeblieben ist. Hier gilt es viel nachzuholen, und es wird in erster Linie Sache der Gesetzgebung sein Besserung zu erzwingen. Durch Selbsthilfe allein können viele Proletarier der Hausindustrie ihr Elend nicht lindern. Das muß immer wieder betont werden, da auch in den von Arndt herausgegebenen Monographien an einigen Stellen auf die verhältnismäßig günstige Regelung der Lohnfrage durch Tarifverträge hingewiesen wird. Was in einigen Zweigen der Heimarbeit durch besonders günstige Organisationsverhältnisse der Heimarbeiter möglich ist, ist nicht für die große Masse der Heimarbeiter zu erreichen.

X

X

Kurze Chronik Im Jahr 1911 wurden in Preußen 9348 Minderjährige der Fürsorgeerziehung überwiesen. × Die Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwälte angestellten sollen jetzt anscheinend gesetzliche Regelung erfahren. Wie gemeldet wird, wird ein Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst zugehen. Damit würde eine Arbeiterschaft, die bisher von der Gesetzgebung sehr stiefmütterlich behandelt worden ist, endlich auch der gesetzlichen Fürsorge für bedürftig erachtet werden. × Vom 18. bis zum 20. August hielten die deutschen Ortskrankenkassen ihre 20. Jahresversammlung in Breslau ab. Sie nahmen Stellung zu den Angriffen auf die Sozialversicherung, zur Bedeutung der Wohnungsfürsorge für die Krankenkassen und zum Verhältnis der Berufsgenossenschaften zu den Krankenkassen im Heilverfahren für Unfallverletzte. × Am 12. und 13. August tagte der 3. deutsche Bauarbeiterschuttkongress in Leipzig. Er verhandelte über die Unfallgefahren im Baugewerbe und über die Berufskrankheiten im Baugewerbe. × Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte halten ihre Verbandsversammlung vom 18. bis zum 20. September in Leipzig ab. Von den Verhandlungsgegenständen sind besonders die über die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts und die über die Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohns zu nennen.

× **Literatur** Von dem Bestreben der deutschen Gewerkschaften über die Arbeitsverhältnisse und darüber hinaus über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Berufsgenossen Klarheit zu gewinnen, zeugt eine Reihe von Veröffentlichungen der jüngsten Zeit. Der Holzarbeiterverband hat die Ergebnisse einer Erhebung vom November 1911 über Arbeitszeit und Löhne im Tischlergewerbe in einer eingehenden Bearbeitung zusammen mit vielem Tabellenwerk herausgebracht. Auch der Buchbinderverband bringt in ausführlicher Weise die Ergebnisse der von ihm im Jahr 1910 aufgenommenen Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Buchbindereien usw. Neben Lohn- und Arbeitsverhältnissen sind von der Erhebung des Buchbinderverbands noch die persönlichen Verhältnisse der Arbeiter,

Lebensalter, Familienstand, Zahl der Kinder, Erwerbsverhältnisse der Familienangehörigen und anderes mehr erfaßt, so daß hier ein vollständiges Bild von der Lage der Berufsangehörigen geboten ist. Über Löhne und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Papier- und Papierstofffabriken unterrichtet eine Publikation des Fabrikarbeiterverbands. Der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands berichtet über die Berufs-, Arbeits-, Lohn- und Organisationsverhältnisse der Arbeiter in der Handschuhindustrie Deutschlands im Jahr 1911, und der Verband der Sattler und Portefeuller über die Erwerbsverhältnisse der Sattler und Portefeuller Deutschlands für 1911. Mögen die Arbeiten auch in erster Linie für die Berufsgenossen bestimmt sein, so vermitteln sie doch wertvolle Bilder von der Lage der Arbeiter und sind gute Bereicherungen der Literatur mit Zustandsschilderungen.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Staats- und Privatbahnen Der französische Nationalökonom Colson hat wieder nachgewiesen, daß die Privatbahnen wesentlich vorteilhafter wirtschaften als die Staatsbahnen. In einem Rückblick auf die Betriebsergebnisse der französischen Hauptbahnen im Jahr 1912 hat er eine Tabelle zusammengestellt, die in der *Zeitschrift des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen* wiedergegeben wird, und aus der sich interessante Vergleiche zwischen den Staatsbahnen und den großen Privatbahnen ziehen lassen sollen. Aber gegen die Staatsbahnen beweisen die Zahlen absolut nichts, im Gegenteil, sie sprechen für den Staatsbetrieb, trotz des schlechtern finanziellen Ergebnisses der Staatsbahnen.

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, daß die glänzenden finanziellen Ergebnisse der französischen Hauptbahnen im Jahr 1912 nur den Privatbahnen zuzuschreiben sind. Die Zunahme der Betriebseinnahmen hat im Jahr 1912 für das Hauptbahnnetz rund 17½ Millionen Francs betragen. Diese Zahl setzt sich indessen aus der Mehreinnahme von 28,5 Millionen Francs, die die 5 großen Privatgesellschaften erzielt haben, und aus der Mindereinnahme von 11 Millionen zusammen, die auf das Staatsbahnnetz entfällt. Die kapitalistischen Gegner des Staatsbahnsystems werden diese Ergebnisse für sich auszubuten suchen. Aber der Sozialist kommt zu einem

ganz andern Urteil. Denn die Privatbahnen haben ihre großen Überschüsse nur durch eine verwerfliche Ausbeutung ihrer Beamten und Arbeiter erzielt. Insbesondere infolge der Erhöhung für Gehälter, Löhne und Pensionen ist nämlich zwar die Betriebszahl überall gestiegen. Bei den Privatbahnen aber seit 3 Jahren nur um 2,1 %, so daß sie dort im Jahr 1912 zwischen 54,1 % (Südbahn) und 61,3 % (Nordbahn) schwankte, also immer noch im Vergleich zu den anderen europäischen Bahnnetzen als ungemein niedrig anzusehen ist. Bei den Staatsbahnen dagegen hat sie sich im gleichen Zeitraum um 17,1 % erhöht und erreicht damit die Höhe von 93 % (altes Netz) und 90 % (Westbahnnetz).

Mit niederen Gehältern, Löhnen und Pensionen, schlechtem Material und geringerer Rücksichtnahme auf die Sicherheit für das Leben und die Gesundheit sowohl des Personals wie der Reisenden hohe Überschüsse zu erzielen ist das einzige Ziel der Privatbahnen. Wer lediglich darin die Aufgabe der Verkehrseinrichtungen und der Produktion überhaupt erblickt, wird dem *Journal des transports*, das wegen seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Staatsbetrieb bekannt ist und das die Colsonsche Tabelle bespricht, zustimmen, daß die »schlechten« Abschlüsse der Staatseisenbahnen den »eklatantesten« Beweis für die allen Staatsbetrieben anhaftenden Gebrechen (*vices*) liefern. Wer aber nicht die Auffassung teilt, daß die Eisenbahnen und die Produktion im allgemeinen lediglich oder in erster Linie des kapitalistischen Profits wegen da seien, wird zu einem ganz andern Schluß kommen. Die Tabelle zeigt, daß die Staatsbahnen wesentlich höhere Gehälter, Löhne und Pensionen zahlen als die Privatbahnen. Schön das ist der beste Beweis gegen die Privatbahnen. Aber wie die *Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen* richtig bemerkt, müßten auch alle anderen Ursachen der höheren Betriebsausgaben der Staatseisenbahnen in Betracht gezogen werden, was wohlweislich von den Verteidigern der Privatbahnen unterlassen worden ist.

X Petroleum-monopol X
Die 11. Kommission des Reichstags hat den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl, den der Reichskanzler dem Reichstag am 18. November 1912 zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlegte, in 2 Lesungen

beraten und, obwohl noch eine 3. Lesung aussteht, allen Mitgliedern des Reichstags einen vorläufigen Bericht zugehen lassen. Die Gestaltung, die der Gesetzentwurf durch die in 2. Lesung gefaßten Beschlüsse der Kommission bekommen hat, weicht wesentlich von dem Entwurf der Regierung ab. Es wird aber kein reines Staatsmonopol geschaffen, sondern ein sogenannter gemischter Betrieb, in dem der Staat zwar alle Macht in Händen hat, der Geschäftsbetrieb jedoch privaten Unternehmern überlassen ist. Von neuem zeigt dieser mit Hilfe der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder zustande gebrachte Gesetzentwurf, der auch im Plenum eine sichere Mehrheit finden wird, daß die gemischten Betriebe als Übergangsformen eine gewisse Berechtigung haben, sie sich auch in der Richtlinie der sozialistischen Entwicklung bewegen.

Die grundlegende Bestimmung in § 1 des Regierungsentwurfs, daß die Einfuhr und die Herstellung von Mineralölen, die zum Brennen auf Lampen geeignet sind (Leuchtöl), sowie der Großhandel damit im Zollinland ausschließlich dem Reich zustehen soll, ist unverändert beibehalten worden. Aber die Betriebsgesellschaft, an die die vorstehenden Befugnisse übertragen werden können, sofern sie das Reich nicht selbst ausübt, hat eine solche Form bekommen, daß vom kapitalistischen Charakter des Unternehmens wenig mehr geblieben ist. Das Grundkapital soll zu vier Fünfteln aus Inhaberaktien, zu einem Fünftel aus Namensaktien bestehen. Die Namensaktien werden auf den Namen des Reichs ausgestellt und sind nicht übertragbar. Während aber das Reich an Grundkapital nur mit einem Fünftel beteiligt sein muß, erhalten in der Generalversammlung die Namensaktien (also das Reich) 52 % der Stimmen, so daß es stets die Mehrheit haben wird und somit den Gang der Geschäfte bestimmen kann. Der Einfluß der Privatkapitalisten soll aber noch mehr eingeschränkt werden. Von den Inhaberaktien ist nämlich mindestens ein Fünftel solchen Organisationen des Kleinhandels (Detailhändlern, Konsumvereinen usw.) anzubieten, die sich verpflichten diese Aktien während der Dauer von 3 Jahren nicht weiter zu veräußern. In der Generalversammlung werden also auch die Konsumvereine ein Stimmrecht haben, je eine Stimme für 1000 Mark Aktienbesitz.

Die Betriebsgesellschaft soll aber auch ganz und gar dem Reichstag unterstellt werden. In § 4 des von der Kommission beschlossenen Entwurfs wird nämlich noch bestimmt: Jahresbericht und Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung müssen vor ihrer Vorlage an die Generalversammlung durch einen oder mehrere vom Rechnungshof zu ernennende beeidigte Bücherrevisoren geprüft werden und sind alljährlich dem Reichstag mitzuteilen. Der Reichstag kann beschließen, daß der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft ganz oder teilweise durch den Rechnungshof oder eine besonders zu bestimmende Kommission geprüft werde. Dem vom Reichstag mit der Prüfung beauftragten Organ hat die Gesellschaft alle gewünschten Unterlagen zum Zweck der Prüfung des Geschäftsbetriebs zu beschaffen. Der Bericht über die Prüfung ist dem Reichstag vorzulegen. Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern. 5 von ihnen müssen Reichstagsabgeordnete sein, die dem Reichskanzler vom Reichstag vorgeschlagen werden; 2 sollen den Organisationen des Kleinhandels mit Leuchtöl und 2 den Konsumgenossenschaften angehören. Dem Aufsichtsrat sind nur Tagegelder und Auslagen zu vergüten. Der Geschäftsbericht der Vertriebsgesellschaft ist alljährlich dem Reichstag mitzuteilen.

Ein derartig gemischter Betrieb dürfte bisher kaum irgendwo bestehen. Möglich ist es, daß diese Übergangsform augenblicklich den Verhältnissen besser entspricht als die Schaffung eines reinen Staatsmonopols. Das Reich hat es auch jederzeit in der Hand den Vertrieb des Leuchtöls in eigene Regie zu nehmen. Auch bei einem reinen Staatsmonopol würde das private Kapital insofern beteiligt sein, als der Staat sein Betriebskapital durch eine Anleihe aufnehmen und verzinsen muß. Nach dem von der Kommission beschlossenen Entwurf darf die Verzinsung des Grundkapitals der Vertriebsgesellschaft 5 % auch nicht überschreiten. Soweit in einem Geschäftsjahr der verteilbare Gewinn 5 % übersteigt, ist er einem Ausgleichsfonds zuzuführen. Die Zinsen fließen dem Preisausgleichsfonds zu. Wenn in einem Geschäftsjahr der verteilbare Gewinn unter 4½ % zurückbleibt, ist er aus dem Ausgleichsfonds bis zu dieser Höhe aufzubessern. Im übrigen ist er dazu zu verwenden, um die Überschreitung des festgelegten Höchstpreises zu verhindern. Sobald

der Ausgleichsfonds 15 Millionen Mark erreicht hat, müssen die Geschäftsüberschüsse ausschließlich zur Verbilligung des Verkaufspreises des Leuchtöls verwendet werden.

Organisation, Geschäftsbetrieb, der Preis des Produkts und der Reingewinn werden der Vertriebsgesellschaft also vorgeschrieben. Sie muß ganz nach dem Willen der Regierung und des Reichstags verwaltet werden. Und in § 11 wird ferner bestimmt: Die Vertriebsgesellschaft soll mit ihren Angestellten und Arbeitern oder deren Organisationen Tarifverträge abschließen. Für die Angestellten und Arbeiter der Vertriebsgesellschaft sind durch gleiche und geheime Wahl Angestellten- und Arbeiterausschüsse zu bilden. Die Arbeits- und Dienstverträge dürfen keine Bestimmungen enthalten, die das Vereinigungsrecht der Angestellten und Arbeiter verhindern oder ausschließen. Ein Monopol in dieser Form kann man einen Staatsbetrieb nennen, der sich die Vorteile des kaufmännischen Geschäftsbetriebs kapitalistischer Unternehmungen zu eigen macht, ohne daß den beteiligten Unternehmern und Kapitalisten ein Recht selbständiger Entscheidung zusteht. Vom Wesen der kapitalistischen Unternehmungen hat diese gemischte Vertriebsgesellschaft jedenfalls nur sehr wenig. Sie zeigt eine sozialistische Wesensart; die wichtigsten Bestimmungen des Kommissionsentwurfs sind ja auch auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden, und das Gesetz kann überhaupt nur eine Mehrheit finden, wenn die Sozialdemokraten dafür stimmen.

× Kurze Chronik über die Entwicklung der Reichsbank von ihrer Gründung im Jahr 1876 bis 1910 wird in einer umfassenden Darstellung unter anderem mitgeteilt, daß der Beamtenstand von 1904 Personen im Jahr 1876 bis auf 3495 im Jahr 1910 gestiegen ist. Die Verwaltungskosten sind von 5,4 auf 21,8 Millionen angewachsen. Der Reingewinn ist außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Das ungünstige Jahr 1879 hat nur 6,9 Millionen Mark Reingewinn ergeben, das günstigste, 1906, dagegen 52,3 Millionen Mark. Für 1909 und 1910 ist der Reingewinn wieder auf 23,1 respektive 27,7 Millionen Mark gesunken. × Die Staatszuschüsse zu den Kosten für die preussischen Volksschulen sind von 1886 bis 1911 von 13,3 auf

127,3 Millionen Mark gestiegen, während die Gemeinden im Jahr 1886 insgesamt 61,8 Millionen, 1911 bereits 265,5 Millionen für diesen Zweck aufgebracht haben.

× Literatur

× Eine treffliche Begründung einer Reform des Erbrechts stellt die kleine Schrift *Umbau und Ausbau des deutschen Erbrechts* von Professor Dr. Wilhelm Blume /Tübingen, Mohr/ dar. Die lesenswerte Abhandlung gibt die Rede wieder, die Professor Blume beim Antritt seines Amtes in Tübingen gehalten hat. Und sie ist sozialistischen Geistes. × Einen sehr wertvollen Beitrag zur Bodenfrage liefert Dr. Heinrich Scherman in seiner sehr gründlichen Abhandlung *Grundzüge der Bildung der Bodenpreise und des Wertzuwachses* /Karlsruhe, Braun/. Der Verfasser weist von neuem und mit guten Argumenten nach, daß es keine künstliche Gestaltung des Bodenpreises gibt, daß der Wertzuwachs durch ein gesellschaftliches Zusammenwirken erfolgt und der Bodenpreis sich stets nach Angebot und Nachfrage richtet, so daß auch eine Abwälzung der Wertzuwachsteuer nicht erfolgen kann.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Arbeitslosenversicherung Am 1. August 1912 haben die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts die Einführung einer städtischen Arbeitslosenversicherung nach Genter System (Zuschußleistung an die Mitglieder der angeschlossenen Berufsvereine und an Einzelsparer, erweitert durch die Zulassung von Sparvereinigungen) beschlossen. Vor kurzem ist nunmehr der 1. Bericht über das Halbjahr vom 1. Oktober 1912 bis zum 31. März 1913 erschienen. Im ganzen meldeten sich als arbeitslos 943 Personen, von denen aber nur 798 zugelassen wurden. Der größte Teil gehörte den gewerkschaftlichen Verbänden an, von denen sich 44 Berufsvereine der städtischen Einrichtung angeschlossen hatten. 19 Arbeitslose gehörten Sparvereinigungen an, und 3 waren Einzelsparer. Im ganzen meldeten sich 798 Personen an 13 098 Tagen zur Kontrolle; 294 von ihnen (36,8 %) konnte durch das Arbeitsamt Arbeit nachgewiesen werden. 210 erhielten auf andere Weise Arbeit, und zwar 102 durch den besondern Arbeitsnachweis der Buchdrucker. Der städtische Zuschuß wurde in 892 Fällen mit 755 Kindern unter 15 Jahren

für 10 162½ Tage mit zusammen 9746,49 Mark bezahlt. Der Gesamtbetrag der von den beteiligten Berufsvereinen bezahlten Arbeitslosenunterstützung und der von den Mitgliedern der beiden Sparvereinigungen und den 3 Einzelsparern abgehobenen Einlagen betrug bei 2885 Arbeitslosen und 36 568 Arbeitslosentagen 66 022 Mark, so daß auf den einzelnen 12,6 Arbeitslosentage und 22,80 Mark Unterstützung entfallen. Dagegen kommen bei der städtischen Arbeitslosenversicherung auf den einzelnen Fall nur 11,38 Unterstützungstage und 10,92 Mark Gesamtunterstützung. Der Bericht hebt die Schwierigkeit einer befriedigenden Kontrolle hervor. Sie ist nach seiner Ansicht ohne die Durchführung einer möglichst weitgehenden Zentralisierung des Arbeitsnachweises nicht möglich. Bei den oft recht kompliziert liegenden Verhältnissen ist es häufig recht schwierig festzustellen, ob bei dem einzelnen Arbeitslosen die Voraussetzung der unverschuldeten Arbeitslosigkeit zutrifft oder nicht. Auch die Berufsvereine vermögen in den allermeisten Fällen eine Garantie für die Richtigkeit der in den Anmeldekarten über den Grund der Arbeitslosigkeit gemachten Angaben nicht zu übernehmen. Sie sind eben in den meisten Fällen nur auf die Aussagen der Arbeitslosen angewiesen. Es hat sich herausgestellt, daß die Angaben nicht immer der Wahrheit gemäß gemacht wurden. Infolgedessen sah sich das Arbeitsamt veranlaßt Erkundigungen bei den Arbeitgebern einzuziehen und auf Grund der Ergebnisse seine Entscheidung zu fällen. Die Arbeitgeber haben ausnahmslos die Fragen des Arbeitsamts in bereitwilliger Weise beantwortet. Auch der Verkehr mit den Berufsvereinen, soweit er zur Behebung von Beanstandungen oder zur Kontrolle der Auszahlung von Unterstützungen erforderlich wurde, war durchaus befriedigend. In 3 Fällen wurde eine unberechtigte Erhebung von Arbeitslosenunterstützung festgestellt. Die Betroffenen hatten die erhobenen Beträge zurückzahlen und wurden auf längere Zeit von der städtischen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Der Bericht faßt die Ergebnisse dahin zusammen, daß die Einrichtung bei der organisierten Arbeiterschaft großen Anklang gefunden und sich auch für diese trotz noch erheblicher Mängel bewährt habe. Die Mängel liegen namentlich in der ungerechten Wirkung der verschiedenen Dauer der Unterstützungsberechtigung und der Höhe des Unter-

stützungsbetrags, sowie in der großen Verschiedenartigkeit der Wartezeit bei den Berufsvereinen, die teils überhaupt fehlt teils sehr verschieden lang ist. Die Einrichtung für Einzelsparer hat dagegen bei der großen Zahl der unorganisierten und ungelerten Arbeiter wenig Anklang gefunden, obwohl doch gerade für diese die Einrichtung von besonderer Bedeutung ist.

Das gleiche Resultat muß auch der Geschäftsbericht des städtischen Arbeitsamts Schöneberg für 1912 feststellen. Die Spareinrichtung und die Speisemarkenunterstützung führen sich nur ganz allmählich und mit großer Mühe bei der großen Masse der Nichtorganisierten ein. Der Bericht hebt daher hervor, daß mit der Freiwilligkeit durchgreifende Erfolge nicht erzielt werden können, daß Zwang notwendig ist, um die große Masse der Versicherung zuzuführen. Er verlangt daher auch die gesetzliche Einführung des Versicherungszwangs. Ferner stellt er fest, daß die städtischen Kollegien Schönebergs sich darüber klar waren, daß die Versicherung für diese Stadt allein nur Stückwerk sein könne, da sie nur einen kleinen Ausschnitt in dem großen Wirtschaftsgebiet Groß Berlin bilde. Die gleiche Erkenntnis hat den Magistrat von Neukölln veranlaßt dem Zweckverband Groß Berlin einen Antrag auf Einführung einer das Gebiet von Groß Berlin umfassenden Arbeitslosenfürsorge zu unterbreiten. Seine Eingabe vom 14. Juli 1913 weist darauf hin, daß ein Eingreifen des Reichs in nächster Zeit nicht zu erwarten ist, und daß daher Versuche der Gemeinden wenigstens für ihr Ortsgebiet eine auf Freiwilligkeit beruhende, vorläufige Teillösung herbeizuführen, nicht von der Hand zu weisen sind. Von den Gemeinden Groß Berlins hat nur Berlin-Schöneberg eine solche Fürsorge eingeführt. Neuerdings hat auch Berlin-Weißensee die Errichtung einer Arbeitslosenkasse für alle im Ort wohnenden männlichen und weiblichen Arbeiter beschlossen. Sonst haben aber die Groß Berliner Gemeinden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung praktische Arbeit nicht geleistet. Bei getrenntem Vorgehen stellen sich eben den Gemeinden große Schwierigkeiten in den Weg. Die Folge wäre außerdem eine sehr große Mannigfaltigkeit in der Art der Fürsorge.

Es empfiehlt sich aus den verschiedensten Gründen für die Gemeinden Groß Berlins gemeinsam vorzugehen. Viele

von ihnen sind nur Ausschnitte aus dem größern Wirtschaftsgebiet. Eine große Zahl der in ihnen wohnenden Arbeiter und Angestellten geht in Berlin seiner Beschäftigung nach. Würde sich nun die Versicherung auf alle in der Gemeinde wohnenden Arbeiter ohne Rücksicht auf den Beschäftigungsort erstrecken, so würde die Wohngemeinde Lasten übernehmen, die billigerweise die Arbeitsgemeinden zu tragen hätten. Wird aber die Versicherung auf die im Ort wohnenden und zugleich dort beschäftigten Arbeiter beschränkt, so gehen die nicht in der Wohngemeinde tätigen Arbeiter leer aus. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich bei Begrenzung der kommunalen Arbeitslosenversicherung auf den Gemeindebezirk aus dem Erfordernis längern Aufenthalts der Versicherten in der Versicherungsgemeinde. Diese wird in der Regel Zugewanderte zunächst ausschließen und, um den Zugang minder arbeitsfähiger oder arbeitsscheuer oder der Gefahr der Arbeitslosigkeit besonders ausgesetzter Personen fernzuhalten, eine gewisse Aufenthaltsdauer verlangen müssen. Durch die Bedingung des 1jährigen, ja schon des ½jährigen Wohnsitzes wird bei dem häufigen Wohnortwechsel der Groß Berliner Arbeiterbevölkerung ein großer Teil ausgeschlossen. Groß ist auch die Schwierigkeit der Kontrolle der Arbeitslosen und die Durchführung der Arbeitsvermittlung, die mit jeder Arbeitslosenversicherung verbunden sein muß. Die Gemeinden müssen ihre Arbeitsvermittlungstätigkeit selbstverständlich in der Hauptsache auf ihr Ortsgebiet beschränken. Es kann daher auch der vielleicht mögliche Ausgleich zwischen Arbeitsnachfrage und Arbeiternachfrage von der einzelnen Gemeinde gar nicht geleistet werden.

Aus allen diesen Gründen schlägt der Magistrat Neukölln vor das Groß Berliner Wirtschaftsgebiet zur Grundlage zu nehmen und dafür eine einheitliche Arbeitslosenversicherung einzurichten. Der Unterschied zwischen Wohn- und Beschäftigungsort würde fortfallen. Selbst bei Forderung einer längern Wohndauer würde die große Masse der Arbeiterschaft sogleich in den Genuß der Fürsorge kommen. Es würden sich ferner für die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsamts mit Zweignachweisen in den einzelnen Gemeinden ganz besonders günstige Aussichten eröffnen. Die Organisation der Versicherung würde sich einfacher durchführen lassen, und es würde die Zersplitterung der

Kräfte und Leistungen der Einzelgemeinden vermieden werden.

Die Eingabe enthält einen Organisationsplan und statistische Angaben. Der Plan schließt sich im wesentlichen an den ersten Charlottenburger Entwurf an. Danach sollen Zuschüsse an Mitglieder der Berufsvereine und an Sparer gewährt und außerdem eine Arbeitslosenversicherungskasse eingerichtet werden, die eine Versicherungsmöglichkeit und Gelegenheit zu einer Zusatzversicherung gibt. Der Aufwand wird auf 960 000 Mark pro Jahr berechnet. Davon kämen auf die Zuschüsse zur Selbstversicherung der organisierten Arbeiter 900 000 Mark, auf den Zuschuß an Einzelsparer 10 000 und auf den Zuschuß zu der Arbeitslosenversicherungskasse 50 000 Mark. Außerdem käme eine einmalige Ausgabe von 400 000 Mark in Betracht. Auch über die Lastenverteilung teilt die Eingabe eingehende Berechnungen mit, die nach 6 verschiedenen Maßstäben: Bevölkerungszahl, Mitgliederzahl der Krankenkassen, Einkommensteuermittel, gesamte Steuerkraft, Mittel aus Bevölkerung und Einkommensteuermittel und Mittel aus Bevölkerung und gesamter Steuerkraft, ange stellt worden sind. Den Maßstab der Bevölkerungsziffer scheidet die Eingabe deshalb aus, weil diese allein nicht den Umfang der Arbeitslosigkeit bestimmt; den nach der Mitgliederzahl der Krankenkassen, weil Berlin zu stark, die wohlhabenden westlichen Gemeinden aber zu wenig belastet würden; den nach dem Wohnort der Arbeiter, weil die Arbeiterwohnsitzgemeinden zu stark belastet würden. Sie schlägt ihrerseits die Kombination von Einkommensteuermittel und Bevölkerungszahl als richtig vor. Danach würde die Stadt Berlin rund 828 000 Mark, die westlichen und südwestlichen Vororte rund 361 000, die südöstlichen, östlichen und nördlichen Vororte rund 171 000 Mark zu zahlen haben.

Auch in anderen Großstädten, namentlich in bayrischen, hat die Arbeitslosigkeit die städtischen Kollegien beschäftigt. München, Nürnberg, Fürth usw. haben beschlossen durch Inangriffnahme gemeindlicher Bauten Arbeitsgelegenheit in größerem Umfang zu schaffen. Außerdem hat der Nürnberger Magistrat den Beschluß gefaßt 30 000 Mark, die im städtischen Voranschlag für 1912 für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung eingesetzt waren, auf das Jahr 1913 zu übertragen und die Arbeitslosenversicherung dann in Kraft treten

zu lassen, wenn die Staatsregierung die bindende Erklärung abgibt die Hälfte der entstehenden Kosten auf Staatsmittel zu übernehmen. Auch in Fürth wurde ein ähnlicher Beschluß gefaßt.

× Lebensmittel- Über die städtischen Fischversorgung und Fleischverkäufe in

Düsseldorf erfährt man aus einem Bericht der Stadtverwaltung. Danach hat der Fischverkauf durch die Stadt zur Verbreitung der Fischkost sehr viel beigetragen. Inwieweit das Ziel der Einschränkung des Fleischgenusses während der Fleischteuerung dadurch erreicht wurde, ließ sich ebenso wenig feststellen wie die Größe der Steigerung des allgemeinen Fischverkaufs. Jedenfalls hat aber der Fischverkauf als ein kleines Mittel etwas zur Herabsetzung der Ladenpreise für Fleisch beigetragen. An den eingerichteten Kursen über die Zubereitung von Seefischen nahmen nur 854 Frauen teil, von denen die Mehrzahl dem mittlern Bürger- und Beamtenstand angehörte. Bei den ersten 5 Fleischverkäufen war die Nachfrage des Publikums sehr gut, bei den letzten Verkäufen wurden bedeutende Mengen von Fleisch an den festgesetzten Verkaufstagen überhaupt nicht verkauft. Infolgedessen ließ auch das Angebot von Metzgern, die den Verkauf des städtischen Fleisches übernehmen wollten, im Dezember sehr stark nach. Das holländische Vieh war im allgemeinen gute Mittelqualität. Schon Ende November nahm aber diese gute Mittelware stark ab und stieg demgemäß im Preis. Die Stadt mußte für qualitativ schlechteres Vieh 4 Pfennig pro Kilo mehr bezahlen. Die städtischen Fleischverkäufe hatten den Erfolg, daß einige Metzger mit ihren Preisen auf die der Stadt, zum Teil noch unter sie zurückgingen. Die Qualität dieses Fleisches war aber nicht so gut wie die des von der Stadt verkauften. Keine Einwirkung hatten die städtischen Fleischverkäufe auf die Preise bei den Läden, die eine sogenannte feste und gute Kundschaft haben, ebenso wenig auf die Viehmarktpreise. Der Bericht nimmt an, daß während der städtischen Verkäufe von einzelnen Viehhändlern und Kommissionären mit Rücksicht auf die städtischen Fleischverkäufe Vieh vom Düsseldorfer Markt zurückgehalten wurde, um die Marktpreise auf der Höhe zu erhalten. Die Gesamtmenge des von der Stadt importierten Fleisches betrug 81 558 Kilo.

×

×

Kurze Chronik Der Minister des Innern hat die örtliche Polizeiverwaltung auf dem Gebiet der Wohnungspolizei widerruflich auch dem Oberbürgermeister in Schöneberg, in den selben Grenzen wie dem Oberbürgermeister von Berlin, übertragen. × Die Stadtverordneten von München-Gladbach haben weitere 100 000 Mark für die Beschaffung von Gasautomaten bewilligt. Bisher waren schon 1000 Gasautomaten mit einem Aufwand von 120 000 Mark aufgestellt worden. × Der städtische Ratskeller in Chemnitz hat im vergangenen Geschäftsjahr einen Gesamtüberschuß von 340 281 Mark erbracht. × Die Ulmer Kollegien haben den Bau weiterer Ein- und Zweifamilienhäuser mit einem Gesamtaufwand von 500 000 Mark beschlossen. Es sollen im Westen der Stadt 48 Einfamilienhäuser zu 6400 Mark, im Osten 4 Zweifamilienhäuser zu 7600 Mark und 12 zu 9500 Mark, in Söflingen 8 ländliche Häuser mit Ziegenställen erstellt werden. Kinderreiche Eheleute werden in erster Linie berücksichtigt. Die geschlossene Bauweise soll wieder aufgegeben und zur Einzelbauweise zurückgekehrt werden.

× Literatur

Wiederum hat der *Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter* seine so wichtigen Publikationen über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in Gemeindebetrieben herausgegeben. Sie geben den Stand vom 1. April 1912 wieder und sind, zum Teil recht wesentlich, erweitert worden. So wurden die Bauämter mit 5 Untergruppen (Hochbau, Tiefbau, Kanalbau, Straßen- und Wegebau, Fluß- und Hafenbau) neu in die Zusammenstellung einbezogen. Beim Kanalbetrieb wurden die Lohnverhältnisse der einzelnen Arbeitergruppen mitgeteilt. Ferner werden neue Angaben über die Zahlungen von Zuschlägen für Überzeit- und Feiertagsarbeit sowie über die Lohnzahlung bei früherem Arbeitschluß an Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen gemacht. Außerdem ist die Zahl der Orte, für die Angaben vorliegen, zum Teil recht stark gewachsen. Wenn die 3 Publikationen *Die Arbeitslöhne in den Gemeindebetrieben*, *Die Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben* und *Die Arbeiterfürsorge in den Gemeindebetrieben* auch noch kein vollständiges Bild der Arbeitsverhältnisse geben, so bringen sie doch so viel Material bei, daß daraufhin eine Beurteilung der städtischen Arbeiterpolitik erfolgen

kann. Den Tabellen sind jeweils kurze, zusammenfassende Besprechungen vorausgeschickt, die natürlich nicht alle Verhältnisse beleuchten können oder wollen.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Volkschülerfürsorge Auf dem Kongreß für Volks- und Jugendspiele, der in Barmen tagte, hielt der Bonner Professor der Medizin Ferdinand August Schmidt einen bemerkenswerten Vortrag *Soziale Fürsorge für die Schwächlinge an unseren Volksschulen*. Sein Bericht erschien bei Teubner in Leipzig als Broschüre. Schmidt stellt fest, daß unter den Kindern, die das schulpflichtige Alter erreicht haben, nach seinen langjährigen Erfahrungen 8 bis 10 % Schwächlinge sind, die den Anstrengungen des Unterrichts nicht gewachsen sein können. In Berlin mußten zum Beispiel 1908 beinahe 9 %, 1909 sogar über 9 % der Schulpflichtigen wegen körperlicher oder geistiger Zurückgebliebenheit zurückgestellt werden. In Charlottenburg, wo seit 1904 die Zurückstellung nicht auf ein ganzes sondern auf ein halbes Jahr erfolgt, betrug die Zahl der Zurückgestellten bis gegen 14 %. Professor Schmidt plädiert nun lebhaft dafür, daß für die zurückgestellten Schulpflichtigen aus öffentlichen Mitteln Institute begründet werden, in denen diese Kinder körperlich gefördert werden können. Er verweist auf die Beispiele, die in Charlottenburg und Bonn bereits gegeben sind. Charlottenburg sammelt die Zurückgestellten in einem besondern Schulkindergarten, wo sie nach Möglichkeit bei Spiel im Freien beschäftigt werden, regelmäßig Nahrung erhalten und unter dauernder ärztlicher Überwachung stehen. In Bonn hat man eine Schulbaracke gebaut, die auf einem frei gelegenen städtischen Gelände von etwa 10 Ar Größe einen Flächenraum von etwa 140 Quadratmetern bedeckt. Die Baracke kostete mit der Einrichtung rund 11 000 Mark. Auf dem umliegenden Platz haben die Kinder Gelegenheit zu Sandspielen und zum Pflanzen. Alle Kinder erhalten vormittags, ein Teil erhält auch nachmittags Milch aus der städtischen Milchzentrale und Brot. Schmidt macht auch Angaben über den Stand der eigentlichen Schulspeisung. Nach einer Erhebung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt gab es in den letzten Jahren im Deutschen Reich 22 000 Schulkinder, die im Winter, 36 000, die im Sommer keinerlei Frühstück erhielten. Im Sommer erhielten 50 000 Schulkinder

weder mittags noch abends ein warmes Essen. 15 000 erhielten im Winter, 22 000 im Sommer überhaupt kein Abendbrot. Dabei ist zu beachten, daß die Erhebungen nur einen Teil der gesamten Volksschülerschaft umfassen konnten. Die Schulspeisung erreichte in den letzten Jahren in Deutschland 5,5 % der Schulkinder; Baden mit 16,5 und die Reichslande mit 11,6 % hatten die Führung. Allerdings ist die Schulspeisung zum großen Teil noch immer eine Leistung der privaten Initiative, nicht der Behörden.

Schmidt macht schließlich auch Mitteilungen über die bestehenden Heil- und Erholungsinstitute für arme Schulkinder. 1907 gab es 41 Anstalten bei Solbädern, 22 in Seebädern; beide Gruppen hatten zusammen 6634 Betten. 1906 konnten in Solbädern gegen 19 000 Kinder untergebracht werden, in Seebädern über 4000. In 6 Lungenheilstätten mit 284 Betten wurden 1906 gegen 800 Kinder untergebracht. Auch hier hat private Initiative das Wesentlichste getan. Die ebenfalls aus privater Initiative geschaffenen Ferienkolonien werden in Deutschland durch 74 Vereine getragen; 1906 wurden über 17 000 Kinder in Ferienkolonien untergebracht. Eine Art von Ferienkolonien bedeuten die *Tages-sanatorien*: Walderholungsstätten für jeweils 1tägigen, öfter wiederholten Aufenthalt.

Wie weit wir in Deutschland hinter den schulpolitisch mustergültigen skandinavischen Nationen zurück sind, beweist die eine Tatsache, daß die Stadt Kopenhagen als Stadt 1906 nicht weniger als 17 000 Kinder, 38 % der gesamten Schülerschaft der Volksschulen, in den Ferien aufs Land schickte.

Die instruktive Broschüre hat nur einen Mangel: aus einer bürgerlichen Familienesimentalität, die sich nicht daran gewöhnen kann öffentliche Dinge wie das Problem der Schulspeisung wirklich öffentlich zu betrachten, obwohl die Familie rein als Tatsache von Tag zu Tag problematischer wird, bekämpft Professor Schmidt den von Helene Simon in ihrer trefflichen Arbeit über Schulspeisung (siehe diese Rundschau, 1909, 2. Band, pag. 1061 f.) verteidigten Gedanken der gesetzlichen Einführung der Schulspeisung. Man sollte es nicht glauben, daß ein Arzt, der zugleich Sozialpolitiker ist, das Wort *Verantwortlichkeit der Eltern* hier überhaupt noch auf die Zunge bringt.

Sozialistisches Druckwesen In der Sammlung *Kultur und Fortschritt* / Leipzig, Dietrich/ hat Ernst Drahn

eine Arbeit über die wirtschaftliche Entwicklung des sozialistischen Druckwesens erscheinen lassen (*Zur Entwicklung und Geschichte des sozialistischen Buchhandels und der Arbeiterpresse*), die rein grundrißartig, ohne literarische Ausführung, eine verdienstliche Zusammenstellung einer großen Menge von Daten gibt. Drahn beginnt bei den Anfängen des Sozialismus, bei der Geschichte des schweizerischen Handwerksburschenkommunismus und führt seine gedrängte Darstellung über die Zeit Lassalles und über die Zeit des Sozialistengesetzes bis herab in die letzten Jahre der Parteigeschichte. Bei einem Mitgliederstand von fast 1 Million organisierter Parteigenossen zählt die sozialistische deutsche Tagespresse heute etwa 1½ Millionen, die Gewerkschaftspresse rund 2½ Millionen Abonnenten. 1912 gab es 89 Parteizeitungen und 59 Parteidruckereien. Die Partei ist an 23 außerparteiigenössischen Druckereien beteiligt. Die höchste Auflage erzielte die Unterhaltungsbeilage *Die Neue Welt* mit über 600 000 Exemplaren. Die Geschäftsergebnisse der Buchhandlung *Vorwärts* sind aus folgender Statistik zu ersehen.

Jahr	Umsatz (in Mark)	Der Parteikasse überwiesen (in Mark)
1901-1902	193 754,59	15 000
1902-1903	247 401,14	22 000
1903-1904	316 968,09	35 000
1904-1905	466 835,35	95 000
1905-1906	440 168,84	60 000
1906-1907	522 084,63	50 000
1907-1908	563 737,00	28 000
1909-1910	570 665,13	25 000
1910-1911	670 367,79	40 000
1911-1912	790 709,64	50 000
zusammen	4 782 692,20	420 000

Zu diesen Ziffern kommen die der übrigen Parteiverlage. Den Umfang der sozialistischen Literatur im Buchhandel deutet die Tatsache an, daß 1911 in Deutschland und Österreich 1150 deutschsprachliche Einzelpublikationen aus Parteiverlagen im Handel gewesen sind. Von diesen Schriften waren 800 reichsdeutsche und 350 österreichische.

× **Kurze Chronik** In Karl Schrader, der am 4. Mai starb, verlor die *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* ihren stellvertretenden Vorsitzenden. × Nach einer Statistik über die Größe der Bibliotheken der Erde besetzt die Pariser

Nationalbibliothek, die 2 660 000 Bände und 102 000 Handschriften umfaßt, die 1. Stelle; es folgen die Londoner mit 1 800 000 Bänden und 50 000 Handschriften, die Petersburger mit 1 273 000 Bänden und 27 700 Handschriften, die Berliner mit etwa 1 000 000 Bänden und 30 000 Handschriften, die Münchener mit 990 000 Bänden und 40 000 Handschriften, die Washingtoner mit etwa 1 000 000 Bänden und 28 300 Handschriften und die Wiener, die ungefähr 990 000 Bände und 24 000 Handschriften besitzt; dann kommen Boston, Straßburg, Madrid und Hamburg, Kopenhagen, Göttingen, Florenz, Leipzig, Oxford, Cambridge, Brüssel, Darmstadt, Budapest und die vaticanische Bibliothek.

× Literatur ×
Der hannoversche Pädagoge Gerhard Budde, der Verfasser eines wertvollen

2bändigen Werkes über die preußischen Mittelschulen, gibt in einem Heft der von Siegfried Flesch herausgegebenen *Schriften der Kritischen Tribüne* /Leipzig, Wehner/, das den Titel *Mehr Freiheit in der Schule!* trägt, eine historische Übersicht über die Probleme der Autorität und der Freiheit in der Schule. Die Arbeit, die sowohl vom geistesgeschichtlichen als auch vom schultechnischen Standpunkt nicht uninteressant ist, ragt aus dem Durchschnitt der Schulbroschürenliteratur hervor und darf als eine brauchbare Einleitung in die Schulprobleme empfohlen werden.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Internationaler Wahlstimmrechtskongreß in Budapest, dessen Verhandlungen noch nachzutragen waren, bot diesmal nicht viel Bemerkenswertes. Die beantragte Errichtung eines internationalen Pressebureaus wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt; es wird nur geplant ein internationales Archiv anzulegen, das Material aus allen dem Bund angeschlossenen Ländern sammelt und unter den einzelnen Nationen austauscht. Verschiedene Anträge wünschten eine Stellungnahme des Kongresses gegenüber der Kampftaktik der Suffragettes. Das führte zur Annahme einer Resolution, deren Hauptsatz lautet: »Da der Weltbund für Frauenstimmrecht durch seine Satzungen zur strengsten Neutralität gegenüber allen Fragen nationaler Politik und Taktik verpflichtet ist, so verbieten ihm seine Grundsätze jeden Ausdruck sowohl der Zustimmung wie des

Widerspruchs gegenüber einer gewaltsamen Kampfesweise.«

Endlich sollte über die Frage diskutiert werden, wie Frauenstimmrechtsvereine sich den politischen Parteien gegenüber verhalten sollen. Sowohl die englische wie die schwedische Rednerin zu diesem Punkt führten aus, daß in ihren Nationen die Stimmrechtlerinnen durch die Entwicklung des Kampfes selbst zur Unterstützung der stimmrechtsfreundlichen und zur scharfen Bekämpfung der ihren Zielen feindlichen Parteien gedrängt worden seien, so daß jetzt in England die *National Union* ausschließlich die Arbeiterpartei unterstütze und die Frauen in Schweden heftig gegen die Konservativen agitierten, die bisher ihre Erfolge vereitelt hätten. Die Deutschen, die in ihrer politischen Taktik ja eine bedeutend weniger konsequente Stellung einnehmen, stellten den Antrag von der Diskussion der Frage abzusehen und drangen damit durch.

Die Suffragette Frau Despard, die zum Vortrag zugelassen wurde, obwohl die Suffragettes dem internationalen Verband nach dessen Statuten nicht angehören können, befürwortete die Zulassung ihrer Vereinigung zu den Kongressen, ebenso wünschte sie die Teilnahme der Proletarierinnen; denn diese Kongresse müßten alle Stimmrechtlerinnen zusammenschließen. Demgegenüber wies Frau Lindemann auf die freilich richtige Tatsache hin, daß sich in Deutschland nicht die bürgerlichen Frauen, sondern die Sozialdemokratinnen von einem solchen Zusammenschluß fernhielten.

× Staatsangehörigkeit ×
Am 22. Juli wurde vom Reichstag das Staatszugehörigkeitsgesetz verabschiedet; es tritt am 1. Januar 1914 in Kraft

(siehe die Rubrik *Rechtswissenschaft*, 1913, 2. Band, pag. 820). Man hatte vergeblich gehofft, daß in dem neuen Gesetz die größten Ungerechtigkeiten des alten gegen die Frauen beseitigt werden würden. Nach wie vor drückt sich in den Bestimmungen über die Staatszugehörigkeit die soziale Abhängigkeit des weiblichen Geschlechts in einer geradezu unerhörten Weise aus. Die Frau besitzt sozusagen selbst keine Nationalität; sie nimmt ohne weiteres die des Mannes an, den sie heiratet, das heißt die Deutsche wird durch die Ehe mit einem Ausländer Ausländerin, und umgekehrt. Die Frau steht auch hier gesetzlich den minderjährigen Kindern gleich. Das ist nicht nur für ihr Rechts- und Persönlichkeitsbewußtsein direkt be-

schämend, es widerspricht auch in krasser Weise den starken Fortschritten an wirtschaftlicher Selbständigkeit, die sie seit 1870, dem Einführungsjahr des frühern Gesetzes, gemacht hat; zudem bringt es, wie der sozialdemokratische Redner im Reichstag, und wie besonders eine Petition des *Rechtsschutzverbands für Frauen* eingehend an Einzelfällen zeigte, die Möglichkeit der schwersten ideellen und materiellen Schädigungen für die Frauen mit sich. Frauen, die in Deutschland geboren sind und hier für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt erarbeiten, können mit dem, eventuell erwerbsunfähigen ausländischen Ehemann zugleich ausgewiesen und so ihres Erwerbs beraubt werden; ja auch mit einem Ausländer verheiratete eheverlassene Frauen können mit ihren Kindern aus Deutschland ausgewiesen werden. Die Petition forderte, daß eine Deutsche durch die Verheiratung mit einem Ausländer ihre Staatszugehörigkeit nicht gegen ihren Willen verliere, und daß diese ihr nicht entzogen werde, wenn sie dem Ehemann aus strafrechtlichen Gründen abgesprochen wird. Die Mehrheit des Reichstags setzte sich über alle diese Forderungen der Gerechtigkeit mit dem Argument hinweg: die Familienzusammengehörigkeit könne leiden, wenn Mann und Frau verschiedenen Nationen als Bürger angehörten.

✕ **Kurze Chronik** Am 27. Juni starb in London Mathilda Hyndman. Sie trat zwar in der

Agitation nicht sehr hervor, war aber eine begeisterte Sozialistin, die schon früh in ihren Kreisen für die Bewegung wirkte, allen gefährdeten Genossen eine opferfreudige Helferin. Besonders aber hat sie sich auf dem Gebiet der sozialen Hilfstätigkeit große Verdienste erworben. So organisierte sie schon in den achtziger Jahren in einer Periode starker Arbeitslosigkeit in großem Maßstab die unentgeltliche Speisung der Proletarierkinder. ✕ In Winterthur starb im Juli eine der ersten Vorkämpferinnen der schweizerischen Arbeiterinnenbewegung: Elise Dunkel. Sie leitete den ersten Arbeiterinnenverein in Winterthur und war mehr als 8 Jahre Zentralvorsitzende des *Schweizerischen Arbeiterinnenverbands*. ✕ Der Bericht des Parteivorstands an den Parteitag bringt folgende Zahlen: Die Zahl der organisierten Sozialdemokratinnen stieg von Ende März 1912 bis Ende März dieses Jahres von 130 371 auf 141 115, also um 10 744. Damit ist so ziemlich der ge-

samte Parteizuwachs (der im ganzen nur 12 738 beträgt) von den Frauen gestellt. Die Auflage der *Gleichheit* beträgt jetzt 112 000. Trotz des Zuwachses der weiblichen Parteimitglieder ist die politische Organisation der Frauen gegenüber der der Männer natürlich immer noch äußerst gering.

✕

Literatur Die in einer Sammlung *Memoiren jüdischer Männer und Frauen* (Berlin,

Jüdischer Verlag) von Dr. Alfred Feilchenfeld aus dem Jüdischdeutschen übersetzten und herausgegebenen *Denkwürdigkeiten der Glückel von Hameln*, einer jüdischen Bürgersfrau aus dem 17. Jahrhundert, sind eine der seltenen Büchererscheinungen, die sehr verschieden interessierte Leser in gleich starkem Maß zu fesseln vermögen. Seltener kommt es vor, daß aus einfachen Lebensverhältnissen auch einmal eine Stimme aus der Vergangenheit zu uns dringt und uns von Menschenschicksalen erzählt, die sich fern vom großen Weltgetriebe vollzogen haben, sagt der Herausgeber in der Einleitung. Und solch eine Stimme kann uns doch wertvoller und wichtiger für die Erkenntnis menschlicher Entwicklung sein als jene großen, wie das Leben selbst das Leben der Masse, nicht das der überragenden einzelnen ist. Glückel ist ein jüdisches Mädchen, das mit kaum 14 Jahren die Ehefrau eines Mannes wird, den ihr die Eltern nach Stand, Vermögen und Tüchtigkeit auswählten, und an dessen Seite sie dann ein aufopferndes, arbeitsvolles Leben lebt. »Was soll ich viel schreiben, was in der Zwischenzeit passiert ist? Ich habe alle 2 Jahre ein Kind gehabt und mich sehr gequält, wie es natürlich ist, wenn man so ein Häuschen voll Kinder, Gott behüte sie, beisammen hat, und habe mir immer gedacht, daß kein Mensch eine schwerere Last hätte und sich mehr mit Kindern quälen müßte als ich.« Daneben hilft sie offenbar eifrig dem Mann in seiner geschäftlichen Tätigkeit; denn als er noch jung stirbt und sie mit 8 unversorgten und 4 jung verheirateten (das hieß ebenfalls meist unversorgten) Kindern zurückläßt, übernimmt sie das ganze mühevollen Geschäft selbst, bereist Sommer und Winter die Messen, hält den weitausgedehnten Handelsverkehr aufrecht, führt ihre Söhne und Schwiegersöhne in das Geschäftsleben ein. Mancherlei Betrachtungen werden durch diese Aufzeichnungen in uns wach. So manches im jüdischen Familienleben er-

innert hier noch lebhaft an das, was Glückel von Hameln damals erzählt; mancher eigentümliche Zug hat sich auch erhalten, ist aber jetzt seines innern Sinnes entkleidet. So die Verehrung der Frau als des eigentlichen Mittelpunkts in der Familie. Die Frauen, die Glückel schildert, genossen diese Verehrung mit Recht; sie waren in ihrer mütterlich tätigen Kraft, in ihrer restlos selbstverleugnenden Hingabe für das Wohl der anderen wirklich das seelische Zentrum des Ganzen; jetzt dagegen ist die Ehefrau der jüdischen Bourgeoisie, wenigstens der reichen, ähnlich wie die reiche Amerikanerin, ein Luxusgeschöpf, das die traditionelle Hochschätzung, die ihr der Mann entgegenbringt, als einen ihr zukommenden Tribut hinnimmt und es selbstverständlich findet, daß der Mann jede Arbeit leistet, um ihr Genüsse zu verschaffen. Merkwürdig erscheint uns das Verhältnis Glückels zu ihrem Mann. Dieser auf Geheiß der Eltern geschlossenen Verbindung entquillt ein durch innige Liebe erfülltes Leben. Glückels Empfindung gegen ihren Gatten ist so tief und zärtlich, daß sie auch über dessen frühen Tod hinweg bleibend in ihr lebt. Sie beherrschte das Leben, weil sie von einer religiösen Idee, einem unumstößlichen Sittengesetz getragen war. Das ist sicherlich nicht individuelle Liebe im modernen Sinn; und doch liegt darin auch für uns etwas Reines und Hohes, ja man kann sich des Gedankens kaum erwehren: nur auf der Grundlage solcher absoluten Auffassung der Ehe als der sittlichen Lebensaufgabe des Menschen hat diese als allgemeine soziale Institution Sinn und Berechtigung. Die Memoiren Glückels von Hameln enthalten noch manches, was für die Entwicklung der Frauenseele von Bedeutung ist. Es empfiehlt sich das im schlichten Alltagston geschriebene Buch eines blutvollen Menschen zu lesen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Kurt Grelling

Ethik

Ist auch auf dem Gebiet der praktischen Philosophie die Ausbeute an systematischen Arbeiten, wie ich kürzlich schon bemerkte, recht gering, so entschädigt dafür einigermaßen die Darstellung der Geschichte dieser Disziplin, wie sie uns Friedrich Jodl in seinem Standardwerk *Geschichte der Ethik als philosophischer Wissenschaft* bietet, von dessen 2. Band die 2. vermehrte Auflage

vorliegt /Stuttgart, Cotta/. Dieser Band umfaßt Kant und die Ethik im 19. Jahrhundert. Er weist einen großen Mangel auf: Er übergeht vollkommen die Fortschritte, die die Ethik Fries zu verdanken hat. Das geht so weit, daß der Name Fries auf den 740 Seiten dieses Bandes überhaupt nicht vorkommt und das, obgleich Autoren wie zum Beispiel Krause ausführliche Darstellungen gewidmet werden. Man muß also wohl annehmen, daß Jodl nichts von Fries oder wenigstens von seinen Arbeiten auf diesem Gebiet weiß; denn es ist kaum anzunehmen, daß er sie, auch wenn er sie nicht anerkannte, einer Erwähnung für unwürdig gehalten hätte. Allerdings wird seine Unkenntnis dadurch einigermaßen entschuldigt, daß die Literatur über Fries' praktische Philosophie sehr spärlich ist. Mir ist nur eine Darstellung der Friesschen Ethik bekannt, die auch noch recht mangelhaft ist; sie findet sich in der Dissertation Grapes *Die Prinzipien der Ethik bei Fries und ihr Verhältnis zur Kantischen*. Daß ich mich so oft genötigt sehe bei modernen Autoren die Nichterwähnung Fries' zu rügen, könnte vielleicht bei einigen Lesern den Eindruck erwecken, als ob ich damit ein Steckpferd ritte, dem ich eine ungebührliche Bedeutung beilege. Um dem vorzubeugen, möchte ich mit ein paar Worten die Fortschritte kennzeichnen, die Fries gegenüber Kant in der Ethik gemacht hat. Der augenfälligste Fehler der Kantischen Ethik ist der bloße Formalismus des Sittengesetzes. Fries gelang seine Beseitigung durch eine richtigere Theorie der handelnden Vernunft. Dadurch fand er nämlich im Vermögen der Triebe eine eigene Spontaneität der Vernunft, und daraus ergab sich ihm als Materie des Sittengesetzes die Gleichheit der Würde der Personen, eine Idee, die bei Kant ohne Zusammenhang mit der Ableitung des kategorischen Imperativs auftritt. Fries leitet sie aus dem reinen oder sittlichen Trieb ab. Die Verbesserung der Theorie der handelnden Vernunft führte ihn aber noch auf einen zweiten Trieb, den Kant nicht bemerkt hatte, und der die von Schiller geforderte Brücke zwischen Pflicht und Neigung schlägt; es ist dies der »Trieb der Menschheit«, durch den der Mensch der Ausbildung seiner eigenen Vernunft einen Wert beilegt und so der praktischen Lebensansicht im Gegensatz zu dem bloß beschränkenden Sittengesetz einen positiven Gehalt gibt. Über die Anwendungen, die Fries von diesen Grundsätzen

auf Rechtslehre und Politik macht, habe ich schon einmal kurz gesprochen.

Ich habe ziemlich ausführlich von einem Mangel des Jodischen Werkes gesprochen. Das hindert mich nicht seine großen Vorzüge anzuerkennen, wenn auch darüber weniger zu sagen ist. Vor allem ist die Objektivität hervorzuheben, die fast durchweg durch ein tief eindringendes Verständnis für die dargestellten Lehren und ihren historischen Zusammenhang unterstützt wird.

Eine gute Einführung in die Ethik bringt uns ein Bändchen der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt: Grundzüge der Ethik* von Else Went-scher. Unter den philosophischen Bändchen dieser Bibliothek ist das vorliegende eines der besten. Die Darstellung ist durchaus gemeinverständlich und verrät dennoch, daß das Dargestellte selbst erarbeitet ist. Der Standpunkt der Verfasserin ist ein durch Schiller verbesserter Kantianismus. Ihre Auffassung des Problems der Willensfreiheit weicht von den heute üblichen insofern ab, als sie, sehr mit Recht, die Vereinbarkeit des Determinismus mit sittlicher Verantwortlichkeit behauptet. Das erweist sich als wichtig für die Anwendungen auf die Pädagogik. Weniger glücklich scheint mir ihre Auffassung der Strafe im kriminalistischen Sinn.

✕ **Kurze Chronik** In Marburg habilitierte sich Dr. Heimsoeth für Philosophie. ✕ In Paris fand im Juli der internationale Kongreß für religiösen Fortschritt statt.

✕ **Literatur** Das Bedürfnis nach einer Übersicht über die zeitgenössische philosophische Produktion macht sich immer stärker geltend und erzeugt immer neue Organe zu seiner Befriedigung. Besonders eifrig zeigt sich auf diesem Gebiet der Heidelberger Privatdozent Arnold Ruge. Nach der *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften* und der *Philosophie der Gegenwart* bringt er jetzt einen *Philosophischen Anzeiger* heraus (jährlich 10 Nummern/Heidelberg, Weiß/). Dieses Blatt soll in ungefähr monatlichen Zwischenräumen eine Auswahl des Wichtigen aus dem Material des großen bibliographischen Werkes geben. Das »unbedingt Empfehlenswerte und Unentbehrliche« nennt es der Herausgeber. Es läßt sich voraussehen, daß man nicht immer die getroffene Auswahl billigen wird, aber diesen

unvermeidlichen Übelstand wird man gern in Kauf nehmen gegenüber dem großen Vorteil, den das neue Unternehmen bietet. Gerade für die Abfassung der philosophischen Rundschau, die ja die Aufgabe hat den Leser über die Entwicklung des philosophischen Denkens in der Gegenwart zu unterrichten, kann der neue Anzeiger gute Dienste leisten.

✕ Dem selben Bedürfnis dient ein von Frischeisen-Köhler herausgegebenes Unternehmen *Jahrbücher der Philosophie* /Berlin, Mittler/. Im Gegensatz zu dem rein bibliographischen Zweck des Rugeschen Anzeigers legen die *Jahrbücher* das Hauptgewicht auf eine kritische Übersicht über die Philosophie der Gegenwart. Daraus ergibt sich die Anordnung. In einer Reihe abgeschlossener Abhandlungen stellen die verschiedenen Mitarbeiter jeweils ein bestimmtes Problemgebiet dar. Der Rahmen der Philosophie ist dabei sehr weit gespannt, wie die Aufnahme einer Abhandlung über das (physikalische) Relativitätsprinzip von dem Physiker Laue beweist. Dafür hat man darauf verzichtet jeweils in einem Jahrgang eine vollständige Übersicht über sämtliche Problemgebiete zu geben; vielmehr sollen sich mehrere auf einander folgende Jahrgänge in dieser Hinsicht ergänzen. Der vorliegende 1. Jahrgang enthält die folgenden Artikel: *Erkenntnistheorie nebst den Grenzfragen der Logik* von Ernst Cassirer, *Naturphilosophie* von Richard Hönigswald, *Das Relativitätsprinzip* von M. Laue, *Das Zeitproblem* von Max Frischeisen-Köhler, *Die Philosophie des Organischen* von Julius Schultz, *Grundfragen der Psychologie* von Jonas Cohn, *Die experimentelle Psychologie im Jahr 1911* von August Messer, *Geschichtsphilosophie* von Georg Mehlis, *Soziologie* von Othmar Spann, *Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft* von Emil Utitz.

Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Radioaktive Strahlen

Nach dem Sieg, den die Undulationstheorie des Lichts in den ersten Decennien des vorigen Jahrhunderts über die Newtonsche Emissionstheorie erlangte, hatte man sich daran gewöhnt mit dem Begriff eines *Strahls* zugleich den einer Wellenbewegung zu verbinden, und man konnte sich nicht gut mit dem Gedanken befreunden, daß die Kathodenstrahlen ausgeschleuderte emittierte Massenteilchen sein sollten. Auch als die Röntgenstrahlen entdeckt wurden,

hielt man es zunächst vielfach für selbstverständlich, daß man es hier mit einer besondern Art der Wellenbewegung des Äthers zu tun habe. Aber die weitere Entdeckung und das Studium der von dem Radium und den radioaktiven Substanzen ausgehenden Strahlungen führte zu der Überzeugung, daß man hier in der Tat Strahlen vor sich hat, die von ausgeschleuderten Massenteilchen ganz im Sinn der alten Emissionstheorie Newtons gebildet werden, und noch von einer ganz andern Seite aus, durch die Relativitätstheorie, ist die Existenz des Lichtäthers überhaupt in Frage gestellt. Jedenfalls besteht heute an der korpuskularen Natur vieler Strahlen, vor allem der von radioaktiven Körpern ausgehenden α - und β -Strahlen kein Zweifel, während über die γ -Strahlen und die ihnen wesensverwandten Röntgenstrahlen die Anschauungen noch nicht geklärt sind. Die in den α -Strahlen vorhandenen α -Teilchen, die als Heliumatome angesehen werden, und die β -Teilchen, die Elektronen sind, beweisen unmittelbar die korpuskulare Struktur der Materie und der Elektrizität. Zuzufolge der ungeheuren Geschwindigkeit dieser Strahlen (bei den α -Teilchen zirka 20 000 Kilometer, bei den β -Teilchen bis nahe an die Lichtgeschwindigkeit, 300 000 Kilometer in der Sekunde) ist die Energie des einzelnen Teilchens so groß, daß seine Wirkung direkt beobachtet werden kann, und es gibt bereits eine ganze Anzahl von Zählmethoden für diese Teilchen. Ein noch direkteres Bild vom dem Verhalten der α - und β -Strahlteilchen erhält man durch neue Versuche von Wilson, dem es gelang die Bahnen dieser Teilchen in feuchter Luft sichtbar zu machen und zu photographieren. Diese Strahlen ionisieren ein Gas, durch das sie hindurchgehen. Sind nun die Strahlen von der angenommenen Art, bestehen sie also aus Teilchen, die nach der Art eines Geschosses durch den Raum fliegen, so müssen auch die unter ihrem Einfluß gebildeten Ionen sich längs der Flugbahn der Teilchen anordnen. Nun ist schon seit längerer Zeit bekannt, daß die Ionen in übersättigtem Wasserdampf Kondensationskerne bilden. Wilson hat bereits vor 15 Jahren hierüber eingehende Versuche angestellt, aus denen hervorging, daß an den negativen Ionen die Kondensation stärker ist als an den positiven. Die damals von ihm benutzte Methode die Übersättigung des Wasserdampfs herzustellen; indem nämlich ein bei Zimmertemperatur mit Wasserdampf gesättigtes

Volumen Luft plötzlich expandiert und dadurch stark abgekühlt wurde, ist jetzt von ihm so ausgearbeitet worden, daß der Wasserdampf, der sich an den Ionen kondensiert, nicht nur unmittelbar sichtbar wird und die Bahn der Teilchen zeigt sondern auch zugleich auf der photographischen Platte festgehalten wird. Die überaus interessanten Photographien Wilsons zeigen charakteristische Unterschiede zwischen den α - und β -Strahlteilchen. Die einen erzeugen etwa 20- bis 30 000 Ionen auf 1 Zentimeter Weglänge, und so ist die Zahl der von den Ionen gebildeten Wassertröpfchen so groß, daß der Strahl als ein scharfer zusammenhängender Streifen erscheint; bei den β -Strahlen beträgt die Zahl der gebildeten Ionen nur wenige Hundert bis Tausend auf 1 Zentimeter Weglänge, und entsprechend geringer ist daher auch die Zahl der von den Ionen gebildeten Wassertröpfchen, so daß es möglich ist die von den β -Teilchen längs ihres Weges gebildeten Ionen an der Photographie zu zählen.

× Stickstoffmodifikation ×

In der letzten Zeit hat Strutt eine Erscheinung untersucht und mehrfach beschrieben, die man erhält, wenn Stickstoff bei Drucken von etwa 1 bis 10 Millimeter der elektrischen Entladung ausgesetzt wird. Bei der Entladung im strömenden Gas sieht man hinter dem Entladungsraum ein eigentümliches Leuchten, das nach Unterbrechung der elektrischen Entladung noch einige Sekunden anhält. Strutt schreibt diese Lumineszenz einer chemisch aktiven Modifikation des Stickstoffs zu. Dieser Ansicht wird jedoch von anderen Forschern widersprochen, die der Meinung Ausdruck geben, daß Strutts Methoden den Stickstoff zu reinigen und vom Sauerstoff zu befreien (der atmosphärische Stickstoff wird mit geschmolzenem Phosphor oder mit einer mit Phosphorstücken gefüllten Röhre gereinigt, die Luft wird vom Sauerstoff mit Kupferstücken in wässrigem Ammoniak befreit) nicht ganz einwandfrei seien. In der *Physikalischen Zeitschrift* beschreibt Comte neue Versuche über diesen Gegenstand, wobei er Bombenstickstoff über glühendes Natrium leitete; die beste Methode, um den Sauerstoff vollständig zu entfernen. Läßt man das Gas in die Phosphorpipette eintreten, so entsteht bei Anwesenheit der geringsten Spuren von Sauerstoff Nebelbildung. Mit Stickstoff, der diese Reaktion nicht gab und von Kohlensäure mit Natriumkalkröhren und

vom Wasserdampf mit Phosphorpentoxyd befreit war, konnte Comte die Lumineszenz nur noch als kaum merklichen Saum um das blaue Entladungslicht auftreten sehen. Wurde der Stickstoff dagegen systematisch mit Sauerstoff verunreinigt, so trat die Lumineszenz zunehmend auf, erreichte alsbald ein Maximum und ging bei weiterer Steigerung des Sauerstoffgehalts wieder verloren, wenn der Druck im Entladungsgefäß nicht höher als 1 Millimeter war. Bei höheren Drucken, zum Beispiel bei 10 Millimeter, bekommt man die Lumineszenz auch in gewöhnlicher Luft; ihre Farbe ist aber weißlicher als bei niedrigem Druck und geringem Sauerstoffgehalt. Comte schließt aus diesen Beobachtungen, daß die Lumineszenz nicht der Wirkung des reinen Stickstoffs zugeschrieben werden darf; es ist vielmehr die Gegenwart von Sauerstoff dazu notwendig; die einfachste Erklärung der Erscheinung würde die einer Reaktion zwischen den beiden Gasen sein. Strutt hält die Einwendungen nicht für durchschlagend, namentlich seinen neuesten Versuchen gegenüber. Bei diesen wird ein Gasometer benutzt, der aus 2 großen gläsernen Aspiratorflaschen von je 15 Liter Inhalt besteht. In einer von ihnen hängt ein Musselstück mit gestoßenem Phosphor. Diese Flasche wird aus einer Bombe mit Stickstoff gefüllt, indem dieser das zuerst darin enthaltene Wasser verdrängt. Es bildet sich sofort ein Nebel wegen des noch vorhandenen Sauerstoffrestes; aber nach einigen Stunden senkt er sich, und nun bleibt das Gas ganz klar. Mit getrocknetem und auf diese Weise gereinigtem Stickstoff erhielt Strutt regelmäßig das schönste Nachleuchten, wobei der Schein ein Gefäß von 2 Liter Inhalt erfüllte. Strutt betont, daß alle seine Versuche während zweier Jahre darauf hinweisen, daß die Erscheinung um so besser wird, je freier der Stickstoff von Sauerstoff ist. Warum ein anderer Forscher zu einem entgegengesetzten Resultat gekommen ist, vermag er natürlich nicht zu beurteilen; er hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Stickstoff zwar von Sauerstoff ganz frei, aber vielleicht durch den Prozeß der Sauerstoffentfernung in anderer Weise verunreinigt war, und daß solche Verunreinigungen schuld daran tragen, daß das Leuchten ausblieb.

×
Kurze Chronik Zum Rektor der Berliner Universität wurde für das Jahr 1913-1914 der Physiker **Planck** gewählt, der namentlich

auf dem Gebiet der Thermodynamik erfolgreich gearbeitet hat; seine Arbeiten auf dem Gebiet der Strahlungstheorie sowie die Quantentheorie (über die in dieser Rundschau, 1912, 2. Band, pag. 942 f., berichtet wurde) haben seinen Namen in der ganzen Welt berühmt gemacht. × Die *Bunsengesellschaft* hielt ihre diesjährige Tagung in Breslau in der Zeit vom 3. bis zum 6. August ab. Unter anderen sprach dort Nernst über das Thema *Der maximale Nutzeffekt der Verbrennungsvorgänge*. Dieser kann, wie theoretisch ganz klar ist, noch sehr erheblich gesteigert werden, und die Praxis muß den Weg finden dieses Ziel zu erreichen. × Die *Naturforscherversammlung* wird dieses Jahr am 21. September in Wien zusammentreten.

×
Literatur Nach der Menge der erscheinenden populärwissenschaftlichen astronomischen Literatur zu urteilen ist das Interesse für die Himmelskunde in weiten Kreisen viel lebhafter als man es von vornherein hätte annehmen können. Als Ergänzung zu den bereits publizierten Bändchen über Astrophysik und mathematische Geographie bringt jetzt die Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* / Leipzig, Teubner/ eine *Astronomie in ihrer Bedeutung für das praktische Leben* von A. Marcuse. Hier findet der aufmerksame Leser eine Beschreibung sowohl der Methoden der geographischen Ortsbestimmung wie der dazu gehörigen wichtigen Instrumente (Uhren, Sextanten usw.). Die Beziehungen der Astronomie zur See- und Luftschifffahrt sind besonders berücksichtigt. × Ein *Astronomiebuch* viel populärer Art als das von Marcuse ist das Büchlein *Leuchtende Welten* von Felix Erber / Gleiwitz, Neumann/. In beinahe belletristischer Form werden hier die Grundanschauungen der modernen Astronomie mitgeteilt. In dieser lebhaften Schilderungsart sind sowohl die Vorteile als auch die Gefahren solcher Schriften wie diese enthalten: Sie packen den unbefangenen Leser, lassen ihn aber doch nicht ganz zum Bewußtsein der Weite der berührten Probleme kommen.

Biologie / Adolf Koelsch

Urmenschen In einer Schottergrube der englischen Grafschaft Sussex, bei Piltdown, hat im Herbst 1912 Dr. C. Davson Reste eines Urmenschen skeletts gefunden, das durch

die Zwischenstufigkeit seiner Merkmale die Anthropologenwelt sehr überrascht und bereits zu erregten Diskussionen Anlaß gegeben hat. Es handelt sich um Stücke eines Schädels und die rechte Unterkieferhälfte, die jetzt A. S. Woodward vom Britischen Museum in London ausführlich beschreibt. Zum Neandertalschlag konnte das Individuum nicht gehört haben, denn es fehlen die mächtigen knöchernen Augenbrauenwülste und die flachgeschlagene fliehende Stirn. Beide Merkmale sind eben noch angedeutet, aber schwächer als bei primitiven Gegenwartsrassen ausgeprägt. Insofern mutet der Schädel also recht neuzeitlich an. Rein tierisch wirken dagegen die Dicke der Hirnschale und ihr aus Abgüssen (der rekonstruierten Kalotte) berechnetes geringes Volumen. An Stellen, wo der heutige Europäerschädel 5 bis 6 Millimeter mißt, schwillt die Wandung des Schädels auf 8 und 9, an der massivsten Partie sogar auf 10 bis 12 Millimeter an, während die Gehirnmasse, die in dieser Knochenkapsel ihre Unterkunft fand, schätzungsweise den Wert von 1060 Kubikzentimeter nicht überstiegen haben dürfte. Damit stünde der Sussexmensch rund 200 Kubikzentimeter über dem javanischen Pithecanthropus, aber 150 Kubikzentimeter unter dem Neandertaler und 350 Kubikzentimeter unter dem Europäer von heute. Ähnlich kraß sind im Unterkiefer tierische und menschliche Merkmale vereinigt. Als Schoetensack vor wenigen Jahren in den Sanden bei Maur im Neckartal die Reste des Menschen von Heidelberg aushob, staunte man ob der Gedrungenheit und Wucht seines Knochenwerks. Aber der Sussexkiefer gibt jenem nicht nur nichts nach sondern scheint durch die Schwere gewisser Stücke noch über ihn hinauszugehen. Zum Glück sind 2 Backenzähne gerettet worden; sie lassen keinen Zweifel, daß das Skelettstück rein menschlich ist. Leider ist vorn am Kiefer ein kleines wichtiges Eckchen abgebrochen, und so läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden, ob die englischen Anthropologen recht haben mit ihrer Meinung, daß der Mensch von Sussex eine schimpansenähnliche Schnauze gehabt habe, oder die deutschen, auf deren Nürnberger Kongreß Birkner (München), Klaatsch (Breslau) und Fischer (Freiburg) gegen die englische Schnauzenrekonstruktion Protest erhoben und einer über die »Leichfertigkeit« der Kollegen von drüben sich sehr entrüstet hat.

Ich, der ich nur Abbildungen sah, möchte für meinen Teil glauben, daß aus dem Linienverlauf sehr wohl auf eine schnauzenartige Vortreibung der Kieferstange geschlossen werden kann, möchte es aber im übrigen mit jenen Forschern halten, die das sichere Fehlen der Kinnbildung zur Beurteilung des Fundes für viel wichtiger ansehen als den Schnauzenstreit. Denn diese Eigentümlichkeit (fehlendes Kinn) teilt der Sussexmensch mit dem Homo Heidelbergensis und Neandertaler, so daß er einer nicht zu entfernten Parallelrasse jener Urmenschenschläge angehört haben mag. Gar kein Grund liegt heute mehr vor sich, wie das von Birkner auf der Nürnberger Tagung wieder geschah, über die englischen Forscher ironisch zu äußern, weil sie den Fund zunächst für ein Tertiärstück hielten. Woodward ist schon vor Wochen von dieser anfänglichen Mutmaßung abgerückt, er hält die Mastodon- und Stegodonknochen und sonstigen Reste tertiärer Tiere, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Menschenreste sich vorfinden, für nachträgliche Anschwemmungen und stellt jetzt den Piltdownmenschen auf Grund der mit ihm ausgehobenen primitiven Kieselwerkzeuge in die Epoche des Homo Heidelbergensis, das heißt in die früheste Stufe des anbrechenden Eiszeitalters. Ob es dabei bleiben wird, mag fraglich sein; ein wertvoller Fund ist auf alle Fälle geborgen. Ein zweiter Urmenschenfund, über den Klaatsch (Breslau) auf dem Nürnberger Anthropologentag referierte, wurde auf der alteiszeitlichen Höhlenstation Hoher Fels bei Nürnberg gemacht. Erhalten fanden sich Schädelstücke, die in ihrer Gesamtstruktur auf einen Menschen vom Neandertalschlag hinwiesen, in gewissen Feinheiten (größere Geräumigkeit der Hirnkapsel infolge stärkerer Höhenwölbung usw.) aber doch von jenem Typus so stark abweichen, daß Klaatsch im Hohenfelsmenschen das Produkt einer Kreuzung zwischen der gedrungenen Neandertal- und der schlanken Aurignacrasse vor sich zu haben glaubt. Die übrigen Skelettreste (Unterkiefer, Arm- und Beinknochen), von mehreren stark variablen Individuen stammend, scheinen ihm diese Vermutung in jeder Hinsicht zu bestätigen. Die Ablagerungsstelle gehört, wie aus den Kultureinschlüssen hervorgeht, der Übergangsperiode von älterer zu neuerer Steinzeit an. Klaatsch vermutet, daß man im Hoher Fels eines jener durch ganz Mittel-

europa verstreuten Siedelungsgebiete angeschnitten habe, wo die aus Asien einwandernde Aurignacmenschheit mit der ältern Neandertalrasse zusammentraf und sich mit ihr mischte. »Wir kennen«, sagte Klaatsch, »bereits mehrere solcher Mischtypen, deren jeder aber seine Eigenart hat, so die Rasse von Cro Magnon, den Menschen von Chaulade und den von La Rochette im Vézèretal.« Wir haben sogar, meinte er, in den Lappländern einen dieser Typen noch lebend, denn die Lappen seien geradezu als »Neandertalnachkommen mit etwas Aurignaceinschlag« aufzufassen. Die wievielte Hypothese über die Lappen das ist, weiß ich nicht; es kommt mir aber vor, als sei es die dritte, die ich Klaatsch, seit ich bei ihm im Kollegium saß, habe vortragen hören.

× **Kurze Chronik** In Straßburg ist im Alter von 59 Jahren der Inhaber des Lehrstuhls für Geologie, Professor Eduard Holzapfel gestorben. × Als sein Nachfolger geht Professor Otto Wilckens, bisher in Jena, mit Beginn des Wintersemesters dorthin. × Mit Schluß des Sommersemesters trat Dr. Isidor Rosenthal, Professor der Physiologie an der Erlanger Hochschule, im Alter von 77 Jahren in den Ruhestand. Das bayrische Kultusministerium wählte, über die Köpfe der Erlanger Fakultät hinweg, die 6 Vorschläge unterbreitet hatte, zu seinem Nachfolger den Münchener Titularprofessor Weigand. × »Bisher hat in Deutschland nur München und Berlin ein Ordinariat für Anthropologie«, erklärte Geheimrat Felix von Luschan in seiner Eröffnungsrede des 44. deutschen Anthropologenkongresses zu Nürnberg, »aber selbst dem Berliner fehlt noch ein wirkliches Laboratorium mit den nötigen Assistenten. Dann haben wir noch einige wenige Extraordinate und Privatdozenten, und an den meisten anderen Universitäten ist Anthropologie überhaupt nicht vertreten. Da sind uns Italien und die Schweiz weit voran.« Er beklagte sich weiter, daß von den meisten deutschen Unterrichtsverwaltungen die Bedeutung der physischen Anthropologie leider sehr gering eingeschätzt werde, und noch weniger Sinn bringe man für die Bedeutung sozialanthropologischer Probleme auf. Zur Charakterisierung unserer Kultusministerien sei der Klageruf des einwandfreien Geheimrats hier registriert.

Literatur Ein gutes und schönes Buch hat R. von Hanstein in seiner *Biologie der Tiere* / Leipzig, Quelle & Meyer / herausgebracht. Man vergißt fast, daß er Professor ist, denn wenn auch einige jüngere in der Sprachbehandlung sorgfältiger geworden sind und ihre Gedanken nicht mehr im verlotzten, krumm getretenen Schuhwerk kargbesoldeten Lehramtskandidatendeutschs in die Welt reisen lassen, so schreiben die meister doch noch herzlich schlecht, unfrei und ohne literarischen Ehrgeiz. Hier ist die Sprache gestaltet, weil vorher die Gedanken gestaltet waren, und schon die knappe Disposition, die den ganzen riesigen Stoff thematisch in 2 Sätze gliedert, wovon der eine das Tier als Einzelwesen, der andere das Tier in seinem Verhältnis zur Umwelt behandelt, verrät ein nicht gewöhnliches, auf den Blick für Wesentlichkeiten eingestelltes Kompositionstalent. Mancher einleitenden Betrachtung wäre wohl noch mehr Leben zu gönnen gewesen, aber schließlich hält sich der Verfasser hierbei nicht länger auf, sondern wird immer gleich zum Tatsachenerzähler und Tatsachenverknüpfer. Darin wirkt er nun immer sehr stark, weil er sein Material aus einer umfassenden Kenntnis der Literatur abgeschöpft hat und allenthalben an der passendsten Stelle einfügt. Das Buch, das sehr ausführlich auch die sozialen Beziehungen der Tiere zu Artgenossen, anderen Tieren und Pflanzen behandelt, ist mit vielen einfachen Abbildungen und 4 Farbentafeln geschmückt und wird bei ernsten Menschen nicht lange um Freundschaft zu werben haben.

Psychologie / Georg Chaym

Taylor system Obwohl bereits über Münsterbergs Werk *Psychologie und Wirtschaftsleben* in dieser Rundschau (1913, 2. Band, pag. 761) referiert worden ist, darf vielleicht noch einmal kurz davon gesprochen werden, weil ein dort behandelter Thema: die wissenschaftliche Betriebsleitung (auf psychologischer Grundlage), auf der Tagung des *Vereins deutscher Ingenieure*, die im Juni in Leipzig stattgefunden hat, zum Gegenstand zweier Vorträge gewählt worden war. Allerdings fanden diese auffallend wenig Echo in der Tagespresse (wurde da doch sogar aus der *wissenschaftlichen* eine *wirtschaftliche* Betriebsleitung gemacht). Aus dem Vortrag des Professors Schlesinger von der Berliner

technischen Hochschule sei folgendes erwähnt: Nachdem Werkzeuge und Arbeitsmaschinen in beispielloser Entwicklung in allen Industriezweigen auf ein hohes Maß der Vollendung gebracht worden sind, verschiebt sich jetzt der Schwerpunkt der Betriebsführung von der Erhöhung der maschinellen auf die Erhöhung der menschlichen Wirksamkeit. Die Grundlagen des diese Fragen behandelnden Wissensgebiets (das sogenannte *Taylorssystem*) sind: 1. die Arbeitszerlegung in kleinste Elemente und die wissenschaftliche Zeitstudie, 2. die systematische Auslese der Arbeiter, 3. die Anleitung und Weiterbildung der als geeignet erkannten Leute. Die wissenschaftliche Betriebsleitung will die wirtschaftliche Arbeit des Menschen so organisieren, daß unter Vermeidung von Kraftvergeudung die höchste Betriebsleistung erreicht wird. Einige Beispiele dazu aus Münsterbergs Buch: In einer großen Fabrik, in der Millionen von Stahlkugeln fabriziert und inspiziert werden mußten, waren 120 Frauen damit beschäftigt die Kugeln auf Unebenheiten zu prüfen. Der Fabrikleiter studierte nun die psychophysischen Bedingungen dieser Arbeit, besonders durch Messungen der Reaktionszeit. Er behielt 35 Frauen, die die besten experimentellen Resultate ergaben, zurück. Trotz erheblich abgekürzter Arbeitszeit wurde die selbe Arbeitsmenge geleistet, mit größerer Genauigkeit. (Der Lohn erhöhte sich bei um 2 Stunden kürzerer Arbeitszeit um 80 %.) Durch Untersuchung der Psychophysik des Bewegungsvorgangs gelang es in einer Verlagsanstalt das Einschieben von Einlagen in 20 000 Briefe und deren Schließen in einer Zeit und mit einem Kraftaufwand fertigzustellen, der früher für 5000 notwendig war.

Soweit, aber nur soweit solche und ähnliche Ersparnisse an Bewegungen neben dem wirtschaftlichen Erfolg eine Ersparnis an psychophysischer Energie gewähren, sind sie als Fortschritt anzusprechen. Indes, so zweifellos viele unserer Zweckbewegungen unökonomisch sind, so wenig läßt sich doch der Gedanke von der Hand weisen, es könnte in vielen Fällen solche *Vergeudung* von Energie nur scheinbar sein, sie könnte ihr Äquivalent in anderen psychischen Faktoren haben. Dabei sei nicht einmal so sehr an die Monotonie gedacht als vielmehr etwa an die Reizsamkeit des psychophysischen Mechanismus oder etwa an die Notwendigkeit

gewisser überschießender Bewegungen, wie man sie leicht an sich beobachten kann, als eine Art motorischer Balance. Kurz, dieses Problem darf, wie schon einmal gesagt, nicht so sehr vom ökonomischen als vielmehr vom rein psychologischen Gesichtspunkt behandelt werden. Übrigens klingt das Kapitel über die wissenschaftliche Betriebsleitung in der amerikanischen Ausgabe /London, Constable/ (die mir bei dem letzten Referat noch nicht zugänglich war) durchaus nicht so optimistisch wie in der deutschen. Dem Verfasser scheint da die wirkliche Anwendung der wissenschaftlichen Psychologie auf ökonomisch-technische Probleme noch weit im Feld zu sein, zumal er den Amerikanern den Vorwurf nicht ersparen kann (dessen wahrer Grund wohl zum Teil in dem oben Gesagten liegt): »The theorists of scientific management seem to think that . . . for psychological inquiry nothing but a kind of intuition is necessary.« Was ja auch bei uns für die allgemeine Psychologie noch immer nicht wenige (leider) meinen.

× Koedukation Vom 4. bis zum 6. Oktober findet in Breslau der 3. deutsche Kongreß für Jugendbildung und Jugendkunde statt, zu dem der *Bund für Schulreform* einlädt. Das Hauptthema ist der Unterschied der Geschlechter in seiner Bedeutung für die öffentliche Jugend-erziehung. Mit dem Kongreß ist eine wissenschaftliche Ausstellung zur vergleichenden Jugendkunde der Geschlechter verbunden.

Im Anschluß hieran sei zur Frage der Koedukation folgendes aus den Leitsätzen (Dr. Gertrud Bäumers) angeführt, die der *Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein* auf seiner Posener Hauptversammlung angenommen hat. »Die bisherigen Ergebnisse der Jugendpsychologie geben noch keine ausreichende wissenschaftliche Grundlage für eine Entscheidung über die Frage des gemeinsamen Unterrichts. Mit annähernder Sicherheit ergibt sich nur die Tatsache, daß der verschiedene Entwicklungsrhythmus der Geschlechter, besonders zwischen 14 und 17 Jahren . . . sich als erschwerender Umstand bemerkbar macht.« Obwohl, wie es heißt, die pädagogischen Erfahrungen des Auslands keinen Schluß für uns erlauben, obwohl ferner bei uns nur Erfahrungen über die Koedukation in der Unterstufe der Volksschule vorliegen,

wird doch »aus sozialen und praktischen Gründen der gemeinsame Unterricht gefordert«.

Die Direktoren des Londoner Zentralschuldistrikts sind auf Grund längerer Beobachtungen zu dem Entschluß gekommen von einer weitem Einführung des gemeinschaftlichen Unterrichts Abstand zu nehmen. Der Lerneifer sei durch den gemeinschaftlichen Unterricht nicht angespornt worden; die Mädchen seien im Lernen gleichgültiger, in der Aufmerksamkeit lässiger geworden; sie hinderten den Fortschritt der Knaben. In der Mathematik könnten nur 4% mitkommen. In den wissenschaftlichen Kenntnissen könnten die Mädchen mit den Knaben Schritt halten, sie aber nicht überflügeln.

× Kurze Chronik In Bonn hat sich Dr. Siegfried Behn die *venia legendi* für Psychologie erworben. Seine Habilitationsschrift behandelt *Rhythmen des Ausdrucks in deutscher Dichtung*. × Der Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft vom 7. bis zum 9. Oktober in Berlin wird unter anderen folgende interessante Vorträge bringen: Geiger *Das Problem der ästhetischen Scheingefühle*, Jerusalem *Psychologie und Ästhetik des Typischen*, Lange *Der Witz*.

× Literatur Für die Erziehung der linken Hand tritt, wie viele jetzt, ein Aufsatz

Ambidextrie von Varia Kipiani in der *Revue Philosophique* ein. Während alter Aberglaube die linke Hand für minderwertig hielt, hat man jetzt eingesehen, daß die einseitige Ausbildung der rechten Hand auch eine einseitige Ausbildung der linken Hirnhälfte zur Folge hat. Der gleichmäßige Gebrauch beider Hände bewirkt, daß die beiden Sprachzentren, die beim Kind deutlich vorhanden sind, sich gleichmäßig entwickeln, während der Rechtshändige nur das links gelegene Sprachzentrum besitzt. Daher treten bei rechtseitiger Lähmung auch Sprachstörungen auf. Es ist von psychiatrischer Seite berichtet worden, daß derartige Sprachstörungen durch Übungen der linken Hand teilweise zum Verschwinden gebracht werden konnten. Im Artikel werden mehrere Vorschläge zur Erziehung der Doppelhändigkeit gemacht. Nicht nur das Rechts- und Linksschreiben, auch das beiderseitige

Lesen. Und zwar soll die eine Zeile in gewöhnlichen Lettern von links nach rechts gedruckt werden, die nächste in Spiegelschrift von rechts nach links. Meine eigenen Beobachtungen an einem linkshändigen Knaben bestätigen, daß Kinder leicht von rechts nach links in Spiegelschrift lesen. Wenn auch bis zur Verwirklichung der Vorschläge noch Zeit vergehen wird, so sollten doch wenigstens jetzt schon Eltern linkshändiger Kinder diese nicht mit Gewalt zu Rechtshändern sondern zu Doppelhändern machen.

Sozialwissenschaften Conrad Schmidt

Soziologentag Die Verhandlungen des 2. 1913

deutschen Soziologentags, auf die in der *Kurzen Chronik* dieser Rundschau seinerzeit hingewiesen wurde, liegen nunmehr im Druck vor /Tübingen, Mohr/.

Sie wurden durch eine Rede des Professors Adolf Weber über den *Soziologischen Kulturbegriff* eingeleitet, die für den weitreichenden Einfluß symptomatisch ist, den Henri Bergsons die Irrationalität und das Gefühl gegen den Verstand ausspielende romantische Philosophie und verwandte Gedankengänge gegenwärtig ausüben. Dem Redner paßt es nicht, daß die Entwicklungsgedanken, mit denen man die geschichtliche Bewegung zu interpretieren suchte, Gedanken sind, daß sie irgendwie ein allgemeines, mehr oder weniger deutlich fixierbares Merkmal hervorheben und danach höhere und niedere Entwicklungsstufen in dem geschichtlichen Verlauf unterscheiden. Dies Inbeziehungsetzen der geschichtlich konkreten Mannigfaltigkeit und damit auch des individuellen Lebens zu einem Allgemeinen (eine Beziehung, die allen bisherigen Entwicklungsphilosophien gemeinsam ist) hat, meint er, etwas Revoltierendes für das Gefühl.

»Es ist«, so heißt es gleich in den einleitenden Bemerkungen, »im Grunde gleichgültig, ob man dabei [nämlich bei dem Streben die Geschichte als Entwicklung aufzufassen] von einer teleologischen und dann notwendig mehr oder weniger religiösen, oder kausalen und demnach im ganzen mechanischen Betrachtungsweise an die Geschichte herantritt, gleichgültig, ob man sie wie Augustin als die Verwirklichung der göttlichen Idee, der *civitas dei* in der natürlichen Welt, wie Hegel als den gottgewollten Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, wie Saint-Simon und die

Positivisten als die allmähliche Herauslösung menschlichen Denkens aus traditionellen religiösen und metaphysischen Formen, oder wie Lamprecht als den Prozeß der stufenweisen Freisetzung des Individuums oder wie die Geschichtsmaterialisten als den der etappenweisen Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte ansieht. Immer geschieht dabei ein und das selbe, immer werden alle Einzeltatsachen der Geschichte, indem man sie entweder auf eine einzige *causa* oder einen einzigen Zweck bezieht, hinter einander an ein einziges Gedankenband aufgehängt und in einen sehr simplen innern Zusammenhang gestellt. Immer wird die Geschichte dabei und demnach der ganze Werdeprouz des menschlichen Lebens in ungeheuer einfacher Weise als eine Einheit begriffen. Immer aber bäumt sich, glaube ich, gegen diese Verarbeitung des geschichtlichen Lebens in ein so einfaches Fabrikat, gegen diese gedankliche Kondensierung desselben in unserm Gefühl etwas auf. Es wehrt sich in uns etwas dagegen die Einzeltatsachen des Lebens dadurch ihrer Eigenbedeutung entkleidet zu sehen, sie als Unterglieder, als Teilmechanismen einer in ihrem Inhalt über ihnen stehenden und noch dazu einer gedanklich erkennbaren Gesamtentität aufgefaßt zu finden; während wir ganz deutlich ihren Eigenwert und ihre Einzigkeit spüren und sie nur als tausendfältig geformte Mannigfaltigkeiten eines unbewußt endlosen Stroms empfinden können, dessen Zweck und Ziel wir nie erkennen, und dessen Sinn und Wesen wir höchstens ahnend zu ergreifen vermögen, aber dessen schönste Gabe wir gerade in seiner unendlichen, unerschöpfbaren Vielheit der Gestalten erkennen. Und damit zusammenhängend fühlen wir dann zweitens, daß alle diese Betrachtungsweisen, indem sie die Einzelercheinungen des Lebens, auch des Kulturlebens, auf ein erkennbares Prinzip beziehen, sie gleichzeitig von innen her entleeren und ihrer Rundheit und Ganzheit, ihres vollen Sachinhalts berauben, indem sie sie in die Entfaltungsstufen der Individualität oder der Bewußtseinsentfaltung oder der intellektuellen Herrschaft oder von sonst etwas verwandeln.

Eine höchst seltsame Beschwerde des Gefühls, die, was zum Beispiel die Marx'sche ökonomische Geschichtsauffassung anlangt, ganz gegenstandslos erscheint. Mag von dieser Geschichtsauffassung die Rolle, die die technische Entwicklung der produktiven Kräfte und die in der

jeweiligen Wirtschaftsordnung begründete Tendenz der Klassenkämpfe spielt, vielleicht in mancher Hinsicht überschätzt worden sein: was aber hat das jener Auffassung zugrundeliegende Prinzip: Gesichtspunkte speziell der ökonomischen Entwicklung als Leitfaden der Orientierung hervorzuheben und dann von hier aus auch die Möglichkeiten eines Zustands, in dem die ökonomische Ordnung planmäßig und bewußt im allgemeinen Volksinteresse geregelt wäre, abzuschätzen, mit irgendwelcher Herabsetzung des Werts und der Bedeutung der Individualitäten zu tun? Jener realen, Lust und Leid empfindenden und daher wertenden Mikrokosmen, aus denen sich der Makrokosmos der Gesellschaft als den Elementen, denen er dienen soll, zusammensetzt? Ja, wie kann man eine höhere Auffassung vom Wert menschlicher Persönlichkeit dokumentieren als eben dadurch, daß man als eines der im Wesen menschlicher Natur zu tiefst verankerten Entwicklungsziele unseres Geschlechts die Herstellung einer Gesellschaftsordnung erklärt, in der alle Hemmungen aus Not und Armut, die der Entfaltung der Persönlichkeit entgegenstehen, beseitigt wären?

Kultur als persönliche Kultur im Weber'schen Sinn, also doch wohl im Sinn einer steigenden Bereicherung des Gefühls-, des Phantasie- und Willenslebens (auch des Verstandeslebens, was Weber freilich nicht erwähnt) läßt sich selbstverständlich niemandem von außen her oktroyieren. Soll es also dennoch in der Geschichte eine Entwicklung zu ihr geben, so kann diese nur in der Entwicklung dessen, was Weber mit der Geste romantischer Geringschätzung im Gegensatz zur *Kultur* »Zivilisation« respektive »biologisches Dasein« nennt, bestehen, das heißt in der Entwicklung von Zuständen und Mitteln, die das Leben sicherer, den Kampf um die Lebensnotdurft leichter machen und so in immer größeren Menschenmassen Kräfte und Muße frei setzen, die von den einzelnen, in denen Anlage dafür vorhanden ist, zur Aneignung persönlicher Kultur in jenem Sinn verwandt werden kann. So durchaus verständlich es ist, daß Personen von intensivem Innenleben das lärmende Getriebe unserer heutigen Gesellschaft, den von ihr ausgeübten Zwang alle Kräfte zur bloßen Behauptung der äußern Existenz anzuspannen als Wider-sinn empfinden, so wenig läßt sich doch aus solchen Stimmungen eine neue Art Philosophie, ein neuer »soziologischer Kulturbegriff« herausspinnen.

In welche Unklarheit dies Pronunziamento notwendig verlaufen muß, dafür hier zum Beleg noch eine Stelle aus dem Schluß: »Wenn unser Inneres endlich wieder weiß, daß es gegenüber der bausaischen Zivilisationsvergötterung des Intellektualismus und seiner Daseinsformen unser Fühlen ist, was die Kulturschafft, wenn es erkennt, daß die Verwischung dieser Tatsache die eigentliche Gefahr der vergangenen und der heutigen Zeit gewesen ist, wenn es begreift, daß man durch die Verwechslung unseres metaphysischen Fühlens mit der ratio oder der Vernunft die rein technischen Mittel des Lebens und deren Begriffsbildung für seinen höchsten Inhalt hielt, und daß uns dadurch die Geschichte auf die Knie gezwungen hat vor Fetischen, die nicht lebendig sondern tot sind, dann wird auch die Gefahr, daß wir von diesen Fetischen erdrosselt werden, überwunden sein, weil wir ihnen, die wir gerufen haben, alsdann wirksam werden sagen können: Besen, seid's gewesen! Und wie wir dann eine neue innere Begriffsbildung erleben werden, die uns an Stelle jener rationalen, für das äußere Leben nötigen Allgemeinverständnisse und Begriffe mit konkreten Allgemeinbedeutungen, Gefühlssymbolen anfüllt, so werden wir von diesen aus dann auch (da ja jede äußere Form des Daseins immer nur nach außen projiziertes Inneres ist und unsere eigentliche Schwäche heute darin besteht, daß wir noch keine übrerrationale innere Formwelt in uns tragen), ich sage, so werden wir mit dieser neuen Formwelt dann auch die äußere Form, die Welt der heutigen Mechanismen, kulturell zwingen.«

Schade, daß sich daran keine Diskussion schloß. Die übrigen Vorträge und die Verhandlungen gruppieren sich um die Probleme, die die Begriffe *Nationalität* und *Rasse* der soziologischen Betrachtung bieten. Professor Paul Barth (Leipzig) sprach über die Nationalität in ihrer soziologischen Bedeutung; Professor Ferdinand Schmid (Leipzig) über das Recht der Nationalitäten; Dr. Ludo Hartmann (Wien) über die Nation als politischen Faktor; Dr. Robert Michels (Turin) über die historische Entwicklung des Vaterlandsgedankens; Dr. Franz Oppenheimer (Berlin) über die rassen-theoretische Geschichtsphilosophie. Die kritischen Ausführungen dieses Referenten, sofern er den Rassentheorien in ihrer gegenwärtigen Gestalt jede wissenschaftliche Prägnanz und Brauchbarkeit ab-

sprach, wurden in der Diskussion durch Professor Max Weber (Heidelberg) in sehr interessanter Weise ergänzt. »Die eigentliche Frage im Rassenproblem«, so resumierte er, »wäre doch wohl: Sind bestimmte historisch, politisch, kulturell, entwicklungsgeschichtlich relevante Differenzen nachweislich ererbte und vererbbar, und welches sind diese Unterschiede? Diese Frage ist heute auf den meisten Gebieten noch nicht einmal exakt zu stellen, geschweige daß schon an ihre Lösung zu denken wäre. Ich selbst habe mich an ihrer Untersuchung auf einem Feld mitbeteiligt, das der exakten Forschung verhältnismäßig leicht zugänglich erscheint: Wir hatten den Versuch machen wollen Unterschiede der Verwendbarkeit und Rentabilität von Arbeitern verschiedener ethnischer Herkunft an modernen Maschinen unter anderm auch daraufhin zu untersuchen, inwieweit ihnen etwa Unterschiede ererbter und vererblicher Qualitäten zugrunde liegen könnten. Aber obwohl hier die Differenzen der Leistung meßbar sind, direkt durch geeignete Vorrichtungen an den Maschinen (Stuhlhühnen zum Beispiel), indirekt durch die Lohnverdienste, und obwohl ferner das Akkordlohnsystem ein ungefähr gleiches Maß von Anspannung der Leistungsfähigkeit zu garantieren wenigstens scheinen könnte, mußten wir uns doch überzeugen: es existieren noch nicht einmal die Mittel, die zu einer derartigen Feststellung selbst auf diesem relativ einfachen Beobachtungsfeld dienen könnten. Und da will man schon mit Rassentheorien Geschichtskonstruktion treiben...«

× KurzeChronik ×
In der soziologischen Serie der *Bibliothèque de Philosophie contemporaine* veröffentlicht Dr. Maurice Halbwachs einen Band *La classe ouvrière et les niveaux de vie* /Paris, Alcan/ mit eingehenden Untersuchungen über die Bedürfnisbefriedigung im Arbeiterhaushalt und die Verwendung der Arbeitereinkommen. × Ein Schriftchen *Soziale Entwicklung und Umbildung der Volkswirtschaft* von Dr. Berthold Thorsch /Dresden, Reißner/ schlägt wunderliche Experimente zur Beschleunigung des Tempos wirtschaftlicher Entwicklung vor. Öffentliche Körperschaften sollen private Kapitale gegen Garantierung eines mäßigen Minimalzinses zu Unternehmungen heranziehen, um an deren Gewinn zu partizipieren.

×

×

*Kritische Dogmengeschichte
des ehernen Lohngesetzes*
/Jena, G. Fischer/ nennt

sich eine die Formulierung der Lohntheorien in der ökonomischen Literatur ausführlicher verfolgende Arbeit von Dr. Mary Schrey. Das eherne Lohngesetz, auf das sich Lassalle mit so sicherem agitatorischen Gefühl und Tiefblick berief, um den Arbeitern zunächst einmal den Gegensatz ihrer Lebensinteressen zu denen des herrschenden kapitalistischen Konkurrenzsystems in einer handgreiflich anschaulichen Wendung klarzumachen, und das dann, nachdem es diesen Dienst geleistet hatte, mit ebenso gutem Recht von der gewerkschaftlich vorwärtstrebenden Arbeiterschaft als toter Dogmenballast über Bord geworfen wurde, ist schon vor Smith und Ricardo von Turgot, dem berühmten französischen Minister und Anhänger der physiokratischen Doktrin, in ähnlicher Weise formuliert und begründet worden. Die einzelnen Abschnitte, in denen, übrigens ohne systematisch tiefer dringende Kritik, vorwiegend referierend, der Gegenstand abgehandelt ist, betiteln sich: *Das Lohngesetz in der vorklassischen Ökonomik, Das Lohngesetz der klassischen Nationalökonomie, Die nachklassische Zeit, Das Lohngesetz im Rahmen sozialpolitischer Ideenrichtungen, Das Lohngesetz und die Sozialisten, Das eherne Lohngesetz Lassalles; Gegner des ehernen Gesetzes (Marx, Engels, die sozialdemokratische Partei), Das Lohngesetz in der neuern Nationalökonomie.*

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Bebel + Am 13. August ist August Bebel im Kurort Passugg bei Chur gestorben. Was dieser Unermüdliche an politischer Arbeit vollbracht hat (wurde er doch durch seine Schrift *Die Frau und der Sozialismus* der wirksamste Propagandist des sozialistischen Gedankens und der vorbildliche Organisator und Taktiker der internationalen Sozialdemokratie), das ist an anderer Stelle gebührend gewürdigt worden. Ich will hier nur den Einfluß Bebels auf das historische Denken des deutschen Volkes mit wenigen Strichen skizzieren. Ich spreche hier mit voller Absicht von einer Beeinflussung des Volkes, und nicht nur der Arbeitermassen; denn Bebels *Frau* hat die grundlegenden Ideengänge der ökonomischen Geschichtsauffassung der Marx und Engels in die weitesten Kreise des Volkes ge-

tragen. Die Emanzipation der Frau brachte Bebel in die unmittelbarste Verbindung mit den großen wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Tage, mit der wirtschaftlichen Berufstätigkeit der Frau in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann läuft der politischen Emanzipation der Frau voraus. Diese Tatsache von der gestalten die Kraft ökonomischer Massenerscheinungen auf das politische Leben hämmerte Bebel durch ein beweiskräftiges wirtschaftliches Ziffernmateriale in die Köpfe großer Bruchteile der herrschenden Kulturvölker; denn Bebels Buch ging durch zahlreiche Übersetzungen in internationalen Kulturbesitz über. In großzüigen Reden und Flugschriften rückte Bebel die entscheidende und bahnbrechende Bedeutung wirtschaftlicher Umwälzungen für das Sein und Werden der sozialen und politischen Institutionen der Menschheitsgeschichte so greifbar klar den Massen vor Augen, daß die ökonomische Geschichtsauffassung allmählich in das Volksbewußtsein eindrang. Bebel ist somit wohl der wirksamste Popularisator der von Marx und Engels wissenschaftlich begründeten ökonomischen Geschichtsauffassung gewesen.

×
Japan

×
Die Japanischen Reise-
briefe Arthur Neu-
stadts /Berlin, Paul Cas-

sirer/ hinterlassen in uns nicht nur bildkräftige Eindrücke der so unsagbar reizvollen Landschaften Japans, sondern sie geben uns ein Stück lebendiger gesehener Geschichte Japans. Zuerst erschauern wir bei dem Anblick all der furchtbaren Zeugen des weltgeschichtlichen Ringens zwischen Rußland und Japan, vor allem des blutgetränkten 203 Meter-Hügels, dessen Eroberung durch die todesmutigen Japaner das Schicksal Port Arthurs entschied. Das Kriegsmuseum Port Arthurs ist eine geschichtliche Sehenswürdigkeit sondergleichen. »Wir fanden hier unzählige russische Torpedos, Schrapnells, Kanonen, eroberte Fahnen, Gewehre, Degen, russische Uniformen, fanden die Porträts sämtlicher russischer und japanischer Offiziere, die um Port Arthur gekämpft hatten, fanden eine große Anzahl von Photographieen, Marconitelegraphen, Telephonapparaten, sahen eiserne Rüstungen, die die japanischen Soldaten trugen und in denen sie (so wird erklärt) des Nachts kriechend den Ihren Proviant zuführten, und last not least

fanden wir das ausgestopfte Pferd des braven Generals Nogi und den Tisch, an dem die Übergabe Port Arthurs an Japan unterzeichnet wurde.« Und nachdem so zu uns die grauenvolle Majestät des Schlachtentods gesprochen, schmeichelt sich uns das zauberhafte, blumenduftige Leben des großen Märchenlandes Japan ein. Wieder erneut sich der Eindruck, von dem alle Europäer gepackt werden, wenn sie den Boden Japans betreten: der Eindruck einer ganz fremden Welt. Und das selbst bei der Wanderung durch das so stark europäisierte Kobe. Von Kobe dringen wir mit Neustadt in das alte Nippon ein, das »sterbende Nippon«. Zu dem *Sankei* Japans (*Sankei* nennt der Japaner die 3 schönsten Punkte) führt uns Neustadt. Und zu den *Sankei* gehört an erster Stelle die Insel Miyashima, und die Schönheitswunder dieser Insel erschließt er uns durch seine farbigen Schilderungen. Wir können ihm selbstverständlich nicht Schritt für Schritt auf seinen Fahrten durch Japan folgen: nach Kioto, in die Kunstwerkstätten, Antiquitätenläden und in das Mikadoschloß dieser alten Residenz, zum Higashi-Hongwanji-Tempel, zu dem Tempel der 3333 Buddhas, zu dem geheimnisvollen Biwasee, dessen 8 Gesichter Max Dauthendey in seine japanischen Liebesgeschichten gewoben hat (*Die 8 Gesichter am Biwasee* / München, Langen/), zu dem berühmten Fischerdörfchen Toschi mit seinen weiblichen Taucherinnen, zu den grotesken Myoto-Seki-Felsen zu Toba bei Yamada in Jsi, zum Fluß des königlichen Fujiyama bis zur Millionenstadt Tokio und dem europäischen Yokohama. Da, wo es unserm Autor vielleicht an gestaltender Kraft fehlt, läßt er einen Dichter wie Max Dauthendey reden, und dieser dichtet uns den Zauber des Liebesviertels von Tokio, der Yoshiwara.

Viel Geschichtliches vom alten untergehenden Japan hat Neustadt in seinen Reisebriefen wieder aufleben lassen; aber wir sehen das märchenumspinnene Nippon in seiner stillen, tiefen Schönheit durch das moderne kapitalistische Tokio und Yokohama ernstlich bedroht. Und in der Tat, der rechnende kapitalistische Geist zertritt das alte phantasievolle Japan roh und mitteleidslos. Tokio ist schon seines fernöstlichen Charakters beraubt, und in Yokohama triumphiert der geschäftige Okzident völlig. Und auf Bergen von Leichen steigt die kapitalistische Zivilisation in Japan auf: Massenvernichtung von jugendlichen Exi-

stenzen in den modernen Fabriken, Kinderhandel für diese und für Teehäuser, Massenvernichtung von Kulis, die meist schon nach mühevollen 2jährigen Ziehen ihrer Wagen an der Schwindsucht dahinsiechen. Ein wahnsinniger Ehrgeiz hat ganze Gruppen studierter Leute erfaßt. Zahlreiche Studenten enden an dem Wasserfall Kego-no-taki, weil sie die Schande eines Examensdurchfalls nur mit dem Tod sühnen zu können glauben. Und widerwärtiger Chauvinismus, nationaler Größenwahnsinn, lächerliche Spionenfurcht schießen üppig ins Kraut. Mit einer elegischen Klage über den Untergang des farbenprächtigen Nippon schließt Neustadt sein anregendes Buch, jenes Nippon, von dem man reden wird »wie von einem verlorenen Paradies«.

×
Cicero

Aus den Quellen herausgearbeitet hat Professor Th. Zielinski sein Werk

Cicero im Wandel der Jahrhunderte / Leipzig, Teubner/. Die vielseitige Wirksamkeit Ciceros ist hier wohl zum erstenmal vollständig gewertet worden: Cicero als Stilist, sein Nachleben, Ciceros Stil in der Antike, seine theoretische und praktische Philosophie. Die kulturelle Bedeutung der Persönlichkeit Ciceros rückt hier in ein ganz neues Licht. Wie ungeheuer Cicero das junge Christentum in Hieronymus, Lactanz, Augustin, dann die Renaissance in Petrarca, in Boccaccio, in Bembo und Pico della Mirandola, in Erasmus, weiter die englische und französische Aufklärung in Collins, in Hume, in Shaftesbury und in Voltaire, und zuletzt die Männer der französischen Revolution in Mirabeau, Robespierre geistig befruchtet hat, das ist in geistreicher, wirklich erschöpfender Weise zuerst von Zielinski dargetan worden. »Die Zeit der Ausbreitung des Christentums«, so führt Professor Zielinski aus, »sah in Cicero nur den Philosophen, dabei vorzugsweise den positiven, den Moralphilosophen; für sie hatten nur die philosophischen Traktate Ciceros Bedeutung. Die Renaissance lernte Cicero auch als Persönlichkeit kennen, für sie war deshalb Ciceros Briefwechsel von besonderem Wert. Dem Philosophen Cicero gewann sie also eine neue Seite ab, den Individualismus. Die Aufklärung endlich entdeckte die dritte Seite der philosophischen Wesenheit Ciceros, die negative, die in seiner Skepsis lag; sie war es sodann, welche zuerst den Staats-

mann Cicero, somit seine Reden und politischen Traktate begriff.« Ein Vorläufer der französischen Revolution, Mably, steht im Bann des Politikers Cicero. Die Revolutionsmänner erfassen dann die große Bedeutung des Redners Cicero. So viel Geschichte auch Cicero während seiner Lebenszeit gemacht hat, sie ist doch nur ein ungeheuer kleiner Bruchteil von der Geschichte, die er erst nach seinem Leben gestaltete. So wirkte er noch als lebende Macht, das weist Zielinski lichtvoll nach, auf die Gestaltung der Gerichts- und Strafprozeßreform der Revolutionszeit ein. Die historischen Werturteile Zielinskis mögen da und dort stark angreifbar sein, die wirkliche Bedeutung seines Werkes wird dadurch nicht verkleinert. Der Zielinskische *Cicero im Wandel der Jahrhunderte* erweitert sich wirklich vielfach zu einer Geschichte der kulturellen Wandlungen.

× **Kurze Chronik** Die Ausgrabungen des Ministerresidenten Freiherrn von Oppenheim in der alten

Tell-Halaf-Residenz in Mesopotamien förderten zahlreiche Privathäuser, Straßen und Plätze aus der Hetiterzeit zutage. Bei seinen weiteren Forschungsreisen, die sich bis zu den assyrischen Gebieten und deren Hauptstädten, Assur, Nimrud und Ninive, erstreckten, entdeckte von Oppenheim nicht nur weitere kulturhistorisch wichtige Altertümer der Hetiter, so vor allem einen hetitischen Tempel, sondern auch Ruinen von großen Städten und Kastellen aus der griechisch-römischen Zeit und einige unbekannte arabische Städte aus der Blütezeit des Islams. × Die Generalverwaltung der Berliner Museen gibt jetzt ein 4bändiges Werk über die Ergebnisse der deutschen Aksumexpedition heraus. Darin sind unter anderem die Topographie und Geschichte Aksums, die älteren Denkmäler und die Profan- und Kultbauten Nordabessinians aus älterer und neuerer Zeit behandelt. × In der *Vossischen Zeitung* veröffentlichte G. Kleinow die Aufzeichnungen Alfred von Kiderlen-Waechters, die für die Charakteristik unserer zeitgeschichtlichen Verhältnisse, der höfischen und diplomatischen Beziehungen von Bedeutung sind.

× **Literatur** Die historische Skizze Richard Schwemers *Vom Bund zum Reich* (Aus Natur und Geisteswelt / Leipzig,

Teubner/) ist nicht eine objektive Darstellung dessen, was historisch als Deutsches Reich geworden ist sondern nur eine unkritische Verherrlichung der Bismarckschen preußischen Gewaltpolitik. Bismarck wird hier kurzfristig zum Schöpfer einer neuen politischen Lebensform erhoben, obwohl er eigentlich nur in seinen Verfassungskämpfen ein Stück altpreußischen Absolutismus am Leben und vielleicht nur recht kurzfristig erhielt; denn Jahrzehnte sind im weltgeschichtlichen Werden nur kurze Augenblicke. Sehr voreilig ist es, wenn Schwemer in dem heutigen Deutschen Reich schon den letzten Schritt auf dem Weg des deutschen Volkes zu staatlicher Geschlossenheit sieht. Die zahlreichen partikularistischen Überbleibsel einer rückständigen politischen Entwicklung scheint er nur als eigenartige staatliche Bildungen einzuschätzen, die dem »modernen Bedürfnis nach Einheit« nicht zum Opfer gebracht werden dürfen.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Jugendliche Rechtsbrecher Nachdem die Strafprozeßreform gescheitert war (siehe diese Rundschau, 1912, 1. Band, pag. 190 f.), wurde von den verschiedensten Seiten das Verlangen geäußert, daß der Abschnitt über die Behandlung jugendlicher Rechtsbrecher als selbständiges Gesetz eingebracht und diese notwendige Reform nicht noch weiter hinausgeschoben werde. Die Regierung hat diesem Wunsch entsprochen und dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche vorgelegt. Der Entwurf bleibt, auch in der Fassung, die die Kommission ihm gegeben hat, in manchen Punkten hinter berechtigten Erwartungen zurück; so ist es bedauerlich, daß Frauen nicht als Schöffen beim Jugendgericht zugelassen werden. Aber er beseitigt doch einige der schreiendsten Mißstände und schließt endlich einmal die Periode der endlosen Diskussionen mit einem Anfang zur Tat ab.

Die Grundzüge des Gesetzes sind folgende: Gegen jugendliche Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, darf öffentliche Anklage nicht erhoben werden, wenn Erziehungs- und Besserungsmaßregeln der Bestrafung vorzuziehen sind: Auch dann kann von der öffentlichen Anklage Abstand genommen werden, wenn die Verschuldung und die Folgen der Tat geringfügiger Art sind. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, so wird der Jugendliche der Vormundschaftsbehörde über-

wiesen, die nun an Stelle der Bestrafung die erforderlichen Erziehungs- und Besserungsmaßregeln anordnet. Als solche Maßregeln kämen in Betracht: bloße Ermahnung, Überweisung an die Eltern oder an die Schulbehörden, Anordnung der Fürsorgeerziehung. Die Vormundschaftsbehörde kann den straffälligen Jugendlichen auch für eine bestimmte Dauer unter die Schutzaufsicht eines Fürsorgers stellen. Als Fürsorger sollen Männer und Frauen gewählt werden, die in der Jugend-erziehung besonders erfahren sind. Die Aufgabe des Fürsorgers besteht darin die Eltern in ihrer erzieherischen Tätigkeit zu unterstützen und zu überwachen und die Vormundschaftsbehörde sofort zu benachrichtigen, wenn sich etwas ereignet, was ihr Einschreiten erfordert. Nach Ablauf der Schutzfrist entscheidet die Vormundschaftsbehörde, ob der Jugendliche zu entlassen ist, oder ob irgendwelche Erziehungsmaßregeln noch erforderlich sind.

Dort, wo ein Bedürfnis dafür besteht, werden bei den Amtsgerichten für die Beurteilung Jugendlicher besondere Jugendgerichte gebildet. Als Schöffen sind nur solche Personen zu berufen, die in der Jugend-erziehung besondere Erfahrung haben. Auch Volksschullehrer (die im übrigen vom Amt des Schöffen ausgeschlossen sind) sind wählbar. Das Verfahren wird, abweichend vom ordentlichen Strafprozeß, wenigstens in einigen Punkten den besonderen Verhältnissen der Jugendlichen angepaßt: Untersuchungshaft darf gegen sie nur angeordnet werden, wenn ihr Zweck nicht durch andere Maßregeln erreicht werden kann. Sowohl in der Untersuchungshaft wie in der Hauptverhandlung ist der Jugendliche vor der Berührung mit erwachsenen Angeklagten zu bewahren. Die Öffentlichkeit kann das Gericht ausschließen, soweit das im Interesse des Jugendlichen liegt.

Die Anregung in das Gesetz Bestimmungen über die bedingte Verurteilung und Rehabilitation, das heißt die Löschung von Vorstrafen im Strafenregister der Jugendlichen, aufzunehmen blieb leider erfolglos. Dagegen ist sehr zu begrüßen, daß die Kommission sich entschloß trotz des Widerspruchs der Regierungsvertreter das Alter der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufzusetzen. Die Tragweite dieser Bestimmungen mag daran ermessens werden, daß die Zahl der alljährlich bestraften Jugendlichen sich auf mehr als 50 000 beläuft, und daß sich darunter mehr als

10 000 Knaben und Mädchen befinden, die das 14. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben.

× **Schöffen und Geschworene** Im Leipziger Hochverratsprozeß von 1872, an den wir durch Bebels Tod wieder lebhafter erinnert wurden, war die Geschworenenbank mit 7 Kaufleuten, 4 Gutsbesitzern und 1 Oberförster besetzt. Am Tag nach ihrer Verurteilung erließen Liebknecht und Bebel eine Erklärung, deren Schluß lautete: »Sie, meine Herren Geschworenen, haben durch Ihr Verdikt das Todesurteil gefällt über das Institut der heutigen Schwurgerichte, die, ausschließlich aus der besitzenden Klasse gebildet, nichts sind als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung.« Auch in der Folge fand sich Anlaß zu so herber Kritik. Trotzdem blieb das Gesetz noch mehr als 40 Jahre unverändert bestehen. Jetzt ist ein kleines Gesetzlein in Kraft getreten, das den Schöffen und Geschworenen ein Taggeld von 5 Mark, eine Entschädigung von 3 Mark für das Nachtquartier und eine billig bemessene Reiseentschädigung zusichert. Die Wirkung ist lediglich die, daß das mit dem Schöffen- und Geschworenenamt verbundene finanzielle Opfer etwas verringert wird. Der schwerste Übelstand, unter dem die Strafrechtspflege leidet, bleibt unberührt: nämlich die Art der Wahl der Schöffen und Geschworenen. Nach wie vor bleiben Arbeiter faktisch vom Richteramt ausgeschlossen: ihre Namen finden sich zwar auf den Urlisten; aber sie haben keine Aussicht einberufen zu werden.

× **Kurze Chronik** In den 10 Jahren 1903 bis 1912 sind 378 012 Erfindungspatente angemeldet, davon aber nur 116 858 erteilt worden. Die Zahl der Anmeldungen belief sich im Jahr 1903 auf 28 313; sie stieg fortwährend an und betrug im Jahr 1912 schon 45 815. × Vor einigen Monaten sind einige Reservewehrmänner, die nach einer Kontrollversammlung im Rausch eine Prügelei veranstalteten, zu insgesamt 16 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der §§ 107 und 110 des Militärstrafgesetzbuchs, die die Aufwiegelung und den militärischen Aufruhr mit der unsinnig grausamen Mindeststrafe von 5 Jahren Gefängnis respektive Zuchthaus bedrohen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschloß der Reichstag einen Zusatz zum Militärstrafgesetzbuch, wo-

nach in besonderen Fällen auf eine wesentlich mildere Strafe, nämlich 6 Monate respektive 1 Jahr Gefängnis erkannt werden kann. Der Bundesrat hat nun dem Gesetz ebenfalls seine Zustimmung gegeben. Da jene Wehrmänner Berufung eingelegt haben, wird das Berufungsgericht das neue Gesetz, als das mildere, anwenden dürfen.

×
Literatur

×

Der Senatspräsident beim Kammergericht Berlin Dr. G. Lindenberg hat im Verlag von O. Liebmann in Berlin einen Kommentar der Reichsgewerbeordnung mit dem Hausarbeits-, Kinderschutz- und Stellenvermittlungsgesetz erscheinen lassen. Der Verfasser hat, um namentlich die Bedürfnisse der Praxis zu befriedigen, die Judikatur in weitgehendem Maß berücksichtigt, so daß der Kommentar die Orientierung über Gang und Stand der Rechtsprechung und der Verwaltungspraxis sehr erleichtert. Der Anhang bringt ein eingehendes Sachregister und die wichtigeren Bekanntmachungen. × *Crime and Criminals* heißt eine von der *Prison Reform League* in Los Angeles herausgegebene Schrift von 360 Seiten, die für eine rationellere und humanere Behandlung der Sträflinge eintritt. Sie eifert namentlich gegen die grausamen Disziplinarstrafen, deren Anwendung durch Bilder veranschaulicht wird.

Hygiene / Heilmann Goldschmidt

Psychotraumatischer Diabetes

Die Untersuchungen über die Ursachen der Zuckerkrankheit haben wiederholt den Nachweis erbracht, daß gar nicht so selten ein psychisches Trauma als auslösender Faktor in Betracht kommt. Es liegen hierfür einwandfreie Beobachtungen (von Naunyn, Noorden, Senator, Röpke usw.) vor. Es ist auch von verschiedenen Seiten die Behauptung aufgestellt worden, daß der Diabetes immer eine neurogene Ursache habe. Die Störung im Verlauf verschiedener Nervenbahnen, besonders im Gebiet des Sympathicus, soll erst in zweiter Linie die Stoffwechselstörung im Gefolge haben. Es ist dies natürlich eine Hypothese, deren Richtigkeit bis dato nicht nachgewiesen werden konnte. Die bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet der Zuckerkrankheit haben die Störung vor allem im Pankreas und in der Leber gesucht. Die Leber sollte durch Insuffizienz nicht mehr imstande sein den mit der Nahrung zugeführten Zucker zu ver-

arbeiten, ihn in Glykogen umzuwandeln und in den Geweben zu deponieren. Die mangelhafte Oxydation vermochte den Zucker nicht in seine letzten Komponenten zu zerlegen, so daß er also unverbraucht im Urin wieder abgehen mußte. Neuere Forschungen haben dann ergeben, daß neben dem Pankreas die Nebenniere eine für die Zuckerregulation wichtige Rolle spielt, und zwar in mobilisierendem Sinn, während das Pankreas als Dämpfer wirkt.

Alle diese Organe jedoch unterliegen dem Einfluß des Nervensystems, und es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß Erkrankungen, Verletzungen oder Störungen des Zentralnervensystems Zuckerausscheidung zur Folge haben können. Ich erinnere nur an das berühmte Experiment Claude Bernards, die *piqure* oder den Zuckerstich; durch Verletzung einer bestimmten Stelle des verlängerten Markes konnte der Gelehrte bei Tieren Zuckerausscheidung im Harn erzeugen. In der medizinischen Literatur ist nun eine Reihe von Fällen aufgeführt worden, in denen nicht nach einem körperlichen sondern nur nach seelischem Trauma ein echter Diabetes mit seinen Folgeerscheinungen auftrat. Die Kenntnis derartiger Fälle ist besonders für den Arzt als Gutachter wichtig, wenn es sich darum handelt festzustellen, ob eine Person infolge eines Schrecks oder einer sonstigen seelischen Erregung zuckerkrank geworden ist. Es ist festgestellt, daß die Lokomotivführer eine 7mal so große Zahl von Zuckerkranken aufweisen wie Angehörige anderer Berufe. Goldammer führt in seiner Inauguraldisertation eine Anzahl Fälle vor, die meist Lokomotivführer zum Gegenstand haben. Die meisten hatten infolge drohender Gefahr einen heftigen Schreck erlitten, infolgedessen sich bald darauf Zuckerausscheidung bemerkbar machte. Die Gutachter nahmen denn auch den Zusammenhang zwischen Diabetes und seelischem Trauma für erwiesen an. Auch bei bereits Zuckerkranken spielt das psychische Moment eine außerordentlich große Rolle; nach Ärger, Schreck oder sonstigen Affekten steigt der Zuckergehalt gewöhnlich ganz plötzlich zu erheblichen Werten an, um später wieder herunterzugehen. Die genossene Nahrung spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Die Betrachtung derartiger Fälle lehrt uns, daß die Zuckerausscheidung nur ein Symptom ist, dessen Ursachen ganz verschiedener Natur sein können.

×

×

Krebs: Dr. Zeller (Weilheim) lenkt
Zellersche schon seit einigen Jahren
Behandlung die Aufmerksamkeit der
 medizinischen Welt auf seine Krebs-
 behandlung. Zeller behauptet nicht mehr
 und nicht weniger als daß es ihm ver-
 möge seiner Behandlung gelinge Krebs
 zu heilen. Die Behandlung besteht haupt-
 sächlich in der Anwendung einer Arsen-
 zinnoberpaste (Cinnabarsona), die auf
 die Krebsgeschwulst aufgetragen wird,
 mit gleichzeitiger Darreichung eines Pul-
 vers, dessen Hauptbestandteil Silicium
 ist. Bei einigen Hautkrebsen machte sich
 Besserung und zum Teil auch Heilung
 bemerkbar, sonst aber mißlangen sämt-
 liche angestellten Versuche. Eine Um-
 frage, die J. Schwalbe bei den Direk-
 toren der chirurgischen Universitätskli-
 niken Deutschlands, Österreichs und der
 Schweiz veranstaltet hat, ergab, daß von
 irgendwelchen Erfolgen gar nicht die
 Rede sein könne.

× **Kurze Chronik** Die *Koloniale Rundschau*
 berichtet von einem erheb-
 lichen Rückgang der
 Schlafkrankheit in Ostafrika.
 Während 1909 6167 Kranke in den
 Krankheitslagern vorhanden waren, sind
 es 1910 nur noch 4510 gewesen, von
 denen 1732 als geheilt entlassen werden
 konnten. × Eine Zentralstelle zur Ent-
 nahme von Radium und Meso-
 thorium hat das Hamburger For-
 schungsinstitut für Krebs und Tuber-
 kulose ins Leben gerufen. × Das Hor-
 monalzuella, ein Zellprodukt der
 Milz, erfreut sich in Fachkreisen immer
 größerer Beliebtheit. Nach postopera-
 tiven Darm lähmungen und bei chroni-
 scher Obstipation erzielt es vorzügliche
 Resultate.

× **Literatur** Die große Erfahrung, die
 Wilhelm Wechsel-
 mann auf dem Gebiet der
 Salvarsanbehandlung besitzt, läßt von
 vornherein den Schluß zu, daß wir es
 bei seiner Arbeit über die *Pathogenese*
der Salvarsantodesfälle /Berlin, Urban
 & Schwarzenberg/ mit einer gründlichen
 und für den Praktiker wertvollen Unter-
 suchung zu tun haben. In der Tat muß
 man dem Verfasser Dank zollen, wenn
 auch seine Ansichten zum großen Teil
 mit denen der meisten Syphilidologen
 nicht übereinstimmen. Von den jetzt
 bekannten 140 Todesfällen, die im An-
 schluß an Salvarsanbehandlung auftra-
 ten, entfällt nur einer auf das Konto
 Wechselmanns, obwohl die von ihm und
 unter seiner Leitung ausgeführten Appli-

kationen an 30 000 betragen dürften.
 Und dieser eine Todesfall trat seltsamer-
 weise nach einer ganz geringen Dosis
 (0,1 + 0,2) ein. Nach diesen Erfahrun-
 gen vermag Wechselmann im Salvarsan
 keinen besonders toxischen Stoff zu er-
 blicken und muß den Grund der Un-
 glücksfälle in Veränderungen des be-
 handelten Körpers sehen. Im Gegensatz
 zu der bis jetzt allgemein herrschenden
 Ansicht, nach der das Zentralnerven-
 system den *locus minoris resistentiae*
 darstellt, steht Wechselmann auf dem
 Standpunkt, daß die Ausscheidungs-
 organe der Niere in erster Linie geschä-
 digt würden und hierdurch die Kata-
 strophe herbeiführten. Er weist darauf
 hin, daß gerade bei der zurzeit üblichen
 kombinierten Quecksilber-Salvarsan-Be-
 handlung sehr häufig Nierenreizungen
 entstehen, speziell wenn eine Merkurbe-
 handlung vorausging. Diese schädige
 speziell das Parenchym; trete nun noch
 der die Gefäße schädigende Reiz des
 Salvarsans hinzu, so könne hierdurch
 eine das Leben bedrohende »Nierensper-
 rung« die Folge sein. Der Salvarsantod
 wird infolgedessen von Wechselmann
 mit demjenigen bei Urämie und bei
 Kohlenoxydvergiftung verglichen. Es
 scheint, daß er auf Grund seiner Auf-
 fassungen ein Gegner der kombinierten
 Quecksilber-Salvarsan-Therapie ist. Je-
 denfalls bringt uns das Werk, wie die
 früheren Arbeiten Wechselmanns, wie-
 der ein ganzes Stück in unserer Kennt-
 nis der Salvarsanwirkung wie auch der
 gesamten Pathologie der Syphilis vor-
 wärts. Jedem Salvarsantherapeuten sei
 es daher dringend empfohlen. × Im
 gleichen Verlag hat Dr. H. Gerhartz
 ein *Taschenbuch der Diagnostik und*
Therapie der Lungentuberkulose heraus-
 gegeben. Man sollte meinen, daß auf
 diesem Gebiet, auf dem bereits eine
 Riesenliteratur vorhanden ist, vorläufig
 jede Neuerscheinung von Überfluß sei.
 Der Name des Verfassers indessen bürgt
 dafür, daß uns hier etwas Neues und
 Brauchbares geboten wird. Das Buch
 legt Zeugnis von dem bekannten Fleiß
 und der großen und wissenschaftlichen
 Gründlichkeit des Autors ab. Es gibt
 einen sehr wertvollen Überblick über die
 neueren diagnostischen und therapeuti-
 schen Hilfsmittel mit besonderer Be-
 rücksichtigung der Tuberkulinbehand-
 lung und der röntgenologischen Unter-
 suchungsmethoden. Auch die Frage der
 Fürsorge für unheilbar Lungenkranke ist
 eingehend gewürdigt worden. Das Werk
 ist jedem Arzt und Medizinstudierenden
 zu empfehlen.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Juryfreie Ausstellung 1913

Die diesjährige Ausstellung der Juryfreien ist in dem Gebäude der *Berliner Sezession*, und vielleicht ist ihr sehr guter Eindruck auch ein wenig von der eingewohnten Würde der Räume bedingt. Aber auch ohne dies ist die Summe jener Bilder auffallend gering, die nur darauf ausgehen ein hübsches Gesicht oder ein nettes Landschaftsmotiv fertigzustellen, und ich weiß nicht, wie die Ausstellungsleitung das hat erreichen können. In erster Reihe sind es wieder die Jungen, die sich mit einer ganzen Reihe neuer Namen zu Gericht stellen. Und merkwürdig ist es, wie wir sie alle als modern empfinden, obschon sie in ihren einzelnen Tendenzen so durchaus divergieren. Natürlich ahnt man ganz wesentliche Verbindungen und Verknüpfungen, ohne sie bestimmter erkennen zu können, aber trotzdem bleibt es wunderbar, von wie verschiedenen Seiten sie ans Werk gehen, das doch schließlich ein gemeinsames sein muß. Vielleicht ist das Gemeinsame aber auch nichts anderes als das ganz entschiedene Ablehnen der Auffassung des Körpers als Einzelwesen, wie wir sie bisher nur kannten. Seine Plastik in diesem Sinn und die Nebeneinanderstellung der Körper als kleine zentrale Welten scheinen endgültig vorbei zu sein, und damit zusammen auch die Art der Zeichnung, die in ihrer Linienführung schon durch entsprechendes An- und Abschwellen, je nach Schatten und Licht, eine gewisse Modellierung gab. Bei den Jungen scheint aber die Linie in nichts mehr der Körperlichkeit sich unterstellen zu wollen und macht weitaus andere Präntionen. Immer wieder sehen wir Versuche sie in anderm Sinn zu fassen: Einmal (wenn man von Entwicklungsphasen überhaupt sprechen kann: wohl die frühere) sehen wir die Linie ausschließlich als Grenze zwischen verschiedenen betonten Massen fungieren. Gewicht, Verhältnis und Beziehung der Massen zu einander kommen in erster Reihe in Farbe und Ton zum Ausdruck, und die Linie als die Abgrenzung einer Masse von der andern zieht sie zu der möglichst einfachen Form zusammen. Der Ausdruck *Form* ist allerdings auch schon wieder falsch, am ehesten kann man eben immer wieder nur von dem Verhältnis der Massen zu einander sprechen. Auch die sehr starke Tendenz unserer Zeit nach elementarer Natur hin und ihrem voll-

blütigen Erfassen zeigt sich nicht in erotischer Beziehung zu irgendeinem Einzelding sondern immer wieder nur in der Art die Masse zu fühlen. Es werden auch schwere und große Frauenkörper mit der ganzen Wucht der Liebe gemalt, aber man glaubt immer einen andern Sinn hindurchzufühlen. Es ist, als wenn das selbe Blut durch sie hindurchflösse wie durch alles umher, und nicht als wenn man dieses Einzelblut nun gerade liebe. Am meisten gibt dieses wohl Tappert. Sehr überlegt und gut in der Verknüpfung der Massen sind besonders die beiden kleinen Bilder von Kitzinger. Die sehr kräftigen Landschaftsbilder von E. Götzmänn könnten wohl reifer und gedämpfter sein. Neben dieser sehr vollsaftigen und gewichtigen Kunst läuft nun ihr spirituelles und ein bißchen blutarmes Kind einher, eine Kunst, die all ihr Geistesleben einzig und allein von der Linie in dem Hin- und Widerspiel ihrer Bewegungen empfangen will. Beindorf, besonders in seinen beiden Tuschzeichnungen, in denen die Linie fast unter dem Drang seiner Seele zu zerreißen droht, handhabt sie wie ein freies Instrument, ganz ungebunden, wie ein Sänger etwa seine Stimme, in die hinein er seine ganze Seele ausfließen läßt. Auch das eine Jaekelsche Bild, als ein Mittelding dieser beiden markierten Gruppen, hat sehr viel Gutes. Übrigens fallen die Sachen von einem Japaner auf. Künstlerisch sind sie durchaus nicht zu schätzen, sie sind maniert und kalt, aber frappant ist in ihnen doch die fabelhaft bewegliche und nuancierte Art, mit der der Maler seine Linien führt, die trotz aller sehr abstoßenden Routine doch eine sehr geistreiche Durchfiltrierung und Abgezogenheit zeigen. Von einzelnen Kräften, die wesentlicher auffallen, sind vielleicht zu nennen: Koch (Zeuthen), César Klein, Annemarie Kruse-Yakimowa, Waske, Wolters.

✕ Kurze Chronik ✕
Der bekannte Münchener Illustrator Walter Caspari ist, 54 Jahre alt, gestorben. ✕ Die von dem frühern Präsidenten der *Berliner Sezession*, Paul Cassirer, geplante Herbstausstellung der Jüngsten wird, trotz der Affäre, die zum Austritt des Präsidiums führte, doch stattfinden; sie soll am 1. November eröffnet werden. ✕ In der Genter Weltausstellung (keramische Abteilung) haben Ernst Barlach (Berlin) und Bernhard Hoetger (Darmstadt) die goldene Medaille erhalten. ✕ Ein

Künstlerkinoverband hat sich gegründet, um den bildenden Künstlern Einfluß auf die Kinokunst zu schaffen.

× **Literatur** Ein Buch *Les peintres cubistes* von Guillaume Apollinaire /Paris, Figuière/ faßt die Theorien der Modernen zusammen. In etwas französischer Art proklamiert es vorerst die 3 Haupttugenden: Reinheit, Geschlossenheit und Wahrheit. Die Kunst der Vergangenheit müsse ausgelöscht werden, um die neue in ihrer Strenge erfassen zu können.

Diese neue absolute Kunst wird das Wesen der Dinge geben, wie man es nur in der Ekstase zu erfassen imstande ist. Das Buch betont die Entwicklung der Wahrheit aus sich heraus, daß sie nie als bekannt daliege sondern immer ahnungsweise Schritt vor Schritt vor einem herwachse. Daran schließen sich dann allerhand Abstraktionen. Die 4. Dimension gebe den Dingen die Unermesslichkeit und löse die Beziehungen zu einem bestimmten Moment. Wesentlich ist wohl noch eine Bemerkung, nach der die Typen einer Zeit erst nach dem energischsten ihrer Künstler (Renoir) geschaffen worden seien. Hieran schließt sich eine Darstellung von 10 einzelnen Künstlern. Von den Bildern scheinen mir die wertvollsten die Laurensinschen. Mit den eigentlichen Kubisten geht es mir indes wie bisher. Ich kann nicht den Willen aufbringen, um wirklich in sie einzudringen. Sie sagen zwar selbst, daß sie nicht gefallen wollen, aber sie gefallen eben so wenig, daß man sie lieber nicht ansieht. × Der Divergenz der beiden Dinge, der Wirklichkeit und ihres Abbilds in der Kunst, ist Dr. Alfred Guttman in seinem Buch *Die Wirklichkeit und ihr künstlerisches Abbild* /Berlin, Paul Cassirer/ mit sehr tüchtigen psychologischen und physiologischen Untersuchungen nachgegangen. Besonders auf dem Gebiet des Farbensehens und der dahin gehörigen Anomalien bringt er eine große Reihe neuer und wichtiger Befunde. Leider geht Guttman bei seinen Untersuchungen nie auf die tiefer zugrunde liegenden Bedingungen ein, die die Stilverschiedenheiten der verschiedenen Zeiten und Völker etwas erklären könnten.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lemonnier † Als Camille Lemonnier gestorben war, legten sich viele Kritiker die Frage vor, was von seinen 60 Bänden bleiben

wird. Wer so emsig schrieb und vom Schreibtisch nur Abschied nahm, um ins Spital zu wandern, verträgt solche Prüfung meistens schlecht. Die Probe spricht diesmal für den Toten. Er konnte seine Feder mit einem nie ausgebrannten Temperament führen. Ihn belebte der Kampf, und da er nicht aufhören durfte zu kämpfen, füllte er das kriegerrische Leben in die Bücher. Polemisch hat Lemonnier vorgesorgt, daß die belgischen Dichter und Maler in Europa anerkannt wurden. Das ist ein großes Verdienst. Ein Mann erhebt sich, der aus kleinem, übersehenem Land stammt, in dessen Umgebung das gleichgültige Liebhabertum gedeiht. Und er zeigt, daß gerade aus dem geringen Boden die Talente hervorkommen, denen die Welt gehören darf. Wahr ist, daß Lemonnier in seiner eifrigen Werbearbeit nach allen Seiten ausgespäht, daß er von den Franzosen gelernt hat, sogar von den Skandinaviern. Aber wahr ist auch, daß die großen Franzosen, daß Flaubert und Zola ihn als einen Ebenbürtigen zu sich beriefen. Das haben sie nicht getan, weil der Schüler ihnen schmeichelte; sie wollten ihn nur ehrlich rühmen. An dem riesigen Gemälde der Arbeit, das Lemonnier im *Happe-Chair* erschuf, wurde eine übertriebene Treue nach Zolascher Methodik getadelt. Dieser Vorwurf ist nur halb richtig. Hätte Lemonnier wirklich den *Germinial* nachahmen wollen, er würde das geschickter getan haben. Aber er ging gar nicht in so literarischer Absicht ans Werk. Er wollte in seinem Volk, aus seinen Erfahrungen die Macht und die Marter der Grube und der Maschine zeigen, und er tat es, unbekümmert um die Vorbilder. Er wollte sein Buch nicht unterdrücken, weil ein anderer den gleichen Stoff behandelt hatte. So verfährt eben der Künstler, der unbesorgt ist und nur an die lebendigen Dinge denkt.

× **Alteneberg** Die Kunst Peter Altenebergs ist jetzt so weit von allem Tagesbrauch abgewichen, daß der Poet wie ein unbegreiflicher Wahnsinniger erscheint. Einer von den gesunden Wahnsinnigen, deren Geist nicht zerstört und ganz zügellos geworden ist. Sie haben sich nur an eine einzige, an eine der Masse sehr fremde Idee gewöhnt. Sie sind die Genies dieser Idee. Der Arzt sieht in ihnen Entartete, die verkommen, die entgleist sind. Für den Ästhetiker laufen die Grenzen weniger hart, und er

prüft und erfährt, daß seiner Phantasie und nachfühlenden Herzenskraft viel neue Anregung aus dem Werk Peter Altenbergs zufließt: Freude für den spielenden Geist, Freude auch für das Ohr, das den schönen Klang empfangen darf. Denn gesagt muß werden, daß Altenbergs Stil schön und nicht nachzuahmen ist. Lyrik ist in diesem Stil. Hören wir eines seiner Gedichte, das wirklich gar nichts anderes als eine der italienischen Kanzone ebenbürtige Seelenoffenbarung bedeutet. Das Gedicht tönt in Rhythmen, die von der Prosa fern sind, die zur reinen Lyrik erheben. Es ist in Altenbergs letztem Band *Semmering 1912* /Berlin, S. Fischer/ gedruckt und lautet:

»Er wußte, daß ihr brauner Leib
(er liebte jedes Härchen ihrer dunklen Achselhöhlen,
die er ein einziges Mal bei ausgestrecktem Arm und
weiten Seidenärmeln erblickt hatte),
er wußte, daß ihr brauner Leib
in Zärtlichkeiten triefte bei dem andern.
Dies nahm er als unabwendbares Geschick,
wie Verarmung, Krankheit, Sterben.
Ja, es erzeugte sogar der süßen Selbstlosigkeit
bittere Wollust.

Er war gewappnet, stand, ein düsterer Ritter, an den schweren Toren ihrer leichten Seele.
Doch als sie dem dritten aus seinem Wermutglase den Zwiebackbrocken mit den Fingern fischte, und jener den geheiligten Wein ihr zutrank, da wurde er entwaflnet, zog sich zurück von seinem gefährvollen Posten am schweren Tore ihrer leichten Seele,
ging langsam die weiße Landstraße hinab, und seine Schritte zogen müd dahin.«

Diese scheinbare Prosa ist also sehr rhythmische Form. Ein Parallelismus ist hörbar, wie er etwa in biblischer Schrift angewandt wurde. Weisheitsbücher haben demnach wohl in Altenberg nachgewirkt. Er wurde ein Weiser genannt; er ist es ja auch, wenn ein Weiser jener Mann ist, der die Erde und all ihre gültigen Gesetze aus einem Grundsatz erklären möchte. Der Grundsatz Altenbergs wäre die Entsagung. Entsagung insofern als die Begehrlichkeit nach jedweden Ding, nach jedweder lebenden Kreatur ihm als Zeichen einer tierischen Neigung, eines wenig geläuterten Temperaments erscheint. Rechten wir nicht mit Peter Altenberg, der seine Weisheitssätze in Poesie verwandelt, in beredte, schön geformte Didaktik, wie es die Lehrer der Antike taten, denen Ahnen, Denken und Dichten noch ein ungeteiltes Geschäft war. Die mit dem Kunstwort *Resignation* bezeichnete Regung der Seele ist nicht Altenbergs Weisheit. Resigniert ist einer, der mitten in dem Geschmack für das Lebens-

sinnliche drin gewesen ist. Altenberg ist weit unirdischer, und er vergöttert Tasse und Glas, aus denen die nicht genossene, die nur mit den übersinnlichen Gefühlen umschwärmte Geliebte trinkt. Der Mann, der so in seine erdichtete Weisheitswelt versunken ist, leidet nur manchmal an irdischer Krankheit. Er hat Rückfälle ins Irdische, ins Begehrliche. Und Altenberg schützt sich durch Fluchen, wie das sonst auch schon die Heiligen getan haben, wenn sie versucht wurden. Endlich ist dem Peter Altenberg, wie den Heiligen auch, beschieden, daß er eines Tages etwas Wahrhaftiges und Ewiges über den Wert seines Lebens und über den Ruhm, den er nach seinem Tod finden wird, aussagen darf. Er sagt: Dichter ist einer, den alle verlachen, und um den sie trauern, wenn er nicht mehr ist«.

× Kurze Chronik Der junge, begabte Dichter Friedrich Huch ist gestorben. Sein (erstes) Buch *Peter Michel* gehört zu dem Bleibenden unserer Literatur. × Auch Joaquin Miller, der die amerikanische Wildnis besungen hat, ist tot. Für uns Deutsche übersetzte Peter Hille einen Roman des Wildlings. × René Schickele hat Aufsätze gesammelt, die er als Journalist in Paris schrieb (*Schreie auf dem Boulevard* /Berlin, Paul Cassirer/). Er will als Poet über den Dingen bleiben, selbst einer Banalität, einer Kammermusik, einer Skandalgeschichte sorgfältig arbeitende Kunstgeduld schenken.

× Literatur Eine Geschichte der deutschen Nationalliteratur von Goethes Tod bis zur Gegenwart hat Carl Bleibtreu erscheinen lassen /Berlin, Herlet/. Bleibtreus Urteile sind sicherlich nicht im Schulsinn objektiv, aber sie kommen stets aus einem leidenschaftlichen Herzen, das leidenschaftlich kundtut, wo es liebt, und wo es haßt. Allein schon das Kapitel über Heinrich Heine würde genügen, um dieses Buch als eine herzerfreuende Tat erscheinen zu lassen: gerade jetzt, wo ein empfindungsarmes Ästhetentum kein Verhältnis mehr zu Heine findet, und wo manch ein Journalist seinen Wortwitz an diesem Großen zu üben sich herausnimmt. »Wir aber, Heinrich Heine, stehen auf für dich wider alle Hochverräter der Poesie, die dein Standbild anpöbeln... Ein Genius warst du und ein braver Soldat im Befreiungs-

krieg der Menschheit.« Auch über Grabbe, den nur wenige kennen (diese lieben ihn auch) stehen ein paar gute Worte in dem Buch. Freilich, bei der Literatur unserer Tage kann man Bleibtreu nicht mehr folgen. Auch hier noch vieles Richtige und Schöne. Aber im ganzen überwiegt doch die persönliche Stellungnahme, die aus den Werken sich nicht rechtfertigen läßt, und die sich nur daraus erklärt, daß Bleibtreu, selbst eine der historischen Persönlichkeiten der jüngstdeutschen Literatur, hier allzusehr Parteimann ist. Das krassste Beispiel ist die Beurteilung Gerhart Hauptmanns. Über all das muß man hinweglesen, um sich des Buches freuen zu können, das eine Bereicherung der Bibliothek jedes Freundes unserer Literatur von Goethe bis Hebbel darstellen wird.

Musik / Erich Falkmann

Mozart Um eine lebendig geschriebene Mozartbiographie hat die *Schlesische Verlagsanstalt* in Berlin ihre Sammlung *Berühmte Musiker* bereichert. Dem Verfasser, Leopold Schmidt, ist mit diesem Buch eine anschauliche Darstellung der Persönlichkeit und des Schaffens des Komponisten gelungen. Typische Einzelzüge aus seinem Leben werfen helle Streiflichter auf die Eigenart Mozarts; seine musikalische Entwicklung wird von den Jugendkompositionen bis zu den Symphonien und den Opern verfolgt, die eine ausführliche Würdigung auch in ihrer Bedeutung für die spätere Musikgeschichte und für unsere Zeit erfahren. Sehr glücklich ist sein Verhältnis zur italienischen Musik charakterisiert. Mozart war als Musiker im Grunde Italiener und muß als solcher beurteilt werden. Er wandelte aber die italienische Musik zu einer reinen Ausdruckskunst um und schuf so die Grundlage einer neuen Kunst, auf der dann Beethoven weiter bauen konnte. Da das Buch für den weitesten Leserkreis gedacht ist, ist aller wissenschaftliche Ballast ausgeschaltet und wagt sich nur hier und da in Anmerkungen schüchtern hervor. Dennoch fehlt neben der deskriptiven Seite die kritische nicht ganz. Sie tritt, mehr abwägend als verurteilend, in der Besprechung der kirchlichen Musik Mozarts zutage, von der Leopold Schmidt nur das *Requiem* als bedeutende Komposition gelten läßt, während er im übrigen den Ernst und die Tiefgründigkeit vermißt. Reicher Bilderschmuck und ein

Anhang von Briefen über und von Mozart erhöhen die Freude an der Lektüre des Buches.

Die Ergebnisse wertvoller Spezialforschung über die *Zauberflöte* finden wir in der Schrift von Edward J. Dent *The Magic Flute* /Cambridge, Heffer/. Dies Buch, das alles bisher über diese Materie Geschriebene übertrifft, läßt uns einen tiefen Einblick in Mozarts Schaffen tun. Der eigentliche Verfasser des Librettos zur *Zauberflöte* war der Chorsänger des Wiener Theaters Giesecke. Von Schickaneder stammen nur einige heitere Episoden und die Figur des Papageno. Die Beziehungen zur Freimaurerei werden erörtert, und die Entstehungsgeschichte des Textbuchs wird bis zu seinen Quellen verfolgt. Diese entspringen aus dem alten, zu seiner Zeit sehr verbreiteten Roman des Abbé Perasson *Sethos*, der dem Verfasser genau bekannt gewesen sein muß, und der großen Einfluß auf die Gestaltung des Textes hatte. Manche Situationen sind in beiden Werken die gleichen und zwei Stellen sind Wort für Wort übernommen.

Eine Mozartfeier veranstaltete das Mozarteum in Salzburg mit dem Orchester des *Münchener Konzertvereins*. 3 Kammermusik- und 2 Orchesterkonzerte brachten eine Auswahl aus Mozarts Schaffen, darunter als Abschluß das wundervolle *Requiem*. Der Direktor des Mozarteums Paul Graener und die Solisten widmeten sich ihrer Aufgabe mit Hingebung.

×
Neuausgaben Erscheinungen von unschätzbarem Wert sind die Taschenausgaben der Orchesterpartituren klassischer und moderner Musik. Der billige Preis erleichtert die Anschaffung, das bequeme Format das Studium und das Nachlesen in Konzerten. Der ungeheure Aufschwung in der Behandlung des Orchesters ist zum nicht geringen Teil auf die leichte Zugänglichkeit der Meisterwerke der Instrumentierung zurückzuführen.

Unter den Neuerscheinungen ist in erster Linie Eulenburgs vorzüglich gestochene Ausgabe der 9 Symphonien Bruckners zu nennen, denen sich die meisten Kammermusikwerke Dvořáks und Suiten von Bach und Volkmann anschließen. Ein Gegenstück dazu bieten Bote & Bocks Publikationen der letzten Orchester- und Kammermusikwerke Regers. Die Wiener *Universal-edition* beschließt die Reihe der Mahlerschen Orchesterwerke mit der 9.

Symphonie und dem *Lied von der Erde*. Weniger gut lesbar ist eine autographierte Studienausgabe der Schönbeargschen *Gurrelieder*. Eine erfreuliche Gabe bietet der Verlag Ricordi mit Verdis Meisterwerk *Falstaff* in hübscher Ausstattung, dessen Preis leider nicht so niedrig ist wie der der Tondramen Wagners, die sämtlich noch vor Ablauf der Schutzfrist eine starke Preisreduzierung erfahren haben. Die wichtigsten Werke der neufranzösischen Komponisten finden wir bei Durand vertreten, unter denen namentlich die letzten Kompositionen Debussys *Printemps* und *Le Martyre de Saint-Sébastien* und Ravel's *Ma Mère l'Oye* und *Daphnis et Chloé* Interesse erwecken.

× Kurze Chronik Der bekannte Cellovirtuose

David Popper ist gestorben. × Dr. Max Adler

in Dresden hat, angeregt durch den für nächstes Frühjahr bevorstehenden 200. Geburtstag Glucks eine Glückgemeinde begründet, die sich die Verbreitung und Förderung des Verständnisses für Gluck durch stilreine Aufführungen und Herausgabe einer sorgfältigen Gesamtausgabe zum Ziel gesetzt hat. × Eine unbekannte Symphonie in D-Dur von Haydn wurde im musikalischen Bestand der Hofkapelle in Donaueschingen gefunden. × Ein Musikfest in Heidelberg zog eine Parallele zwischen Bachschen und Regerschen Werken.

× Literatur Unter dem Titel *Beethovenforschung* /Wien, Gerold/ faßt der feinsinnige Beethovenbiograph Theodor von Frimmel eine Reihe von Aufsätzen und Notizen zusammen, die, als Ersatz des vorläufig im Erscheinen unterbrochenen *Beethovenjahrbuchs* bestimmt, die Verehrer des Meisters über die Fortschritte der Beethovenstudien auf dem laufenden erhalten sollen. Die in zwangloser Folge bisher veröffentlichten 4 Hefte bilden den 1. Band und unterrichten über die neuen Erscheinungen der letzten beiden Jahre. Der Inhalt ist sehr mannigfaltig. Ausführlich wird die Bibliographie behandelt, über den Besitzwechsel in Beethovenmanuskripten genau berichtet, eine Menge Briefe des Komponisten mitgeteilt und kommentiert. Besonders interessant sind die Beiträge über die Datierung der vor 2 Jahren neu entdeckten Jugendsympho-

nie Beethovens, über seine Spaziergänge und Fahrten nach Wiener-Neudorf, über die Metronomisierung der 9. Symphonie und eine Zusammenstellung der Ursachen und Folgeerscheinungen von Beethovens Taubheit. Sehr sympathisch berührt der sachgemäße Ton, der auf jeden unkritischen Enthusiasmus verzichtet und sich streng an das Tatsächliche hält. × In ein wenig erforschtes Gebiet versetzt uns S. Kisselhoffs Broschüre *Das jüdische Volkslied* /Berlin, Jüdischer Verlag/. Das Büchlein bezweckt nachzuweisen, wieviel Schätze nationaler Volkskunst noch auf dem Gebiet der jüdischen Lyrik ungehoben schlummern. Der Verfasser gibt uns nach einem einleitenden historischen Kapitel eine Reihe von Proben aus den verschiedenen Gruppen der jüdischen Volkslieder. Ihr Inhalt malt in kräftigen Zügen das Leben und Treiben des jüdischen Volkes im Ghetto und gibt ein Bild von dem Empfindungsleben und den Leiden einer unterdrückten Volksmasse. Eine Atmosphäre voll dumpfer Trauer und bitterer Klagen umfängt uns. »Das jüdische Lied ist der Schrei einer leidensmüden, gequälten, gepeinigten Seele«, sagt der Verfasser. Der schönste Erfolg dieser mit Wärme geschriebenen, trotz ihrer Kürze instruktiven Veröffentlichung wäre, wenn sie die Aufmerksamkeit der Literatur- und Musikhistoriker auf die Erforschung dieses bisher nicht genügend beachteten Zweiges der Volkslyrik lenkte.

Bühnenkunst / Adolf Behne

Berlin: Saison Das Theaterjahr, dem wir 1913-1914 entgegengehen, ist das erste ohne Otto Brahm.

Mit dem Tod dieses Mannes ist ein wichtiger Abschnitt der deutschen Theatergeschichte zu Ende gegangen. Es ist deshalb mehr als der übliche Saisonwechsel, wenn nun die Theater wieder ihre Spielzeit beginnen. Es fängt ein neuer Abschnitt an. Wird das Beispiel Otto Brahms auf seine Nachfolger einwirken, oder wird man ihn vergessen? Wird die Menschlichkeit oder die Ausstattung siegen? Was uns die einzelnen Theater in ihrem Programm versprechen, wird uns weiter unten beschäftigen. Sehen wir zunächst einmal, was sie im verflassenen Zeitabschnitt geleistet haben.

Das Lessingtheater brachte einige Novitäten (*Das Prinzip, Narrentanz, Sommer, Die große Liebe*), von denen keine tiefen Eindruck gemacht hat. Das Werk-

Heinrich Manns konnte unter einer mächtigen Regie nicht seine volle Kraft beweisen.

Die Reinhardt'schen Bühnen (*Deutsches Theater und Kammerspiele*) führten Thomas Manns *Fiorenza*, Stuckens *Astirid*, Sternheims *Don Juan* und Bürger Schippel auf, dann aber Tolstoj's *Lebenden Leichnam* und Strindbergs *Totentanz*, dazu Werke von Schalom Asch, Maeterlinck, Sascha Guitry, Etienne Rey und Simons-Mees. Von klassischen Werken wurden beide Teile von *König Heinrich IV.* und *Maria Magdalena* einstudiert.

Das königliche Schauspielhaus bestritt sein Repertoire zum größten Teil aus dem *Großen König*, dem *Austauschleutnant*, *Kerkyra*, *Wieselchen* und *1812*. Die *Hermannsschlacht* und der *Don Carlos* waren das einzige, was, wenigstens in literarischer Hinsicht, von Wert war. Es ist vielleicht von Interesse einmal den Spielplan des Dresdener königlichen Schauspielhauses zum Vergleich mit dem unserer Hofbühne heranzuziehen. Hier wurden *Gabriel Schillings Flucht*, Eulenbergs *Belinde*, Shaws *Fannys erstes Stück*, Hofmannsthal's *Jedermann*, Wedekinds *Kammersänger*, Schnitzlers *Zwischenspiel*, Otto Ludwigs *Torgauer Heide*, Hebbels *Genoève* zur Aufführung gebracht. Sonst enthielt das Repertoire *Hedda Gabler*, Wassermanns *Hockenos*, *Herodes und Mariamne*, *Die Journalisten*, *Maria Magdalena* usw. Hebbel allein war mit 8 Werken (und 38 Vorstellungen) im Spielplan vertreten. Der bereits in der vorigen Rundschau (1913, 2. Band, pag. 1044) hervorgehobene Hebbelzyklus fand zu ermäßigten Eintrittspreisen statt. Weitere Worte erübrigen sich wohl. Die Berliner Hofbühne bleibt aber nicht nur hinter Dresden, sie bleibt auch hinter Stuttgart zurück. Hier kamen von modernen Autoren zu Wort: Hauptmann, Hofmannsthal, Thoma, W. von Scholz, Rostand, Bahr und andere.

In Berlin interessierte am meisten der Spielplan des *Kleinen Theaters*, dessen Leiter Barnowsky der Nachfolger Otto Brahm's am *Lessingtheater* wurde. Er inszenierte Ludwig Thomas Bauernstück *Margdalena*, Hauptmanns *Michael Kramer* und Schnitzlers *Professor Bernhardt* (das ein Zugstück für seine Kasse wurde und dadurch freilich den Spielplan drückte).

Die Direktion Meinhard-Bernauer hat ihren künstlerischen Ehrgeiz durch die Aufführungen von *Macbeth*, *Brand*,

Hedda Gabler und *Herodes und Mariamne* befriedigt.

Die neue Berliner Saison bringt einen umfangreichen Direktorenwechsel. Die ehemalige *Kurtürsteneroper* wird zur *Sozialitätsbühne*. Hier wird ein Rest des alten Brahm'schen Ensembles, unter ihnen Else Lehmann und Oscar Sauer, sich zur Pflege einer großen Bühnenkunst im Sinn Otto Brahm's zusammenfinden. Die Leitung führt Rudolf Rittner. Gerhart Hauptmann wird sich an der Regie beteiligen. Doch soll mehr als es unter Brahm geschah die klassische Kunst gepflegt werden, was sich in der Wahl der Eröffnungsvorstellung *Wilhelm Tell* ausspricht.

Das *Lessingtheater* erhält, wie gesagt, in Barnowsky einen neuen Leiter. Man darf sehr gespannt sein, was Barnowsky an dieser Stätte leisten wird. Er will sein Theater mit dem *Peer Gynt* eröffnen und verspricht des weitern je ein neues Werk von Wedekind, Shaw, Heinrich Mann, Adolf Paul, Franz Molnár, Ludwig Thoma und die Dramatisierung der *Brüder Karamasow* durch Franz Blei; auch ein Werk von Hermann Essig. Wir sollen ferner Schnitzlers *Jungen Medardus*, Strindbergs *Nach Damaskus* und ältere Werke von Hauptmann, Björnson, Ibsen und Wedekind kennen lernen. Endlich Grabbes *Scherz*, *Satire*, *Ironie*, und *tiellere Bedeutung*; und das ist wohl das Wichtigste, daß endlich auch Grabbe auf die Bühne kommt.

Das *Kleine Theater* übernimmt Dr. Georg Altmann aus Hannover. Er stellt zunächst Herbert Eulenberg (*Paul und Paula*), Max Mell (*Der Barbier von Berriac*) und Anton Wildgans (*In Ewigkeit Amen*) in Aussicht.

Das *Deutsche Schauspielhaus* unter der Direktion Lantz hat ein allzu buntes Programm aufgestellt, in dem Strindberg neben Paul Schöler und Hermann Sudermann steht.

Warten wir jetzt ab, wie die Taten den Worten entsprechen werden. Es kann jedenfalls, rein theatralisch genommen, eine der interessantesten Saisons werden, die jetzt anhebt. (Eine neue Literatur uns zu bringen steht freilich nicht in der Macht des Theaters.)

× ×
Filmdramen Den von der *Nordischen Filmkompanie* herausgebrachten *Pompador* möchte ich als die feinste und liebenswürdigste Filmkomödie bezeichnen, die uns der Kino bisher geboten hat. Hier ließe

sich wirklich einmal von Stil sprechen. Hier lag einmal nicht mehr aller Nachdruck auf den nackten Vorgängen, die schließlich nicht so sehr viel anders waren als in anderen Kinokomödien auch, sondern auf der Auffassung, auf dem Spiel, auf der Durchführung. Vieles, was sonst in Kinostücken als unentbehrlich gilt (Zeitungsausschnitte, Briefe, Dutzende von Nebenpersonen, Autofahrten, eingelegte Scherze) war hier vermieden oder doch äußerst stark eingeschränkt. Nur 4 Personen treten auf; die Diener, Kellner, Chauffeure, Kammermädchen sind möglichst nebensächlich behandelt. Und gerade dadurch gewinnt der Charakter des Films so außerordentlich. Alles Interesse konzentriert sich auf das Spiel jener 4 Personen. Zum erstenmal lernte man im Film Schauspieler kennen, deren Spiel an sich fesselte, nicht mehr nur geschickt oder geschmackvoll genug war, um die Vorgänge erträglich zu machen. Dagegen scheint mir der Versuch des *Uniontheaters* mit Hilfe eines verspäteten Doppelgängers Richard Wagners eine Biographie Wagners in lebenden Bildern zu geben nicht entwickelungsfähig und nicht nachahmenswert. Zugabe, daß unter der Regie William Wauers vieles ganz geschickt und geschmackvoll gemacht war (vieles war es auch nicht), scheint es mir doch so gar nicht im Wesen, im Besondern des Kinos begründet zu sein die verschiedensten historischen Personen zu verwechseln ähnlich vorzuführen. Es ist ja nicht eben schwer einem Schauspieler eine Lisztmaske zu geben, aber selbst wenn diese noch so ähnlich sein sollte, hört jede Illusion notwendig auf, sobald der betreffende Schauspieler sich bewegt. Man glaubt wohl an eine Ähnlichkeit der Maske, schwer indes der Bewegung, die nicht minder individuell und charakteristisch ist als die Physiognomie, aber im Gegensatz zu jener nicht reproduzierbar. Man wende nicht ein, daß wir uns doch im Schauspiel mit einem alten Fritz, mit einem Napoléon abfinden. Denn wir können das auch im Schauspiel nur, wenn uns ein Dichter dasjenige, was noch wesentlicher als Maske und Bewegung ist, nämlich die Seele, überzeugend und mit suggestiver Kraft vergegenwärtigt.

✕ **Kurze Chronik in München** fanden einige interessante Theaterabende statt. Jakob Schaffner kam am *Künstlertheater* mit

einem Opferspiel zu Wort, das den Titel *Die Heilige* führt. Die selbe Bühne brachte Shakespeares *Antonius und Kleopatra* in einer Neubearbeitung heraus, die wir vielleicht auch in Berlin zu sehen bekommen werden. In den *Kammerspielen* führte das Dumont-Lindemannsche Ensemble aus Düsseldorf Knut Hamsuns Schauspiel *Vom Teufel geholt* auf. ✕ Als wirksame Propagandavorstellung, im Kampf der Menschheit gegen die Lues, führte ein in Berlin fremdes Ensemble auf Anregung der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, unter der Leitung von Ernst Michaelis und Eugen Moebius, *Die Schiffbrüchigen* von Brieux auf. Das Stück hatte großen Zulauf und mußte viele Male gespielt werden. ✕ In Baden-Baden wurde eine Satire des jungen Goethe, der *Pater Brey*, auf einem Marionettentheater mit Puppen von Ivo Puhonny unter großem Beifall, aufgeführt.

✕ Literatur

Kino und Kunst nennt sich eine sehr lesenswerte kleine Schrift von Hermann Häfker /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Der Verfasser zeigt überall eine in das Detail gehende Kenntnis der Materie, so daß alle seine Vorschläge, Kritiken und Wünsche nicht etwa graue Theorie sondern im Wesen und in der Technik des Kinos durchaus möglich und begründet sind. Häfker sieht gerade in dem Herausarbeiten und Betonen dessen, was das Besondere und Eigentümliche des Kinos ausmacht, die Aufgabe der Zukunft. Fraglos vollkommen mit Recht. Was Häfker von diesem Standpunkt aus im einzelnen tadelt oder lobt, ist sehr interessant zu verfolgen, weil er eben allemal die technischen Gründe genau angibt. So erhält der dem innern Betrieb des Kinos ferner stehende zugleich eine Einführung in vieles, was ihm sicherlich doch sehr willkommen ist. Wenn ich überhaupt etwas aussetzen darf, so kann es nur dieser eine Punkt sein, daß Häfker mir *künstlerisch* allzusehr mit *wissenschaftlich einwandfrei* zu identifizieren scheint. Gewiß ist seine Kritik vom lehrhaft-pädagogischen Standpunkt aus meistens sehr zutreffend. Aber ich kann mir denken, daß mancher der von ihm kritisierten Filme dennoch sehr schöne Bilder bietet, und ich möchte ihn dann doch nicht als künstlerisch wertlos bezeichnen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Gassteckkontakt Der bisher übliche Anschluß von transportablen Gasbeleuchtungs- und -heizapparaten vermittelt Schlauch und Schlauchhahn gibt zu den größten Bedenken Anlaß. Einmal ist der Anschluß nicht gerade sehr bequem, außerdem aber bietet er eine stete Quelle der Gefahr. Die meisten Gasausströmungen mit ihren verhängnisvollen Folgen ereignen sich infolge Abgleitens des Schlauches vom Schlauchhahn respektive Aufplatzen der Gummischläuche bei geöffnetem Gashahn. Durch Anwendung des von dem Gasanstaltsdirektor Behr in Kolberg erfundenen Gassteckkontakts, der von der Firma Jul. Pintsch fabriziert wird, wird eine Schlauchverbindung ermöglicht, die sich rasch und leicht ausführen läßt.

Der neue Gassteckkontakt besteht aus einer an der Wand befestigten Steckdose, die an die feste Gasleitung und einem Stecker, der mit einem soliden Metallschlauch an den Beleuchtungs- oder Heizkörper angeschlossen ist. Die Steckdose ist im wesentlichen ein Hahngehäuse mit achsial zu dem Gehäuse angeordneten Hahnkükten. Das Kükten besitzt eine rechtwinklige Bohrung, die nur bei einer bestimmten Stellung Gas in eine Aussparung des Hahngehäuses und damit in den angeschlossenen Verbrauchsapparat entläßt. Das Kükten kann nur durch den als Schlüssel ausgebildeten Stecker betätigt werden. Man führt hierzu den Stecker in die Steckdose ein, so daß er in eine quadratische oder dreieckige Vertiefung am Kopf des Hahnkükens eingreift. Um nun das Gas zum Ausströmen zu bringen, ist es erforderlichlich den Stecker (und damit auch das Hahnkükten) um 90° zu drehen. Hierbei setzt sich der Stecker mit 2 Anschlagstiften in einem Bajonettverschluß fest, und es ist eine absolut sichere Verbindung mit Gasleitung und Verbrauchsapparat geschaffen. Wenn man den Gasverbrauchsapparat entfernen will, muß man zunächst mit dem Stecker eine Drehung um 90° zurück ausführen, wobei der Gasauslaß abgesperrt wird, und kann dann erst den Stecker aus der Anschlußdose wieder herausziehen.

Diamantenherstellung Seitdem es Moissan gelungen ist im elektrischen Ofen künstliche Diamanten zu erzeugen, die freilich nur mikrosko-

pisch klein waren, hat das Bemühen der Techniker nicht geruht auch technisch verwertbare Diamanten künstlich herzustellen. Das Verfahren Moissans bestand darin, daß er im elektrischen Ofen Kohlenstoff in Eisen auflöste und das geschmolzene Eisen plötzlich abkühlte. Dadurch entstanden im Innern des Eisenstücks kolossale Druckspannungen, die den Kohlenstoff zwingen in dem noch flüssigen Innenraum auszukristallisieren. Kristallisierter Kohlenstoff ist aber Diamant.

Neuerdings ist es nun dem Direktor eines Karbidwerks, Herrn de Boismenu, gelungen erheblich größere Diamanten auf künstlichem Weg herzustellen, Diamanten, die eine Korngröße bis zu 2½ Millimeter Durchmesser besaßen, und die in dieser Größe zum Besetzen von Glaserwerkzeugen, Bohrkronen usw. schon brauchbar sind. Das Verfahren de Boismenus besteht darin, daß er geschmolzenes Kalziumkarbid mit sehr starken Strömen elektrolytisch zerlegt. An dem negativen Pol scheidet sich hierbei das Metall, an dem positiven Kohlenstoff zum Teil in Kristallen aus. Die Größe der ausgeschiedenen Diamanten scheint von der Zeitdauer der elektrolytischen Einwirkung abzuhängen. Bei 9stündiger Elektrolyse entstanden Diamanten von 1½ Millimeter Durchmesser, bei 12stündiger solche von 2½ Millimeter. Das elektrolytisch zerlegte Kalziumkarbid, das nach dem Erstarren der Schmelzmasse aus Kalzium, Kohlenstoff und restierendem Karbid besteht, wird durch Wasser zerlegt und ausgeschlämmt, wobei die Diamanten gewonnen werden. Die Ausbeute ist im Verhältnis zur aufgewandten Stromarbeit allerdings noch sehr gering; jedenfalls aber ist ein neuer Weg zur Herstellung künstlicher Diamanten erschlossen.

Geldschrank-sicherung Den Herren Einbrechern, die sich alle Fortschritte der Technik zunutze zu machen wissen, ist neuerdings die Arbeit beim Geldschrankknacken wesentlich erschwert worden. Die Arbeit der Geldschrankknacker besteht bekanntlich hauptsächlich darin, daß sie mit einem Schneidebrenner, der von Leuchtgas und von in Stahlflaschen mitgebrachtem komprimierten Sauerstoff gespeist wird, aus den Panzerplatten des Geldschrankes ein Loch in der Größe des Schlosses herauszuschneiden, das Schloß herausnehmen und dann in aller Ruhe und Bequemlichkeit die Türen öffnen. Der Wirkung eines Schneidebrenners widersteht auch

die dickste Stahlplatte nicht, wenn er lange genug einwirken kann. Bei dem für die gewöhnlichen Geldschranktüren benutzten Stahlblech von 10 bis 15 Millimeter Stärke genügt eine 1- bis 2tündige Arbeit, um aus der Tür eine der Schloßgröße entsprechende Platte herauszuschneiden. Dieses Verfahren wird übrigens auch von den Geldschrankfabriken allgemein angewandt, wenn bei Verlust der Schrankschlüssel eine gewaltsame Öffnung vorgenommen werden muß.

Um nun die Arbeit der Einbrecher wenigstens zu erschweren, sind die modernen Geldschrankfabriken darauf gekommen die Geldschränke aus mehreren Lagen von Stahlblech herzustellen, die im Abstand von 60 bis 120 Millimeter durch zahlreiche, nur wenige Zentimeter von einander abstehende Bolzen mit einander verbunden sind. Die Verbindung der gehärteten Stahlbleche mit den Bolzen geschieht durch elektrische Lichtbogenschweißung. Der Zwischenraum zwischen den Panzerplatten und den Bolzen ist mit einer aus Karborundum und Beton bestehenden Masse ausgefüllt. Bei dieser Ausführung widersteht die Geldschrankplatte sicher verbrecherischen Angriffen. Die gehärteten Stahlplatten verhindern das Anbohren mit Stahlbohrern. Versucht es der Einbrecher mit einem Schneidebrenner, so wird die abgetrennte Tafel durch die zahlreichen Bolzen trotzdem noch sicher festgehalten. Die einzelnen Bolzen werden aber durch die Schutzmasse vor Angriffen des Schneidebrenners geschützt; sie müßte also in mühsamer Arbeit erst entfernt werden, und dann müßte Bolzen für Bolzen abgeschmolzen werden. Hierzu ist eine außerordentlich lange Zeit erforderlich und zugleich auch ein so großer Verbrauch an Sauerstoff für den Schneidebrenner, daß die Einbrecher immer erst mit einem kleinen Möbelschrank vorfahren müßten.

✕ **Kurze Chronik** Um für Funktelegramme eine dokumentarische Unterlage ihres Wortlautes zu erhalten, hat die englische Marconigesellschaft eine Einrichtung zur automatischen Niederschrift der Telegramme geschaffen. ✕ Der Telefunkenstation Nauen ist es gelungen unter Benützung einer Telefunkenhochfrequenzmaschine eine Übertragung der Sprache auf 600 bis 700 Kilometer zu erzielen.

Literatur

Das von Professor Dr. Miethe herausgegebene Werk *Die Technik im 20. Jahrhundert* / Braunschweig, Westermann/, dessen erste 3 Bände in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1698 f., 1912, 2. Band, pag. 954 f., und 1913, 1. Band, pag. 138) gewürdigt worden sind, ist jetzt mit dem 4. Band zum Abschluß gelangt. Es hat bis zum Schluß das gehalten, was bereits der 1. Band versprochen hatte. In Anlage und Durchführung gibt es ein getreues Abbild der Technik unserer Zeit, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Leistungen. Der Schlußband beschäftigt sich mit dem Verkehrswesen und der Großfabrikation. Die Dampf- und Elektrobahnen sind von Direktor Doepner behandelt, dem Leiter der großen Schwartzkopff-Maffei-Werke in Berlin-Wildau. Über Schiffe schreibt Professor Walter Laas (Charlottenburg). Die Schiffsmaschinen finden ihre Darstellung durch Professor Paul Krainer (Charlottenburg). Für die Besprechung der Kraftwagen wurde Professor Dr. A. Riedler (Charlottenburg) gewonnen. Die Luftfahrt in allen ihren Zweigen hat den Major a. D. Professor Dr. August vom Parseval zum Verfasser. Über Post, Telegraphie und Fernsprechwesen gibt Rich. Kahlmann Auskunft. Die genannten Verfasser sind Autoritäten in ihren Spezialgebieten. Das gibt dem Leser die Gewähr absoluter, sachlicher Zuverlässigkeit und kritischer Durcharbeit des großen Materials. Deshalb fehlen aber auch in der Darstellung fast ganz die Superlative. Von den technischen Berichten in den Tageszeitungen her ist man es gewöhnt verblüffende Einzelleistungen, etwa auf dem Gebiet der Funkentelegraphie oder des Flugwesens, gleich als Zeichen einer neuen Kulturwende gepriesen zu sehen. Der wirkliche Fachmann ist nüchterner. Er kennt die Entwicklung und die Entwicklungsfaktoren. Das Gewordene ist ihm deshalb auch keine sensationelle Überraschung. Und in diesem Werk kommen ausschließlich Fachleute zu Wort. Deshalb ist es auch so wertvoll. Der gebildete Laie lernt im Zusammenhang sehen, und so kommt er von selbst zur Wertschätzung der Tages- und Kleinarbeit des Ingenieurs von heute. Er kommt zu einer wirklichen Würdigung, dieser sich so bescheiden gebenden und doch so wichtigen Arbeit, die ganz auf die möglichst vollkommene Umsetzung einer Energieform in die andere, auf arbeit sparende Methoden bei der Herstellung und die Organisation der Ar-

beit, auf die wissenschaftliche Beherrschung des Materials gerichtet ist. Und diese Arbeit, die der Außenstehende kaum sieht und beachtet, ist für die Entwicklung der Technik von größerer Wichtigkeit als eine zufällige Einzelfindung. Um ein Beispiel herauszugreifen, sei aus dem vorliegenden Band auf den Abschnitt über den Schiffspropeller verwiesen. Das Problem ist ganz klar herausgearbeitet. Die erzielten und die erzielbaren Leistungen sind scharf präzisiert, und die Wege werden gewiesen, auf denen neue und wirkliche Erfolge erreichbar erscheinen. Man sieht aber zugleich, wie ein technisches Problem nicht isoliert zu bewältigen ist, weil es innig mit anderen Problemen zusammenhängt. Auf dem Gebiet des Dampfmaschinenbaus bedeutet die Dampfturbine den letzten und bedeutendsten Fortschritt der letzten Dezennien. In Verbindung mit der Dynamomaschine stellt die Dampfturbine, die das Maximum ihrer Leistung bei großer Umlaufzahl aufzuweisen hat, eine unübertroffene Einheit dar. Zusammengekuppelt mit der nur bei mäßiger Umlaufzahl rationell arbeitenden Schiffsschraube geben aber die beiden Elemente das Bild einer unglücklichen Ehe, in der beide Teile zu kurz kommen. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Geradezu mustergültig für die Art der gemeinverständlichen und doch sachlich vertieften Darstellung ist die Abhandlung Riedlers über den Kraftwagen; besonders der Abschnitt über die Wertung des Kraftwagens ist, was Klarheit und Durchsichtigkeit der Darstellung anlangt, kaum noch zu übertreffen. Besonders interessant sind seine Ausführungen über den Kraftwagenbau und die Bedeutung, die gerade hier die Genauigkeit bei der Herstellung gewonnen hat. Sie gelten übrigens ganz allgemein für die Massenfabrikation überhaupt. Sehr willkommen wird dem Leser die Abhandlung Parsevals über die Luftfahrt sein. Aus den zahlreichen Monographien über die Luftschiffahrt wird sich auch der Gebildete kaum ein zutreffendes Bild über den gegenwärtigen Stand und die möglichen Leistungen machen können. Durch die Darstellung eines der erfolgreichsten Pioniere auf diesem Gebiet aber wird er leicht und zuverlässig diesen Einblick gewinnen. Die technischen Maßnahmen sowie die Organisation des Großbetriebs werden von Direktor E. Huhn (Charlottenburg) behandelt. Den Beschluß des Bandes macht eine Studie über die wirtschaftliche Ausgestaltung

der Großfabrikation von Professor Dr. Carl Mollwo (Berlin). Für diese Abschnitte gilt besonders das, was ich oben über die Arbeit des modernen Ingenieurs ausgeführt habe. Die Bedeutung der Werkzeuge, die Wichtigkeit des Messens im Großbetrieb, die Aufgaben des Konstrukteurs und Organisations werden eingehend gewürdigt, und der Leser gewinnt eine zuverlässige Vorstellung von dem wirklichen Wesen des modernen Großbetriebs. Einen besondern Abschnitt des Schlußbandes bildet die Darstellung der Graphik durch Professor Dr. A. Mieth. Im Interesse seiner Mitarbeiter hat sich der Herausgeber leider selbst zu stiefmütterlich behandelt; ihm sind nur knapp 2 Druckbogen für dieses wichtige technische Sondergebiet verblieben. Eine größere Ausführlichkeit wäre manchem gewiß erwünscht gewesen. Bei der vollkommenen Beherrschung dieses industriellen Spezialzweiges ist es Professor Mieth aber doch gelungen alles Wesentliche plastisch herauszuarbeiten.

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Wanderausstellung Vom 5. bis zum 10. Juni fand in Straßburg im Elsaß die 26. Wanderausstellung

der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt. Das Hauptinteresse der mehr als 210 000 Besucher der Ausstellung wandte sich naturgemäß den ausgestellten Zuchttieren zu. Die aus der Ferne herbeigeeilten Landwirte lernten 2 außerhalb des Reichslands nicht gezüchtete Varietäten kennen: den Anglo-normannen, ein edles leichtes Wagenpferd mit hervorragend guten Gängen, und das kleine rüdenscheckige Vogesenvieh, eine ausgesprochene Extensivrasse, aus deren Milch der bekannte Münsterkäse fabriziert wird. Mit Spannung wurde die Arbeit der Preisrichter verfolgt. In den wichtigsten Wettbewerbsklassen der Pferde, Rinder und Schweine kämpften um die Siegespalme fast ausschließlich bäuerliche Zuchtverbände. Als beste Sammlung edler warmblütiger Reit- und Wagenpferde wurde die der oldenburgischen Bauern anerkannt, während aus der Konkurrenz der Schläge kaltblütiger Arbeitspferde die gleichfalls überwiegend bäuerlichen Züchter der Rheinprovinz mit ihren schweren Deutsch-Belgiern als Sieger hervorgingen. Sehr gut war aber auch die Sammlung von Schrittpferden dänischer Rasse, die die schleswigschen Bauern gesandt hatten. Den 1. Sammlungspreis für Fleckvieh im Simmentaler Typus erstritt sich der Zuchtverband für oberbayri-

sches Alpenfleckvieh in Miesbach in hartem Ringen mit dem gleichfalls fast ausschließlich bäuerlichen *Verband oberbadischer Zuchtgenossenschaften* in Konstanz. In der Wettbewerbsklasse der schwarzbunten Tieflandschläge siegte der *Jeverländische Herdbuchverein* zu Hohenkirchen in Oldenburg. Ebenso günstig schnitt das Bauerntum bei den Schweinen ab. Mußte es von vornherein als selbstverständlich gelten, daß in der Gruppe der veredelten Landschweine die Schweinezuchtgenossenschaften der nordwestdeutschen, besonders der hannoverschen Bauern die größten Erfolge erzielten und die höchsten Preise einheimsten, so überraschte es, daß auch in der Gruppe der weißen Edelschweine im Yorkshirer Typus eine bäuerliche Vereinigung, die *Ammerländische Schweinezuchtgenossenschaft*, den Sammlungspreis Ia davontrug und die besten und berühmtesten großbetrieblichen Hochzuchten schlug. Die besten Ziegen stellten die hessischen, die besten Geflügel- und Kaninchenstämme die elsässischen Kleinbauern aus.

Hohes agrarpolitisches Interesse erregten die Landarbeitsausstellung und die Ausstellungen der badischen und der elsäßlothringischen Landwirtschaftsverwaltungen, die weite Hallen mit statistischen Tafeln, Bildern, Modellen und sonstigen Schauobjekten füllten. Bei dem parteilosen Charakter der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* könnten und sollten auch die Landarbeitergewerkschaften der verschiedenen Richtung auf den alljährlichen Landarbeitsausstellungen vertreten sein. Sie könnten dadurch ein sehr zahlreiches Publikum von Interessenten aller Art, auch von Kleinbauern und Landarbeitern, auf ihre Bestrebungen und Erfolge aufmerksam machen. Die Verbände der landwirtschaftlichen Privatangestellten gehören bereits zu den Ausstellern.

Aus Anlaß der Wanderausstellung tagten in Straßburg zahlreiche Abteilungen der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*. Am meisten interessierten mich diesmal die Verhandlungen der Kolonialabteilung, die auch von Pflanzern und Farmern aus Kamerun, Deutsch Ostafrika und Deutsch Südwestafrika besucht war. Professor Dr. Bruck (Gießen) sprach über den Anbau der Sisalagave in Deutsch Ostafrika und schilderte die Kultur dieser Faserpflanze als sehr geeignet für unsere größte Kolonie und als weltwirtschaftlich sehr zukunftsreich. In der kurzen Zeit seit ihrer Einführung in die Kolonie ist die deutschostafrika-

nische Produktion an Sisalhant auf rund 16 500 Tonnen im Wert von rund 8 Millionen Mark gestiegen. Die Ausfuhr geht hauptsächlich nach Nordamerika, das zur Bewältigung seiner Riesenerntens gewaltige Mengen (120- bis 150 000 Tonnen) Mähmaschinenbindergarn braucht und wegen des Rückgangs der Manilahanferzeugung in seinen eigenen Kolonien, den Philippinen, in den letzten Jahren mehr und mehr deutschostafrikanischen Sisalhant zur Fabrikation von Bindergarn verwendet. Aber auch die einheimische deutsche Seilerei und Tauwerkindustrie bedarf des Ostafrikahants, da der Hanfbau in Europa intensiveren Kulturen weicht und in Deutschland nur noch auf 3000 Hektar betrieben wird. Ferner gab Pflanzler Bleeck aus Njaksiku am Rufiji ein sehr interessantes Bild von dem gegenwärtigen Stand des Baumwollbaus in Deutsch Ostafrika, dessen Ausfuhr an Baumwolle von 2491 Ballen in 1910 auf 4322 in 1911 und auf 7800 in 1912 gestiegen ist. Im Bezirk Rufiji hat im letzten Jahr die Baumwollproduktion der Europäer die der Eingeborenen überholt. Bleeck hält den Baumwollbau, den er selbst betreibt, in Deutsch Ostafrika für recht aussichtsreich.

×
Koloniale
Landwirt-
schaft

×
Auf der Wanderausstellung
der *Deutschen Landwirt-
schaftsgesellschaft* zu Straß-

burg veranstaltete die *Deutsche Kolonialgesellschaft* eine kolonialwirtschaftliche Ausstellung, die Landleuten wie Städtern ein Hauptanziehungspunkt war. Neben koloniallandwirtschaftlichen und kolonialindustriellen Maschinen sah man die Produkte unserer Kolonien (Kakao, Kautschuk, Kaffee, Deckblatttabak, Kokosnüsse, Kopra, Palmkerne, Erdnüsse, Baumwolle, Kapok, Schafwolle, Straußenfedern, Mangroverinde, Okumeholz und vieles andere) im Rohzustand und in verschiedenen Stadien der Verarbeitung. Mehr als ein Dutzend deutschkolonialer Pflanzungsunternehmen bewarben sich in dem von der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* in diesem Jahr veranstalteten Wettbewerb für Sisalhant um Preise. Daneben waren besonders zahlreich die fett- und eiweißreichen Futtermittel deutschkolonialen Ursprungs, vor allem die Nebenprodukte der Ölerzeugung, Kokoskuchen, Palmkernkuchen und Erdnußkuchen, vertreten, die bekanntlich mit das beste Futter für Milchvieh abgeben. Viele Bilder, statistische Darstellungen und einige gratis verteilte Schriften verstärk-

ten den Eindruck, daß unsere deutsch-koloniale Landwirtschaft in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Einige Zahlen, die ich mir in der Ausstellung notiert habe, mögen diesen Aufschwung illustrieren. Das Kapital, das in den deutschen Tropenkolonien in Pflanzungsunternehmen angelegt ist, wird auf 100 Millionen Mark geschätzt. Besser noch geben die unter Kultur gebrachten Flächen eine Vorstellung über die Ausdehnung des Plantagenbaus. Die Kautschukpflanzungen vergrößerten sich von 1907 bis 1911 in Ostafrika von 5050 auf 32 961, in Kamerun von 2081 auf 7181 Hektar, die Kakaopflanzungen im letztgenannten Land von 7673 auf 10 654 Hektar. Der plantagenmäßige Anbau der Kokospalme stieg allein in Neu Guinea von 19 573 Hektar in 1908 auf 25 264 in 1911. Und in Ostafrika wuchsen die Sisalhanpflanzungen von 10 355 in 1907 auf 21 335 Hektar in 1911, die Baumwollpflanzungen von 6400 in 1908 auf 14 308 Hektar in 1911. Diese wichtigen Kulturen verdoppelten sich also in wenigen Jahren. Im ganzen wurden in unseren 5 Tropenkolonien (Ostafrika, Neuguinea, Kamerun, Samoa, Togo) 1908 erst 85 115 Hektar von 52 035 farbigen Arbeitern unter der Leitung von 591 weißen Beamten angebaut. Im Jahr 1911 waren daraus schon 139 500 Hektar mit 90 438 farbigen Arbeitern und 972 weißen Beamten geworden. Dazu kommen die Kulturen der Eingeborenen, die besonders in der Erzeugung von Baumwolle und Kautschuk, angeleitet von fast 20 landwirtschaftlichen Kultur- und Versuchstationen, in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben. Dementsprechend ist die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den deutschen Kolonien in den letzten Jahren bedeutend gestiegen. Es betrug die Ausfuhr (in Millionen Mark):

Produkt	1902	1907	1911
Ölfrüchte	10,6	11,4	21,8
Kautschuk	3,2	10,7	16,6
Sisalhan	0,01	2,1	4,5
Kakao	0,7	2,8	4,3
Baumwolle	0,0	0,2	1,3
Kaffee	0,5	0,5	1,3
Häute und Felle	1,2	2,3	3,5

Insgesamt stieg die Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse von 37,7 Millionen Mark in 1907 auf 61,7 in 1911, also um 24 Millionen Mark in 4 Jahren. Noch erfreulicher ist die agrikole Entwicklung Deutsch Südwestafrikas unter dem Einfluß seiner Besiedelung durch

deutsche Landwirte. Sie kommt am besten in der raschen Zunahme des Viehstands zum Ausdruck, den die folgenden Zahlen für Deutsch Südwestafrika zeigen:

Viehart	1907	1912
Rindvieh	52 531	171 784
Wollschafe	3 526	46 901
Perser- und Karakulschafe	0	16 682
Fleischschafe	98 069	422 481
Ziegen	99 663	448 279
Angoraziegen	3 696	20 431
Pferde	3 119	13 349
Esel und Maultiere	7 605	11 894
Schweine	1 202	7 195
Kameele	487	789
Strauße	—	1 277

Während die tropischen Kolonien Afrikas und der Südsee den deutschen Viehhaltern ausgezeichnete Kraftfuttermittel liefern, kommt Südwestafrika sogar unmittelbar für die deutsche Fleischversorgung schon ernsthaft in Frage.

× Kurze Chronik Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft zählte am 1. Oktober 1912 18 394 Mitglieder. Bei einer Jahreseinnahme von 1 748 300 Mark leistete sie mit Hilfe eines Stabs von 290 Beamten in ihren 8 Abteilungen und 49 Ausschüssen auch 1912 auf allen Gebieten der landwirtschaftlichen Technik nützliche Arbeit. Daneben vermittelte sie ihren Mitgliedern künstliche Düngemittel, besonders Kali und Thomasphosphatmehl, im Wert von 12 Millionen Mark und Kraftfuttermittel, besonders Ölkuchen, im Wert von 3½ Millionen Mark, außerdem fast 8 Millionen Kilo Sämereien. Außerdem übersandte sie ihren Mitgliedern im Jahr 1912 34 Hefte ihrer wertvollen Arbeiten, ihr umfangreiches in vierteljährlichen Lieferungen erscheinendes Jahrbuch und ihre Mitteilungen, die angesehenste landwirtschaftliche Zeitschrift in deutscher Sprache. × Im Umkreis von Groß Berlin gibt es jetzt schon 40 000 Laubengärten. Ihre Förderung läßt sich der Verein der Arbeitergärten vom Roten Kreuz angelegen sein, der in der Umgegend von Berlin bisher 1500 Gärten an einzelne Familien vergeben hat.

× Literatur Professor Dr. Wygodzinski, der Verfasser des 1911 publizierten vorzüglichen Lehrbuchs Das Genossenschaftswesen in Deutschland schildert auf Grund von Vorträgen, die er für den Frühjahrskursus 1913 der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche

Fortbildung in Köln gehalten hat, die neuere Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens /Hannover, Helwing/. Besonders lehrreich sind die Kapitel, die von der Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Entschuldung, bei der Nahrungsmittelversorgung der Großstädte und bei der innern Kolonisation handeln. Höchst interessant ist es auch, daß Wygodzinski eine bedeutsame Wendung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen glaubt ankündigen zu dürfen. Bisher haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Raiffeisenschen wie der Haasschen Richtung sich darauf beschränkt ihren Mitgliedern agrikole Rohstoffe und Produktionsmittel (künstliche Düngemittel, Kraftfüttermittel, Maschinen und dergleichen) zu verschaffen, aber absichtlich darauf verzichtet ihren Mitgliedern, wie es die städtischen Konsumvereine tun, auch Gegenstände des persönlichen und häuslichen Bedarfs (Kolonialwaren, Brot und dergleichen) zu vermitteln. Der Grund war, daß man den Stand ländlicher Krämer und Krugwirte aus mittelständlerischem Solidaritätsgefühl nicht gefährden wollte. Da nun aber in letzter Zeit die städtischen Konsumvereine sich auch in ländlichen Bezirken, zum Beispiel in Mecklenburg, ausdehnen, kann nach Wygodzinski die Rücksicht auf den ländlichen Kleinhändlerstand die Leiter des ländlichen Genossenschaftswesens nicht länger von dem Versuch abhalten den Zwischenhandel auch in Kolonialwaren und Hausbedarfsgegenständen auszuschalten. Die Bauern der Schweiz und Dänemarks streben dahin schon seit Jahrzehnten mit großem Erfolg, und Wygodzinski rät dringend ihrem Beispiel zu folgen. Die ländlichen Bezugs-genossenschaften würden dadurch nicht nur den städtischen Konsumvereinen zuvorkommen sondern sich auch instand setzen die Verwaltung durch ehrenamtliche Organe in eine solche durch Berufsbeamte umzubilden und sich dadurch wesentlich zu kräftigen. Der neue Mittelstand, den diese Beamten bilden werden, würde für den alten, der dabei weichen müßte, einigen Ersatz bieten. Die Verwirklichung des Wygodzinskischen Vorschlags dürfte in der Tat erheblich zur Ausbreitung und Festigung des ländlichen Genossenschaftswesens beitragen.

× In seinem Schriftchen *Weinbau- und Weinbereitung* /Leipzig, Thomas/ gibt Dr. E. Molz eine gemeinverständliche Anleitung zu erfolgreicher Arbeit in Weinberg, Weinkelter und Weinkeller.

× Als 7. Ergänzungsheft des *Archivs*

für exakte Wirtschaftsforschung hat Dr. W. Pauli *Produktionskostenberechnungen in bäuerlichen Betrieben mit besonderer Berücksichtigung der Milchproduktion* /Jena, G. Fischer/ erscheinen lassen. Das Werk ist ein Markstein in der von Prof. Dr. Ernst Laur ausgehenden, seit kurzem auch in Deutschland (Baden), Österreich und Norwegen Fuß fassenden Bewegung, die in den Bauernwirtschaften eine geordnete Buchführung heimisch machen und die Ergebnisse der von einer amtlichen oder halbamtlichen Zentralstelle einheitlich verarbeiteten bäuerlichen Buchführungen betriebswissenschaftlich und agrarpolitisch verwerten will. Von den praktisch wichtigen Resultaten Dr. Paulis interessiert an dieser Stelle seine Feststellung, daß der Großbetrieb die Milch nicht billiger zu produzieren vermag als der Kleinbetrieb, und daß dieser dem Großbetrieb in Gegenden mit hohen Bodenpreisen sogar überlegen ist; ferner, daß in den Gebieten der Graswirtschaften am vorteilhaftesten die Mittelbauernbetriebe von 10 bis 15 Hektar sind, das heißt solche Betriebe, die von einer mittelgroßen Bauernfamilie ohne Hinzuziehung ständiger Hilfskräfte selbst bewirtschaftet werden können, aber gleichzeitig eine volle Ausnutzung der eigenen Arbeitskraft ermöglichen.

Verkehr / Felix Linke

Elektrische Vollbahnen Auf der preußischen Verkehrsstrecke wird stark an dem Ausbau der elektrischen Zugförderung gearbeitet. In einer Arbeit Heydens in der *Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen* sind darüber genauere Mitteilungen erschienen. Der Betrieb auf der Strecke Dessau-Bitterfeld wird fortgeführt, um weitere Erfahrungen zu sammeln und Zugpersonal anzulernen. Die Fahrdrachtspannung ist von 10 000 auf 15 000 Volt hinaufgesetzt, und auf der erweiterten Strecke wird der Mastenabstand 100 statt 75 Meter betragen. Dadurch werden natürlich erhebliche Ersparnisse erzielt. Von Muldenstein aus, wo das Kraftwerk steht, wird der einphasige Wechselstrom mit 60 000 Volt Spannung 3 Transformatorenwerken, Wahren, Marke und Gommern, zugeführt. Die größte Entfernung, die nach dem Unterwerk Gommern, beträgt 70 Kilometer. Die gesamte Streckenlänge beträgt 150, die Gleislänge, einschließlich der Bahnhofsgleise, rund 500 Kilometer. Für die Personenzüge sind nach

den Erfahrungen des 2jährigen Versuchsbetriebs *IC1* - Lokomotiven, das heißt solche mit 1 nichtangetriebenen, 3 angetriebenen Achsen hinter einander und 1 nichtangetriebenen Achse, mit einem hochliegenden Motor für 110 Kilometer höchste Fahrgeschwindigkeit in der Stunde vorgesehen. Die Güterzuglokomotiven erhalten die Achsenanordnung *B+B*, also je 2 angetriebene Achsen hinter einander und 2 Motoren mit Zahnradübersetzung und Blindwelle. Ihre höchste Fahrgeschwindigkeit beträgt 50 Kilometer in der Stunde. Da die Wagen zum Teil auch auf anderen Strecken laufen müssen, muß die Dampfheizung beibehalten werden. Auf den neuen Lokomotiven wird deshalb ein kleiner mit Koks geheizter Dampfkessel untergebracht. Auch die Beleuchtung mit Gasglühlicht bleibt bestehen. Warum, ist unklar. Der Betrieb wird so eingerichtet, daß alle Personen- und Güterzüge auf der Strecke durch elektrische Lokomotiven befördert werden.

× **Veehluftschiff** Ein neues bemerkenswertes

Luftschiff, das die Vorzüge des starren und des unstarren Systems mit einander verbinden will, wurde nach Patenten der *Deutschen Luftschiffwerft* gebaut. Der Ingenieur Paul Veeh und der Flugzeugkonstrukteur Wittenstein haben sich für die Konstruktion verbunden und wollen mit ihrer Bauart die Nachteile der beiden Systeme vermieden haben. Die beiden Antriebmotoren von je 130 Pferdestärken sind in dem stoffumkleideten Kiel, der durch Stahlrohre seine Form erhält, untergebracht; die Stände für die Führer, Fahrgäste, Betriebsstoffe usw. befinden sich auch im Kiel. Durch das Fehlen von Gondeln wird so der Luftwiderstand auf das geringste Maß beschränkt. Die Motoren treiben je 2 seitlich angebrachte Luftschrauben mit hölzernen Flügeln an. Die Länge des Schiffs ist 80 Meter, seine Breite 13 Meter; es hat 8000 Kubikmeter Gasinhalt. Das Schiff wiegt 6480 Kilo, es kann 2600 Kilo Nutzlast aufnehmen.

× **Kurze Chronik** Die durch das große Tunnelbauunglück bekannte **Lötschbergbahn** ist eröffnet worden. Dort treten die gegenwärtig stärksten Lokomotiven in Dienst. Jede Lokomotive erhält 2 Elektromotoren von je 1250 Pferdestärken, so daß sie im ganzen 2500 Pferdestärken

entwickeln kann. Vorn und hinten hat jede Lokomotive eine Laufachse, dazwischen 5 gekuppelte Treibachsen, so daß das Adhäsionsgewicht voll ausgenutzt wird. Die Zugkraft am Zuganker jeder Lokomotive beträgt 10 000 Kilo und kann beim Anfahren bis auf 18 000 Kilo gesteigert werden. Bei einer Steigung von 27 ‰ fährt die Lokomotive mit 310 Tonnen Zuglast 50 Kilometer in der Stunde, zieht aber bei gleicher Geschwindigkeit und 17 ‰ Steigung 530 Tonnen. Die Höchstgeschwindigkeit ist 75 Kilometer in der Stunde. × Die erste Strecke der *Jerusalembahn*, die von der Hedschasbahn bei Afule abzweigt, ist am 17. Februar in Betrieb genommen worden. Die fertige Linie erstreckt sich von Afule, das 37 Kilometer von Haifa entfernt liegt, bis Dschenin auf 17 Kilometer. Die ganze Zweigbahn Afule-Jerusalem erhält eine Länge von 113 Kilometer. Der Betrieb wird jetzt mit wöchentlich 2 Zügen bis Dschenin und anschließendem Wagenverkehr bis zu dem 50 Kilometer entfernten Ort Nablus durchgeführt. × Die französische *Saharabahn* ist von Biskra in Algerien bis zu dem 167 Kilometer entfernten Ort Djama fertiggestellt worden, und es wird erwartet, daß die gesamte 217 Kilometer lange Strecke bis Tugart im Januar 1914 vollendet sein wird. Sehr schwierig ist die Beschaffung von Arbeitern; man hat sogar Soldaten und Staatsgefangene zum Bau heranziehen müssen. Die Kosten für den Bau und die Betriebsmittel betragen 36 000 Mark für jeden Kilometer. × Die Vereinigten Staaten wollen in Alaska Staatsbahnen bauen. Dem Kongreß wird mit größter Beschleunigung ein Gesetz vorgelegt werden, das die Regierung zugleich ermächtigen soll eine Anleihe in der Höhe von 40 Millionen Dollars zu diesem Zweck aufzunehmen. Die Arbeiten sollen so eingerichtet werden, daß die Maschinen und Geräte, die in den nächsten Jahren vom Panamakanal frei werden sollen, für die alaskischen Bahnbauten benutzt werden können. × Zur Erlangung von Entwürfen für die *Schiffbarmachung des Rheins* von Basel bis zum Bodensee ist ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben worden. Die Entwürfe sind für eine Schifffahrtsstraße bestimmt, die bei einem Wasserstand unter 3 Meter des Baseler Pegels mit von Dampfern geschleppten Kähnen von 75 Meter größter Länge, 11 Meter größter Breite und 2 Meter Tiefgang zu Berg und Tal befahren werden

kann. Die größten technischen Anforderungen werden die Umgehung des Rheinfalls bilden. Zurzeit ist ja der Rhein nur bis Rheinfeldern schiffbar; die schiffbare Strecke mißt bis zur Rheinmündung 848 Kilometer. X Seit längerer Zeit ist die Vertiefung der Fahrinne des Rheins von Mannheim-Ludwigshafen bis Sankt Goar Gegenstand von Projekten. Neuerdings haben Besprechungen von Regierungsvertretern stattgefunden, in denen man zu erneuter Prüfung der Angelegenheit übereinkam. Man stimmte darin überein, daß wohl die Vertiefung erstrebenswert sei, doch will man erst prüfen, ob nicht am Binger Loch an Stelle der jetzt vorgeschlagenen Schleuse ein offener Kanal möglich sei. X Der neue Berliner Hafen, zwischen der Oberbaumbrücke und der Treptower Ringbahnbrücke, geht jetzt seiner Vollendung entgegen. Das ganze Hafengelände umfaßt 8,2 Hektar, die Kailänge beträgt 1375 Meter; die Breite des Hafens schwankt zwischen 56 und 105 Meter. Der Hafen hat unter anderm einen eigenen Bahnhof, der mit Lade-, Verkehrs-, Aufstell- und Verschiebgleisen ausgerüstet ist. Ein 1,5 Kilometer langes Gleis, daß unter der Straße Alt Stralau in einem bis ins Grundwasser reichenden Tunnel hinweggeführt wird, vermittelt den Anschluß an die Gütergleise der Ringbahn beim Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

X
Literatur Die ersten deutschen Eisenbahnen Nürnberg-Fürth und Leipzig-Dresden lautet der Titel eines kleinen Büchleins von Friedrich Schulze, mit dem R. Voigtländers Verlag in Leipzig eine Sammlung Voigtländers Quellenbücher eröffnet. Diese Bändchen bringen von den hervorragenden Kulturwerken und Ereignissen Quellenmaterial gesichtet und ausgewählt, mit den notwendigen Illustrationen und Erläuterungen und verschaffen so einen Einblick in das Getriebe der Zeit und die Geschichte des betreffenden Gegenstands. Der vorliegende Band gibt aus dem ungeheuren Wust der Zeitgeschichte prägnante Zeugnisse, denen zu folgen außerordentlich reizvoll ist. Sie beleuchten die Situationen und stellen die Männer, die um die neue Sache, die Anlage von Eisenbahnen, kämpften, ins hellste Licht. Es ist ein glücklicher Gedanke auf diese Weise jeden an Quellen selbst heranzuführen, zu denen man sonst kaum einen Zutritt hat. Denn sie bestehen oft in

Zeitungsartikeln aus einer Zeit vor 100 und vor 50 Jahren, aus alten vergifteten Schriften usw., die sich noch in lokalen Archiven oder unzugänglichen Sammlungen befinden.

Kolonisation / Ludwig Quessel

Afrikanisches Es wird heute von keiner Eisenbahn-Seite mehr in Abrede gestellt, daß der schwarze Erdteil, der jahrhundertlang nur als Reservoir für tropische Arbeitskräfte in Frage kam, berufen ist den wachsenden Bedarf der proletarischen Haushaltungen Europas an Erzeugnissen der tropischen und subtropischen Landwirtschaft und Viehzucht zu decken. Wie nun aber die nordamerikanische Landwirtschaft erst von dem Zeitpunkt an eine erhebliche Rolle für die Versorgung der proletarischen Haushaltungen zu spielen begann, als die Landwirtschaft anfang sich von den Küsten auf die gewaltigen Flächen im Innern des Kontinents auszudehnen, so kann auch Afrika für die Versorgung der proletarischen Massen mit billigen Produkten der tropischen Landwirtschaft nur dann im steigenden Maß herangezogen werden, wenn die für den europäischen Bedarf produzierenden Eingeborenenkulturen sich von der Küste auf die inneren Flächen erstrecken.

Welch großen Einfluß bei der Flächenkolonisation Nordamerikas die Eisenbahnen ausübten, ist von sozialdemokratischen Schriftstellern oft eindrucksvoll beschrieben worden. Ohne sie wären noch heute große Gebiete Nordamerikas kaum etwas anderes als eine unzugängliche Wildnis, obwohl Nordamerika mit Wasserstraßen unvergleichlich reicher ausgestattet ist als der dunkle Erdteil. Für Afrika läßt sich nun die Bedeutung der Eisenbahnen überhaupt nicht überschätzen. Will man die geradezu gewaltige Rolle, die die Eisenbahnen für die Erschließung des innern Afrikas zu spielen berufen sind, richtig verstehen, so darf man nicht nur an den Mangel schiffbarer Flüsse denken sondern muß auch des Umstandes eingedenk bleiben, daß im ganzen tropischen Afrika, abgesehen von wenigen hochgelegenen Gebieten, alle uns bekannten Reit- und Transporttiere fortwährend von der Tsetsefliege aufs ernstlichste bedroht werden. Nicht nur Pferde, auch Maultiere, Esel und Kamele erliegen der Tsetsekrankheit. Das ist der Grund, weshalb im tropischen Afrika die Arbeit des Gütertransports, die unseren

Begriffen nach für das Zugvieh bestimmt ist, den Menschen zufällt. Daraus ergibt sich aber auch, daß der Bau von Landstraßen für das tropische Afrika nur eine beschränkte Bedeutung hat, weil ja das Zugvieh fehlt, das auf ihnen die Lasten fortbewegen könnte. Der Mangel an Wasserstraßen, die zurzeit noch bestehende Unmöglichkeit die Transporttiere vor der Tsetsekrankheit zu schützen, geben den Eisenbahnen in Afrika für den Verkehr eine alles überragende Bedeutung. Daß ohne Eisenbahnen tatsächlich jede Möglichkeit fehlt die Erzeugnisse der tropischen Landwirtschaft und Viehzucht dem europäischen Markt zuzuführen, geht überzeugend aus einer Berechnung von Professor Dove hervor, wonach sich der Preis eines Kilos Kakao, Tabak, Kaffee, Baumwolle, Öl usw., kurz, aller jener Produkte, ohne die die proletarischen Haushaltungen nicht mehr auskommen können, um etwa 3 Mark verteuern würde, wenn diese Waren durch Träger aus den zentralen Gebieten Afrikas nach den afrikanischen Ausfuhrhäfen gebracht werden müßten. Man sieht daraus, daß die wirtschaftliche Erschließung Afrikas mit dem Eisenbahnbau steht und fällt. Ohne Eisenbahnen ist es faktisch unmöglich die im Innern Afrikas vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte für die Haushaltungen Europas nutzbar zu machen.

Man muß diese eigenartigen Verhältnisse im Auge behalten, wenn man den gewaltigen Aufschwung des afrikanischen Eisenbahnwesens richtig verstehen will. Sehr gut läßt sich dieser an unseren Kolonien demonstrieren. 1902 waren Kamerun und Togo überhaupt noch ohne Eisenbahnen. 10 Jahre später hatte Kamerun 241 Kilometer Eisenbahnen im Betrieb und 279 im Bau. Im Verlauf eines Jahrzehnts ist hier also eine Eisenbahnstrecke fertiggestellt worden, die einer Verbindung zwischen Frankfurt am Main und Erfurt entspricht. Noch bedeutender hat sich der Eisenbahnbau in dem kleinen Togo entwickelt: Hier waren Ende 1912 bereits 323 Kilometer im Betrieb, also eine Strecke, die der von Frankfurt nach Weissenfels gleichkommt. Gewaltig ist der Aufschwung in Ostafrika. Hier gab es 1902 ganze 82 Kilometer Eisenbahnen, 1912 waren 1199 Kilometer im Betrieb und 413 Kilometer im Bau. Südwestafrika, das jetzt über ein vollständig ausgebautes Eisenbahnnetz von 2104 Kilometer verfügt, wies vor 10 Jahren nur 328 Kilometer Eisenbahnen auf.

Im Verlauf eines Jahrzehnts ist in unseren afrikanischen Kolonien an Verkehrsmitteln ein imposantes Kulturwerk errichtet worden. Von Dauer kann dieses allerdings nur sein, wenn sich die neu gebauten 3400 Kilometer Eisenbahnen auch wirklich als rentabel erweisen. Bei der Neuheit des Geschäftes ist es natürlich unmöglich darüber heute schon ein Urteil abzugeben. Alles hängt davon ab, wie sich in Zukunft die agrikole Produktion der Eingeborenen entwickeln wird. Gelingt es die Eingeborenenkulturen zur Blüte zu bringen, so darf man wegen der Rentabilität unserer kolonialen Eisenbahnen nicht bange sein.

× **Kurze Chronik** Die Verkehrsverhältnisse im Süden Kameruns sind wiederholt der Gegenstand heftiger Kritik gewesen. Insbesondere sind die Hoffnungen, die das Gouvernement auf die Befahrbarkeit des Njong gesetzt hat, als hinfällig bezeichnet worden. Um Klarheit in dieser Frage zu schaffen, hat nun das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* eine Expedition an den Njong entsandt, von deren Leiter bereits ein vorläufiger Bericht eingegangen ist. Sein Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die etwa 25 deutsche Meilen lange Strecke von der Endstation der Mittellandbahn, die bei Balmajo den Njong erreicht, bis Akonolinga sich durch Staumauern mit verhältnismäßig geringen Kosten für den größten Teil des Jahres für Motorboote wird schiffbar machen lassen. Da bei Akonolinga ganze Palmwälder anzutreffen sind, wird ein ausgedehnter Motorbootbetrieb mit Palmkernöl wirtschaftlich und technisch sehr wohl möglich sein.

× **Literatur** Eine interessante Monographie über einen wichtigen Zweig der ostafrikanischen Plantagenkultur liegt uns in der Arbeit des Gießener Universitätsprofessors Dr. Werner Friedrich Bruck *Die Sisalkultur in Deutsch Ostafrika* vor, die von der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* herausgegeben wurde. (Über die Verhandlungen der Gesellschaft über diesen Gegenstand wird in der Rubrik *Landwirtschaft* in diesem Band, pag. 1236, referiert.) Die Schrift gibt zunächst einen Überblick über die Geschichte der Sisalkultur in Deutsch Ostafrika, aus dem wir erfahren, daß die Pflanze im Jahr 1893 von Florida nach Ostafrika gebracht wurde und bald ihre Tauglichkeit zum plantagenmäßigen Anbau erwies. Ihr wirtschaft-

licher Wert liegt darin, daß sie eine wertvolle Faser liefert, die zur Herstellung von Tauwaren Verwendung findet. Der Sisalhanf Ostafrikas zeichnet sich besonders durch seine vorzügliche Qualität aus. Im Jahr 1912 wurden für 100 Pfund Sisalhanf 24 bis 38 Mark bezahlt. Die Sisalkultur ist nur im Großbetrieb möglich, dessen Rentabilität wesentlich von der Höhe der zu zahlenden Arbeitslöhne abhängt. Das Werkchen ist mit zahlreichen Abbildungen geschmückt, die uns eine anschauliche Vorstellung von dem Anbau der Sisalagave und der maschinellen Fasergewinnung geben. Sowohl die Kolonialbotaniker als auch der praktische Pflanzler werden aus Brucks gewissenhafter Arbeit reiche Belehrung gewinnen können.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Behrens In dem jungen Kunsthistoriker Fritz Hoerber hat Peter Behrens seinen getreuen Eckermann gefunden. In mannigfachen Aufsätzen, mit einem Eifer und einer Hingabe ohnegleichen ist er bestrebt jede Einzelheit dieses architektonischen Schaffens zu analysieren und zu propagieren. Jetzt gibt er das gesamte Werk des Peter Behrens in einer stattlichen Monographie bei Georg Müller und Eugen Rentsch in München heraus. Ein sehr umfängliches, man darf vielleicht sagen: umständliches Werk, in dem von den ersten Behrensschen Malversuchen der neunziger Jahre bis zu der Deutschen Botschaft in Petersburg alles gesammelt, beschrieben und gewürdigt ist, was Behrens Belangvolles je geschaffen hat. Auch das erscheint bezeichnend, daß wohl noch niemals einem lebenden Architekten, und gewiß nicht einem Deutschen, weder einem Schinkel noch einem Wallot noch einem Messel, eine so pompöse Monographie geschrieben worden ist. Hat man sich durch diese schöngedruckten Illustrationen hindurch geblättert, so bleibt der Eindruck eines erstaunlichen Synthetikers, der mit einem machtvollen Gefühl für die Form an lebendigste Aufgaben der Zeit herangetreten ist und fast alle mit einer heute seltenen künstlerischen Großartigkeit bewältigt hat. Dabei ist Behrens im letzten Grund nicht einmal eine originale Natur. Er horcht wie kaum einer in die lebendigste Gegenwart hinein, weiß, wie heute ganz wenige nur, diese Erkenntnis in seinem Schaffen fruchtbar zu machen und ist doch, wie ebenfalls wenige nur, mit allen gehaltreichen Tra-

ditionen verknüpft. Behrens hatte und hat stärker als die Olbrich, van de Velde, Pankok ein Anlehnungsbedürfnis an die überkommenen Werte, die ihm entwicklungsfähig erschienen. Bei dem Versuch diesen Trieben nachzugehen ist man dahin gekommen in seiner Darmstädter Zeit Gotisches, in dem Hagener Krematorium Florentinisches, in seiner Antiqua den Ulfilaskodex, in der Turbinenhalle der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* Erinnerungen an die Antike aufzuzeigen, wie ihn die Übersiedlung nach Berlin jetzt in den Bannkreis Schinkels verschlagen hat. Betrachtungen, die etwas Richtiges haben, und die aber doch zu der Erkenntnis führen, daß die Kunst des Peter Behrens weniger im Erfinden als im Bilden beruht. Es übt einen eigenen Reiz ihn in dieser Richtung mit Schinkel zu vergleichen. Auch Schinkel war im Vergleich zu einem Balhasar Neumann, einem Pöppelmann oder dergleichen Baumeistern nicht das, was man eine von Grund auf originale Natur zu nennen pflegt. Er war der Repräsentant des Berlin der Befreiungskriege. Aber so sehr er ein Mann des großen, des lebendigsten und wiederum zeitlosen Formgefühls war, so sehr war er an den großen Formenschatz der Vergangenheit hingegeben. Er plante im Zug der Leipziger Straße als Denkmal für die Freiheitskämpfe einen mächtigen Dom, der ganz im *deutschen*, das heißt gotischen Stil gedacht war. Er schuf sein Bestes unter dem Eindruck der Antike und schuf sein Museum doch als ein Berliner Bauwerk des beginnenden 19. Jahrhunderts. So auch Behrens, der auf eine ganz ähnliche Weise den Anschluß an Schinkel gefunden hat, und der, kraft seiner Persönlichkeit und kraft eines untrüglichen Forminstinkts doch nicht, wie fast alle seine gegenwärtigen Kollegen, zu einem Schinkelepigonen geworden ist. Stärker als alle Stilelemente, die auch er aufnimmt, ist der Rhythmus, den er dem lebendigsten Gebraus des Tages entnimmt, und der sein Werk mit einer innerlichen Modernität durchflutet. Behrens hatte eine Unmenge Dinge: Fabriken, Bureauhäuser, Gasanstalten, Arbeitersiedlungen, Arbeiterhausrat, Bogenlampen usw., zu gestalten, die für eine frühere Ästhetik überhaupt nicht existent waren. Er hat diese Profanarchitektur klug und nützlich, so wie es sich gehört, organisiert. Aber, und das erscheint als das Wesentlichste bei einer Charakterisierung seines Schaffens,

er hat sich bei dieser platten Nützlichkeit und handgreiflichen Zweckmäßigkeit beruhigt. Er hat auch in diese Dinge Form hineingetragen. Wie der romanische Kirchenbauer einem zum Zweck des Betens hergerichteten Versammlungssaal das Pathos gab, das in dem Begriff *Gotteshaus* umschlossen ist, so gab Behrens seinen Stätten der Arbeit jenes flammende Pathos, das sie zu Monumenten werden ließ, die nun auch architektonisch künden, wie sehr der Begriff der *Arbeit* sich in den Anschauungen der Menschheit gewandelt hat. Der Arbeit, die heute zu einem Adel geworden ist, auf dem für unsere Begriffe die Menschenrechte beruhen.

× **Volkskunst** Die Furtwanger Filiale des badischen Landesgewerbeamts hat eine Ausstellung *Schwarzwälder Volkskunstindustrie* zusammengestellt, die zurzeit die Runde durch die deutschen Kunstgewerbemuseen macht. Diese Ausstellung segelt unter einer falschen Flagge, denn mit Volkskunst haben alle die Dinge, die gezeigt werden, nicht das geringste zu tun. Es handelt sich um ein schlechtes, unsagbar schlechtes Kunstgewerbe, das man ohne die aufreizende Stichmarke der *Volkskunst* keines Blickes würdigen würde. Alles, was uns die wirkliche Volkskunst wert macht: die ausgezeichnete Arbeit, die liebevolle Hingabe, die naive Erfindungsgabe, die unbefleckte Phantasie, fehlt dieser Produktion, die vorsichtigerweise ja auch als *Volkskunstindustrie* bezeichnet wird. Mit der im Schwarzwald einst blühenden Volkakunst verbindet sie nichts weiter als die bekanntlich immer weniger lohnende Heimarbeit. Sie wird von der allerschlimmsten Tradition der gewerblichen Verfallszeit beherrscht. Beweis: Die Kuckucksuhr, aufgemacht wie ein Schwarzwaldhäuschen mit dem spitzen Dachgiebel, an dem ein geschnitzter Hirschkopf prangt, mit Wänden, die einen Schindelbelag vortäuschen sollen, mit einem naturalistischen Gerank aus Tannenzweigen und Tannenzapfen (Marke *Öldruck mit Försterhäuschen*), diese Kuckucksuhr, die nach dem Muschelmöbel und dem Brandmalereibilderrahmen schreit, die wir in dem Pazaurekschen Museum der Geschmacksverirrungen bestattet wähten, wird jetzt in einem Dutzend kitschiger Exemplare in deutschen Kunstgewerbemuseen ausgestellt. Die Strohflechterei ist durch die Konkurrenz der japanischen und chinesischen Strohflechter in arge Be-

drängnis geraten. Die japanischen Körbchen, mehr noch die Geschirruntersätze, sind zu einem Zugartikel der Warenhäuser geworden. Sie entzücken weit und breit durch ihre treffliche Arbeit. Der japanische Flechter braucht kein äußerliches Beiwerk, keine bunten Farben; dem Geflecht selbst weiß er immer neue und immer entzückende dekorative Rhythmen zu entlocken. Von Furtwangen aus führt man den Kampf gegen diese Importen durch eine Arbeit, die vor allem nicht als Qualitätsarbeit im höchsten Sinn aufgefaßt werden kann. Die Körbchen, die hier ausgestellt sind, lassen nach der Richtung mancherlei zu wünschen übrig. Dafür sind sie mit bunten Perlkränzchen behängt, die moderne Kunstgewerblichkeit affizieren sollen. Von derlei Sentimentalitäten strotzt diese Schau, die den Beweis gibt, daß diese Volkskunstfürsorge sich auf einem ganz falschen Geleise bewegt. Wenn dieser Produktion geholfen werden soll, was durchaus zu wünschen ist, so muß es auf eine bessere Art geschehen.

× **Arbeterschaft und Kunst** Über die Beziehungen des Arbeiters zur bildenden Kunst veröffentlichte Robert Breuer in den *Dokumenten des Fortschritts* eine Untersuchung, die nachdenklich stimmt. Breuer stellt zunächst einmal fest, daß das Dogma, das nichts anderes meint als die Ablösung der bürgerlichen Kunst durch eine rein proletarische, in den feststellbaren Tatsachen noch keine Bekräftigung finde. Er verweist auf die meisten Gewerkschaftshäuser, die gedankenlose Nachahmungen irgendwelcher historischer Stile sind, verweist auf die geschmacklosen Malereien in den Sälen dieser Häuser, nennt dann als weitere Dokumente die den großen Parteiführern, den Liebknecht, Auer und Singer, errichteten Grabmäler, notiert schließlich mit gleichem Bedauern die Banalitäten der Maifeiern, der Maizeitungen und der Beilagen der Parteizeitungen, die sich in ihrem Illustrationsmaterial kaum von irgendeinem Familienblatt unterscheiden. Er schließt daraus, daß das organisierte Proletariat bei dem Erwerb und der Bestellung von Kunstformen sich noch durchaus in Abhängigkeit von dem schlechten Geschmack eines im Instinkt unklaren Bürgertums befindet. Eine Reihe von Anzeichen aber, die Breuer nennt: die Volkshäuser in Brüssel und in Wien, die Planungen für die Theater der *Freien Volksbühnen*, Versuche den Häusern der Arbeiterbaugenossenschaften

und den Arbeitermöbeln charaktervolle Form zu geben, Ausstellungen, Vorträge, Führungen und ähnliche, von der Arbeiterschaft mit regster Anteilnahme aufgenommene Kunstpropaganda, geben die Hoffnung, als ob dieser Zeit der Instinktarmut das Ende nahe.

✕ **Kurze Chronik** ✕ Ein vorzeitiges Ende hat der Bildhauer Adolf Amberg, ein feinfühler Kleinplastiker, genommen, der wie selten einer ehrlich um die Kunst bestrebt war. Eine seiner besten Leistungen ist der figurenreiche Tafelaufsatz der Berliner Porzellanmanufaktur, den die deutschen Städte dem Kronprinzenpaar zur Hochzeit geschenkt haben. ✕ Einen ersten Wettbewerb für Architektinnen hat der *Deutsche Werkbund* ausgeschrieben. Objekt war das *Haus der Frau* für die nächstjährige Kölner Ausstellung. Eingegangen waren 12 Entwürfe. Als Preisträgerinnen, von denen eine auch die Ausführung erhalten soll, gingen die Damen Knüppelholz-Roeser Wagus und Winkelmann aus dem Ausschreiben hervor. ✕ Das neue Berliner Aquarium ist wie die meisten Bauten des Zoo eine architektonische Fehlgeburt. Auch die Plastiken, Glasfenster, Treppenhausmalereien usw. sind für das Auge schmerzhaft. Ein Entzücken findet es erst vor dem schwimmenden, dem zappelnden und krabbelnden Getier, das prachtvoll anzuschauen ist. Ein Endell hätte dieser Tierwelt den Rahmen schaffen müssen.

✕ **Literatur** ✕ Einen trefflichen Überblick über Einzelgebiete der Kunst der Vergangenheit gibt die von Julius Hoffmann in Stuttgart herausgegebene *Bauformenbibliothek*. Einzelne Epochen wie die Renaissance in Deutschland, die Architektur der Barock- und Rokokozeit, deutsche Wohn- und Festräume sind da in großen, sehr anschaulichen und gut reproduzierten Photographien dargeboten. Eine Einleitung von wenigen Seiten orientiert kurz über das Thema, das aus der Anschauung erfaßt werden soll. Der neueste Band, herausgegeben und eingeleitet von Seymour de Ricci, umfaßt den *Stil Louis XVI*. Die Schlösser von Versailles, Issy, Compiègne, die Münchener Residenz, aristokratische Palais in Paris, Dijon, Bordeaux, Genf haben ihren Inhalt: Räume, Dekorationen und Möbel, der genau und objektiv registrierenden Kamera preisgeben müssen, so daß mit dem

Werk ein ausgezeichnete Überblick über eine sublimen Kunstübung entsteht, deren historisches Schicksal erfüllt war, als die Marseillaise mit einem neuen Rhythmus eine neue Zeit einläutete.

DIVERSA

Polemik

Beim Erscheinen des 5. Tausends von Franz Oppenheimers Buch *Die soziale Frage und der Sozialismus* erlaube ich mir hier in der Rundschau *Sozialwissenschaften* (1913, 1. Band pag. 514) festzustellen, daß der Verfasser in dem neuen Vorwort seine Jeremiade, die Sozialisten suchten ihn durch Totschweigen unschädlich zu machen, abermals wiederholt, ohne auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, daß seine Beweisführung gleich nach Erscheinen der Schrift hier in den *Sozialistischen Monatsheften* einer, und zwar ganz systematisch vorgehenden Kritik unterworfen wurde. Einer Kritik, die, sagte ich, seine Beweisführung »Stück für Stück auf die darin enthaltenen elementaren Quidproquos zergliedert« und »als Wurzel der sich kreuzenden Fehlschlüsse« ein »begriffslos unbestimmtes Spiel mit den Schlagwörtern *freie Konkurrenz* und *Monopol*« nachgewiesen habe. Wäre es »Oppenheimer mit seiner Fechtlust ernst«, so könnte er ja gegen meine Argumentation zu Felde ziehen. »Nur sollte er dann nicht daneben reden, sondern die Widerlegung Punkt um Punkt so, wie sie dort formuliert war, mit seiner Logik widerlegen.« Darauf hat Oppenheimer geantwortet (1913, 2. Band, pag. 951 ff.), sehr ausführlich, aber leider unter absoluter Ignorierung des Ersuchens bei der Stange zu bleiben und sich mit dem Gedankengang meiner Gegenargumentation methodisch auseinanderzusetzen. Gewiß hat er in seinem Büchlein, aus dem er in der Antwort einen Heerhaufen von 16 Thesen aufmarschieren läßt, sehr viel gesagt, wovon meine Besprechung nicht Notiz genommen hatte. Speziell auf seine Marxkritik bin ich mit keinem Wort eingegangen. Allerdings nicht deshalb, weil ich, wie er mich apostrophiert, in Sachen der theoretischen Nationalökonomie ein so unentwegter Marxist bin, sondern weil ich in seiner Marxpolemik nicht die Spur einer die wirklich hier in Frage stehenden Grundprobleme fördernden Gedankenarbeit zu erblicken

vermochte. Oder soll man über Eröffnungen, wie zum Beispiel die in These 8 formulierte, daß »der absolute immanente Wert der Produkte . . . nicht auf der in ihnen verkörperten Arbeitszeit sondern auf dem in ihnen verkörperten Arbeitswert« beruht, wirklich im Ernst diskutieren? Erst noch durch umständliche Zitate nachweisen, daß der Entdecker dieser neuen Wahrheit in der Eile ganz vergessen hat uns die Methode mitzuteilen, nach der er seinen von der »Arbeitszeit« unterschiedenen famosen »Arbeitswert« wissenschaftlich zu bestimmen gedenkt, usw. usw.? Worum es sich für mich in der Besprechung ausschließlich handelte, ist, sollte ich meinen, in den einleitenden Sätzen doch zur Genüge deutlich ausgesprochen worden. Ich setze sie noch einmal her:

»Oppenheimer«, sagte ich, »gehört zu jenen Utopisten, die ein Universalrezept zu haben glauben, nach dem sich alle Fatalitäten des Kapitalismus kurzerhand kurieren lassen. In jedem seiner Bücher kehrt die Behauptung wieder, daß die gegebene Wirtschaftsordnung, wenn es nur gelänge den von barbarischen Zeiten feudaler Gewaltherrschaft stammenden Großgrundbesitz aus ihr zu eliminieren, sich ganz von selbst zu herrlichster Harmonie und reiner Gerechtigkeit entfalten würde. Der Großgrundbesitz, durch den die freie Bodennutzung zugunsten der Großgrundbesitzer inhibiert wird, verschafft den Grundherren ein »Monopol«, das in der modernen Wirtschaftsordnung Quelle und Träger aller anderen Monopole ist. Den Großgrundbesitz beseitigen heißt überhaupt das Monopol, den Monopolgewinn, die Möglichkeit des arbeitslosen, auf Ausbeutung der Arbeit anderer basierten Einkommens beseitigen. Die freie Konkurrenz wird alsdann dafür sorgen, daß im wesentlichen, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, jede Arbeit ein unverkürztes, ihrer wirklichen Leistung entsprechendes Äquivalent erhält, wie Oppenheimer sagt, zu ihrem »Arbeitswert« bezahlt wird. Diese Thesen, angeblich aus den Tiefen einer über Marx hinausdringenden theoretischen Einsicht geschöpft, sollen Leitsätze einer neuen Art von Sozialismus werden, des Oppenheimerschen Sozialliberalismus, der kommenden Geschlechtern die Bahn zu ihrer endgültigen Erlösung weisen wird. . . . Indes . . . mag es sich verlohnen im Anschluß an seine letzte, programmatisch zusammenfas-

sende Schrift . . . seinen Standpunkt nochmals einer methodischen, auf allgemeinste prinzipielle Gesichtspunkte zurückgehenden kritischen Nachprüfung zu unterziehen. Seine ganze Theorie beruht im letzten Grund auf einem begriffslos unbestimmten Herumhantieren mit den beiden Worten *Monopol* und *Konkurrenz*. Sie zerfällt in nichts, sobald man von den Namen zur Sache übergeht und den Begriff moderner Volkswirtschaft, in dem die freie Konkurrenz nach Abstoßung des großen Grundbesitzes ihr Wunderwerk verrichten soll, . . . fixiert.«

Ich konstatiere hier also erstens, was Oppenheimer von der freien Konkurrenz für die Entwicklung der modernen Volkswirtschaft, sofern diese nach seinem Rezept von dem »Monopol des Großgrundbesitzes« befreit würde, erwartet; und stelle zweitens die doch gewiß unanfechtbare Behauptung auf, daß man, um die Folgen, die Oppenheimer von dem Wirken freier Konkurrenz nach jener Säuberung erwartet, methodisch zu prüfen, vorerst natürlich einmal das Wesen dieser modernen Volkswirtschaft in ihrem historisch gegebenen (die Existenz von Großgrundbesitz mit einschließenden) Zustand zu betrachten und sich klar zu machen habe, was denn die Konkurrenz und freie Konkurrenz in diesem wirklichen Prozeß wirkt und bedeutet. Man sieht dann auf der Stelle, daß sich in diesem realen wirtschaftlichen Prozeß, dem Prozeß kapitalistischer Warenproduktion, die Konkurrenz notwendig in zweifacher Gestalt darstellt. Sie ist einerseits Konkurrenz derer, die, über Geldvermögen verfügend, dieses zur Veranstaltung von Produktionsbetrieben verwenden, in denen sie im Tagelohn gemietete Arbeitskräfte Waren mit der Absicht gewinnbringenden Verkaufs (Kapitalgewinn) produzieren lassen; und ist auf der anderen Seite Konkurrenz der sich im Tagelohn verdingenden Arbeitskräfte unter einander. Für jene, die Kapitalisten, bestünde schlechthin freie Konkurrenz, sofern sie die Freiheit hätten ihr Geldvermögen in jeder Branche ganz nach Belieben (ohne Sperrung durch Kartelle, Trusts usw.) zum Zweck der Gewinnerzielung zu verwenden; für die Arbeiter, sofern sie im Abschluß ihrer Lohnverträge durch keinerlei gewerkschaftliche Vorschriften gebunden (das heißt geschützt) wären. Anders als in dieser Doppelseite ist freie Konkurrenz in einer

Waren produzierenden, in Großbetrieben nach privater Initiative Waren produzierenden Gesellschaft überhaupt unmöglich. (Der Hertzkasche Ungedanke frei mit einander konkurrierender, zu Fabrikationsgemeinschaften zusammengeschlossener Arbeiterverbände kommt überhaupt nicht in Betracht.) Mit anderen Worten: Um die Funktion eines Veranstalters von Produktionsbetrieben zur Erzeugung von Waren für den Verkauf ausüben und als Ausüßer dieser Funktion mit anderen Ausübern konkurrieren zu können, muß man selbstverständlich Geldvermögen (eigenes oder kreditiertes) zur Verfügung haben. Wer es nicht hat, kann nicht produzieren lassen, kann also auch nicht mit denen, die produzieren lassen, konkurrieren. Und diese Schranke ist natürlich unabtrennbar im Wesen jeder Waren produzierenden, im Großbetrieb nach privater Initiative Waren produzierenden Gesellschaft gesetzt. Nur die, die über Geldvermögen verfügen, können auf eigene Rechnung produzieren, besitzen also, wenn man es so nennen will, ein *Monopol* zur Ausübung dieser Funktion, also auch ein Monopol auf die durch Ausübung dieser Funktion im Wirtschaftsprozess zu erzielenden, letzthin aus der Mehrarbeit der Arbeiter geschöpften Gewinne.

Gewiß lauter Selbstverständlichkeiten. Aber Selbstverständlichkeiten, deren ausdrückliche Hervorhebung, wenn man die ungeheuerlichen Quidproquos, das Spiel, das Oppenheimer mit den Schlagworten *freie Konkurrenz* und *Monopol* in seiner sogenannten *Theorie* treibt, an der Wurzel bloßlegen will, nicht zu umgehen ist. So unglaublich es klingt, die Bezeichnung dieses Grundverhältnisses als *Monopol* läßt ihn total vergessen, daß dieses Monopol, weit entfernt im Gegensatz zur freien Konkurrenz zu stehen (zu jener freien Konkurrenz, wie sie bei Warenproduktion im Großbetrieb nach privater Initiative allein möglich ist), vielmehr hier Grundlage und Voraussetzung für die Betriebsveranstaltung selbst und das Konkurrieren der Veranstalter bildet. Dies Grundverhältnis einmal konstatiert, genügt die einfachste Überlegung, um einzusehen, daß an jenem der entwickelten Warenproduktion inhärenten sogenannten *Monopol* (der Abhängigkeit der Unternehmerrfunktion vom Geldvermögen) durch partielle Reformen, wie die von Oppenheimer an-

empfohlene, im Prinzip schlechterdings nichts geändert wird. Ein staatlicher Aukauf des Großgrundbesitzes und seine Austeilung an selbstwirtschaftende Bauernfamilien, wie er es vorschlägt, mag als sozialpolitische Maßregel unter Umständen sehr günstig wirken und ist auch gelegentlich von sozialistischer Seite gefordert worden. Aber darum handelt es sich bei der Kontroverse gar nicht. Was Oppenheimer als Kern seiner Theorie immer von neuem vorträgt, ist: daß solche Maßnahmen, die Grund und Boden für kapitalkräftige Unternehmer (notabene nicht für das Hypothekenskapital) sperren, alle anderen Branchen aber unverändert dem Zustrom privaten Kapitals offen lassen, in diesen anderen Sphären das Monopol des Geldvermögens Produktionsbetriebe zu veranstalten und damit Kapitalgewinn zu erzielen aufheben und eine freie Konkurrenz, wie er sie meint, etablieren würden. Eine freie Konkurrenz, die nicht mehr Konkurrenz von Kapitalisten unter einander und Lohnarbeitern unter einander sondern unterschiedslose Konkurrenz alles dessen wäre, was Menschenantlitz trägt. Eine freie Konkurrenz, wo »jeder [ich zitiere wörtlich aus seiner Entgegnung], der etwas produzieren will, es auch kann und darf, wo also (denn sonst könnte ja nicht jeder produzieren, was er will) zu der Veranstaltung von Produktionsbetrieben augenscheinlich gar kein Geldvermögen mehr erforderlich ist. Dies war, im Umriß wiederholt, der Gedankengang, den ich entwickelte, die Widerlegung, die ich ihn, wenn er antworten wollte, zu widerlegen aufgefordert habe. Mögen die Leser selber seine Antwort daraufhin noch einmal prüfen. Was ich gewollt, hat er so völlig mißverstanden, daß er mein Eingehen auf das Wesen kapitalistischer Wirtschaft, die Erinnerung, was Konkurrenz und freie Konkurrenz in ihr bedeutet, als eine irreführende Verschiebung des Streitobjekts bezeichnete; wo doch gerade dies der einzig mögliche Ausgangspunkt war, um seine eigene rein ideologische Konkurrenzvorstellung, jene Wolkenkuckucksheidee einer freien Konkurrenzwirtschaft, in der es private Warenproduktion ohne Kapitalprofit gibt und jeder produzieren kann, was er will, einmal nach schulgerecht genauer Weise in seiner ganzen Leerheit aufzuweisen.

CD-RAO 3C44107



HEDWIG DOHM / NACH EINER AUF-
NAHME UMS JAHR 1863